

Rundbrief 3 | 4

BAG Antifaschismus der Partei DIE LINKE. 2013

Europa: Die Rechte in der Krise



DIE LINKE.

INHALT

EDITORIAL	3
Reiner Zilkenat	

EUROPA: DIE RECHTE IN DER KRISE

Veränderte Verhältnisse: Rassismus in Zeiten der Krise	4
Sebastian Friedrich	

Menschenverachtende Einstellungen und die organisierte Rechte in der Eurokrise	10
Nikolai Huke und Aljoscha Pilger	

Parlamentarische Demokratie und diktatorische Regime in Europa: Noch einmal der Fall Ungarn	16
Karl-Heinz Gräfe	

Nichts Goldenes an dieser »Goldenen Morgenröte« – Zur Aktualität des Neofaschismus in Griechenland	25
Ulrich Schneider	

Das Phänomen des Berlusconismus	30
Karin Priester	

Aufstieg des Rechtspopulismus auch in Deutschland?	36
Gerd Wiesel	

HISTORISCHES ZU FASCHISMUS UND ANTIFASCHISMUS

Käte Duncker als Abgeordnete des II. Landtags von Thüringen (1921–1923)	40
Heinz Deutschland	

Ein US-Dollar für eine Million Mark!	43
Reiner Zilkenat	

Der faschistische Werkschutz – ein Mordinstrument in der Judenvernichtung	52
Stephan Jegielka	

BERICHTE UND INFORMATIONEN

Erinnerungen an Gerhard Fischer (17.4.1930–9.8.2013)	57
Horst Helas	

Das Revolutionsdenkmal in Berlin-Friedrichsfelde	58
Günter Wehner	

Ausstellung »Europäischer Widerstandskampf«	59
Ulrich Schneider	

Das Nationalkomitee »Freies Deutschland«	61
Günter Wehner	

AUF DEM WEG IN DEN ERSTEN WELTKRIEG

Die deutsche Sozialdemokratie zur wilhelminischen »Welt«- und Flottenpolitik 1897 bis 1900	62
Reiner Zilkenat	

SAMMELREZENSION

Zerstörte Vielfalt 1938. Drei neue Bücher zur Vorgeschichte des Novemberpogroms	69
Horst Helas	

REZENSIONEN

Widerstand und Heimatverlust. Deutsche Antifaschisten in Schlesien	72
Jürgen Hofmann	

Germanien, die Archäologie und der Nationalsozialismus	74
Bernd Hüttner	

»Zerreißt den Mantel der Gleichgültigkeit-entscheidet Euch, eh` es zu spät ist.«	75
Peter Fisch	

Worte wie Stacheln	77
Anke Hoffstadt	

Fantifa – Eine vergessene Debatte?	79
Bernd Hüttner	

Nicht Österreicher, nicht Ungar: eine jüdische Jugend unter der Herrschaft der Achse	80
Torsten Lambeck	

Zur Geschichte der afrikanischen Diaspora in Berlin	82
Ulrich Ramm	

Schicksalen wieder ein Gesicht gegeben	85
Werner Rhr	

Geschichte als Schlachtfeld	88
Philipp Schaab	

Eine seltene Broschüre neu aufgelegt	90
Ulrich Schneider	

Hugo Geisslers Blutspur	91
Günter Wehner	

Innenansichten der Gestapo	92
Reiner Zilkenat	

EDITORIAL

»Die Rechte in der Krise« – tatsächlich entwickeln sich rechte Parteien und Organisationen angesichts der anhaltenden Finanz- und Wirtschaftskrise in Europa ganz prächtig. Ob in Ungarn, Griechenland oder Italien – sie profitieren von der um sich greifenden Perspektivlosigkeit, von den Gefühlen der Ohnmacht und von der in einigen Ländern unübersehbaren Tendenz einer Verelendung von Teilen der Bevölkerung.

Aber Vorsicht! Auch dort, wo derartige Probleme (noch) nicht die Dimensionen wie in Griechenland, Spanien oder Portugal erreicht haben, macht sich immer spürbarer rechtes Gedankengut breit. Auch in Deutschland sind »die Wirtschaftsasylanten«, »die Zigeuner«, »die faulen Südländer« (ein neues verbales Konstrukt!) schnell als angebliche Verursache der komplexen Krisenursachen identifiziert, werden »Demonstrationen« vor Flüchtlingsheimen organisiert, wobei die NPD und andere neofaschistische Organisationen initiativ werden. Vor allem: Viele »normale« Bürger, die versichern, »eigentlich gar nichts gegen Ausländer zu haben«, lassen sich hier instrumentalisieren, wie das Beispiel Berlin-Hellersdorf demonstriert hat. Angesichts der schockierenden Fernsehbilder Mitleid mit den vor Lampedusa Gestrandeten zu bekunden ist wohlfeil, sie in Deutschland willkommen zu heißen und sie bei uns dauerhaft aufnehmen zu wollen, ist bei Vielen höchst unerwünscht. Mitleid ja, tätige Solidarität – nein danke!

Ein bemerkenswertes Ergebnis der Bundestagswahlen vom September besteht darin, dass hierzulande die »Alternative für Deutschland«, zweifelsohne eine rechtspopulistische Partei mit Erfolgspotenzialen für die Zukunft, die systematisch die in weiten Teilen der Bevölkerung vorhandenen Ängste angesichts der Euro-Krise schürt, nur knapp an der Fünf-Prozent-Hürde gescheitert ist. Bei den Europa-Wahlen im kommenden Jahr sagen ihr die Demoskopien voraus, diese Marke deutlich überspringen zu können. Inwieweit diese neue Gruppierung imstande sein wird, ihre Wählerinnen und Wähler dauerhaft an sich binden zu können, bleibt natürlich abzuwarten. Aber der betont »seriöse« und »bürgerliche« Habitus

dieser von Akademikern dominierten Partei verspricht jedenfalls bessere Erfolgschancen als die »traditionellen« rechten Parteien NPD oder DVU.

In dieser Ausgabe beginnen wir mit einer neuen Rubrik, deren Beiträge sich mit einigen Aspekten der Vorgeschichte des Ersten Weltkrieges befassen werden. Im Sommer des kommenden Jahres wird sich seine Entfesselung (nicht sein »Ausbruch«) zum hundertsten Male jähren. Auf dem Buchmarkt hat die Kampagne zu diesem »Jubiläum« bereits erste Spuren hinterlassen. Diese Spuren schrecken. Die Botschaft vieler aktueller Veröffentlichungen lautet, dass eigentlich niemand so recht Verantwortung für diese »Urkatastrophe des 20. Jahrhunderts« trägt, schon gar nicht die deutsche Reichsleitung. Die in den sechziger und siebziger Jahren leidenschaftlich geführte »Fischer-Kontroverse«, deren Ergebnis darin bestand, nicht die Allein- wohl aber die Hauptschuld des deutschen Imperialismus an der Auslösung dieses Krieges nachweisen zu können, spielt offenbar nur noch am Rande eine Rolle. Wir werden in dieser und in den nächsten Ausgaben einzelne Aspekte dieser Thematik unseren Leserinnen und Lesern zur Lektüre und zur Diskussion anbieten.

Hingewiesen sei auf den Nachruf auf Prof. Dr. Gerhard Fischer, das langjährige Mitglied unserer Arbeitsgemeinschaft, aus der Feder von Horst Helas. Noch als über Achtzigjähriger war er rastlos unterwegs, an Schulen, in der VVN – dem Bund der Antifaschisten, als gefragter Diskussionspartner bei vielerlei Veranstaltungen und Kongressen und natürlich auch als Autor, um aufzuklären und Antifaschistinnen und Antifaschisten mit unterschiedlichen politischen und weltanschaulichen Überzeugungen zusammenzuführen gegen die braune Pest. Sein aus christlicher Verantwortung gespeistes Engagement wird uns fehlen.

(Redaktionsschluss: 15. Oktober 2013)

Reiner Zilkenat

EUROPA: DIE RECHTE IN DER KRISE

Veränderte Verhältnisse: Rassismus in Zeiten der Krise¹

Bereits im Juni 2009 erklärte eine Mitarbeiterin des Europäischen Netzwerks gegen Rassismus (Enar), Rassismus nehme mit der Krise zu (Erb 2009). Und im Vorwort einer Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung zu »menschenfeindlichen« Einstellungen in Europa wird konstatiert, der extremen Rechten gelinge es gerade in Krisenzeiten, »mit Ausgrenzungsparolen und vermeintlich einfachen Antworten zu punkten« (Zick/Küpper/Höwermann 2011: 9).

Während die Zunahme von Rassismus im Zuge einer Krise ein Gemeinplatz ist, gehen die Antworten auf die Frage nach den Gründen für das Erstarken des Rassismus in Krisenzeiten zum Teil weit auseinander. Zum einen heißt es (vor allem von konservativer Seite), der aufkommende Rassismus hätte seine Ursache in den sichtbaren Migrationsbewegungen beziehungsweise in der Präsenz von Migrant_innen. Andere stellen die soziale Unsicherheit oder die Angst vor sozialem Abstieg in weiten Teilen der Bevölkerung als Grund für die Zunahme von Rassismus heraus. Demnach würden von der Krise Verängstigte die Schuld in Migrant_innen suchen und sie zu Sündenböcken machen. Eine dritte (eher von Teilen der Linken vertretene) Position sieht Rassismus als eine von Eliten eingesetzte oder bediente Ideologie an, um Protest- und Widerstandspotentiale zu schwächen, indem rassistische Spaltungen in die von der Krise betroffenen Gruppen getrieben werden.

Alle drei Erklärungsmuster fassen Rassismus unzureichend. Die konservative Deutung führt das Problem des Rassismus auf das Vorhandensein von Migrant_innen zurück, stellt damit »Überfremdungsängste« der Mehrheitsbevölkerung ins Zentrum ihrer Betrachtung und verschiebt somit in Konsequenz die Schuld den eigentlich von Rassismus Betroffenen zu. Dieser Logik folgend müsste es in Regionen, in denen wenige Migrant_innen leben, kein Problem mit Rassismus geben, umgekehrt müsste in Regionen, in denen viele leben, Rassismus besonders ausgeprägt sein. Meist ist aber genau der umgekehrte Fall Realität. Die ersten beiden Erklärungsmuster haben gemein, dass sie in der Tendenz Rassismus individualisieren, psychologisieren und die emotionale Dimension politischer Widersprüche auf ein Reiz-Reaktions-Schema begrenzen. Dennoch unterscheidet sich die zweite Deutung von der ersten, da nicht vom Feld der »Kultur« ausgegangen wird, sondern soziale Themen mit einbezogen werden. Es bleibt allerdings die Frage, warum Menschen, die sich »desintegriert« fühlen oder Angst vor dem Verlust von Privilegien und Rechten haben, ihre Wut gegen Migrant_innen richten

(Mosler 2012: 21–26). Diese Frage nimmt wiederum die dritte hier dargestellte Position auf, allerdings bleibt bei dieser auch unklar, warum der als Herrschaftsideologie eingesetzte Rassismus anschlussfähig ist und wie er konkret Menschen dazu bringt, mehr Angst vor den Ohnmächtigen als den Mächtigen zu empfinden. Aus dem Blick gerät vor allem die Reichweite des Rassismus und die Frage, wie sich Rassismus neu zusammensetzt und darstellt. Anders gesagt: Es bedarf einer Analyse von Rassismus und Krise, die nicht einem statischen Verständnis von Rassismus folgt, sondern Veränderungen des Rassismus fokussiert.

Rassismus und Krise

Ich verstehe Rassismus im Allgemeinen als ein gesellschaftliches Verhältnis, in dem Gruppen von Menschen anhand verschiedener echter oder erfundener Merkmale (Körper, Sprache, Kleidung, Herkunft etc.) klassifiziert werden. Die so konstruierten Gruppen werden als dichotom gegenübergestellt, wobei den Objekten des Rassismus soziale Eigenschaften als unveränderlich zugeschrieben werden. Stuart Hall sieht die gesellschaftliche Funktion des rassistischen Klassifikationsmodells darin, »soziale, politische und ökonomische Praxen zu begründen, die bestimmte Gruppen vom Zugang zu materiellen oder symbolischen Ressourcen ausschließen« (Hall 2000: 7).

Damit dient Rassismus mit Theodore W. Allen (1998) der sozialen Kontrolle und der Aufrechterhaltung von Herrschaft. Die entsprechenden Objekte des Rassismus können dabei wechseln, wie Allen am Beispiel katholischer Ir_innen darstellt, die im Zuge der Kolonialisierung zunächst in England rassistisch ausgeschlossen wurden. Nach der Auswanderung vieler katholischer Ir_innen in die USA erhielten diese nach anfänglicher Diskriminierung sukzessive mehr Rechte und Privilegien. Zwar gab es Versuche, die eigene Unterdrückung in Beziehung zu setzen zur rassistischen Unterdrückung von Afroamerikaner_innen, dies setzte sich letztlich aber nicht durch. Die »Weißwerdung« wurde langsam manifest« (Allen 1998: 303).

Ein anderes Beispiel für die Wandlungsfähigkeit des Rassismus ist die Ersetzung des Rasse-Konzepts durch das der Kultur im postkolonialen und post-nationalsozialistischen Zeitalter. Frantz Fanon hielt bereits 1956 fest, dass sich der Rassismus, »der sich rational, individuell, genotypisch und phänotypisch determiniert gibt«, sich in einen »kulturellen Rassismus« verwandelt (Fanon 1972: 40). Laut Fanon ist

die zunehmende Fokussierung auf »Kultur« statt »Rasse« vor allem im Zusammenhang mit antikolonialen Kämpfen entstanden, die den Rassismus gewissermaßen zwangen, eine andere Form einzunehmen; die traditionelle genetische beziehungsweise biologistische geriet zunehmend in den Hintergrund. Manuela Bojadžijev (2008) greift diese Perspektive auf, indem sie davon ausgeht, dass sich die Formen und Wirkweisen des Rassismus vor allem aufgrund antirassistischer Interventionen ändern. Nach ihrer relationalen Theorie des Rassismus werden »die Konjunkturen des Rassismus im Verhältnis zu sozialen Kämpfen bestimmt« (Bojadžijev 2008: 14). Demnach sei eine Reorganisation des Rassismus, wie sie sich in der Isolierung bestimmter Forderungen und der Integration anderer ausdrückt, auf die Kämpfe von Migrant_innen zurückzuführen (Bojadžijev 2008: 76), die keineswegs nur »naive Opfer und Objekte von Rassismus und Migrationspolitiken« (Bojadžijev 2008: 13) sind, sondern letztere stets herausfordern, eigene Forderungen aufstellen oder Zuschreibungen zurückdrängen.

Diese Veränderungen des Rassismus müssen keineswegs in sich oder in Bezug auf Macht- und Herrschaftsverhältnisse kongruent sein. So können sowohl »Kultur« als auch »Rasse« gleichzeitig kategoriale Ausgangspunkte zur Hierarchisierung von Menschen sein. Auch können Rassismus und Kapitalinteressen in Gegensatz zueinander geraten, wenn etwa ein auf parlamentarischer Ebene vertretener und institutionell verankerter völkischer Nationalismus die für die Kapitalakkumulation nützliche Anwerbung von Fach- oder Hilfsarbeiter_innen verhindert. Wenn wir Rassismus in Bezug auf die kapitalistische Produktionsweise begreifen wollen, müssen wir Rassismus hinsichtlich der Klassenverhältnisse zu denken versuchen.

Étienne Balibar zeigte auf, dass der Begriff »Rasse« im Feudalismus dem Erbadel dazu diene, sich im Vergleich zu Sklav_innen und Leibeigenen als höherwertig zu positionieren und die existierende Hierarchie gegenüber den Untergebenen zu rechtfertigen. Erst mit Eingang in den »nationalistischen Komplex« bekam der Begriff seine heutige Bedeutung (Balibar 1990a: 251). Innerhalb der Nationalstaaten kam es in den Industrieländern zu einem national begrenzten Klassenkompromiss, da die einheimischen Arbeiter_innen als zur Nation zugehörig begriffen wurden und gleiche formale Rechte erhielten – im Gegensatz zu den als »fremd« identifizierten. Ceren Türkmen (2010: 213–216) hat die Aufrechterhaltung des nationalen Klassenkompromisses am Beispiel der »Gastarbeiterära« in der Bundesrepublik konkretisiert. Mitte der 1950er Jahre waren Gewerkschaften stark, was dazu führte, dass Arbeiter_innen nicht länger bereit waren, in Zeiten des Wachstums und des Wirtschaftswunders zu niedrigen Löhnen zu arbeiten. Das Kapital suchte nach Möglichkeiten, um den höheren Löhnen zu begegnen, und setzte auf eine regulierte Arbeitsmigration (zunächst) aus Südeuropa, womit man zugleich auf die bereits bestehenden Migrationsbewegungen antwortete (Bojadžijev 2008: 148).

»Bestandteil des sozialen Klassenkompromisses waren der Anstieg der Löhne und die Durchsetzung von Tarifverträgen, die die arbeitsrechtliche und soziale Absicherung für deutsche Arbeiter und den Aufstieg innerhalb der betrieblichen Arbeitsteilung sicher stellten« (Türkmen 2010: 214).

Es zeigt sich hieran, dass Rassismus »ein entscheidendes Element für die Konstitution sozialer Klassen« ist, wie Juliane Karakayalı klarstellt (2012: 100). Wie ist, hiervon ausgehend, nun das Verhältnis von Rassismus und Krise zu betrachten? Um sich einer Antwort zu nähern, muss zunächst geklärt werden, was diese aktuelle Krise auszeichnet.

Krisen stellen keinen Ausnahmezustand des Kapitalismus dar, Kapitalismus ist immanent krisenhaft. Die aktuelle Krise ist nicht nur als eine konjunkturell-zyklische, sondern mit Antonio Gramsci (1996: 1557) als eine organische Krise des neoliberalen Kapitalismus zu verstehen (Candeias 2009). Pauline Bader u. a. (2011: 13) sprechen von einer »multiplen Krise«: Neben einer Krise der finanzdominierten Akkumulation machen sie eine sozial-ökologische, eine Krise der Reproduktion und eine der parlamentarischen Demokratie aus (Bader u. a. 2011: 14–23). Diese verschiedenen Krisenprozesse seien miteinander verflochten und würden sich wechselseitig beeinflussen.

Rassismus kann und sollte dementsprechend nicht verstanden werden als ein Phänomen, das einfach zunimmt oder gar erst durch die Krise hervorgebracht wird. Ohne eine krisenbedingt stärkere Konkurrenz unter Arbeiter_innen sowie deren Angst vor sozialem Abstieg oder eine stärkere Sichtbarkeit von Rassismus leugnen zu wollen, führt doch die Perspektive einer »Wechselwirkung zwischen Krise und Rassismus« weiter, wie Balibar (1990b: 262) sie vorschlägt. Demnach organisiere der Krisen-Rassismus einen neuen sozialen Konsens; es würden neue Klassen und Schichten aktiv (Balibar 1990b: 263). Ein Ansatz, demzufolge schlicht die Krise zu mehr Rassismus führt, kann nicht Prozesse der Veränderung von Macht und Herrschaft erklären, etwa wie sich in organischen Krisen neue rassistische Formationen etablieren können. Wenn wir die aktuelle Krise als Verdichtung verschiedener Krisenprozesse verstehen, im Zuge derer sich gesellschaftliche Verhältnisse transformieren, so liegt es in Bezug auf Rassismus nahe, nicht aus der Perspektive einer statischen Rassismusanalyse, die feste Objekte und Subjekte kennt, auf die Krise zu blicken, sondern zu fragen, inwieweit sich Rassismus transformiert.

Reaktivierung etablierter Rassismen

Es wäre analytisch verkürzt, von einem einheitlichen europäischen Rassismus auszugehen, außerdem ist eine umfassende Bestimmung der Veränderungen des Rassismus aufgrund mangelnder Forschungen zum jetzigen Zeitpunkt nicht möglich. Dennoch lassen sich Tendenzen der Transformationen aufzeigen. Vergegenwärtigen wir uns die aktuellen Erscheinungsformen des Rassismus, lassen sich drei Ebenen voneinander unterscheiden, auf denen dieser momentan wirkt.



Erstens stehen seit der Krise wieder vermehrt Menschen im Fokus, die von außerhalb nach Europa oder innerhalb Europas migrieren. Dabei ist häufig die Rede von »Wirtschafts-« oder »Armutsflüchtlingen«. Diese Bezeichnungen sind negativ konnotiert und drücken die Delegitimierung von bestimmten Migrationsbewegungen aus, welche durch Gesetzesinitiativen, den Ausbau von Sicherheits- und Kontrolltechnologien sowie der engeren Zusammenarbeit der EU-Staaten an den europäischen Außengrenzen reguliert und unter Kontrolle gebracht werden sollen. Insbesondere in Bezug auf die Situation von Flüchtlingen in den massiv von der Krise betroffenen Staaten Italien und Griechenland wird seit etwa zwei Jahren vermehrt über rassistische Gewalt und institutionelle Diskriminierung berichtet. In einem Bericht von Bordermonitoring.eu heißt es dazu: »Die Situation der Flüchtlinge in Italien ist geprägt durch extreme Armut, die im Wesentlichen aus einem Zusammenspiel fehlender staatlicher Unterstützung einerseits und administrativen Hürden andererseits entsteht« (2013: 29). Insbesondere treffe dies auf die anerkannten Flüchtlinge zu, die eigentlich durch ihr bestätigtes Asylverfahren unter dem Schutz des italienischen Staates stehen müssten. Amnesty International berichtet zur Lage der Flüchtlinge in Griechenland: »Since 2010, asylum-seekers, refugees and irregular migrants, as well as the unofficial mosques, shops and community centres they have developed, have been targeted in racially-motivated attacks. There was a dramatic rise in the number of attacks throughout 2012« (Amnesty International 2012: 10).

Der Anstieg der rassistischen Angriffe sowie die gestiegenen »xenophobic feelings« werden an gleicher Stelle mit der ökonomischen Krise und mit harten Sparmaßnahmen erklärt. Aber auch in Deutschland, wo negative Auswirkungen der Krisenprozesse nicht in vergleichbarer Weise wie in Italien und Griechenland festzustellen sind, werden vermehrt »Armutsflüchtlinge« in

den Fokus gerückt. Das betrifft hier vor allem Migrant_innen aus Bulgarien und Rumänien, oft mit antiziganistischem Unterton. So schrieb Anfang März 2013 die BILD in einer Serie die »Wahrheit über Roma in Deutschland«, behauptete etwa, die Kriminalität von Roma steige an (Bild.de 2013a) und fragte, ob ein Abgeordneter der Bremer Bürgerschaft Recht habe. Dieser als »Roma-Kritiker« (Bild.de 2013b) bezeichnete SPD-Politiker ließ im Vormonat verlautbaren, dass er sich gegen die Einwanderung von Roma ausspreche, da sie ihre Töchter zwangsverheirateten, Klebstoff schnüffelten und die Aussicht, dass »sie je zum BSP oder auch nur Rente beitragen« sowieso »gleich Null« sei.

Zweitens ist festzustellen, dass im Zuge der Krise Hierarchisierungen zwischen europäischen Nationalstaaten bedeutungsvoller werden. Paradigmatisch dafür sind Erklärungen, die die wirtschaftliche und soziale Situation in Ländern wie Spanien, Griechenland und Italien nicht etwa auf das Wirtschaftssystem im Allgemeinen oder forcierte Ausbeutungsstrukturen im »Standort-Wettbewerb« (Lohnentwicklung in Deutschland, Exportüberschüsse) zurückführen, sondern auf eine fehlende oder unzureichende Arbeitsmoral. So zeigt eine Analyse von Hans-Jürgen Arlt und Wolfgang Storz (2011: 19) über die Berichterstattung der BILD zur Krise in Griechenland 2010, dass der griechischen Bevölkerung die Schuld an der Krisensituation gegeben wird. Sie selbst sei es gewesen, die den griechischen Staat durch Faulheit und Korruption in die Zahlungsfähigkeit getrieben habe. Die Deutschen erscheinen hingegen als sparsam und fleißig. Verbreitung findet im Krisendiskurs auch die rassistische Bezeichnung »PIGS«-Staaten.²

Drittens verschärfen sich auch innerhalb der Nationalstaaten die Ausgrenzung und der Ausschluss von Menschen, wobei hier auch auf unterschiedliche rassistische Traditionen und Kontinuitäten zurückgegriffen wird. Davon betroffen sind, wie oben dargestellt, (Post-) Migrant_innen und inländische Minderheiten. Vor allem in den westeuropäischen Staaten ist im Laufe der letzten Jahre ein Zuwachs an antimuslimischem Rassismus zu verzeichnen, der sich nicht nur auf eine mögliche terroristische Gefahr von außen bezieht, sondern auch in den jeweiligen Staaten lebende Muslime als »Gefahr im Inneren« markiert. Dabei werden – wie eine Analyse der relevanten Debatten seit dem 11. September 2001 in Deutschland zeigt – in der Tendenz Muslim_innen diskursiv als fundamentalistisch, gefährlich, unaufgeklärt, frauenfeindlich, antisemitisch, faul, nutzlos, desintegriert und sich abschottend dargestellt (Friedrich/Schultes 2013). Außerdem nehmen im Zuge der letzten Jahre Antiziganismus und Antisemitismus insbesondere in Mittel- und Osteuropa zu.

Die hier angedeuteten aktuellen Erscheinungsformen des Rassismus können nicht auf einen Nenner gebracht und in einen einzigen Sinnzusammenhang gesetzt werden, da sie von unterschiedlichen historischen, sozialen und politischen Kontexten abhängen, die mit einbezogen werden müssen. Der

kurze Abriss zeigt aber in der Tendenz, dass im Zuge der Krise »traditionelle« Formen des Rassismus reaktiviert wurden, aber auch, dass es sich keineswegs um ein rein diskursives Phänomen handelt, sondern Rassismus sich auch auf staatlicher und institutioneller Ebene vollziehen. Diese Entwicklungen lassen sich nicht monokausal auf die Krise im Sinne eines Automatismus beziehen. Dennoch scheint es einen Zusammenhang zu geben, da in Bezug auf alle drei Ebenen und hinsichtlich der verschiedenen Rassismen eine Zunahme im Laufe der letzten, durch die »multiple Krise« geprägten Jahre zu verzeichnen ist, wenngleich Rassismus durch die Verschärfung der Krisenprozesse nicht neu erfunden wird. Gleichzeitig deutet sich neben der Reaktivierung etablierter Rassismen eine Vervielfältigung rassistischer Grenzziehungen an.

Rassismus in Bewegung

Einiges deutet darauf hin, dass die Grenzen zwischen rassistischem Ein- und Ausschluss, zwischen Innen und Außen einer Gesellschaft durchlässiger werden. Vassilis Tsianos und Mariane Pieper (2011: 118) schlagen dementsprechend vor, nicht mehr nur Differenzierungen und Exklusion, sondern »neuartige Prozesse einer limitierten Inklusion beziehungsweise einer egalitären Exklusion« in den Blick zu nehmen. Bei der Analyse aktueller Tendenzen einiger rassistischer Erscheinungsformen innerhalb von Nationalstaaten lohnt es sich, diesen Faden aufzunehmen.

Im Hinblick auf (potenzielle) Migrant_innen werden keineswegs nur »Armutsflüchtlinge« oder »Wirtschaftsflüchtlinge« thematisiert, sondern zugleich – insbesondere in Staaten, in denen die Konjunktur noch nicht völlig eingebrochen ist – um »gut ausgebildete Fachkräfte aus dem Ausland« geworben. Hinter dieser vor allem auch aus der Wirtschaft immer wieder geäußerten Forderung steht neben einem realen Fachkräftemangel in manchen Branchen das Interesse, einem durch den demographischen Wandel gefürchteten Einbrechen des Überangebots an Arbeitskräften entgegenzusteuern und »das für sie [die Wirtschaft, S.F.] sehr günstige Verhältnis von Angebot und Nachfrage auf dem Arbeitsmarkt beizubehalten« (Niggemeyer 2011: 22). Verknüpft wird der Ruf nach »Fachkräften« mit der allgegenwärtigen Forderung nach Sozialstaatsabbau.³

Eine Analyse der Integrationsdebatte in Deutschland zeigt, dass die heterogene Gruppe der (Post-) Migrant_innen in »nutzlose Andere« und in »nützliche Andere« geteilt wird (Friedrich 2012). Es wird gewissermaßen als liberale Entgegnung auf biologistischen und kulturalistischen Rassismus die Kategorie der Leistung aufs Deutungsfeld geführt. Leistungswilligkeit fällt im Integrationsdiskurs mit Integrationswilligkeit zusammen und führt im Effekt zur Einteilung zwischen »Musterbeispielen gelungener Integration« und »Integrationsverweigerern« (Friedrich/Schultes 2011). Der Erfolg der als »integriert« Begriffenen bildet den Beweis dafür, dass man »es« eben doch schaffen kann, wenn man sich richtig anstrengt – gleichzeitig werden »Musterbeispiele gelungener Integration« zu Ausnahmen stilisiert.

Das erscheint zunächst paradox, widersprechen sich doch Leistungsdenken und Rassismus, denn wo »Leistung« das oberste Prinzip ist, müsste »Natur« als Kriterium ausgeschlossen sein. Doch die »Leistungsgesellschaft« folgt nicht ihrem Ideal der »Farben- und Geschlechterblindheit« bei der Zuweisung der gesellschaftlichen Positionen für Menschen, geht also keinesfalls von »Leistung« aus (Friedrich/Haupt 2012). Existierender Rassismus wird in dieser Weise verschleiert, seine Existenz mit Verweis auf das meritokratische Prinzip geleugnet. Bei der Deutung, Menschen in Armut befänden sich aufgrund nicht erbrachter Leistung in entsprechenden sozialen Situationen, entfällt Rassismus als Begründung für die Positionen vieler (Post-) Migrantinnen am unteren Ende sozialer Rangskalen. In herrschender Logik wird die Existenz einer »migrantischen Unterschicht« auf eine vermeintliche »Kultur der Leistungsverweigerung« zurückgeführt. Diese kann dann je nach rassistischer Façon durchaus wieder auf Gene, Religion oder Kultur zurückgeführt werden.

Hier kann von einer Ethnisierung des neoliberalen Unterschichtsdiskurses gesprochen werden (Friedrich 2012). Armut und soziale Marginalisierung werden auf die kulturelle oder ethnische Herkunft zurückgeführt, wobei ähnliche Deutungsmuster wie beim neoliberalen Sozialstaats(abbau)diskurs um eine »neue Unterschicht« reproduziert werden.⁴ Damit einher geht die Ethnisierung sozialer Konflikte, die ihren Ausgangspunkt – zumindest in der Bundesrepublik – in den 1980ern hat, als die sozialen Problemlagen von Migrant_innen zugunsten einer Orientierung auf kulturelle Faktoren ausgeklammert wurde. »Soziale Widersprüche werden an einer ethniserten Unterschicht von (zumeist jugendlichen) MigrantInnen festgemacht, deren Lebensweise daran schuld sei, dass sie keine Chancen auf dem Arbeits- und Bildungsmarkt hätten« (Gruppe Soziale Kämpfe 2008).

Es findet zwar auch ein partieller Einschluss der »nützlichen Anderen« statt. Doch auch die »Integration« der »Musterbeispiele« besteht nicht darin, sie nicht mehr als Migrant_innen zu markieren. So werden selbst die migrantischen »Leistungsträger« nicht zu »deutschen Leistungsträgern«, sondern bleiben Migrant_innen, die sich allerdings durch ihre Leistung und dem daraus resultierenden gesellschaftlichen Beitrag (besonders in Form von Steuern) das »In-Deutschland-leben-Dürfen« verdient haben. Derart bleiben sie immer ein Teil »der Anderen« (Haupt 2012). »Leistung« erscheint damit als eine notwendige, aber nie eine hinreichende Bedingung für Zugehörigkeit (Friedrich/Haupt 2012). Diese Form des inkludierenden Rassismus zielt daher nicht auf eine absolute Ausgrenzung von (Post-) Migrant_innen ab, sondern versucht vielmehr, Teile der als nützlich Begriffenen im Sinne der Verwertung zu aktivieren.

Fazit und Ausblick

Die gegenwärtigen Rassismen erfordern eine Analyse des komplexen Wechselverhältnisses von Rassismus, Kapitalismus und Krise bei gleichzeitiger Abkehr von monokausalen

und funktionalistischen Rassismusanalysen. Die aufgezeigten Dynamiken des rassistischen Verhältnisses offenbaren sich als widersprüchlich und in sich umkämpft, wenn einerseits traditionelle biologistische oder kulturalistische Rassismen reaktiviert werden und andererseits Fachkräfte angeworben sowie »Musterbeispiele« hervorgehoben werden. Es ist eine ständige Nachjustierung der Rassismusanalyse notwendig, um Veränderungen rassistischer Verhältnisse erfassen zu können.

Ferner ist es sinnvoll, den Blick auch auf Veränderungen der Klassenverhältnisse und somit auf die Frage nach der Zusammensetzung von sozialen Klassen zu richten. Denn Krisen des Kapitalismus bedeuten auch Krisen der bewährten Formen von Ausbeutung und Unterdrückung von Menschen durch Menschen. Dabei sollte nicht übersehen werden, dass sich Klassen nicht alleine durch die Stellung von Menschen im Produktionsprozess ableiten, sondern sie sich auch durch Handlungen und gemeinsame Erfahrungen konstituieren und damit beweglich sind (Türkmen 2010: 205–211). Die derzeitige multiple Krise provoziert eine Transformation von Kapitalismus, Klassenverhältnissen und Rassismus, deren Ausgang noch längst nicht entschieden ist. Es wird vor allem auf die sozialen Kämpfe ankommen, die eingeschlagene Richtung der Transformation zu verändern.

Sebastian Friedrich

Quellenverzeichnis

Allen, Theodor W. 1998: Die Erfindung der weißen Rasse. Rassistische Unterdrückung und soziale Kontrolle. Berlin.

Amnesty International 2012: Greece. The End of the Road for Refugees, Asylum-Seekers and Migrants. December 2012. http://www.amnesty.de/files/Amnesty-Bericht_The_end_of_the_road_20_Dezember_2012.pdf (Zugriff: 17.3.13).

Arlt, Hans-Jürgen/Storz, Wolfgang 2011: Drucksache »BILD«. Eine Marke und ihre Mägde. Die »BILD«-Darstellung der Griechenland- und Eurokrise 2010. Frankfurt/Main.

Bader, Pauline/Becker, Florian/Demirovic, Alex/Dück, Julia 2011: Die multiple Krise – Krisendynamiken im neoliberalen Kapitalismus. In: Demirovic, Alex/Dück, Julia/Becker, Florian/Bader, Pauline: VielfachKrise. Im finanzdominierten Kapitalismus. Hamburg. S. 11–28.

Balibar, Étienne 1990a: Der »Klassen-Rassismus«. In: Balibar, Étienne/Wallerstein, Immanuel: Rasse, Klasse, Nation. Ambivalente Identitäten. Hamburg. S. 247–260.

Balibar, Étienne 1990b: Rassismus und Krise. In: Balibar, Étienne/Wallerstein, Immanuel: Rasse Klasse Nation. Ambivalente Identitäten. Hamburg. S. 261–272.

Bild.de 2013a: Die Wahrheit über Roma in Deutschland. <http://www.bild.de/politik/inland/zuwanderung/die-wahr->

heit-ueber-roma-in-deutschland-29354568.bild.html, 4.3.13 (Zugriff: 26.3.13).

Bild.de 2013b: SPD-Fraktion will Roma-Kritiker rauswerfen. <http://www.bild.de/regional/bremen/spd/fraktion-will-roma-kritiker-rauswerfen-29340866.bild.html>, 1.3.13 (Zugriff: 26.3.13).

Bojadžijev, Manuela 2008: Die windige Internationale. Rassismus und Kämpfe der Migration. Münster.

Bordermonitoring.eu 2013: Zur Situation der Flüchtlinge in Italien. <http://content.bordermonitoring.eu/bm.eu-italien.2012.pdf> (Zugriff: 17.3.13).

Candeias, Mario 2009: Die letzte Konjunktur: organische Krise und »postneoliberale« Tendenzen. In: *Berliner Debatte* Initial 20 (2). S. 12–24.

Erb, Nadja 2009: »Rassismus nimmt in der Krise zu«. Interview mit Georgina Siklossy. <http://www.fr-online.de/politik/interview-rassismus-nimmt-in-der-krise-zu-1472596,3368310.html>, 18.6.09 (Zugriff: 16.1.13).

Fanon, Frantz 1972: Rassismus und Kultur. Rede auf dem I. Kongreß Schwarzer Schriftsteller und Künstler in Paris, September 1956. In: *Fanon, Frantz: Für eine afrikanische Revolution. Politische Schriften*. Frankfurt/Main. S. 38–52

Friedrich, Sebastian 2012: Die diskursive Erschaffung des »nutzlosen Anderen«. Zur Verschränkung von Einwanderungs- und Unterschichtendiskurs. In: *Jäger, Margarete/Kaufmann, Heiko: Skandal und doch normal. Impulse für eine antirassistische Praxis*. Münster. S. 96–111.

Friedrich, Sebastian/Haupt, Selma 2012: Die Leistung der Leistung. Wie »Leistungsgerechtigkeit« Rassismus verdeckt. In: *ZAG – Antirassistische Zeitschrift* 60 (2012). S. 18–20.

Friedrich, Sebastian/Schultes, Hannah 2011: Von »Musterbeispielen« und »Integrationsverweigerern«. Repräsentationen von Migrant_innen in der »Sarrazindebatte«. In: *Friedrich, Sebastian (Hg.): Rassismus in der Leistungsgesellschaft. Analysen und kritische Perspektiven zu den rassistischen Normalisierungsprozessen der »Sarrazindebatte«*. Münster. S. 77–95.

Friedrich, Sebastian/Schultes, Hannah 2013: Mediale Verbindungen – antimuslimische Effekte. Zu den gegenwärtigen Verschränkungen des Islamdiskurses. In: *Journal für Psychologie* 21 (1) (im Erscheinen).

Gramsci, Antonio 1996: Gefängnishefte. Band 7. Hamburg, Berlin.

Gruppe soziale Kämpfe 2008: Antimuslimischer Rassismus von oben und von unten. Über die Kulturalisierung sozialer Gegensätze im Neoliberalismus. In: *analyse & kritik*, 21.11.08.

Hall, Stuart 2000: Rassismus als ideologischer Diskurs. In: *Räthzel, Nora (Hg.): Theorien über Rassismus*. Hamburg. S. 7–16.

Haupt, Selma 2012: Biologismus, Rassismus, Leistung. Zur aktuellen »Integrations«-Debatte. In: *Zeitschrift für Pädagogik* 58 (5). S. 720–733

Heinsohn, Gunnar 2010: Willkommen in Deutschland! Was qualifizierte Zuwanderer bei uns erwartet, In: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 21.10.10

Karakayalı, Juliane: Rassismus in der Krise. In: *Femina Politica. Zeitschrift für feministische Politikwissenschaft* 21 (1). S. 99–106.

Mosler, Volkhard 2012: Rassismus im Wandel. Vom Sozialdarwinismus zum Kampf der Kulturen. In: *theorie21* 2 (2012). S. 19–52.

Niggemeyer, Lars 2011: Die Propaganda vom Fachkräftemangel. In: *Blätter für deutsche und internationale Politik* 5 (2011). S. 19–22.

Tsianos, Vassilis/Pieper, Marianne 2011: Postliberale Assemblagen. Rassismus in Zeiten der Gleichheit. In: *Friedrich, Sebastian (Hg.): Rassismus in der Leistungsgesellschaft. Analysen und kritische Perspektiven zu den rassistischen Normalisierungsprozessen der »Sarrazindebatte«*. Münster. S. 114–132.

Türkmen, Ceren 2010: Rethinking Class-Making. Zur historischen Dynamik von Klassenzusammensetzung, Gastarbeitsmigration und Politik. In: *Thien, Hans-Günter (Hg.): Klassen im Postfordismus*. Münster. S. 202–234.

Zick, Andreas/Küpper, Beate/Höwermann, Andreas 2011: Die Abwertung der Anderen. Eine europäische Zustandsbeschreibung zu Intoleranz, Vorurteilen und Diskriminierung. Berlin.

1 Es handelt sich um eine leicht gekürzte Version eines kürzlich in dem Sammelband *Nation – Ausgrenzung – Krise. Kritische Perspektiven auf Europa* erschienenen Aufsatzes (hrsg. von Sebastian Friedrich/Patrick Schreiner, Edition Assemblage, Münster 2013, S. 53–64). Die Redaktion des Rundbriefs dankt den Herausgebern für die freundliche Genehmigung zum Abdruck.

2 Es handelt sich um ein Akronym, das für die von der Staatsschuldenkrise am meisten betroffene Staaten Portugal, Irland, Italien, Griechenland und Spanien steht, und sie als »pigs« (Schweine) abwertet.

3 So konstatiert Gunnar Heinsohn (2010) in der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung*, dass Deutschland im Wettbewerb um die Hochqualifizierten äußerst ungünstig dastehe, weil EinwanderInnen den Sozialstaat, die ausbildungslosen Jugendlichen und die Renten mitfinanzieren müssten. Heinsohn legt hier implizit nahe, dass es gut sei, den Sozialstaat abzubauen, um die Wettbewerbsfähigkeit zu erhalten.

4 Zugleich ist eine Naturalisierung sozialer Ungleichheiten feststellbar. So wird Ungleichheit »als Folge kultureller oder biologischer Leistungsschwäche umgedeutet« (Karakayalı 2012: 103 f.).

Menschenverachtende Einstellungen und die organisierte Rechte in der Eurokrise¹

»Verkauft doch eure Inseln, ihr Pleite-Griechen.« (Bild, 7. März 2010)

Einleitung

Die politische Dynamik in der EU ist in den vergangenen Jahren in zahlreichen Ländern nicht nur von fortwährenden Krisen kapitalistischer Akkumulation, autoritärem Krisenmanagement, verschärfter alltäglicher Prekarität und radikal-demokratischem Protest auf städtischen Plätzen, sondern auch von einer hohen Brisanz menschenverachtender Einstellungen und einer starken Präsenz der organisierten Rechten² geprägt. Explizit völkisch oder identitär ausgerichtete Parteien erzielten spektakuläre Wahlerfolge und duldeten oder beteiligten sich an Regierungen. In Ungarn trieb der Fidesz einen autoritären Umbau der Gesellschaft voran. Rechten Autoren wie Thilo Sarrazin gelang es, ihre Thesen und Bücher massenhaft zu vermarkten. Mit den Terroranschlägen von Oslo/Utøya und des Nationalsozialistischen Untergrunds (NSU) gerieten rechte Morde nicht nur in Norwegen und Deutschland ins Zentrum öffentlicher Aufmerksamkeit. Rechte Bürgerwehren wie die Ungarische Garde wurden zu einer Gefahr für Roma und andere Minderheiten. Homophobe Gewalt ist nach wie vor weit verbreitet, medial präsent war diese etwa im Zuge von gewalttätigen Übergriffen bei Gay-Pride-Veranstaltungen. Migrantisierte, illegalisierte und als Linke wahrgenommene Menschen wurden – exemplarisch stehen hierfür unter anderem die Entwicklungen in Athen – vermehrt durch rechte Straßengewalt bedroht. Medien und Anti-EU-Kampagnen wie Stop-ESM in Deutschland etablierten nationalistische Krisendeutungen à la »Pleite-Griechen« oder »PIIGS« (engl.: »Schweine«)³ -Staaten – nicht selten in einer impliziten Diskurskoalition mit rechtskonservativen Regierungen und Parteien.

Die Ursachen dieser Brisanz sind vielschichtig und umfassen neben der sich seit den 1980er Jahren in der EU herausbildenden wettbewerbsstaatlichen Integrationsweise, mit der eine verschärfte Unterwerfung der Bevölkerungen unter marktbasierter Disziplinierungszusammenhänge einhergeht und den Auswirkungen der Eurokrise, auch hohe Akzeptanz- und Unterstützungswerte für menschenverachtende Einstellungen sowie erfolgreiche rechte Organisationsprozesse.

Eurokrise, Transformationen der Demokratie und Nationalismus

Die Eurokrise ist nicht nur eine ökonomische Krise, sie umfasst (zumindest) vier differenzierbare Dynamiken⁴:

(1) Krisen des Kapitalismus:

Infolge der US-amerikanischen Subprime-Krise 2007 geriet kapitalistische Akkumulation in der Europäischen Union ins Stocken. Die Entwertung von Hypothekenspapieren auf den weltweiten Derivatmärkten führte bei vielen europäischen Banken zu Refinanzierungs- und Liquiditätsproblemen. Die daraus resultierende massive Unsicherheit über die Zahlungsfähigkeit einzelner Banken führte dazu, dass sich Banken untereinander keine Kredite mehr vergaben; der Interbankenkreditmarkt trocknete aus. Gleichzeitig reduzierten die Banken ihre Kreditvergabe an Privathaushalte und Unternehmen, die in der Folge nicht mehr in der Lage waren, Ausgaben zu tätigen. Konsum und Industrieproduktion brachen ein. Zur Stabilisierung kapitalistischer Akkumulation reagierten die europäischen Regierungen mit der Verstaatlichung der Verluste jener Banken, die sie als systemrelevant klassifizierten sowie (in deutlich geringerem Umfang) mit Maßnahmen der Konjunkturförderung. Durch diese Interventionsprogramme, aber auch durch automatische Stabilisatoren (etwa steigende Ausgaben für Arbeitslosengeld als Folge der Rezession) erhöhten sich europaweit die Staatsschuldenquoten beträchtlich. Die Möglichkeiten des Staates, soziale Zugeständnisse zu machen, verringerten sich.

(2) Krisen der Eurozone:

Infolge der steigenden Staatsschuldenquoten stellten ab 2010 die Ratingagenturen S&P, Moody's und Fitch die Zahlungsfähigkeit »peripherer«⁵ europäischer Staaten in Frage. Sie offenbarten damit Konstruktionsfehler der Wirtschafts- und Währungsunion: Erstens ist es der Europäischen Zentralbank – im Gegensatz zu nationalen Zentralbanken – nicht erlaubt, als lender of last resort zu agieren und damit drohende Staatspleiten abzuwenden. Zweitens stärkte die Eurozone durch das Fehlen makroökonomischer Korrekturmechanismen wirtschaftlich stärkere Staaten des europäischen Zentrums auf Kosten wirtschaftlich schwächeren Staaten der europäischen Peripherie. Die Wettbewerbsfähigkeit entwickelte sich auseinander. Wachstum in der europäischen Peripherie fand aufgrund der sich intensivierenden Exportschwäche häufig schuldenbasiert statt und blieb instabil und prekär. Es kam zu einer diskursiven Polarisierung entlang nationaler Grenzlinien: Aus den Ländern des europäischen Zentrums wurden – nicht zuletzt in der medialen Selbstwahrnehmung – sparsame »Musterschüler«, aus den Staaten der Peripherie verschwenderische »PIIGS«.

(3) Krisen der Demokratien:

Auf die Krisen des Kapitalismus und der Eurozone reagierte die Europäische Union mit einem Krisenmanagement, das darauf abzielte, über eine drastische Austeritätspolitik – etwa Sozialkürzungen, Privatisierungen sowie den Abbau der Rechte von Lohnabhängigen und Gewerkschaften – die Kreditwürdigkeit der Peripherie wieder herzustellen. Durchgesetzt wurde das Krisenmanagement über ein Bausteinsystem, welches die Rechte der europäischen Exekutive stärkte, während nationale Parlamente und andere Terrains, »deren Konfiguration eine für die Subalternen vergleichsweise günstigere ›strukturelle Selektivität [...] aufwies«⁶, entwertet wurden. Die ohnehin prekären Möglichkeiten⁷ der europäischen Bevölkerungen auf politische Entscheidungen Einfluss nehmen zu können – sanken weiter.

(4) Krisen der sozialen Reproduktion:

Infolge der Krisen des Kapitalismus und aufgrund des austeritätsorientierten Krisenmanagements veränderten sich vor allem in der europäischen Peripherie die Lebensbedingungen der Bevölkerungen. Armuts- und Arbeitslosigkeitsraten stiegen deutlich an, die Prekarität von Arbeitsverhältnissen erhöhte sich, das Haushaltseinkommen ging zurück. In Spanien, wo kapitalistische Akkumulation seit den 1980er Jahren zentral auf einem hypothekenbasierten Immobilienboom beruhte, wurden Zwangsräumungen zu einer alltäglichen Erfahrung, in Griechenland stiegen Suizid- und Krankheitsraten drastisch an, in Ungarn lebten 2010 fast 30 Prozent der Bevölkerung an oder unter der Armutsgrenze.⁸ Von den sozialen Krisenerscheinungen blieben aber auch breite Schichten innerhalb der Länder des europäischen Zentrums nicht verschont. So kam es beispielsweise auch in Deutschland in den letzten Jahren zu einer massiven Ausweitung prekärer Beschäftigungsverhältnisse. Für die europäischen Mitgliedsländer lässt sich feststellen, dass das alltägliche (Über-)Leben heute deutlich prekärer ist als in den Jahren zuvor. Ein in materieller Hinsicht abgesichertes Leben ist vor allem in den Ländern der europäischen Peripherie für immer weniger Menschen möglich.

Nimmt man die vier Dimensionen zusammen, zeichnen sich in den letzten Jahren – vor allem in der europäischen Peripherie – Konturen einer autoritären Demokratie ab, die nur noch begrenzt in der Lage ist, Zustimmung bzw. Legitimität in den Bevölkerungen zu generieren⁹: Ihr Möglichkeitskorridor ist strukturell durch die Krisen kapitalistischer Akkumulation eingeschränkt, die Einflussmöglichkeiten der Bevölkerung sind durch das Bausteinsystem autoritärer Austeritätspolitik begrenzt, soziale Absicherung wird kaum noch gewährleistet.¹⁰ Die autoritäre Demokratie muss dabei in Kontinuität zu Formen post-politischer bzw. technokratischer Herrschaft begriffen werden, die mit der Durchsetzung neoliberalen Regierens zunehmend zur demokratischen Normalität wurden.¹¹ Der organisierten Rechten bieten die autoritären Transformationen der Demokratie die Möglichkeit, sich als Vertreterin des »kleinen Mannes« zu inszenieren – so warb etwa

die österreichische Partei FPÖ 2009 erfolgreich mit dem Slogan »Echte Volksvertreter statt EU-Verräter«. In Ungarn manifestierte sich der enge demokratische Möglichkeitskorridor bereits vor der Eurokrise in einem von der damaligen sozialdemokratischen Regierung – im Kontext ökonomischer Krisenentwicklungen und einem »Rettungsprogramm« von EU und IWF in Höhe von 20 Milliarden Euro – durchgeführten Austeritätsprogramm, das neben anderen Faktoren zum Wahlerfolg der rechten Parteien Fidesz und Jobbik 2010 beitrug.¹²

Parallel zu den Krisen der Demokratie entwickeln sich – begünstigt durch die Konstruktionsfehler der Wirtschafts- und Währungsunion – nationalistisch-sozialchauvinistische Diskurse, in denen die Eurokrise auf das Fehlverhalten einzelner Staaten und Bevölkerungen zurückgeführt wird. Suggestiert wird, dass die »Musterschüler« des Zentrums nun für die Verfehlungen der Staaten und/oder Bevölkerungen der europäischen Peripherie aufkommen müssten. Nicht zufällig bereuen in der Folge 55 Prozent der Niederländer den Euro-Beitritt,¹³ während zwei Drittel der Deutschen die europäischen »Rettungspakete« ablehnen¹⁴ und sich 30 Prozent ein »unabhängiges Deutschland ohne den Euro, in das keine Europäische Union hineinregiert« wünschen.¹⁵ Insbesondere Griechenland und die griechische Bevölkerung werden – bis weit in die europäische Peripherie hinein – abgewertet. So verkündeten die Regierungen der am stärksten von der Eurokrise betroffenen Staaten unisono ihr Land sei »nicht Griechenland«. Der irische Finanzminister Michael Noonan erklärte gar, er denke darüber nach, T-Shirts mit dem Aufdruck »Irland ist nicht Griechenland« zu verkaufen.¹⁶ Auch die starke Stellung der deutschen Regierung im europäischen Krisenmanagement löste nationalistische Gegenreaktionen aus. 78 Prozent der GriechInnen erklären eine schlechte Meinung von Deutschland zu haben, 49 Prozent sogar eine sehr schlechte.¹⁷

Menschenverachtende Einstellungen

Jenseits der unmittelbaren Dynamiken der Eurokrise lassen sich europaweit hohe Akzeptanz- und Unterstützungswerte für menschenverachtende Einstellungen¹⁸ beobachten:

– Die Aussagen »Es gibt zu viele Zuwanderer in (jew. Land)« und »Es gibt eine natürliche Hierarchie zwischen schwarzen und weißen Völkern« treffen europaweit auf hohe Zustimmung.¹⁹ Insbesondere für osteuropäische Mitgliedsländer der EU lässt sich darüber hinaus eine hohe Zustimmung zu antiziganistischen Einstellungen konstatieren. So sind beispielsweise über 80 Prozent der Erwachsenen in Ungarn negativ gegenüber Roma eingestellt.²⁰ 47 Prozent der Roma, 41 Prozent der »Afrikaner (südl. Sahara)«²¹, 36 Prozent der »Nordafrikaner«, 23 Prozent der »Mittel- und Osteuropäer« sowie 23 Prozent der »Türken«, die in der EU leben, erklärten, in den vergangenen 12 Monaten zumindest einmal diskriminiert worden zu sein.²²



- Bei der Aussage »Juden haben zu viel Einfluss« zeigen sich deutliche Unterschiede zwischen Ost- und Westeuropa. Die Zustimmungsraten zur Aussage betragen in Deutschland 19,7 Prozent, in Großbritannien 13,9 Prozent, in Frankreich 27,7 Prozent, in den Niederlanden 5,6 Prozent, in Italien 21,2 Prozent, in Portugal 19,9 Prozent, Polen 49,9 Prozent, Ungarn, 69,2 Prozent.²³ Ein signifikanter Anstieg antisemitischer Einstellungen lässt sich in den letzten Jahren vor allem in Ungarn beobachten. Während in der Zeit von 1993 bis 2006 noch zwischen 10 und 15 Prozent der erwachsenen Bevölkerung in Ungarn Jüdinnen und Juden »emotional ablehnten« stieg dieser Anteil im Jahre 2011 auf 24 Prozent.²⁴
- »Frauen sollten ihre Rolle als Ehefrau und Mutter ernst nehmen« unterstützen in Deutschland 52,7 Prozent, in Großbritannien 53,2 Prozent, in Frankreich 57,0 Prozent, in den Niederlanden 36,4 Prozent, in Italien 63,2 Prozent, in Portugal 67,9 Prozent, in Polen 87,2 Prozent und in Ungarn 88,4 Prozent.²⁵ In der Regel wird Frauen gerade dort eine untergeordnete, klassische Rolle zugeteilt, wo der Katholizismus stark in der Bevölkerung verankert ist. Dies ist vor allem in den Ländern der osteuropäischen Peripherie – hier Polen und Ungarn – der Fall. Eine klassische Rollenzuweisung geht häufig mit hohen Akzeptanz- und Unterstützungswerten gegenüber Homo- und Transphobie einher.
- Die Aussage »Es gibt nichts Unmoralisches an Homosexualität« schließlich lehnen in Deutschland 38,0 Prozent, in Großbritannien 37,2 Prozent, in Frankreich 36,2 Prozent, in den Niederlanden 16,5 Prozent, in Italien 42,5 Prozent, in Portugal 44 Prozent, in Polen 75,8 Prozent und in Ungarn 67,7 Prozent der Befragten ab.²⁶ Trotz einer in einigen Ländern verbesserten rechtlichen und medialen Anerkennung bleiben Homosexuelle starker gesellschaftlicher Diskriminierung und körperlicher Gewalt ausgesetzt.²⁷

In der Eurokrise lässt sich eine Ausweitung menschenverachtender Einstellungen konstatieren. Marginalisierte Gruppen, die deutlich stärker von den Auswirkungen der Krise betroffen sind, verarmen und werden in der Folge als Last für die Gesellschaft wahrgenommen.²⁸ Abstiegsängste und Unsicherheiten in Verbindung mit Gefühlen der Machtlosigkeit fördern rechte Konstruktionen der Bevölkerung als Opfer übermächtiger Gegner.²⁹ Verschwörungstheoretische und/oder antisemitische Mythen über die Macht der Finanzsphäre erscheinen angesichts eigener Ohnmachterfahrungen, individualisierter alltäglicher Krisen und undurchschaubarer kapitalistischer Zusammenhänge plausibel – nicht zuletzt da durch die Dominanz von autoritären Austeritäts- und Alternativlosigkeitsdiskursen und die Schwäche der organisierten Linken »Lücken im Angebot zur Deutung gesellschaftlicher Veränderungen und individueller Lebenssituationen«³⁰ klaffen. Nation und Familie bieten in dieser Situation scheinbaren Schutz vor gesellschaftlichen Widersprüchen und das »Gefühl, der als bedrohlich erlebten Welt nicht mehr völlig hilflos ausgeliefert zu sein«.³¹

Exemplarisch sammelte die unter anderem vom Bund der Steuerzahler Bayern, der Alternative für Deutschland und einzelnen Abgeordneten der FDP unterstützte rechte Kampagne Stop-ESM über 40.000 Unterschriften mit der Aussage das europäische Krisenmanagement treibe »Deutschland und seine Bürger [...] in die Hände der internationalen Finanz- und Machtoligarchie und gibt sie zur Plünderung frei«^{32, 33} In zugespitzter Form findet sich das hier anklingende Deutungsmuster in einem Wahlwerbespot der völkisch-nationalistischen ungarischen Partei Jobbik aus dem Jahr 2010 wieder:

»Wir müssen immer mehr Raten zahlen. Dürfen Banken tun, was immer sie wollen? Während wir arbeiten, stehlen sie nur. Dürfen politische Kriminelle tun, was immer sie wollen? Ich habe schon Angst auf die Straße zu gehen. Dürfen Zigeunerkriminelle tun, was immer sie wollen? Es gibt keine ungarischen Produkte in den Regalen. Dürfen multinationale Konzerne tun, was immer sie wollen? Wir haben das Parasitentum satt.«³⁴

Rechte Organisations- und Mobilisierungsprozesse

Die Dynamiken der Eurokrise und die hohe Akzeptanz und Unterstützung menschenverachtender Einstellungen treffen in der EU auf eine Rechte, die in den vergangenen Jahren erfolgreich in der Lage war dauerhaft tragfähige Organisationsformen aufzubauen und Teile der Bevölkerungen zu mobilisieren. Seit Anfang der 2000er Jahre waren Parteien der völkischen und identitären Rechten in der Lage, relativ kontinuierliche Wahlerfolge zu erzielen, sich an Regierungen zu beteiligen und dauerhafte Strukturen aufzubauen – trotz Parteikrisen etwa in der Folge von Regierungsbeteiligungen in den Niederlanden oder Österreich. Sie profitierten dabei nicht selten von konservativen Parteien und rechten Medien, die Sagbarkeitsfelder für völkische und identitäre Positionen öffneten³⁵ oder gar – wie etwa die Regierungen Berlusconi in Italien oder Orbáns in Ungarn – eine Kulturrevolution von rechts vorantrieben.³⁶ Staatliche Parteienfinanzierung auf nationaler und europäischer Ebene sicherte eine dauerhafte Kampagnenfähigkeit. Parallel existierten (häufig männerdominierte) rechte Szenen³⁷ – von Skinhead- über Musik- oder Hooliganszenen über sogenannte freie Kräfte, wie Kameradschaften und Autonome Nationalisten, bis hin zu studentischen Verbindungen – die, ungeachtet der in einigen Ländern vorhandenen Mobilisierungsprobleme, durchaus als Sozialisationsinstanz dienten und rechte Lebenswelten stabilisierten. Teils wurden auch von Parteien Basisstrukturen zur Verbreitung rechter Ideologien etabliert, so entwickelte etwa der Fidesz in Ungarn ein Netzwerk von so genannten »Bürgerkreisen«, die völkische Ideologie verbreiten³⁸ und parteipolitisch ungebundene Personen, Sympathisanten und Sympathisantinnen des Fidesz sowie Wählerinnen und Wähler anderer rechter Parteien längerfristig an den Fidesz binden sollten.³⁹

Die erfolgreichen Organisationsprozesse bilden sich unter anderem in Wahlerfolgen im Kontext der Krise ab: Marine Le Pen gelang es als Präsidentschaftskandidatin des Front National

in Frankreich im April 2012 17,9 Prozent der abgegebenen Stimmen zu erhalten; die offen faschistische Partei Chrysi Avgi zog Anfang Mai 2012 mit 6,9 Prozent der Stimmen in das griechische Parlament ein, in Umfragen liegt sie derzeit bei über 10 Prozent; die United Kingdom Independence Party erzielte bei den britischen Regionalwahlen im Mai 2013 6,2 Prozent der Stimmen. Der europaweit eindrucksvollste Erfolg gelang jedoch dem Fidesz, der unter Anwendung populistischer Mobilisierungstechniken, dem Rückgriff auf Sündenbockkonstruktionen sowie der Etablierung eines aktionistisch orientierten, offensiven Politikstils bei den ungarischen Parlamentswahlen im Jahre 2010 in einer Wahlallianz mit der KDNP mit einer verfassungsgebenden Zwei-Drittel-Mehrheit ins ungarische Parlament einziehen konnte.⁴⁰

Neben Wahlerfolgen äußern sich erfolgreiche rechte Organisationsprozesse auch darin, dass rechte Gruppierungen – etwa in Griechenland – implizit als Teil staatlicher Herrschaftsstrategien fungieren:

»Wichtig im Kontext der Krise ist vor allem die Rolle der ›Goldenen Morgenröte‹ bei den sozialen Protesten gegen die Memoranden, wo sie linke Protestierende und antifaschistische Gruppen angreifen. Mit dieser Methode wird eine klare Botschaft vermittelt: Wenn die Proteste ›zu weit‹ gehen, ist die ›Goldene Morgenröte‹ da, um wieder ›Ordnung‹ herzustellen. Ihre Eigenschaft, neben oder oftmals über dem offiziellen repressiven Staatsapparat als Reserveordnungsmacht zu fungieren, hat die Installation von Gewalt als politischer Praktik und als Instrument zur sozialen Disziplinierung zur Folge.«⁴¹

Fazit

Vergegenwärtigt man sich das Zusammenspiel von Repräsentationskrisen, Eurokrise, menschenverachtender Einstellungen und erfolgreichen rechten Organisationsprozessen überrascht die Brisanz rechter Politik in der Eurokrise kaum. Die in der Einleitung genannten Beispiele sind vor diesem Hintergrund nicht viel mehr als die sichtbare Spitze eines Eisbergs, unter der sich ein deutlich größeres rechtes Potential verbirgt. Eine radikaldemokratische, antirassistische und antifaschistische Politik muss vor diesem Hintergrund auf zumindest drei Ebenen ansetzen:

Erstens ist eine Politik der Stigmatisierung und zivilgesellschaftlichen Konfrontation gegenüber der organisierten Rechten sinnvoll und notwendig.⁴² Als besonders dynamisches Moment einer solchen Politik erwiesen sich in Deutschland in den letzten Jahren die bündnispolitisch breit angelegten Massenblockaden von Naziaufmärschen, wie sie etwa in Dresden trotz staatlicher Repression erfolgreich praktiziert wurden.⁴³ Um derartige Strategien auch in Ländern mit rechter Hegemonie wie Ungarn denkbar zu machen, gilt es auf zweierlei Ebenen anzusetzen: Zum einen darf der organisierten Rechten nicht die Zivilgesellschaft überlassen werden, zum anderen sind grenzüberschreitende Solidaritätsnetzwerke notwendig.

Zweitens ist – da menschenverachtende Einstellungen weit über die organisierte Rechte hinaus verbreitet sind – eine kontinuierliche Bildungs- und Aufklärungsarbeit notwendig. Ein Ziel muss es auch sein, Utopien, und damit emanzipatorische Kritik an den herrschenden Verhältnissen, wieder denkbar zu machen. Die Kritik darf nicht nur »Rechtsextremismus« problematisieren. Eine Bildungsarbeit deren Bezugspunkt die »demokratischen Mitte« bildet, erkennt notwendig die Tragweite des Problems. Da staatliche Bildungsarbeit nicht selten durch in diesem Sinne implizit oder explizit extremismustheoretische Grundlagen in ihrer Reichweite beschränkt bleibt, sind es in erster Linie finanziell prekär ausgestattete bildungspolitische Organisationen wie das Netzwerk für Demokratie und Courage⁴⁴, die eine umfassende Bildungsarbeit gegen menschenverachtende Einstellungen umsetzen.

Drittens ist es notwendig, eine emanzipatorische Kritik der Eurokrise, des europäischen Krisenmanagements und der autoritären Transformationen der Demokratie zu entwickeln und erfahrbar zu machen, um eine rechte Problematisierung der Repräsentationskrise zu verhindern. Erfolgreich gelungen ist dies – zum Teil – in der Bewegung des 15. Mai in Spanien (»Empörte«), in der individuelle Krisenerfahrungen in politische Forderungen übersetzt und darüber Ohnmachtserfahrungen problematisiert, reflektiert und kollektiviert sowie in Protest umgesetzt werden konnten.⁴⁵ Das »Sie repräsentieren uns nicht!« der spanischen Bewegungen implizierte dabei in der Regel die Forderung nach einer radikaldemokratischen, inklusiven Umgestaltung der repräsentativen Demokratie (»Echte Demokratie Jetzt!«) und unterlief damit erfolgreich die rechte populistische Figur »Volksvertreter statt (EU-)Verräter«.

Nikolai Huke und Aljoscha Pilger

- 1 Bei dem Beitrag handelt es sich um eine ausführliche Fassung des gleichnamigen Artikels aus dem BdWi-Studienheft Nr. 9. (BdWi=Bund demokratischer Wissenschaftler)
- 2 Den Begriff der organisierten Rechten verwenden wir als Überbegriff für völkische, identitäre und (rechts-) konservative Personen und Positionen in Parteien, Organisationen und Bewegungen. Ziel ist es, darüber (explizit oder implizit) extremismustheoretische Begriffe (z. B. extreme Rechte, rechtsextrem, radikale Rechte sowie auch rechtspopulistisch im Gegensatz zur etablierten Politik) zu vermeiden und die damit einhergehende Normalisierung und De-Problematisierung rechter Einstellungen der im Gegensatz demokratisch erscheinenden »Mitte« der Gesellschaft zu verhindern.
- 3 Kürzel aus den Anfangsbuchstaben Portugals, Irlands, Italiens, Griechenlands und Spaniens.
- 4 Vgl. Huke, Nikolai/Syrovatka, Felix, Sparen für die Wettbewerbsfähigkeit des Kapitals. Eine kurze Geschichte der autoritären EU-Austeritätspolitik, in: analyse & kritik, 19. April 2013.
- 5 Becker, Joachim, EU – Von der Wirtschafts- zur Integrationskrise, in: Z – Zeitschrift marxistische Erneuerung 22 (1) (2011), S. 10–30.
- 6 Oberndorfer, Lukas, Hegemoniekrise in Europa – Auf dem Weg zu einem autoritären Wettbewerbsetatismus?, in: Forschungsgruppe Staatsprojekt Europa (Hg.), Die EU in der Krise: Zwischen autoritärem Etatismus und europäischem Frühling, Münster 2012, S. 50–72, hier: S. 59.

- 7 Die Möglichkeiten sind durch grundlegende Konflikte im Verhältnis von Kapitalismus und Demokratie sowie durch die wettbewerbsstaatliche Integrationsweise der Europäischen Union seit den 1980er Jahren und post-demokratische und autoritäre Tendenzen auf nationaler Ebene stark eingeschränkt.
- 8 Vgl. Farkas, Péter, Worsening Social Circumstances and Exclusion in Hungary, in: Social Watch (Hg.), European Social Watch Report 2010: Time for Action. Responding to Poverty, Social Exclusion and Inequality in Europe and Beyond (2010), S. 64. Verfügbar unter: http://www.socialwatch.org/sites/default/files/European_SW_Report_2010-eng.pdf. Zuletzt geprüft am 29. August 2013.
- 9 Die Herausbildung dieser spezifischen Form von Demokratie in den Ländern der EU ist mittelbar mit einer Reihe gesellschaftlicher und politischer Krisen jenseits der Eurokrise verbunden, die ihren Ursprung in der Form der kapitalistischen Vergesellschaftung selbst haben. Unter anderem handelt es sich hierbei um eine seit Jahrzehnten bestehende manifeste Krise der organisierten Linken sowie eine Krise des kritischen Denkens und utopisch-emanzipatorischen Vorstellungsvermögens (siehe hierzu u. a. Behrens, Roger, Die Paralyse der Kritik, in: Jungle World, 22. August 2013. Verfügbar unter: <http://jungle-world.com/artikel/2013/34/48328.html>. Zuletzt geprüft am 29. August 2013).
- 10 Vgl. Huke, Nikolai/Schlemermeyer, Jan, Warum so staatstragend?, in: PROKLA 42 (3) (2012), S. 455–465.
- 11 Vgl. Altenried, Moritz/Schütt, Mariana, Krise und Normalität im Kapitalismus. Versuch einer schwierigen Verhältnisbestimmung, in: Friedrich, Sebastian/Schreiner, Patrick (Hg.), Nation – Ausgrenzung – Krise: Kritische Perspektiven auf Europa, Münster 2013, S. 79–92, hier: S. 85 f.
- 12 Vgl. Pilger, Aljoscha, Rechtspopulismus in Ungarn. Ideologie und Aufstieg des Fidesz, in: Forschungsgruppe Europäische Integration (Hg.), Rechtspopulismus in der Europäischen Union, Hamburg 2012, S. 35–59, hier: S. 52 ff.
- 13 Vgl. euobserver.com, More than half Dutch people regret joining euro, in: euobserver.com, 02. April 2013. Verfügbar unter: <http://euobserver.com/tickers/119655>. Zuletzt geprüft am 03. April 2013.
- 14 Vgl. FAZ, Gleichauf mit »Piraten«: »Alternative für Deutschland« liegt bei 3 Prozent, in: FAZ, 16.04.2013. Verfügbar unter: <http://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/europas-schuldenkrise/gleichauf-mit-piraten-alternative-fuer-deutschland-liegt-bei-3-prozent-12150745.html>. Zuletzt geprüft am 16. April 2013.
- 15 Vgl. Wiegel, Gerd, EU-Bashing als Erfolgsrezept des Rechtspopulismus? Ein europäischer Trend und seine deutschen Besonderheiten, in: arranca! (2012), S. 6–7, hier: S. 7.
- 16 Vgl. bloomberg.com, Noonan Says He May Print »Ireland Is Not Greece« T-Shirts, in: bloomberg.com, 23. Juni 2011. Verfügbar unter: <http://www.bloomberg.com/news/2011-06-23/noonan-says-may-print-ireland-not-greece-portugal-t-shirts.html>. Zuletzt geprüft am 29. August 2013.
- 17 Vgl. Pew Research Center, European Unity on the Rocks 2012. Verfügbar unter: <http://www.pewglobal.org/files/2012/05/Pew-Global-Attitudes-Project-European-Crisis-Report-FINAL-FOR-PRINT-May-29-2012.pdf>. Zuletzt geprüft am 27. August 2013.
- 18 Menschenverachtende Einstellungen sind das übergreifende Charakteristikum der (völkischen, identitären und konservativen) Rechten und umfassen u. a. Nationalismus, Sozialchauvinismus, Rassismus, Antisemitismus, Antiziganismus, Sozialdarwinismus, Sexismus oder Homophobie.
- 19 Vgl. Zick, Andreas/Küpper, Beate/Hövermann, Andreas, Die Abwertung der Anderen. Eine europäische Zustandsbeschreibung zu Intoleranz, Vorurteilen und Diskriminierung. Verfügbar unter: <http://library.fes.de/pdf-files/do/07905-20110311.pdf>. Zuletzt geprüft am 27. August 2013.
- 20 Vgl. Váradi, Luca, Keine Überraschung – Antiziganistische Einstellungen ungarischer Jugendlicher, in: Migration und Soziale Arbeit 34 (2) (2012), S. 142–148, hier: S. 142.
- 21 Die Begrifflichkeiten sind aus der Studie übernommen.
- 22 Vgl. Agentur der Europäischen Union für Grundrechte, EU-MIDIS: Erhebung der Europäischen Union zu Minderheiten und Diskriminierung 2011. Verfügbar unter: http://fra.europa.eu/sites/default/files/fra_uploads/663-FRA-2011_EU_MIDIS_DE.pdf. Zuletzt geprüft am 27. August 2013.
- 23 Vgl. Zick/Küpper/Hövermann: Abwertung, S. 65.
- 24 Vgl. Kovács, András, Antisemitic Prejudice and Political Antisemitism in Present-Day Hungary, in: Journal for the Study of Antisemitism 4 (2) (2012), S. 443–467, hier: S. 444. Verfügbar unter: <http://web.ceu.hu/jewishstudies/jsa.pdf>. Zuletzt geprüft am 29. August 2013.
- 25 Vgl. Zick/Küpper/Hövermann: Abwertung, S. 72.
- 26 Vgl. ebd., S. 74.
- 27 Müller, Yves, Männliche Homosexualität und Homophobie im deutschen und österreichischen Rechtspopulismus, in: Forschungsgruppe Europäische Integration (Hg.), Rechtspopulismus in der Europäischen Union, Hamburg 2012, S. 79–97, hier: S. 80 ff.

- 28 Vgl. Markantanou, Maria, Die Konstruktion des »Feindes« in der Zeit der Finanzkrise. Neoliberalisierung und Ausnahmezustand in Griechenland, in: Friedrich, Sebastian/Schreiner, Patrick (Hg.), Nation – Ausgrenzung – Krise: Kritische Perspektiven auf Europa, Münster 2013, S. 128–138, hier: S. 128 f.
- 29 Eser, Patrick, Rechtspopulismus in Spanien. Katalonien, der nationale Konflikt und die rechtspopulistische Plataforma per Catalunya (PxC), in: Forschungsgruppe Europäische Integration (Hg.), Rechtspopulismus in der Europäischen Union, Hamburg 2012, S. 107–129, hier: S. 126.
- 30 Flecker/Krenn zit. nach ebd., S. 126.
- 31 Vgl. Seppmann, Werner, Dynamik der Entzivilisierung. Über die Gewalt, die aus den gesellschaftlichen Funktionsprinzipien resultiert, in: Bathke, Peter/Hoffstadt, Anke (Hg.), Die neuen Rechten in Europa: Zwischen Neoliberalismus und Rassismus, Köln 2013, S. 65–78, hier: S. 73; siehe auch Kreisky, Eva/Löffler, Marion, Maskulinität und Staat: Beharrung und Veränderung, in: Ludwig, Gundula/Sauer, Birgit/Wöhl, Stefanie (Hg.), Staat und Geschlecht: Grundlagen und aktuelle Herausforderungen feministischer Staatstheorie, Baden-Baden 2009, S. 75–88, hier: S. 86.
- 32 <http://www.stop-esm.org/home>
- 33 In der deutschen Partei DIE LINKE findet sich teilweise eine recht ähnlich gelagerte Kritik. Exemplarisch erklärt Ulrich Maurer (Stellvertretender Fraktionsvorsitzender der Bundestagsfraktion, DIE LINKE): »100 Milliarden Euro für das ESFS (Europäisches Finanzaufsichtssystem) [deutsches Kürzel: EFSF, d. Verf.], 200 Mrd. für das ESM (Europäischer Stabilitätsmechanismus). Summen für Kürzel, die keiner verstehen kann, die unverständlich bleiben sollen und über die sich in der Folge auch niemand mehr umfassend informieren mag. Dienen diese Unsummen doch einzig und allein der Stabilisierung von Großinvestoren und Banken.« (Maurer, Ulrich, Antwort der Linken auf rechten Extremismus und Terrorismus, in: Bathke, Peter/Hoffstadt, Anke (Hg.), Die neuen Rechten in Europa: Zwischen Neoliberalismus und Rassismus, Köln 2013, S. 284–290, hier: S. 288–289) Andrej Hunko (MdB, DIE LINKE) sieht ein »berechtigte[s] Unbehagen [...] über die gigantische Verwendung öffentlicher Gelder zu seiner Finanzierung« (Hunko, Andrej, Mögliche Gegenstrategien der humanistischen Gesellschaft, in: Bathke, Peter/Hoffstadt, Anke (Hg.), Die neuen Rechten in Europa: Zwischen Neoliberalismus und Rassismus, Köln 2013, S. 291–302, hier: S. 296) und erklärt damit ein passant nationalistisch motivierte Diskurse (à la »Keine deutschen Steuergelder für Griechenland«) für irgendwie doch legitim. Ignoriert wird von beiden, dass weder der finanzielle Umfang noch die Existenz von EFSF und ESM das zentrale Problem ist – potenziell könnten die Maßnahmen den sozialpolitischen Spielraum in der europäischen Peripherie erhöhen und wären damit im Sinne einer europäischen Solidarität durchaus wünschenswert (vgl. Bieling, Hans-Jürgen, EU-Verfassungspolitik und Wirtschaftsregierung. Krisenkonstitutionalismus gegen Volkssouveränität und Demokratie, in: Widerspruch 31 (2) (2011), S. 61–70, hier: S. 65 ff.). Zentral für ihre fatalen Konsequenzen sind vielmehr ihre antidemokratische Form sowie die strikte austeritätspolitische Konditionalisierung, mit der sie verbunden sind. Die Konditionalisierung aber wird von Maurer und Hunko gar nicht erst diskutiert. Statt rechtem »EU-Bashing« (Wiegel: EU-Bashing) eine ernsthafte kritische Auseinandersetzung mit dem europäischen Krisenmanagement entgegenzusetzen und damit rechte Argumentationsfiguren zu untergraben, befördert ihre Kritik in der Folge so selbst eine verkürzte Wahrnehmung der Prozesse.
- 34 Jobbik, Hungarian Nationalists – Jobbik official campaign video 2010 2010. Verfügbar unter: <https://www.youtube.com/watch?v=X3xQLWffHE>. Zuletzt geprüft am 27. August 2013, Übers. d. Verf..
- 35 Ein besonders drastisches Beispiel hierfür war der Wahlkampf 2012 in Griechenland, in dem der Gesundheitsminister Andreas Loverdos der sozialdemokratischen PASOK in einer Kampagne zur Abschiebung von HIV-infizierten Prostituierten erklärte, dass »der HIV-Virus [...] von der illegalen Migrantin zum Kunden und zur griechischen Familie übertragen« (Andreas Loverdos/PASOK zit. nach Markantanou: Konstruktion, S. 137) werde, während die konservative Nea Demokratia (ND) sich für eine Unterbringung illegalisierter Migrant*innen in Auffang- und Militärlagern aussprach, um »unsere Städte wieder besetzen zu können« (Antonis Samaras/ND zit. nach ebd.), wodurch ein Sagbarkeitsfeld für die faschistische Chrysi Avgi geöffnet wurde (vgl. Huke, Nikolai/Triandafillidou, Haris, Rechtspopulismus in der Euro-Krise, in: Forschungsgruppe Europäische Integration (Hg.), Rechtspopulismus in der Europäischen Union, Hamburg 2012, S. 13–34, hier: S. 24 ff.).
- 36 Vgl. Forschungsgruppe Europäische Integration (Hg.), Rechtspopulismus in der Europäischen Union, Hamburg 2012. Die Reaktion der EU blieb auf eine vorsichtige symbolische Sanktionierung beschränkt und auch aus den Reihen der Europäische Volkspartei, zu deren Mitgliedsparteien neben CDU und CSU eben auch Berlusconi PDL und Orbán's Fidesz zählen, wurde an diesen Entwicklungen kaum Kritik geübt.
- 37 Der Verweis auf die Dominanz von Männern in der rechten Szene bedeutet nicht, dass Frauen nicht auch an zentraler Stelle in diesen Bewegungen partizipieren. Die Rolle Beate Zschäpes innerhalb des NSU steht hier exemplarisch dafür, dass die Rolle von Frauen in der organisierten Rechten nicht unterschätzt werden darf.
- 38 Vgl. Marsovszky, Magdalena, Ungarn – von völkischer Ideologie durchdrungen. Kein »Populismus am rechten Rand«, sondern eine Pluralismus-feindliche Massenbewegung, in: Forschungsgruppe Europäische Integration (Hg.), Rechtspopulismus in der Europäischen Union, Hamburg 2012, S. 130–149, hier: S. 131.
- 39 Vgl. Pilger: Rechtspopulismus, S. 46.
- 40 Vgl. ebd., S. 46 f.
- 41 Markantanou: Konstruktion, S. 135.
- 42 Vgl. Hunko: Gegenstrategien, S. 301.
- 43 Vgl. Zimmermann, Maike, ... bis der Aufmarsch Geschichte ist. Der Erfolg von Dresden baut auf einer längeren Entwicklung auf. Die Geschichte ist jedoch noch nicht zu Ende, in: Bathke, Peter/Hoffstadt, Anke (Hg.), Die neuen Rechten in Europa: Zwischen Neoliberalismus und Rassismus, Köln 2013, S. 318–327
- 44 <http://www.netzwerk-courage.de/>
- 45 Vgl. Espinar, Ramón/Abellán, Jacobo, »Lo llaman democracia y no lo es«. Eine demokratietheoretische Annäherung an die Bewegung des 15. Mai, in: PROKLA 42 (1) (2012), S. 135–149.

Parlamentarische Demokratie und diktatorische Regime in Europa: Noch einmal der Fall Ungarn

Die staatssozialistischen Gesellschaften in der UdSSR und in Osteuropa brachen vor zwei Jahrzehnten zusammen. Der größte Teil Europas 1988: 6,7 von 10, 4 Quadratkilometern mit 363 von 726 Millionen Einwohnern) kehrte zur kapitalistischen Gesellschaftsformation zurück.¹ Die sowjetische Hegemonialmacht unter Michail Gorbatschow (1985–1991) und Boris Jelzin (seit 1990/1991 Präsident Russlands) gab damals ihr osteuropäisches Einflussgebiet auf, überließ es dem kapitalistischen Westen und der Nato. Mehr noch: die ehemalige kommunistische Elite errichtete in Russland »von oben« einen Oligarchen-Kapitalismus, allerdings ohne die »klassische« westliche parlamentarische Demokratie. Ähnlich handelten die anderen osteuropäischen Funktionseiten.² Der Untergang der zum Kapitalismus alternativen Gesellschaften auf dem europäischen Kontinent wurde möglich durch deren fehlende ökonomische Dynamik und politische Stabilität, unzureichende demokratische Verankerung der politischen Herrschaft sowie infolge der damit verbundenen mangelnden Fähigkeit und Willenskraft der damaligen politischen Führungen zu Reformen innerhalb des bestehenden Systems. Die Vorbereitung für die Aufnahme der meisten osteuropäischen Länder in die EU zwischen 1989 und 2004 war damit verbunden, dass hier (im Unterschied zu Russland) durch den Elitenwechsel der Kapitalismus von außen eingeführt wurde, in dessen Ergebnis das ausländische Kapital in Industrie, Handel, Gewerbe und Banken dominiert. Dieser so genannte transnationale bzw. europäische Kapitalismus in Osteuropa ist eine Erscheinung, »in der einheimisches Eigentum vor allem in Klein- und Mittelunternehmen (KMU) gebildet wird, während große Unternehmen sowie der Großteil der Banken ausländische Tochtergesellschaften geworden sind, die wiederum nur in geringem Maße auf nationale Institutionen angewiesen sind.«³

Der Kapitalismus kommt zunehmend in Kollision mit den nationalen Interessen der neuen EU-Staaten. Das offenbarte sich vor allem in der globalen Finanzkrise des Kapitalismus der letzten fünf Jahre. Die politischen Entscheidungen in diesen Ländern treffen zunehmend die »Troika« (EU-Kommission, Europäische Zentralbank und Internationaler Währungsfonds) oder andere internationale Finanzorganisationen, also Gremien, die im betreffenden Land keine demokratische Legitimation besitzen. Da sich die meisten sozialdemokratischen Parteien als Pseudolinke entpuppten und die Einführung des neoliberalen Kapitalismus maßgeblich vorantrieben, die reformierten Linken nur geringen Einfluss besitzen, haben ext-

reme nationalistische Parteien sich zum vermeintlichen Fürsprecher nationaler Interessen überhaupt erst profilieren und Masseneinfluss gewinnen können. Es besteht die Gefahr, dass in dieser Situation die parlamentarische Demokratie durch ein autoritäres nationalistisches Regime ersetzt wird. In der kapitalistischen Welt des 20. und beginnenden 21. Jahrhunderts dominieren nicht die bürgerlichen parlamentarischen Demokratie mit Gewaltenteilung und Rechtsstaat, sondern autoritäre und diktatorische Regime.⁴

Rechtskonservative und rechtsliberale Kräfte, die sich als Bannerträger von Freiheit und Demokratie ausgeben, tolerieren autoritäre Regime und kooperieren mit ihnen. Historische Erfahrungen des vorigen Jahrhunderts zeigen zudem, dass in Zeiten kapitalistischer Systemkrisen die parlamentarische Demokratie selbst mit Billigung der bürgerlich-konservativen Kräfte durch eine faschistische Diktatur bzw. durch extreme autoritär-nationalistische Regime ersetzt wurde, wenn es um den Erhalt des kapitalistischen Systems als Ganzes ging. Das betraf in der Zwischenkriegszeit der 1920er und 1930er Jahre nicht nur Deutschland (1933), sondern auch Italien, Österreich, Portugal und Spanien sowie viele andere europäischen Länder. Geschichte wiederholt sich nicht generell, aber unter bestimmten Konstellationen tendenziell. Selbst die heute in höchsten Tönen gepriesene »demokratische Werte- und Staatengemeinschaft«, die Europäische Union, ist kein Musterbeispiel für die Durchsetzung der parlamentarischen Demokratie. Das Demokratie-Kriterium der EU wurde schon bei der »Osterweiterung« nicht immer beachtet, so bei der Aufnahme Estlands oder Lettlands; hier ist seit 1992 ein Drittel der Bevölkerung (vor allem russischer Nationalität) von den »freien Wahlen« ausgeschlossen.⁵

Murat Cakir kennzeichnete die gegenwärtigen demokratischen Zustände dieser Staatengemeinschaft folgendermaßen: »Auch eine EU-Mitgliedschaft kann Entdemokratisierungstendenzen in einzelnen Ländern nicht verhindern – siehe Ungarn. Abgesehen davon ist die EU selbst dabei, die Union und die bürgerlichen Demokratien Europas zu entkernen. Neoliberaler Umbau, Militarisierung der Außenpolitik, Delegitimierung von politischen Entscheidungsmechanismen und die Entmachtung der Parlamente – all dies ist weitgehend vollzogen.«⁶

Die Hauptgefahren für die parlamentarische Demokratie in Europa gehen gegenwärtig – wie auch schon in der Zeit der großen Krisen während der Zwischenkriegszeit – von faschistischen (d. h. heute: neofaschistischen) und extrem nationalistischen

tischen Parteien (die bezeichnen sich als nationalkonservativ, gehören zumeist zur konservativen Parteienfamilie Europas) aus. Ihr Einfluss wächst besonders in jenen Staaten, wo sozialdemokratische Parteien durch ihre Mitverantwortung an der Vertiefung sozialökonomischer Krisen teilweise ihren politischen Einfluss verspielt haben bzw. wo es keine konsequente Linke links neben der Sozialdemokratie mehr gibt.

Ungarn ist dafür ein warnendes Beispiel geworden, aber ähnliche Tendenzen des Vormarsches rechtsextremer Kräfte zeigen sich auch in Polen, Italien, Frankreich, Griechenland, Bulgarien und Rumänien. Der ungarische Schriftsteller György Konrad befürchtet, dass die EU die Beseitigung der ungarischen Demokratie wenig entgegensetzen wird: »Das allgemeine Problem der EU ist doch, dass sie eine Union der Nationalstaaten und nicht der Bürger ist. So ist es möglich, dass innerhalb der Union eine Insel geschaffen wird, in der mehr diktatorische als bundesrepublikanische Verhältnisse herrschen. Das erinnert stark an 1933, als die NSDAP mit einer Wahlmehrheit unter scheindemokratischen Bedingungen an die Macht kam. Auch wenn Ungarn im Vergleich zu Deutschland ein nur sehr kleines Land ist und eine Schreckensherrschaft unwahrscheinlich: Von einer Demokratie kann keine Rede mehr sein.«⁷

Welche politischen Parteien und Bewegungen sind es, die seit einiger Zeit die parlamentarische Demokratie Ungarns bedrohen und dabei sind, sie dauerhaft abzuschaffen? Es handelt sich im Wesentlichen um zwei (nur im Grad ihrer Radikalität unterschiedliche) extreme rechte Parteien – Die Neofaschisten (seit 1993 »Ungarische Partei der Wahrheit und des Lebens« MIÉP, seit 2003 »Bewegung für ein besseres Ungarn«, kurz Jobbik, und die populistischen Rechtsnationalisten (seit 1988 »Bund junger Demokraten« Fidesz, seit 2003 »FIDESZ – Ungarische Bürgerallianz« MPSZ unter Viktor Orbán⁸). Sie berufen sich auf das Erbe des Horthy-Faschismus (1920–1944) und auf die faschistische Bewegung der »Pfeilkreuzler« unter Ferenc Szálasi (1944–1945), einem Marionettenregime unter deutscher Besatzung.⁹

Ungarische Neofaschisten – eine einflussreiche politische Kraft (I.): 1993 bis 2002 »Ungarische Partei der Wahrheit und des Lebens« MIÉP

Vorsitzender dieser Partei war der antikommunistische Dissident István Csurka (1934–2012). Sie entstand aus den rechten Rändern der nach 1989 wiedererstandenen bürgerlichen rechtskonservativen Parteien, vor allem aus der Bürgerrechtsbewegung »Ungarisches Demokratisches Forum« MDF. Die MIÉP, die 1995 etwa 18.000 Mitglieder vereinte, besaß die Wochenzeitschrift »Magyar Forum« und den Rundfunksender »Pannon Rádió. Sie verbreiteten Revanchismus, Antisemitismus und rassistische Hetze gegen die Minderheit der Roma, die mit 700.000 Personen etwa 7,5 Prozent der Bevölkerung ausmacht. Csurka rief dazu auf, »Schluss zu machen« mit der »Überfremdung« Ungarns durch Ausländer, Juden und Roma, forderte ein starkes »ungarisches schaffendes

Kapital«, einen »ungarischen Wohlfahrtsstaat mit nationalem Eigenkapital in den Grenzen von Trianon.«¹⁰

Die MIÉP zog erstmals 1998 mit 5,5 Prozent (14 Mandate) in das Parlament ein.

Sie war von Anfang an vernetzt mit anderen neofaschistischen Gruppierungen, die sich in der Nachfolge der faschistischen »Pfeilkreuzler« verstehen: »Ungarische Nationale Front« MNA, »Ungarische Wohlstandsgesellschaft« MNSZ, »Bündnis der Ostfront-Kameraden« KABSZ, »Verband der Kriegsgefangenen« HSZ. Die neofaschistische MIÉP als Mobilisierungsfaktor, Tabubrecher und stiller Tolerierungspartner der ersten Fidesz-Regierung (1998 bis 2002), wurde um 2002 bedeutungslos (2,3 Prozent der Wählerstimmen). An ihre Stelle trat seit 2003 die »Bewegung für ein besseres Ungarn« JMM, kurz: »Jobbik«. Auch sie rekrutierte sich aus den rechtsextremen Rändern rechtskonservativer Parteien. Orbáns Kanzleramtsminister István Stump organisierte die Neuformierung der neofaschistischen Bewegung. Er unterstützte die dem Fidesz nahestehende, 1999 gegründete »Rechte Jugendgemeinschaft« JIK, weil diese das Zeug dazu hätten, »das radikalnationalistische rechte Segment (also die Kräfte rechts von Fidesz-K.H.G.) zu besetzen«, nachdem die Csurka-Partei ihren Schwung verloren habe.¹¹ Erst im Oktober 2003 formierte sich dann aus dieser Gruppierung eine neue neofaschistische Partei unter der Bezeichnung »Bewegung für ein besseres Ungarn« JMM. Vorsitzender wurde zunächst Dávid Kovács. Sein Stellvertreter, der Geschichtslehrer und Alarmanlagen-Verkäufer Gábor Vona¹² (geb. 1978) übernahm 2006 die Leitung der neofaschistischen Partei. Er war zuvor Präsident des »Vereins Christlicher Intellektueller« an der Budapester Universität und gehörte zu dem 2003 von Fidesz gegründeten »Bürgerlichen Verein« unter dem Motto »Vorwärts, Ungarn!« Sein Vize war Csanád Szegedi (geb. 1982) ist seit 2009 Jobbik-Abgeordneter im EU-Parlament. Er gibt sich als »Bevölkerungsspezialist« aus, ist aber nichts anderes als ein rassistischer Hetzer: »Die ungarischen Menschen haben genug davon, dass mit ihren Staatsgeldern eine staatlich gelenkte Zigeunerzucht finanziert wird.«¹³

Szegedi geht noch weiter und droht: »Mit aller Kraft werden wir uns dafür einsetzen, dass wir mit friedlichen Mitteln, aber bei Bestrafung und Inhaftierung der bisherigen Verbrecher in Ungarn Ordnung schaffen. Damit wir das Schicksal Ungarns zum Besseren wenden. (...) Doch wenn das nicht gelingt, dann wird die ungarische Jugend nicht untätig bleiben und zu den Waffen greifen.«¹⁴ Die neofaschistische Jobbik schuf 2007 eine paramilitärische Organisation nach dem Muster der Bewegung der »Pfeilkreuzler« – die »Ungarische Garde« MG mit etwa 3.000 Mitgliedern zum »Schutz des physisch, geistig, seelisch wehrlosen Magyarentums« und für das »erwachen und die Erneuerung der Nation«.¹⁵ Die neofaschistische Schlägertruppe legte ihren Eid ungestört vor dem Amtssitz des Staatspräsidenten László Solyó ab. Den Vorsitz übernahm Parteichef Vona selbst. Gardekommandeur

wurde Róbert Kiss. Seit 2008 verfügt die Jobbik-Miliz über einen »Sicherheitsdienst«, der zum Waffenbesitz berechtigt. Die neofaschistische Schlägertruppe ermordete in Gewaltaktionen zwischen März 2008 und Mai 2010 in 21 Siedlungen zehn Roma.¹⁶ Zwar wurde die Garde im Juli 2009 in zweiter Instanz rechtskräftig verboten. Sie war aber bereits in einer Woche als »Neue Ungarische Garde« wieder in Aktion. Vona hatte sich nach dem Verbot der paramilitärischen Organisation beim Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte beschwert. Dieser billigte 2013 das Verbot nachdrücklich. Zudem sind auch regionale Jobbik-»Schutzwahren« gebildet worden. Die seit 2010 amtierende Orbán-Regierung toleriert diese Terrorgruppen.¹⁷ Außerdem besitzt Jobbik eine parteieigene Gewerkschaft innerhalb der ungarischen Polizei unter der Bezeichnung »Tatbereit-Ungarische Polizeigewerkschaft«. Ihr gehören 9.000 der 50.000 ungarischen Polizisten an. Die Leiterin dieser »Gewerkschaft«, Oberstleutnant Judit Szima, schloss im Mai 2009 mit Jobbik ein Kooperationsabkommen. Als Spitzenkandidatin von Jobbik besetzte sie Platz 4 auf der Liste zu den Europawahlen.

Das außenpolitische Programm von Jobbik ist auf eine Revision des Friedens von Trianon gerichtet, d. h. auf die Wiedereingliederung der teils ungarisch besiedelten Gebiete der Nachbarstaaten (Slowakei, Rumänien, Serbien, Ukraine). Jobbik versucht, unter diesen zweieinhalb Millionen Auslandsungarn Einfluss zu gewinnen. Jobbik-Spitzenpolitiker Tamás Gaudi-Nagy, forderte im März 2010 die Verdopplung der Rüstungsausgaben und die Verstärkung der ungarischen Armee von 30.000 auf 72.000 Mann, um die Revision von Trianon gewaltsam durchzusetzen. Zum Netzwerk der Jobbik-Partei zählen u. a. die »König Attila Volkshochschule«, drei Buchladenketten, ein Taxi-Unternehmen, radikale Sportclubs, die Rockgruppen Kárpátia, und Romantikus Erőszak, die mit ihrem jährlichen Festival »Ungarische Insel« – ein Konkurrenzunternehmen zu dem seit 1993 bestehenden »Inselfestival« – über 10.000 Besucher erreichen. Jobbik besitzt zudem das Internetportal Kuruc.info mit 150.000 Nutzern, eine Wochenzeitung (www.barikad.hu) und den Rundfunksender Szent Korona Rádió. Außerdem bieten auch Fidesz-Massenmedien für Jobbik eine willkommene Möglichkeit, ihre faschistische Ideologie zu verbreiten.

Die ungarischen Neofaschisten finden auch in Teilen des katholischen Klerus Unterstützung. Der Erzbischof von Kolosváros, Balázs Babel, weihte das 2007 errichtete Denkmal des 1927 verstorbenen katholischen Erzbischofs Ottokár Prohászka ein. Dieser Geistliche gehörte zu den führenden antisemitischen Ideologen der Zwischenkriegszeit. Er erklärte 1919, dass sich das ungarische Volk vor den Juden, die er als »Rattenplage« bezeichnete, schützen müsse. Der »Deutschvölkische Schutz- und Trutzbund«, einer der Keimzellen der NSDAP, gab 1920 dessen antisemitisches Pamphlet »Die Judenfrage in Ungarn« heraus. Bischof Babel erklärte, er werde das Budapest Holocaust-Museum erst dann besuchen, wenn das Bildnis von Prohászka in der Nähe Adolf Hitlers verschwin-

de.¹⁸ Der reformierte Bischof Lóránt Hegedüs sen. übernahm den »Ehrenschatz« der »Ungarischen Garde«. Dessen Ehefrau Enikő Hegedüs-Kovács, Vizebürgermeisterin der nahe Budapest liegenden Gemeinde Budakeszi ist ebenfalls bei der Verbreitung des Antisemitismus sehr aktiv. Deren Sohn, Lóránt Hegedüs jun. (geb. 1968), war von 1998 bis 2002 MIÉP-Abgeordneter.¹⁹ Zur Jobbik-Führung gehört die Juristin und Universitätsdozentin für Strafrecht Krisztina Morvai (geb. 1963), die sich zuvor als »Frauenrechtlerin« einen Namen gemacht hatte. Ihr 1998 erschienenes Buch »Terror in der Familie« gilt bis heute als ungarisches Standardwerk über häusliche Gewalt. Die von 2002 bis 2006 amtierende sozialliberale Regierung delegierte sie in den UNO-Ausschuss für Beendigung der Diskriminierung von Frauen. Sie gehörte zu den Aktivisten der Herbstunruhen 2006 gegen die eben gewählte sozialliberale Regierung und wurde schließlich erfolgreiche Spitzenkandidatin auf der Jobbik-Liste für die Europawahlen 2009. Sie betrieb eine obszöne antisemitische Hetze und forderte die Aufhebung des Vertrages von Trianon und der Benesch-Dekrete. In einem Interview mit »Welt online« offenbarte sie Grundpositionen ihrer Partei:

»Wir sind nicht unbedingt für den Austritt aus der EU. Aber wir sind gegen die Schaffung eines europäischen Imperiums. Wir sind dagegen, die Nationalstaaten ihrer Entscheidungsbefugnisse zu berauben und den EU-Institutionen zu übertragen. Doch wenn das Schlimmste eintritt und wir das 2011 auslaufende Moratorium zum Landverkauf nicht neu verhandeln können, dann sollte Ungarn die EU verlassen. Wir dürfen unser Land nicht preisgeben. Die Europäische Union hat Ungarn nötiger als wir die EU.« Befragt nach der antisemitischen und rassistischen Politik ihrer Partei, erklärte sie: »Präsident Schimon Peres hat erklärt, dass Israel Ungarn aufkaufen wolle – dafür habe ich Belege. (...) Jeder sieht ja, welches Leid Israel in Palästina anrichtet. (...) Wir sind eine patriotische Partei – und daran ist nichts auszusetzen. Bei uns stehen die Menschen und ihre Bedürfnisse im Mittelpunkt – und nicht der Profit. Dieser völlig liberalisierte Handel ist für unsere Landwirtschaft fatal. Es hat keinen Sinn, Agrarprodukte von einem Ende der Welt an das andere zu schaffen, die Umwelt zu belasten und den lokalen Bauern die Märkte kaputt zu machen.« Die Terroraktionen gegen die große Minderheit der Roma rechtfertigt sie mit diesen Worten: »Einer muss das Thema der Kriminalität ansprechen. Die Polizei ist überfordert. Und nur wenige Leute sind privilegiert genug, Sicherheit für sich selbst finanzieren zu können. Doch man kann die Millionen Menschen, die sich das nicht leisten können, nicht völlig ungeschützt sich selbst überlassen.«²⁰

Die Jobbik-Partei pflegt enge Beziehungen zur französischen und wallonischen »Front National« zur italienischen »Fiamma Tricolore«, zur britischen »Nationalpartei«, der bulgarischen »Ataka«, den schwedischen »Nationaldemokraten« sowie zur ÖVP und zur NPD. Udo Voigt, der sich als »Vorsitzender der ältesten und stärksten nationalen Partei Deutschlands« nach 1945 bezeichnet, gratulierte seinem »lieben ungarischen Ka-



meraden Vona zu dieser »großartigen Leistung«. Es gebe »inhaltlich viel Übereinstimmung zwischen unseren Ländern und unseren beiden Parteien. Gemeinsam kämpften unsere Völker gegen den Bolschewismus.«²¹

Erschreckend ist der Masseneinfluss, den die neofaschistische Partei innerhalb der ungarischen Bevölkerung im letzten Jahrzehnt erreichte. In den Wahlen zum Europaparlament 2009 wurde sie drittstärkste Kraft und erreichte 14,8 Prozent der Stimmen (bei einer Wahlbeteiligung von 36,3 Prozent). Auch in den Parlamentswahlen im April 2010 wurde Jobbik die drittstärkste Partei, erhielt in den Regionallisten 16,7 Prozent der Wählerstimmen und 47 der 386 Parlamentssitze (12,2 Prozent). Sie erreichte ein Viertel der Wähler zwischen 18 und 29 Jahren, vorwiegend Männer und Mittelschulabgänger. Ihr Stimmenanteil betrug in Budapest nur 10,4 Prozent, in den nördöstlichen, zumeist von Roma besiedelten Komitaten, zwischen 20 und 27 Prozent. In den Kommunalwahlen im Oktober 2010 wurde Jobbik bereits die zweitstärkste Partei.²²

Populistische extreme Rechtsnationalisten an der Macht 1998 bis 2002

1994 verlor die erste rechtsbürgerliche »Nachwende-Regierung« die politische Macht durch den Wahlsieg der im Oktober 1989 neugegründeten kommunistischen Nachfolgepartei »Ungarische Sozialistische Partei« MSZP. Bei einer Wahlbeteiligung von 69 Prozent erhielten die ungarischen Sozialdemokraten bei den Parlamentswahlen 54,15 Prozent der Stimmen und stellten damit 209 der 386 Abgeordneten. Sie koalitierten mit dem linksliberalen »Bund der Freien Demokraten« SZDSZ, der mit 69 Abgeordneten in das Parlament einzog. Die einstige sozialistische Staatspartei hatte schon vor ihrem politischen Machtverlust die Privatisierung des ungarischen Staatseigentums eingeleitet und an ihre Führungskader verteilt, aber auch an westliche Kapitaleigner verschertelt. So wurde u. a. die größte ungarische Tageszeitung »Népszad-

ság« für 18 Millionen DM an einen der größten westdeutschen Verlage verkauft. Die sozialliberale Koalition vollendete in Erfüllung der EU-Aufnahmebedingungen die Schocktherapie der konservativen Antall-Regierung und vertiefte weiter die sozialen Klüfte innerhalb der Bevölkerung. Diese Entwicklung nutzte die anfänglich liberal agierende Fidesz-Partei für ihre Neuformierung zu einer extrem nationalistischen und rechtspopulistischen Partei. Sie erhob den Anspruch, als »Vertreterin der ganzen ungarischen Nation« zu agieren und wurde im Ergebnis der Parlamentswahlen vom Mai 1998 erstmals mit 38,34 Prozent stärkste politische Kraft mit 148 Parlamentsmandaten. Sie übernahm zusammen mit der »Partei der Kleinen Landwirte« FKGP und der »Christdemokratischen Volkspartei« KDNP bis 2002 die Regierungsgeschäfte.

Die rechtspopulistische Fidesz, die sich als »einzige wahre Interessenvertreterin des ungarischen Volkes« betrachtete, kündigte einen grundlegenden Systemwechsel an, der seit angeblich 1988 in Ungarn verpasst worden sei. In Wirklichkeit ging und geht es darum, das Land dauerhaft autoritär zu regieren. Partei- und Regierungschef Orbán hielt und hält nichts von einer Konsensdemokratie und meint, seine parlamentarische Mehrheit repräsentiere das gesamte ungarische Volk und sei selbst die ungarische Demokratie. Er schränkte schon in der ersten Regierungszeit die Kontrollfunktion des Parlamentes ein, indem er die wöchentlichen Parlamentssitzungen abschaffte. Selbst ein Mitbegründer und führender Politiker der Partei, Peter Tögyeyessy, kritisierte die Regierungspraxis, die in wesentlichen Punkten nicht mehr verfassungskonform sei.

Da die sozialliberale Koalition zum Nachteil der Bevölkerung Ungarns dem Neoliberalismus Tür und Tor geöffnet hatte, gaben sich die Rechtspopulisten als die einzigen wahren Vertreter nationaler und sozialer Interessen aus. Sie verstaatlichten zunächst die Postbank und die Ungarische Entwicklungsbank. Das so genannte nationale Entwicklungsprogramm

sah allerdings nicht nur die Förderung einheimischer kleiner und mittlerer Unternehmen, sondern auch der Tochtergesellschaften der großen Auslandskonzerne vor. 2001 hatten die in Ungarn angesiedelten ausländischen Firmen einen Anteil am ungarischen Außenhandel von 65 Prozent! Das Auslandskapital beherrschte 41 Prozent des ungarischen Bruttoproduktionswertes (Finanzdienstleistungen – 58 Prozent; Telekommunikation – 69 Prozent; Maschinenbau – 68 Prozent; chemische Produkte – 56 Prozent).²³

Der Anteil der Nahrungsmittelindustrie am ungarischen Export fiel von 25 Prozent auf 8 Prozent. Bis 2000 gerieten 56 Prozent der Nahrungsmittelindustrie Ungarns in Auslandsbesitz.²⁴ Ungeachtet der nationalistischen Antikapitalismuskritik unterstützte Orbán grundsätzlich die Erhaltung des Groß- und Finanzkapitals. Im Wahlkampf 2002 begründete er dies mit folgenden Worten: »Wenn die Sozialisten die Regierung stellen, würde in Ungarn in Wahrheit das Groß- und Finanzkapital die Regierung bilden. Wir müssen dagegen nicht protestieren, sondern handeln.(...) Wir wissen alle, dass die Wirtschaft jedes Landes, so auch die ungarische Wirtschaft, das Groß- und Finanzkapital braucht. Aber wir dürfen ihnen nicht das Regieren unseres Landes anvertrauen, weil sie verständlicherweise nur auf ihren Nutzen bauen.«²⁵

Insofern ist aber auch für nicht wenige Ungarn die rechtspopulistische »Kritik« am internationalen Finanz- und Industriekapital schwer durchschaubar.²⁶

Die schon von der Antall-Regierung begonnene rechtsnationalistische Politik erhielt unter Fidesz einen neuen Schub. Orbán erklärte sich zum Ministerpräsidenten von 15 Millionen Ungarn, d. h. vor allem der Ungarn in den benachbarten Ländern. Der Verbreitung der nationalistischen Ideologie dienen das von der Regierung eingerichtete »Amt zur Förderung des Images Ungarns« und das am 1. Januar 2002 in Kraft getretene »Statusgesetz« (Gesetz »Über die Ungarn, die in den Nachbarstaaten leben«), das den Angehörigen der ungarischen Minderheit soziale und andere Vergünstigungen zusichert, wenn sie nach Ungarn kommen.²⁷ Die Orbán-Regierung beteiligte sich auch an der von ÖVP/FPÖ (Jörg Haider) und CDU/CSU initiierte revisionistische Kampagne gegen die Benesch-Dekrete.²⁸ Die schon von der Antall-Regierung eingeleitete Geschichtsrevision setzte Orbán fort. Rehabilitiert wurde der nach dem Zweiten Weltkrieg verurteilte ungarische faschistische Kriegsverbrecher Ferenc Kisbarnaki (1892–1980), der ehemalige Regierungsbevollmächtigte des Pfeilkreuzler-Regimes »für Evakuierung«. Er fällte als Kriegsrichter Todesurteile gegen Soldaten und Offiziere, die den Krieg nicht mehr fortführen wollten. Er war zudem verantwortlich für die Verschleppung der ungarischen Kronjuwelen nach Deutschland. Zur Hinterlassenschaft der Rechtspopulisten gehört das am 24. Februar 2002 eröffnete Budapester Museum »Haus des Terrors«.²⁹ Hier wird Ungarns Geschichte des 20. Jahrhunderts auf die Geschichte der Regime der »Pfeilkreuzler« (Oktober 1944 bis März 1945) des Stalinis-

mus reduziert. Die Massenverbrechen an Juden und Roma unter dem »Reichsverweser der ungarischen Krone« werden ausgeklammert!³⁰

Allerdings sah sich die Regierung durch wachsenden inneren und äußeren Druck veranlasst, den internationalen Holocaust-Gedenktag endlich auch in Ungarn einzuführen. László Andor, Professor in der Abteilung für Wirtschaftspolitik der Budapester Corvinus-Universität und Forschungsdirektor am Institut für Geschichte, kennzeichnet die neoliberale und nationalistisch-revanchistische Politik der Orbán-Regierung folgendermaßen: »Im Gegensatz zur ... christdemokratischen Natur der ungarischen Rechten unter Antall, schwenkten Orbán und die Fidesz in eine thatcheristische Richtung. Dies bedeutet einen mehr auf Konfrontation ausgelegten Kurs gegen Gewerkschaften und bewusste Versuche, konservative Ideologie als eine Säule rechter Politik zu konsolidieren. Dazu wurden geschichts- und politikwissenschaftliche Institute gegründet, die entsprechende Intellektuelle unterstützen und fördern sollen.(...) Orbáns Berater, die im Rahmen der oben genannten Institute auch als Politikwissenschaftler, Historiker und Philosophen auftraten, fanden es wichtig, die ungarische Geschichte ihren Vorstellungen entsprechend zu modellieren und als wesentliche Komponente ihrer Ideologie zu verwenden. Sie führten eine graduelle Rehabilitierung und Wertschätzung der Ära von Admiral Miklós Horthy durch. Die Rechte erhielt auch Unterstützung von konservativen Politikern wie Stoiber, Schüssel, Berlusconi und Aznar.(...) Er (Orbán-K.H.G.) nahm ... einen populistischen Stil à la Berlusconi an.(...) Seine Rhetorik kam faschistischen Motiven schon sehr nahe. Er sagte, die Menschen sollten zwischen einer sozialistischen und bürgerlichen Zukunft wählen, wobei erstere die Herrschaft des Großkapitals repräsentiere, genau so wie zwischen 1994 und 1998 unter Gyula Horn.«³¹

Gewaltsame Machtübernahme scheitert 2006

Das rechtsextreme und rechtspopulistische Lager organisierte sich nach der Wahlniederlage 2002 neu und vergrößerte seine politische und geistige Hegemonie über große Teile der ungarischen Bevölkerung. Fidesz formierte sich 2003 mit der Zusatzbezeichnung FIDESZ-Ungarische Bürgerallianz Fidesz- MPSZ als ein Bündnis aller rechten Organisationen. Nach dem Vorbild von Silvio Berlusconis »Forza Italia« rief Parteiführer Orbán auf, »bürgerliche Vereine« unter dem Motto »Vorwärts, Ungarn!« ins Leben zu rufen. Nachdem in den Wahlen 2006 erneut der Versuch zur Machteroberung auf parlamentarischem Wege gescheitert war (nur 164 bzw. zusammen mit MDF 188 der 386 Parlamentssitze konnten gewonnen werden), versuchte Fidesz-MPSZ zum 50. Jahrestag des »historischen Jahres 1956« – ähnlich wie frühere völkisch-faschistische bzw. extrem-nationalistische Bewegungen – in koordinierter Aktion mit neofaschistischen

Organisationen, die aus den Wahlen im April 2006 hervorgegangene neoliberale Regierung unter Ferenc Gyurcsány gewaltsam zu stürzen.

Es begann am 18. September 2006 zunächst mit einer friedlichen Massenkundgebung vor dem Budapester Parlamentsgebäude. Die rechtsextreme »Jugendbewegung 64« (diese Organisation will die Wiederherstellung »Groß-Ungarns« mit seinen 64 Komitaten vor dem Frieden von Trianon 1920 erreichen) stürmte die Fernsehstation. Erst nach fünf Stunden konnte die Polizei am 19. September gegen 4 Uhr früh das Gebäude zurückerobern. Zwar gab es keine Toten wie im Oktober 1956, aber mehr als 200 Verletzte, darunter auch 125 Polizisten. 98 Personen wurden verhaftet. Die rechte private Fernsehanstalt Hir-TV übertrug die Gewaltorgie live. In der Nacht zum 20. September 2006 ging eine Demonstration von 15.000 Menschen erneut in Straßenkämpfe über. Der Versuch die Parteizentrale der Sozialistischen Partei MSZP zu besetzen (man erinnert sich an die Lynchmorde, begangen an 22 Kommunisten während der Einnahme des Parteihauses am 30. Oktober 1956), konnte durch Wasserwerfer, Tränengas, Gummiknüppel und einer Reiterstaffel abgewendet werden. Unter Leitung eines der rechtsextremen Terroristen, György Budaházy, zogen etwa 5.000 Angehörige von Jobbik, der MIEP, der aus ihr 2003 abgespaltenen »Ungarischen Nationalen Front« und Skinheads zum sowjetischen Ehrenmal auf dem Freiheitsplatz und zerstörten es. Höhepunkt der Gewaltorgie zu den bevorstehenden Kommunalwahlen am 24. September 2006 in Budapest waren die Massenveranstaltungen am gleichen Tage in der ungarischen Hauptstadt, an denen nun auch Abordnungen aus allen Teilen des Landes teilnahmen. Der »Ungarische Bauernverband« MAGOSZ und die rechtsextreme »Ungaristen-Vereinigung« sorgten für die Verpflegung der Bewegung. Die schwarz uniformierten »Ungaristen« erinnerten in ihren Auftritten an die »orangene Revolution« in der Ukraine und erklärten selbstbewusst, dass hier »unser Kiew« sei. Budaházy forderte, »die Polizei möge nicht mich, sondern Ferenc Gyurcsány verhaften«. Der nächste Redner verlangte, man solle jene schützen, die die Polizei wegen des Sturmes auf das Fernsehzentrum suche, denn er und die hier Versammelten seien »die Helden des Geistes von 1956«. Laszlo Toroczka, Chef der revanchistischen »64 Komitate«, gab bekannt, man habe eine diesbezügliche Petition dem öffentlich-rechtlichen Fernsehen überreicht, die am Abend verlesen werde. Die extremen und populistischen Rechten haben, wie kaum jemand zuvor, Ereignisse für ihre Machteroberung instrumentalisiert, um die aus den im April 2006 durchgeführten Parlamentswahlen hervorgegangene Regierung zu stürzen. Die Organisationen dieser Aktionen ernannten einen »Ungarischen Nationalen Ausschuss« à la 1956, der die Macht an einen neuen »Nationalen Runden Tisch« wie 1989 aushandeln sollte. Bei dieser rechtsextremen Aktion wurden 326 Zivilisten und 399 Polizisten verletzt. Der Gesamtschaden der bürger-

kriegsähnlichen Randalie betrug 37 Millionen Euro.³² Die Opposition unter FIDESZ forderte nun erneut die im April 2006 gewählte Regierung auf, innerhalb von 72 Stunden zurückzutreten und organisierte seit dem 6. Oktober 2006 Massenkundgebungen ihrer Anhänger.

Zweite Machteroberung der Rechtsnationalisten 2010

Die internationale Wirtschafts- und Finanzkrise traf in Osteuropa zuerst Lettland und Ungarn besonders hart. Das von EU und Weltbank bereitgestellte Hilfspaket von 20 Milliarden Euro rettete den einstigen »Musterschüler« Ungarn vorerst vor dem Staatsbankrott im Herbst 2008.³³ Nicht Budapest, sondern Brüssel diktierte seitdem direkt das Budget des Staates, dem sich auch das im April 2009 eingesetzte Kabinett des Privatunternehmers György Bajnai (Budapester Airport AG) unterwarf. Er war zuvor Wirtschaftsminister der abgedankten sozialdemokratischen Gyurcsány-Regierung.

Diese grundlegend veränderten Bedingungen, vor allem auch das Fehlen einer politischen Kraft links der verbrauchten Sozialdemokratie und Linksliberalen, ermöglichten den unaufhaltsamen Vormarsch der extremen Rechten. Die rechten Oppositionsparteien erhielten bei den Regionalwahlen im Oktober 2006 in 18 der 19 Komitate! Sie erreichten 52,6 Prozent der abgegebenen Stimmen, während die Parteien der regierenden sozialliberalen Koalition nur noch 37,7 Prozent der Stimmen auf sich vereinen konnten. Die Wahlen zum Europaparlament im Juni 2009 (Wahlbeteiligung 36 Prozent) zeigten bereits den unaufhaltsamen Vormarsch der extremen und populistischen Rechten: Fidesz 56,4 Prozent (14 der 22 ungarischen Sitze) und Jobbik 14,8 Prozent (3 Sitze). Die Parlamentswahlen im April 2010 (Wahlbeteiligung 64 Prozent) brachten schließlich das Comeback der extremen und populistischen Rechten: Fidesz-MPSZ erhielt im Wahlbündnis mit den Christdemokraten 52,7 Prozent der Wählerstimmen und 262 der 386 Mandate (67,9 Prozent). Die neue neofaschistische Kernpartei Jobbik zog mit 47 Abgeordneten (17 Prozent der Wählerstimmen) in das Parlament ein. Zur Opposition gehören die Sozialisten MSZP (19,3 Prozent der Stimmen) und die neue ökologische Partei »Politik kann anders sein« (7,4 Prozent, 16 Mandate). Die kommunistische »Arbeiterpartei« erhielt nur 0,1 Prozent der Wählerstimmen.

In der am 16. Juni 2010 vom Parlament und der Regierung verabschiedeten Politischen Deklaration wird die Machtübernahme von Fidesz als die entscheidende Wende in der ungarischen Geschichte deklariert: »Am Ende des ersten Jahrzehnts des 21. Jahrhunderts, nach sechsundvierzig Jahren Besatzung und Diktatur und zwei verworrenen Jahrzehnten des Übergangs hat sich Ungarn das Recht und die Fähigkeit der Selbstbestimmung zurückerobert. Die ungarische Nation hat ihre Lebenskraft wieder gesammelt und eine Revoluti-

on in den Wahlkabinen vollbracht.(...) Das Parlament erklärt, dass bei den Wahlen im April ein neuer Gesellschaftsvertrag zustande gekommen ist, mit dem die Ungarn ein neues System, das »System der Nationalen Zusammenarbeit« beschlossen haben.«³⁴ Regierungs- und Parteichef Orbán sieht seine Partei in der Kontinuität der »tausendjährigen Geschichte Ungarns« und der »historischen Sendung« seines Landes, vor allem seit der Revolution von 1848: »Seit dem europäischen Einbruch des Kommunismus haben wir Ungarn mehr als alle anderen europäischen Nationen für die Freiheit und Unabhängigkeit und mehr Opfer für sie erbracht. Getreu unserem Eid haben wir es nicht geduldet, dass uns 1848 aus Wien diktiert wurde, wir haben es auch 1956 und 1989 nicht geduldet, dass uns von Moskau diktiert wurde. Jetzt lassen wir es nicht zu, dass uns aus Brüssel oder sonst woher irgendjemand etwas vorschreibt.(...) Wir sind dafür angetreten, den Jahren der Hoffnungslosigkeit ein Ende zu bereiten und die zwanzigjährige Übergangsperiode abzuschließen, wir haben unsere gewählten Abgeordneten und unsere Vertreter damit betraut, die Grundlagen für ein neues und endgültiges System zu legen. Wir sind dafür, dass in Ungarn endlich wieder das Interesse der Ungarn an erster Stelle steht. Wir haben uns für unser Land eingesetzt, als wir uns in Ordnung und in Würde vom Internationalen Währungsfonds verabschiedeten.(...) Mit unserem entschlossenen Eintreten schlossen wir 2010 die Zeit des Übergangs ab und fanden den Weg zur vollständigen Erneuerung Ungarns.(...) Wir haben verstanden, dass wir ein neues Grundgesetz brauchen, das nicht nur den Rahmen unseres gemeinsamen Lebens vorgibt, sondern mit den Sätzen des Nationalen Glaubensbekenntnisses zugleich auch auf die seit zwanzig Jahren offenen Fragen antwortet. Wir bekennen, dass die Grundlage der Stärke der Gemeinschaft und der Ehre eines jeden Menschen die Arbeit und die Leistungen des menschlichen Geistes ist.(...) Es ist eine Grundwahrheit, dass man eine Nation unter zweifache Weise unter Joch zwingen kann: mit dem Schwert und mit den Schulden. Wenn jemand, dann haben wir Ungarn diese Lektion gelernt.«³⁵

Die rechtspopulistische Regierung führt die neoliberale Wirtschafts- und Sozialpolitik nach Maßgabe Brüssels weiter. Zugleich ist aber auch erkennbar, dass sie unter Ausnutzung ihrer Zweidrittelmehrheit Kurs darauf nimmt, die parlamentarische Demokratie in ein autoritäres Herrschaftsregime umzubauen. Das geschah durch eine neue Verfassung (das »Grundgesetz Ungarns« trat am 1. Januar 2012 in Kraft), Gleichschaltung bzw. Einschränkung der Befugnisse des Verfassungsgerichtes, eine neue Wahlgesetzgebung (Verkleinerung des Parlamentes, Neueinteilung der Wahlkreise zugunsten von Fidesz), die Abschaffung der Gewaltenteilung und des Zivilgesetzbuches, die Einschränkung bürgerlicher Freiheiten durch das Kirchen- und das Mediengesetz sowie durch die Auflösung von 35 gemeinnützigen Stiftungen. Das Regime postuliert Ansprüche auf ein »Großungarn« – am 25. Mai 2010 wurde die doppelte Staatsbürgerschaft für 3,5 Millio-

nen Auslandsungarn eingeführt – und seit 2010 wird der Tag der Unterzeichnung des Vertrages von Trianon als »Tag der nationalen Einheit« begangen.

Seit ihrer Machtübernahme organisiert Fidesz eine systematische politische Säuberung in den Medien, der Justiz, in den Staats- und Wirtschaftsorganen und sichert sich so dauerhaft eine »führende Rolle«. Das neue Wirtschaftsprogramm vom 8. Juni 2010 richtet sich gegen den »spekulativen Kapitalismus« und will in Ungarn einen »produzierenden Kapitalismus« durchsetzen. Erste Maßnahmen zur Durchsetzung waren: Die Einschränkung der Unabhängigkeit der Nationalbank, 29. Juni 2010; Kürzung der Vorstandbezüge um 75 Prozent, 17. Juli 2010; Abbruch der Verhandlungen mit EU und Internationalem Währungsfonds über einen »Notkredit«, 18. Oktober 2010; Sondersteuer für ausländische Energie- und Telekommunikationsunternehmen sowie Einzelhandelsketten. Die EU reagierte auf diese Entwicklungen in Ungarn – anders als seinerzeit in Österreich beim Zusammengehen von ÖVP und FPÖ – nicht mit Boykottmaßnahmen. In EU-Führungskreisen löste der schon erkennbare Übergang zu einem autoritären nationalistischen Regime in Budapest vor allem deshalb Unbehagen aus, weil die Orbán-Regierung für das erste Halbjahr 2011 turnusgemäß die EU-Ratspräsidentschaft antrat. Anlass zur Kritik war zunächst das neue Mediengesetz, das ein Instrumentarium zur Einschränkung der bürgerlichen Presse-, Informations- und Meinungsfreiheit darstellt. Die von der Fidesz-Mehrheit im August 2010 geschaffene »Staatliche Behörde Medien und Nachrichtenübertragung« übernahm die Funktionen der bisher getrennten Regulierungsbehörde für Rundfunk und Fernsehen sowie die Telekommunikation. Zusätzlich erhielt sie umfangreiche Kontrollkompetenzen gegenüber den Öffentlich-Rechtlichen Medien, die Nachrichtenagentur und alle in Ungarn zugelassenen Medien. Der neue Medienrat, der polizeiliche Befugnisse besitzt, und die »Staatliche Behörde für Medien und Nachrichtenübertragung« werden von einem Präsidenten geleitet, der nicht mehr vom Parlament gewählt, sondern vom Ministerpräsidenten für eine Amtszeit von neun Jahren berufen worden ist. Orbán übertrug den Posten an seine Parteigängerin Annamária Szalai. Informantenschutz und Redaktionsgeheimnis gibt es nicht mehr. Die Gleichschaltung ging einher mit Massenentlassungen von Journalisten – allein von Mai bis November 2011 verloren 900 von ihnen ihre Arbeit! An den entsprechenden Schalthebeln sitzen Anhänger von Fidesz und Jobbik.³⁶ Orbán konnte diesen dreisten Schritt wagen, weil es in den meisten EU-Ländern fast alles gibt, was in seinem Pressegesetz enthalten ist, wie sein Pressesprecher erklärte: »Das neue Mediengesetz ist ein wahrhaft europäisches Gesetz. Es enthält keinen einzigen Passus, der nicht auch in der Gesetzgebung einzelner europäischer Mitgliedsstaaten gefunden werden kann.« Auch in solchen Mitgliedsländern wie Frankreich, Italien oder Schweden würde die Arbeit verschiedener Medienbereiche reguliert. In Polen, Finnland oder auch Deutschland wären Strafzahlungen und

Entzug von Lizenzen möglich. Letztlich entscheidet über den medialen Einfluss, wer die Medien bezahlt und auch mittels Parteiposten real kontrollieren und beeinflussen kann.

Weitaus mehr Sorgen als die autoritäre Entwicklung bereitet einigen führenden Politikern der EU die von der Orbán-Regierung Sondersteuer zu Lasten der internationalen Kapital-eigner (rückwirkend zum 1. Januar 2010), um den EU-Forderungen zur Haushaltssanierung nachzukommen. Allein die Energiekonzerne Deutschlands (Eon, RWE, EnBW) und Österreichs (ÖMV) rechnen mit zusätzlichen Belastungen in Höhe von 100 Millionen Euro, die Telekom-Branche mit 220 Millionen Euro und der Finanzsektor sogar mit 735 Millionen Euro. Auch die in Ungarn operierenden Einzelhandelskonzerne sollen rückwirkend mit einer Sondersteuer mit 2,5 Prozent des Nettoumsatzes zur Kasse gebeten werden. Da etwa 79 Prozent der Investitionen in Ungarn aus der EU kommen, davon allein ein Viertel aus Deutschland, beschwerten sich dreizehn europäische Konzernchefs aus Deutschland, Österreich, Frankreich und den Niederlanden gleich zu Jahresbeginn bei der Europäischen Kommission. Sie sehen in den Entscheidungen der Orbán-Regierung einen Trend, ausgewählte Branchen und besonders ausländische Unternehmen dazu zu nutzen, den eigenen bankrotten Staatshaushalt wieder in Ordnung zu bringen und politisch handlungsfähig zu sein. Da diese Maßnahmen, »der Idee des Binnenmarktes, dem Prinzip der Rechtssicherheit und dem Schutz der legitimen Erwartungen massiv zuwider(liegen)«, müsse Ungarn veranlasst werden, diese »ungerechten Belastungen rückgängig zu machen.«³⁷ Die EU-Kommission kündigte bereits an, ein formelles Verfahren vorzubereiten. EU-Kommissarin Neellie Kroes hatte sich allerdings schon im Oktober 2010 in Budapest über die neuen Belastungen für die Konzerne der Telekommunikationsbranche beschwert. Die Automobilindustrie ist jedoch nicht davon betroffen. Ihr ist bis zu 10 Prozent der jeweiligen Investitionssumme eine staatliche Subvention zugesichert worden. Für das angeblich »produktive ungarische nationale Kapital« profilierte sich die Orbán-Regierung als Steuersenkungspartei (Einkommenssteuer auf 16 Prozent, Körperschaftssteuer auf 10 Prozent). Die Erhöhung der Mehrwertsteuer auf 27 Prozent hingegen trifft die Masse der ungarischen Bürger. Wenn es um die Durchsetzung seiner rechtsnationalistischen Politik geht, ändert der »Vezer« (»Führer« bzw. »Stammesführer«) Orbán auch einmal seine politischen Grundsätze. Noch im April 2011 hatte er in aller Öffentlichkeit erklärt: »Der Kommunismus war das größte Unheil in der Geschichte der Menschheit, und wir könne gar nicht genug feiern, dass er zu Ende ist.« Doch angesichts der schwer lösbaren Wirtschafts- und Finanzkrise erklärte er das kommunistische China zum neuen strategischen Partner seines Landes. Als die hochrangige chinesische Delegation auf ihrer Europareise im Juni 2011 auch in Budapest Station machte, wurde vereinbart, das chinesisch-ungarische Handelsvolumen bis 2015 auf 20 Milliarden Euro zu verdoppeln. Ungarn erhielt einen Kredit von über

einer Milliarde Euro. Nun stimmte der Rechtspopulist gegenüber dem hochrangigen kommunistischen Regierungschef Wen Jiabao ein »Lob auf den Kommunismus« Chinas an: »Wir könne kein Beispiel in der Geschichte, wo es gelungen wäre, innerhalb so kurzer Zeit so viele Menschen von der Armut auf einen würdevollen Lebensstandard zu heben.«³⁸

Obwohl es ernsthafte Differenzen und Machtkonkurrenzen zwischen Fidesz und Jobbik gibt, besteht zwischen ihnen auch eine Art Rollenverteilung. In den von Fidesz staatskontrollierten Massenmedien erhalten die neofaschistischen Hetzer der Jobbik-Partei die Möglichkeit, sich zu artikulieren. Sie werden auch vom Regime mehr als nur toleriert; viele ihrer Kader erhalten im Zuge der politischen Säuberungen neue staatliche Posten oder werden mit hohen staatlichen Auszeichnungen dekoriert. So erhielt im März 2013 der Journalist Ferenc Szaniszló, der Programmverantwortliche des regierungsnahen Senders »Echo-TV« und bekannt durch seine Anti-Roma und antisemitische Hetze, den Milháy-Táncsi-Preis. Das löste Proteste nicht nur in Ungarn aus. Erst jetzt sah sich Orbáns Minister für Humanressourcen Zoltán Balog (übrigens mit dem Bundesverdienstkreuz vom Bundespräsidenten der BRD ausgezeichnet) sich veranlasst, die Preisverleihung wieder rückgängig zu machen. Er redete sich damit heraus, dass er von den rassistischen Äußerungen des »Geehrten« nichts gewusst habe. Balog aber war vor seiner Amtsübernahme im Mai 2012 schon seit 2010 als Staatsminister für Soziale Inklusion, d. h. auch für Roma-Fragen zuständig. Balog tolerierte jedoch die anderen Auszeichnungen für Rechtsextreme: Der Sänger und Bassgitarrist der Band »Karpátia János Petrás« wurde mit dem Goldenen Verdienstkreuz ausgezeichnet. Eines ihrer Verdienste als »nationale Rockgruppe« war, dass sie 2007 die Hymne der neofaschistischen »Ungarischen Garde« komponierte. Der Archäologe Kornél Bakay, der seit Jahren völkisches Gedankengut verbreitet (u. a. verherrlichte er 2003 in einer Ausstellung Horthy und Szálasi), erhielt den Ungarischen Verdienstorden.

Am 1. Februar 2012 wurde der rechtsextreme György Dörner Direktor des Budapester Theaters. Er hatte angekündigt, den Gründer und Führer der neofaschistischen MIEP, Istvan Csurka, als Intendanten einzusetzen. Da dieser jedoch drei Tage später verstarb, wurde der ebenfalls sehr umstrittene Schriftsteller Zolt Pozsgai mit dieser Aufgabe betraut.³⁹

Als Orbán gefragt wurde, wie er mit Neofaschisten der Jobbik umgehen werde, gab er genau die Antwort, die der Diktator Horthy für den Umgang mit den faschistischen »Pfeilkreuzlern« parat hatte: »Sie kriegen von mir zwei Ohrfeigen, damit hat sich's.«⁴⁰

Die Doppelbödigkeit der Politik von Fidesz und die Arbeitsteilung im rechtsextremen Lager charakterisiert die Publizistin Karin Rogalska meines Erachtens mit folgenden Worten in treffender Weise: »Rechtes Gedankengut ist in Ungarn höchst populär.(...) Das erklärt – rechtfertigt jedoch nicht – warum Angehörige der ungarischen Regierung sich nicht ein-

deutig von rechtsradikalen Parteien und Personen aus dem rechtsradikalen Milieu distanzieren. In den Reihen des Fidesz herrscht offenbar die Überzeugung, dass es vertretbar, ja sogar geboten sei, den rechten Positionen immer dann keine Absage zu erteilen, wenn dies dem Machterhalt und der Zurückdrängung des Jobbik dienen könnte.(...) Um an den Urnen die Stimmen dieser Menschen (die offen mit rechtem Gedankengut sympathisieren-K.H.G.) zu erhalten, verzichtet die Orbán-Regierung darauf, sich vor ungarischem Publikum ausdrücklich von antisemitischen und romafeindlichen Tendenzen zu distanzieren. Das geschieht ebenfalls dann, wenn es unabwendbar ist, um weiteren Schaden für das Ansehen Ungarns im Ausland abzuwenden. In Ungarn selbst tut Fidesz jedoch kaum etwas, um Vorurteilen und dem inzwischen weitverbreiteten Kultur des Hasses entgegenzuwirken.«⁴¹ Diese Einschätzung sollte sich zuletzt beim Auftreten von Regierungschef Orbán auf der Tagung des Jüdischen Weltkongresses im Mai 2013 in Budapest bestätigen.⁴²

Karl-Heinz Gräfe

- 1 Siehe Fischer Weltalmanach 1990, Frankfurt a.M. 1989.
- 2 Die Redaktion der Zeitschrift »Osteuropa« hat in ihrem Doppelheft Nr. 5/6-2013 (»Durchsicht: Der Kommunismus in seiner Epoche«) analoge Fragen dazu aufgeworfen: »Die Sowjetunion als Hauptmacht musste nicht kollabieren. Mit Gas und Öl sowie der üblichen Dosis an Repression hätte sie bis heute existieren können. Vielleicht wäre schon alles anders gekommen, wenn statt eines gewissen Michail S. Gorbatschow der ideologische Hardliner Jegor Ligatschow zum Generalsekretär der KPdSU gewählt worden wäre ... Keineswegs war es selbstverständlich, dass die Volksrepubliken Ostmitteleuropas 1989 im Dominoeffekt fielen.(...) Was wäre gewesen, wenn die Montagsdemonstrationen am 9. Oktober 1989 in Leipzig von den kampfbereiten Truppen niedergemetzelt worden wäre? Hätte die Bundeswehr mit der Nato im Rücken eingegriffen? Eines ist sicher: Die historische Pressekonferenz, auf der Günter Schabowski später die Öffnung der Grenze erklären sollte, hätte nicht stattgefunden.« (Ebenda, S. 5)
- 3 Katharina Blum u. Vera Trappmann: Kapitalismus in Mitteleuropa, in: Osteuropa, Heft 6/2010, S. 68.
- 4 Das New Yorker »Freedom House« registrierte für 1977 von den 155 Staaten der Welt nur 43 als »freie Staaten« (28 Prozent), für 2012 nur 90 von 195.
- 5 Karl Heinz Gräfe: Vom Donerkreuz zum Hakenkreuz. Die baltischen Staaten zwischen Diktatur und Okkupation, Berlin 2010, S. 370 ff. u. 383 ff.
- 6 Murat Cakir: Die Last des Eurozentrismus, in: Neues Deutschland, 22./23.6.2013, S. 11.
- 7 György Konrad: Von einer Demokratie kann keine Rede mehr sein, in: Berliner Zeitung, 24.12.2012.
- 8 Orbán (geb. 1963) war in seiner Schulzeit Sekretär der Kommunistischen Jugendorganisation KISS und studierte nach seinem Militärdienst Jura. Danach arbeitete er im Landwirtschaftsministerium. 1988 wurde er Gründungsmitglied und Sprecher von FIDESZ. Als Vertreter der Universitätsjugend wurde er durch seine Rede anlässlich der Feierlichkeiten zur Umbettung der sterblichen Überreste von Imre Nagy am 16. Juni 1989 (200.000 Teilnehmer!) landesweit bekannt. 1989 erhielt er ein Stipendium der Soros-Stiftung in London. 1990 bis 1993 Fraktionsvorsitzender, 1993 bis 2000 Vorsitzender von FIDESZ, 1998 bis 2002 und seit 2010 erneut Ministerpräsident. Seit 2011 Vorsitzender der rechtspopulistischen Partei FIDESZ-MPSZ.
- 9 Siehe Karl-Heinz Gräfe: Der Vormarsch der ungarischen Faschisten und rechtsbürgerlichen Nationalisten, in: Rundbrief, Heft 3–4/2010, S. 28 ff.; derselbe: Vom Musterschüler zum Problemfall der EU?, in: ebenda, Heft 2/2011, S. 38 ff.; derselbe: Populistische und neofaschistische rechte in Ungarn, in: Halbjahresschrift für südosteuropäische Geschichte, Literatur und Politik, Heft 1–2/2011, S. 176 ff.
- 10 Zitiert nach: László Lengyel: Überflüssige Unannehmlichkeiten, in: Europäische Rundschau, Heft 2/2006, S. 54. Bereits in einer Festansprache zum ungarischen Nationalfeiertag in New York am 15. März 12986 und in seinen in den USA veröffentlichten Schriften hat Csurka diese Debatte entfacht und war deshalb von der Kadar-Regierung mit Publikationsverbot belegt worden.

- 11 Zitiert nach Gregor Mayer u. Bernhard Odehnal: Aufmarsch. Die rechte Gefahr aus Osteuropa, St. Pölten 2010, S. 45.
- 12 Sein eigentlicher Name ist Gábor Zazrivecz und erinnert an seine slawische Herkunft. Da er sich als Ur-Ungar präsentiert, nahm er den Familiennamen seines leiblichen Großvaters Vona an.
- 13 Zitiert nach Peter Bogner: Des Nazis Freund und Helfer, in: <http://jungleworld.com/artikel/2009/23/35207.html>.
- 14 Zitiert nach Gregor Mayer u. Bernhard Odehnal: Aufmarsch, S. 84.
- 15 Zitiert nach Gründungsurkunde der »Ungarischen Garde«, in: www.magyardards.hu.
- 16 Siehe Gregor Mayer u. Bernhard Odehnal: Aufmarsch, S. 91 ff.; European Roma Rights Centre 2011.
- 17 Zu den Roma-Pogromen siehe Gregor Mayer u. Bernhard Odehnal: Aufmarsch, S. 51 ff. u. 91 ff. Siehe auch Konstantin Schmied: Polizei als Handlanger von Jobbik, in: <http://www.sozialismus.info/?sid=4327>.
- 18 Siehe Karl Pfeiffer: Ein Idol und ein Beispiel, in: <http://jungle-world.com/Artikel/72008/52/32357.html>.
- 19 Siehe Gregor Mayer u. Bernhard Odehnal: Aufmarsch, S. 84 f.
- 20 <http://welt.de/politik/ausland/article7153204/Ungarn-muss-not...>
- 21 Zitiert nach: NPD freut sich über den Wahlerfolg der Jobbik-Partei, in: NPD-Landesverband Rheinland-Pfalz, 11.4.2010 (<http://www.npd-in-rlp.de/index.php/menue/58/thema/69.anzeige>).
- 22 Siehe Osteuropa, Heft 6/2010, Karte 3 u. 4, Wahlen in Ungarn, Fidesz und Jobbik.
- 23 Die größten ausländischen Investoren (in Klammern die Anzahl der Beschäftigten im Jahre 2001) sind General Electric Ungarn (13.000), Electronics International (8.400), Philips Ungarn (7.200), Audi Hungaria (4.400), Electrolux Lehel Kühlschränke (4.100), Plus Lebensmittel Discounter (3.500), Strabag Bau (3.300), Metro Holding (2.600), IBM Storage Products (2.300), Alcoa Kófé (ca. 1.900), Unilever (1.500), Nestlé Hungaria, (1.300), Siemens Ungarn (1.000), Dreher Bier (1.500), Henkel (900), Linde Gas (700). Siehe László Andor u. Károly Lóránt: Enklaven für das Auslandskapital, in: Ost-West-Gegeninformationen, Nr. 4/2001, S. 23 ff.
- 24 László Andor: Vom Modell zum Problemfall, in: ebenda, Nr. 3/2000, S. 9 ff.
- 25 Zitiert nach Reinhold Vetter: Konfliktgeladene Wahlen in Ungarn, in: Osteuropa, Heft 6/2002, S. 811.
- 26 Siehe ebenda, S. 806 ff.
- 27 Das Dokument ist in deutscher Sprache abgedruckt in: Herbert Küpers: Gesetz 2001 LXII über die Ungarn, die in den Nachbarstaaten leben, in Osteuropa-Recht, Heft 5/2001, S. 424 ff.
- 28 Siehe Karl-Heinz Gräfe: Die Osterweiterung der Europäischen Union und die sog. Benesch-Dekrete, in: Marxistische Blätter, Heft 1/2004, S. 60 ff.
- 29 Siehe <http://www.terrorhaza.hu/muzeum/>; Budapest 2003.
- 30 Von den 14,5 Millionen Einwohnern Ungarns waren 900.000 Juden (6,2 Prozent), von denen bis 1945 57 Prozent ermordet wurden. Das Horthy-Regime trägt die Verantwortung für die Ermordung von 75 Prozent der Juden in den ländlichen Gebieten (450.000 Personen). Die von dem »Reichsverweser« im Oktober 1944 eingesetzte »Pfeilkreuzler«-Regierung unter Ferenc Szálasi trägt allerdings zusammen mit den deutschen Besatzern die Hauptverantwortung für die Ermordung eines Drittels der über 300.000 Budapester Juden. Horthy war nicht bereit, die der christlichen Kirche angehörenden Juden zu vernichten.
- 31 László Andor: Die hegemoniale Rolle der Fidesz-MPSZ, in: Ost-West-Gegeninformationen, Nr. 3/2004, S. 22.
- 32 Siehe Gregor Mayer u. Bernhard Odehnal: Aufmarsch, S. 48 ff.; Thomas v. Ahn: Demokratie oder Straße? Fragile Stabilität in Ungarn, in: Osteuropa, Heft 10/2006, S. 89 ff.
- 33 Siehe Kai Olaf Lang: Rechtsruck. Die Parlamentswahlen in Ungarn 2010, in: Osteuropa, Heft 6/2010, S. 3 ff. u. Karten 1–4.
- 34 Zitiert nach: Politische Deklaration Nr. 1/2010 über die Nationale Zusammenarbeit »Es sei Friede, Freiheit und Eintracht«, in: Osteuropa, Heft 12/2011, Dokument zwischen S. 192 u. 193.
- 35 Auszüge aus der Rede von Premier Viktor Orbán zum Jahrestag der Märzrevolution 1848, in: Budapester Zeitung, 20.3.2011.
- 36 Siehe Mária Vársárhelyi: Angriff auf die Pressefreiheit. Die Medienpolitik der Fidesz-Regierung, in: Osteuropa, Heft 12/2011, S. 157 ff.
- 37 Zitiert nach <http://www.manager-magazin.de/politik/artikel/0,2828,736434,00html>; siehe auch H.W. Bein: Meuterei gegen Orbán, in: Süddeutsche Zeitung, 2.1.2011.
- 38 Zitiert nach Budapester Zeitung, 26.6.2011.
- 39 Siehe Karin Rogalska: Lippenbekenntnisse. Die Orbán-Regierung und der Rechtsextremismus, in: Osteuropa, Heft 4/2013, S. 41 ff.
- 40 Zitiert nach Laszlo Kornitzer: »Ihr Programm heißt Destruktivität«. Ungarns Rechte und die politische Kultur, in: Osteuropa, Heft 6/2013, S. 21.
- 41 Karin Rogalska: Lippenbekenntnisse, S. 46 f.
- 42 Siehe Gabor Kerenyi: Viktor Orbán bekämpft das Böse – in Worten, in: Neues Deutschland, 7.5.2013, S. 2.

Nichts Goldenes an dieser »Goldenen Morgenröte« – Zur Aktualität des Neofaschismus in Griechenland

Unter dieser Überschrift veröffentlichten Ende 2012 Griechen, die seit vielen Jahren in Deutschland leben, einen Aufruf gegen eine neue faschistische Gruppierung in Griechenland, die Chrysi Avgi (C.A.), übersetzt »Goldene Morgenröte«. Diese Gruppe macht nicht erst seit den überraschenden Wahlerfolgen in der Krisensituation in Griechenland von sich reden. In diesem Beitrag soll es darum gehen, Wurzeln, Ideologie und politische Anknüpfungspunkte dieser neofaschistischen Gruppe aufzuzeigen.

Geschichte faschistischer Bewegungen in Griechenland

Faschistische Bewegungen existieren in Griechenland schon seit vielen Jahrzehnten, obwohl dieses Land zu den Opfern der faschistischen Aggression Italiens und später der deutschen Faschisten gehörte und zahlreiche Orte zu Märtyrerstädten wurden, an denen Massenverbrechen gegen die Zivilbevölkerung begangen wurden. Die ältesten faschistischen Strömungen und Gruppen beziehen sich auf das klerikal-autoritäre Regime von Ioannis Metaxas, der von 1936 bis 1941 ein am Faschismus orientiertes autoritäres Regime in Griechenland errichtet hatte. Zwar kritisieren auch die extrem-rechten Gruppen die faschistische Besetzung des Landes, gleichzeitig meinen sie hierin doch auch eine »Verteidigung« griechischer Werte gegen den »bolschewistischen Vormarsch« entdecken zu können. Der Chef von Chrysi Avgi meinte gar, Griechenland hätte besser an der Seite der »Achsenmächte« im Zweiten Weltkrieg kämpfen sollen.¹

Der tief im Volk verwurzelte Partisanenkampf in Griechenland und die Tradition der Demokratischen Armee führten in den Folgejahren jedoch dazu, dass offen faschistische Kräfte viele Jahre keine gesellschaftliche Basis fanden. Dass die faschistische Krisenlösung jedoch immer eine politische Option der reaktionären Kräfte des Landes war, zeigten der Putsch am 21. April 1967 und die Zeit der militär-faschistischen Junta unter Georgios Papadopoulos. Bezeichnend für diese Art faschistischer Herrschaft war jedoch, dass sie sich allein auf die Macht des Militärapparates und den damit einhergehenden Terror stützte, jedoch keine Massenbasis durch eine faschistische Partei oder Organisation aufzubauen versuchte.

Mit dem Sturz der Junta, der nicht zuletzt durch den Aufstand der Studenten im Politechnion im November 1973 ausgelöst wurde, war eine faschistische Krisenlösung auf lange Zeit dis-

kreditiert. Zwar konnte noch einmal das Nationale Lager (»Ethniki Parataxis«) im Jahre 1977 mit einer fünfköpfigen Fraktion in das griechische Parlament einziehen, aber in den Folgejahren führte die extreme Rechte bei Wahlen eher ein Schattendasein. Mitte der 80er Jahre entstand auf Initiative von Papadopoulos, der selber in Haft saß, die Nationale Politische Union (»Ethniki Politiki Enosis« – EPEN): »Sie war diejenige Partei, die die Entstehung neuer Parteien im rechtsradikalen und rechtsextremen Spektrum stark beeinflusst hat. EPEN gehörte auch eine Jugendorganisation an, deren erster Sekretär der spätere Generalsekretär der Goldenen Morgenröte war.«²

Zur Vorgeschichte und Anfänge der »Goldenen Morgenröte«

Die erste politische Gruppe, die mit rechtspopulistischen und rassistischen Thesen erneut einen gewissen Masseneinfluss erhielt, war die »Volksorthodoxe Sammlungsbewegung« (Laios Orthodoxos Synagermos – L.A.O.S.), deren Entstehung vergleichbar mit anderen rechtspopulistischen Parteien in Europa war. Es handelte sich um eine extrem-rechte Abspaltung von etablierten Rechtsparteien, in diesem Fall der »Nia Dimokratia«. LAOS konnte mit einem offenen Anti-Europakurs und nationalistischen Parolen, die sich gegen die Türkei, gegen Albanien und die Selbstständigkeitsbestrebungen der ehemaligen Jugoslawischen Republik Mazedonien richteten, 2004 und 2009 Mandate zum Europäischen Parlament erringen. Die Partei vertrat das Prinzip der »nationalen Priorität«, und verlangte die sofortige Ausweisung aller »illegalen Einwanderer«. Vergleichbar mit anderen rechtspopulistischen Gruppen kritisierten sie zwar die Globalisierung, die Macht der Banken und das Finanzkapital, setzten sich aber gleichzeitig für den freien Markt ein. Zudem propagierte sie einen offenen Militarismus, den Irredentismus und eine expansive Rüstungspolitik.³

Gleichzeitig bediente der Parteivorsitzende Georgios Karatzafis antisemitische Stereotype von einer angeblichen »Beherrschung« des Landes durch »die Juden«.

Insbesondere durch die Erfolge bei den Europa- und Parlamentswahlen, bei denen sie im Oktober 2009 15 Abgeordnete stellte, wurde LAOS für andere extrem-rechte Gruppen interessant, sodass es zu taktischen Bündnissen u. a. mit der »Griechischen Front« (Elliniko Metopo) kam.⁴

Der politische Einfluss von LAOS wurde so groß, dass diese Partei im November 2011 in die neue Koalitionsregierung von Loukas Papadimos mit insgesamt vier Ministern eintrat. Bereits nach drei Monaten entzog LAOS der Regierung jedoch wieder die Unterstützung, da man nicht bereit war, die Sparauflagen der »Troika« mitzutragen. Zwei Minister von LAOS traten daraufhin zur Nea Dimokratia über.

Dieser politische Schritt erwies sich für den Masseneinfluss der Partei als äußerst problematisch. LAOS galt damit in den Augen vieler Wähler und Anhänger, die sich selbst im besonderen Maße als Opfer der Finanzkrise sehen, als Teil der etablierten Kräfte, die an Korruption und Finanzspekulation beteiligt waren. In der Konsequenz wurde die Partei bei den folgenden Wahlen massiv abgestraft. Während bei der Parlamentswahl im Mai 2012 sich die besser situierten Anhänger von LAOS der Partei »Unabhängige Griechen« anschlossen, wanderte die Masse der offen faschistischen Anhänger zu einer »neuen«, weitaus aggressiveren und offen faschistischen Variante, der »Goldenen Morgenröte« (Chrysi Avgi – CA).

Neu ist diese Partei tatsächlich nicht, wobei sich dies nicht nur auf ihre ideologischen Grundlagen, die im Faschismus wurzeln, zurückführen lässt. Die Gründung der Organisation geht auf ein Ideologienprojekt im Umfeld einer seit 1980 erschienenen, gleichnamigen Zeitschrift zurück. Mitte der 80er Jahre entstand daraus eine Organisation, die sich im Januar 1993 als Partei registrieren ließ.

Chef der Organisation ist Nikolaos Michaloliakos, der in den späten 70er Jahren wegen Waffenbesitz und Körperverletzung im Gefängnis saß und der seit den Anfängen die Zügel in der Hand hält. Ursprünglich gegründet als Theoriezirkel in der Tradition der französischen »Nouvelle Droite« (Alain de Benoist, GRECE etc.) schlossen sich bald auch Anhänger der »Partei des 4. August«, die sich offen auf Ioannis Metaxas bezogen, dieser Gruppe an.⁵

In dieser Zeit nahm man auch internationale Kontakte zu offenen neofaschistischen Gruppen auf. So gibt es mehrere Hinweise auf enge Verbindungen zu den Strukturen des »Blood and Honour«-Netzwerkes. 2004 war Chrysi Avgi an der Bildung der »Europäischen Nationalen Front« beteiligt, der die NPD, die spanische Falange, die italienische Forza Nuova, die rumänische Nuova Dreapta und weitere Organisationen angehören. Im Februar 2005 demonstrierte man in Spanien gegen die geplante Europäische Verfassung. Die Beteiligung war jedoch mit knapp 500 Teilnehmern bescheiden. Als im Februar 2013 eine erste Parteigruppe von Chrysi Avgi in Nürnberg aufgebaut werden sollte, nahm man offenbar auch Kontakt zum »Freien Netz Süd« und zu anderen NPD-Funktionären auf, die schon im Herbst 2012 nach Athen gepilgert waren, um zu »lernen«, wie eine faschistische Schlägerpartei auch Masseneinfluss bekommen kann.⁶

Denn erst der Wandel von einer extrem-rechten tendenziell akademischen »Denkfabrik« zu einer Partei, die über eine reale Massenbasis verfügt, machte Chrysi Avgi handlungsfähig. Alle Versuche, sich zuvor als Partei bei den verschiedenen

Wahlen zu profilieren, waren bis 2009 faktisch erfolglos. Die Ergebnisse lagen zum Teil deutlich im Promillebereich. Einzig zur Europawahl 1999 konnte in einem Wahlbündnis eine Zahl von 48.000 Wählern landesweit erreicht werden.

Zu den Zielen, Methoden und zum Masseneinfluss der Partei

Die Strategie der Organisation zielte jedoch primär nicht auf Wahlerfolge, sondern auf die Rekrutierung von »Kämpfern«, die für die tägliche Auseinandersetzung auf der Straße gewonnen werden könnten. Und hier verfolgte die Partei die Strategie, sich in zwei lokalen Schwerpunkten der Stadt Athen, den 4. und 6. Stadtbezirk, in denen ein hoher Anteil von Migranten leben, als »Ordnungsmacht der Griechen« zu etablieren. Dass sie damit erfolgreich war, zeigten die Kommunalwahlen 2010, als die Partei in Athen mit knapp 5,3 Prozent der Stimmen in den Gemeinderat gewählt wurde.

Durchaus vergleichbar mit der faschistischen »Kampfzeit« Ende der zwanziger Jahre in Deutschland provozierte Chrysi Avgi in diesen Jahren Straßenkämpfe mit Migranten und antifaschistischen Kräften. 1998 verletzte der stellvertretende Vorsitzende Antonios Androutsopoulos bei einem solchen Überfall einen linken Studenten schwer. Erst acht Jahre später kam es zu einem Gerichtsverfahren, bei dem Androutsopoulos letztlich zu 12 Jahren Haft wegen Körperverletzung verurteilt wurde. Schon damals zeigte sich der gute Draht von Chrysi Avgi zur Polizei, denn sonst hätte der Täter sich nicht so lange erfolgreich verstecken können.⁷ Diese Grundhaltung prägte das Auftreten der Organisation auch in den folgenden Jahren: Militanz und gewalttätige Provokation sind Kennzeichen der Chrysi Avgi. Und im Mai 2012 zeigte dieses Konzept zum ersten Mal landesweit Wirkung. Bei der Parlamentswahl kam die Partei aus dem Stand auf knapp 7 Prozent, d. h. über 441.000 Stimmen und 21 Mandate. Bei der Neuwahl im Juni 2012 reichte es immer noch für 425.000 Stimmen und 18 Mandate, während LAOS in die politische Bedeutungslosigkeit abgefallen war.

In einem Interview erklärt der griechisch-jüdische Kommunist Savas Michael-Matsas (66) den Aufstieg von Chrysi Avgi folgendermaßen:

»Ihr Aufstieg ist untrennbar mit der Zerstörung der Lebensstandards der Bevölkerung verbunden. In den letzten drei Jahren der Durchsetzung drakonischer Sparmaßnahmen durch die Troika aus EU, Europäischer Zentralbank und Internationalem Währungsfonds sind Millionen Menschen, vor allem aus der Mittelschicht, in Arbeitslosigkeit und Elend gestürzt worden. Das bürgerliche System ist dadurch völlig diskreditiert. Ein großer Teil der Bevölkerung wählte die linksreformistische Partei SYRIZA zur offiziellen Opposition, aber ein anderer großer Teil wendet sich der extremen Rechten zu. Die Neonazis haben Verbindungen zum Staatsapparat seit der Diktatur von 1967 bis 1974. Aber seit der Jugendrevolte 2008 wurden diese Verbindungen nochmals gestärkt. Vor dem Hintergrund der Krise bekommen die Neonazis Hilfe

vom Staat: Sie werden vor Strafverfolgung geschützt, während Staatsanwälte Anklage gegen Antifaschisten erheben. Es ist kein Zufall, dass die Hälfte der Polizei bei den letzten Wahlen für die »Goldene Morgendämmerung« stimmte.«⁸ Der griechische Wirtschaftswissenschaftler Yorgos Mitralias erklärte das Phänomen, das er nicht allein auf Griechenland begrenzt sieht, in einem »Antifaschistischen Europäischen Manifest« im Februar 2013 folgendermaßen:

»Nicht anders als in den 20er und 30er Jahren rührt diese neofaschistische und rechtsextreme Bedrohung von der tiefen wirtschaftlichen, sozialen, politischen und auch moralischen und ökologischen Krise des Kapitalismus her, der die Schuldenkrise als Vorwand vorschiebt, um nun eine beispiellose Offensive gegen den Lebensstandard, gegen die Freiheiten und Rechte der Arbeiter, gegen die alle da unten zu führen! Unter Ausnutzung der Angst der Besitzenden vor den Risiken sozialer Explosion, der Radikalisierung der durch die Krise und die drakonischen Austerität-Maßnahmen ausgezeherten Mittelklassen sowie der Hoffnungslosigkeit ausgegrenzter und verarmter Arbeitsloser breiten sich rechtsextreme, neonazistische und neofaschistische Kräfte in ganz Europa aus; sie erringen einen massiven Einfluss bei den benachteiligten Schichten, die sie gegen traditionelle und neue Sündenböcke (Migranten, Muslime, Juden, Homosexuelle, Behinderte usw.) sowie gegen soziale Bewegungen, linke Organisationen und Arbeitergewerkschaften systematisch aufhetzen.«⁹

So richtig diese politischen Einschätzungen insgesamt sind, so auffällig ist jedoch das Ergebnis der Wähleruntersuchung, die für die Parlamentswahlen im Jahre 2012 zu dem Ergebnis kommt, dass nicht die wirklich Bedürftigen und die am schlimmsten betroffenen Opfer des Staatsbankrotts die Anhängerschaft von Chrysi Avgi ausmachen, sondern Angestellte, auch leitende Angestellte, Freiberufler und öffentlich Bedienstete im höheren Maße diese neofaschistische Partei gewählt haben. Zudem verfügt die Mehrheit der Wähler über eine technische Bildung oder sogar Abitur.¹⁰ Zu den Wählern dieser Partei gehören also in besonderem Maße diejenigen, die sich durch die Finanzkrise tendenziell in ihrer bisher gesicherten sozialen und ökonomischen Position infrage gestellt sehen. Diese Gruppe ist nur bedingt offen für einen politischen Systemwechsel. Ihnen geht es vielmehr um die Bewahrung des status quo und die Abwehr möglicher »Feinde«, die diesen status quo gefährden könnten.

Der Rassismus der »Goldenen Morgenröte«

Und so agiert Chrysi Avgi tatsächlich als offen faschistische Alternative zu den linken Protestbewegungen gegen die Auswirkungen der Finanzkrise. Die Anhänger beteiligten sich an Protestaktionen, agierte aber oftmals so, dass die Polizei hinreichend Gründe hatte, mit großer Gewalt die friedlichen Proteste zum Beispiel der PAME (kommunistischer Gewerkschaftsverband) anzugreifen. In verschiedenen Stellungnahmen wird auch der Verdacht geäußert, dass die Schlägertrupps der Chrysi Avgi bezahlte Provokationstrupps zur

Diskreditierung der Proteste seien. Dies wurde vor allem dort sichtbar, wo sich die Neofaschisten bei Streiks und betrieblichen Abwehrmaßnahmen gegen Entlassungen und Lohnabbau als Streikbrecher betätigten oder versuchten, die sozialen Inhalte der Kämpfe rassistisch zu konterkarieren (»Griechische Arbeit nur für Griechen!«).

Zu den Elementen der sozialen Demagogie gehörten im vergangenen Jahr auch zahlreiche Aktionen, die sich vorgeblich an die sozial Schwächsten richteten, nämlich die Errichtung öffentlicher Suppenküchen und kostenlose Lebensmittelausgaben in Stadtgebieten mit hoher Arbeitslosigkeit. Das Rassistische an diesen Aktionen ist jedoch, dass nur diejenigen, die sich als »Griechen« ausweisen konnten, in den Genuss dieser Hilfestellung kommen sollten. Alle anderen Bedürftigen wurden durch Schlägertrupps vertrieben. Im Oktober 2012 wurde bekannt, dass die Partei eine eigene Arbeitsagentur einzurichten plant, die Arbeitsplätze ausschließlich an Griechen vermitteln soll.

In der Politik von Chrysi Avgi findet sich damit eine Kombination von sozialer Demagogie und rassistischer Gewalt. Damit richtet man sich nicht nur an sozial Bedürftige, sondern auch an Kleingewerbetreibende, die es in Griechenland in großer Zahl gibt. Beispielsweise berichteten Zeitungen davon, dass es im September 2012 in der griechischen Stadt Rafina zu gewalttätigen Angriffen auf Marktverkäufer mit vermeintlichem Migrationshintergrund durch Mitglieder der Chrysi Avgi kam. Zuvor betätigten sich Abgeordnete der Chrysi Avgi in behördlicher Funktion und kontrollierten die Verkaufslizenzen von Marktteilnehmern. Gleichzeitig verübten ihre Schlägertrupps gewalttätige Ausschreitungen gegen Asylbewerber und Flüchtlinge, insbesondere diejenigen, die noch ohne Aufenthaltspapiere (»sans papiers«) angetroffen wurden.

Diese Art von rassistischer Gewalt und Sozialdemagogie kann man in den vergangenen Jahren mit zunehmender Steigerung verfolgen. Im März 2013 berichtete der Schweizer »Tagesanzeiger« über eine Fernseh-Dokumentation bei Channel 4, bei der ein griechischer Filmemacher die Partei über ein Jahr begleitet hatte und zahlreiche solcher Szenen aufnehmen konnte. Gleichzeitig wurde auf den Report von Human Rights Watch vom Sommer 2012 »Hate on the Streets: Xenophobic Violence in Greece« verwiesen.

»Darin wurde explizit der Bezug hergestellt zur rechtsradikalen Partei Chrysi Avgi. Diese wird jedoch laut der NGO noch zu wenig haftbar gemacht für fremdenfeindliche Übergriffe. Neben der Gewalt von Chrysi Avgi und anderen »Bürgergruppen« kritisierte der Bericht aber vor allem die Arbeit von Polizei und Justiz, welche die zunehmenden Angriffe gegen Migranten weder verhindern noch bestraft. Human Rights Watch befragte 59 Menschen, die zwischen August 2009 und Mai 2012 fremdenfeindliche Vorfälle erlebt hatten. Die meisten Vorfälle seien von offizieller Seite gar nicht erst untersucht worden. Die Organisation forderte damals die Regierung zu mehreren Maßnahmen auf, um das Problem fremdenfeindlicher Gewalt in den Griff zu bekommen.«¹¹



Wörtlich heißt es im Griechenland-Report von Human Rights Watch: »Bislang haben weder Polizeianalysen noch Gerichtsurteile die »Bürgergruppen« oder die Partei Goldene Morgenröte mit Übergriffen gegen Migranten und Asylsuchende in Verbindung gebracht. Allerdings gibt es Hinweise darauf, dass Mitglieder oder ihnen nahestehende Personen für rassistische Angriffe verantwortlich sind. Dafür sprechen unter anderem die Parteibindungen der Verteidiger im Rahimi-Fall und die Festnahmen von Mitgliedern von Goldene Morgenröte, die verdächtigt werden, an mehreren Angriffen beteiligt gewesen zu sein.«¹²

Gewalt und politische Provokationen werden auch gezielt eingesetzt, um sich scheinbar von den »Etablierten« abzugrenzen. Auch in bundesdeutschen Medien konnte man die Bilder der Schlägerei sehen, die sich der Parteisprecher Ilias Kasidiaris im Juni 2012 mit zwei linken Parlamentarierinnen während einer Live-Fernsehdebatte lieferte. Die Partei verteidigte diese Provokation und verklagte – ohne Erfolg – den Fernsehsender.

Mehrfach adaptierte Chrysi Avgi auch faschistische Symbolen und ideologische Versatzstücke des Faschismus. Der Parteivorsitzende Nikolaos Mihaloliakos trat auf einer öffentlichen Veranstaltung der Parteijugend auf und zeigte, während er alle etablierten politischen Kräfte der Korruption beschuldigte, den Hitler-Gruß. Dazu kommentierte er: »Unsere Hände können manchmal in dieser Weise grüßen, aber diese Hände sind sauber – nicht schmutzig. Sie haben nichts gestohlen.«

Im Oktober 2012 provozierte Ilias Kasidiaris während einer Parlamentssitzung damit, dass er in seinem Redebeitrag in der Auseinandersetzung um die Aufhebung der parlamentarischen Immunität von Chrysi Avgi Abgeordneten, denen Gewalt und andere Straftaten, unter anderem die Zerstörung von Marktständen von Einwanderern, vorgeworfen wurden, aus dem antisemitischen Pamphlet »Die Protokolle der Weisen von Zion« vorlas.¹³

Im November 2012 verursachte der Abgeordnete Christos Pappas, der in einer früheren Veröffentlichung Adolf Hitler als »Visionär« gelobt hatte, einen Skandal, indem er bei einer Veranstaltung auf Kreta die Flagge der griechischen Militärjunta entrollte. Dass auch andere Chrysi Avgi Abgeordnete der faschistischen Tradition und Hitler nahe stehen, zeigte sich im Mai 2013, als der Abgeordnete Panagiotis Iliopoulos und weitere Mitglieder der Fraktion den Sitzungssaal unter »Heil Hitler« – Rufen verließen, nachdem der Vizepräsident des Parlaments die Chrysi Avgi – Abgeordneten gerügt hatte. Zuvor beschimpften die Abgeordneten noch Abgeordnete gegnerischer Fraktionen als »Banden«, »Nieten« und »Ziegenherde«.¹⁴

Neben diesen geschichtsrevisionistischen Ansätzen gehört auch ein aggressiver Chauvinismus in das ideologische Repertoire der Chrysi Avgi. Dieses zeigt sich an verschiedenen Aktivitäten, bei denen insbesondere in der Albanien- und Mazedonien-Frage »groß-griechische« Vorstellungen propagiert wurden. Auch gegenüber der Türkei wird ein aggressiver Kurs

verfolgt, wobei diese Haltung mit einer rassistischen Verfolgung von allen Menschen mit Migrationshintergrund verbunden wird. Ende Mai 2013 marschierten hunderte Neonazis mit rassistischen und nationalistischen Parolen durch die griechische Hauptstadt Athen. Der Fackelzug sollte an den 460. Jahrestag des Falls von Konstantinopel erinnern. Die Teilnehmer skandierten Parolen wie »Griechenland gehört den Griechen« und »Blut, Ehre, Goldene Morgenröte«.¹⁵

Was ist zu tun?

Nach einer Phase der politischen Irritation durch den Wechsel der extrem-rechten Hauptakteure LAOS und Chrysi Avgi haben die antifaschistischen Kräfte damit begonnen, politische und praktische Gegensignale gegen den Vormarsch der Neonazis zu entfalten. Die Gewerkschaftsbewegung entwickelt Schutzmaßnahmen gegen Aktionen neofaschistischer Provokateure, gemeinsam mit griechischen Antifaschisten beginnen sich Migrantenorganisationen gegen rassistische Übergriffe konkret zu wehren. Dass die Polizei dabei in aller Regel die Antifaschisten verhaftet und die Neonazis unbehelligt lässt, beklagte Savas Michael-Matsas in dem oben zitierten Interview. Das ist jedoch angesichts der guten Beziehungen von Chrysi Avgi in den Polizeiapparat nicht überraschend. Zum politischen Widerstand gehört aber auch, solche neofaschistischen Umtriebe öffentlich zu denunzieren. Einen wichtigen Beitrag dazu leistete der Aufruf von Exilgriechen: »Nichts Goldenes an dieser Morgenröte« vom Herbst 2012, der von mehreren hundert Menschen unterzeichnet wurde. Darin heißt es:

»Glücklicherweise gibt es Menschen, die den Mut haben, sich zu wehren und gewalttätige Angriffe gegen ihre Mitbürger abzuwenden. Es ist wichtig, dass solche Taten Nachahmer finden. Keine Gesellschaft kann frei sein, wenn sie zulässt, dass Menschen in Gefahr sind, weil sie sich aufgrund ihrer Herkunft, ihrer Gedanken, ihres Geschlechts, unterscheiden. Heute die ›Anderen‹, morgen wir, du, ich. Faschismus keine Meinung, sondern ein Verbrechen. *Nichts ist golden an dieser Morgenröte*. Deshalb sagen wir NEIN zur Chrysi Avgi, und zu jeder Chrysi Avgi.«¹⁶

Auch der Verfasser des »Antifaschistischen Europäischen Manifests«, Yorgos Mitralias, formulierte als Ziel, »eine europäische antifaschistische, demokratische und einheitliche Massenbewegung zu bilden, die imstande sein soll, die aus dem Schoß unseres Kontinents kriechende braune Pest zu bekämpfen und zu besiegen. Wir werden alles tun, damit der Gründungskongress dieser so bitter nötigen Europäischen antifaschistischen Bewegung im Frühjahr in Athen stattfindet und mit einer europäischen antifaschistischen Großdemonstration in den Straßen der griechischen Hauptstadt gekoppelt ist.«¹⁷ Die Großdemonstration umfasste zwar nur einige tausend Teilnehmer, aber wichtig war, dass Antifaschisten aus verschiedenen europäischen Ländern vertreten waren.

Auch in Griechenland selbst beginnt der Widerstand gegen die Propaganda und die Aktionen der Chrysi Avgi. So wehr-

ten sich beispielsweise Dorfbewohner auf der von Türken und Griechen bewohnten Insel Thassos im März 2013 gegen die kostenfreie Verteilung von Lebensmitteln »nur an Griechen«.¹⁸ Da diese Aktionen erkennbar zunehmenden sozialen Unfrieden stiften, haben nun auch die Verwaltungen begonnen, solchen Propagandaaktionen einen Riegel vorzuschieben. Kurz vor Ostern kam es bei einer Essensausgabe »nur an Griechen« in Athen bereits zu Auseinandersetzungen mit der Polizei. Als Mitte Mai 2013 die Polizei in Athen einen Lastwagen der Chrysi Avgi, der zu einer Lebensmittelaktion unterwegs war, stoppte, warfen die Nazis die Nahrungsmittel einfach auf die Straße.¹⁹ Im Juli 2013 verbot die Stadt Athen endgültig solche »illegalen, rassistischen und fremdenfeindlichen« Veranstaltungen – so die offizielle Begründung. Auch das Ministerium für öffentliche Ordnung schloss sich diesem Verbot an, sodass diese Propaganda-Aktionen auf absehbare Zeit nicht mehr stattfinden können.²⁰

Solch staatliches Handeln erfolgt jedoch nur, weil der antifaschistische Widerstand gegen den Vormarsch der Neofaschisten auf den Straßen und in der Gesellschaft erfreulich wächst. Dabei muss es den Antifaschisten auch darum gehen, der Chrysi Avgi den Nimbus zu nehmen, sie böten eine reale Alternative zur gegenwärtigen Finanzkrise und ständen für eine »saubere« Politik ohne Korruption und Filz. Um zu verhindern, dass die extrem-rechte Krisenlösung als »Ausweg« gesehen wird, müssten die linken Kräfte gemeinsam eine überzeugende Alternative formulieren, die auch auf kleinbürgerliche Kräfte ausstrahlen kann.

Ulrich Schneider

- 1 Siehe The Guardian, 26.10.2012.
- 2 Vassiliki Georgiadou: Populismus und Extremismus am rechten Rand – Der rasante Aufstieg der Goldenen Morgenröte im Krisenland Griechenland, in: Rechtsextremismus in Europa, hrsg. v. Ralf Melzer und Sebastian Serafin, Berlin 2013, S. 85.
- 3 Siehe ebenda, S. 88.
- 4 Siehe Werner T. Bauer: Rechtsextreme und rechtspopulistische Parteien in Europa, Wien 2011, S. 71 f.
- 5 Siehe The Guardian, 26.10.2012.
- 6 Siehe den Bericht hierzu auf <http://de.indymedia.org/2013/02/341288.shtml>.
- 7 Siehe Georgiadou, S. 93.
- 8 Junge Welt, 17.7.2012, S. 8.
- 9 <http://www.ag-friedensforschung.de/themen/Rassismus/europa6.html>.
- 10 Siehe Georgiadou, S. 99 f.
- 11 Tagesanzeiger, 19.3.2013.
- 12 <http://www.hrw.org/de/news/2012/07/10/griechenland-migranten-leben-angst>.
- 13 Siehe International Human Rights Movement »World Without Nazism«. Monitoring of social basis of the revival of Nazi sentiments, xenophobia and extremism, October 2012, S. 44.
- 14 Siehe Süddeutsche Zeitung, 13.5.2013.
- 15 Siehe Neues Deutschland, 30.5.2013.
- 16 <http://www.blaetter.de/archiv/jahrgaenge/dokumente/«nichts-goldenes-an-dieser-morgenroete»>.
- 17 <http://www.ag-friedensforschung.de/themen/Rassismus/europa6.html>.
- 18 Siehe Deutsch-türkische Nachrichten, 2.4.2013.
- 19 Siehe Süddeutsche Zeitung, 17.5.2013.
- 20 Siehe Junge Welt, 25.7.2013.

Das Phänomen des Berlusconismus

Der inzwischen 76 Jahre alte Milliardär Silvio Berlusconi ist bisher der einzige unter den europäischen Rechtspopulisten, dem es mit Hilfe seines Medienimperiums gelungen ist, sich über mehrere Legislaturperioden an der Macht zu halten. Auch wenn er mit seinem Jugendlichkeitswahn, seinen Face-Liftings, seinen transplantierten Haaren vielfach als peinliche »Lachnummer« galt, war er durchaus ernst zu nehmen. Er verkörperte ein politisches Phänomen, das nur am sichtbarsten eine allgemeine, schleichende Veränderung der westlichen Demokratien zum Ausdruck bringt. »Es sind Herausforderungen, die nicht dem Aufstieg antidemokratischer und autoritärer Bewegungen entspringen, sondern den gefährlichen Mutationen im Herzen der liberalen Demokratie selbst.«¹ Allerdings entsprach der Berlusconismus nicht der gängigen Definition des Populismus, versteht man darunter »[...] eine Ideologie, die davon ausgeht, dass die Gesellschaft in zwei homogene, antagonistische Gruppen getrennt ist, das »reine Volk« und die »korrupte Elite«, und die geltend macht, dass Politik ein Ausdruck der *volonté générale* oder des allgemeinen Volkswillens sein soll.«² Weder fand man bei Berlusconi die Beschwörung des »reinen Volkes« im Gegensatz zur »korrupten Elite«, zu der er als drittreichster Mann Italiens selbst gehört, noch den im Populismus mehr oder weniger ausgeprägten Antimodernismus. Vielmehr gehört das Phänomen Berlusconi in eine Reihe mit dem von den Niederlanden ausgehenden postmodernen, individualistischen Populismus. Beginnend mit Pim Fortuyn versucht dieser heute mit Geert Wilders von der »Partei für die Freiheit« erfolgreich, im liberalen Lager Fuß zu fassen, und geht dabei marktstrategisch vor. Schon die Entstehung von Berlusconi erster Partei Forza Italia beruhte auf akribischen Marktanalysen.³ Zu den Merkmalen des Populismus gehören aber auch Institutionenfeindlichkeit und Antipolitik, die im Berlusconismus in besonderer Weise ausgeprägt waren.

1. Hintergründe

Italien galt bis zum Zusammenbruch des gesamten Parteiensystems der Ersten Republik Anfang der 1990er Jahre in mehrfacher Hinsicht als Anomalie. Politisch stand es mehr als vierzig Jahre lang unter der unangefochtenen Hegemonie der christdemokratischen Partei Democrazia Cristiana (DC), die wechselnde Koalitionen mit kleineren Parteien einging. Ein regulärer Wechsel zwischen Regierung und Opposition war undenkbar, galt die starke kommunistische Partei doch als nicht regierungsfähig. Diese Anomalie einer faktischen Einparteienherrschaft stützte sich auf zwei Säulen, ideologisch auf den Anti-

kommunismus und politikstrategisch auf den Klientelismus. In seiner älteren Form beruht Klientelismus auf einem vertikalen Netzwerk zwischen einem Patron und seinen Klienten, die dem Patron ihre Stimme gegen bestimmte Vergünstigungen verkaufen. In moderner Form tritt er als Massenklientelismus auf, bei dem die Parteien in einem personellen Beziehungsgeflecht lokaler Parteiführer die Rolle des Patrons übernehmen.

Dieses von den Parteien getragene Patronagesystem beruhte in Italien auf der Okkupation des öffentlichen und parastaatlichen Sektors (*parastato, sottogoverno*) und des für westliche Verhältnisse untypisch hohen Staatssektors in der Industrie, die als Pfründe unter den Parteien des Bürgerblocks aufgeteilt wurden.⁴ Der aufgeblähte Staatssektor als Folge und zugleich als Grundlage des Klientelismus hat in allen nach diesem Modell funktionierenden Ländern, derzeit am sichtbarsten in Griechenland, aber eben auch in Italien, zu einer überdurchschnittlich hohen Staatsverschuldung geführt.

Das italienische Modell des *consociativismo* (Konzertierung, Konsenspolitik) geriet Ende der 1980er, Anfang der 1990er Jahre in eine Krise: Erstens brach nach dem Mauerfall der Antikommunismus als ideologischer Kitt weg, zweitens wurden im Zuge der neoliberalen Welle und der Maastricht-Kriterien der EU die Privatisierung von Staatsbetrieben und der Abbau der Staatsverschuldung akut, so dass die Klientelen nicht mehr in gewohnter Form bedient werden konnten. Drittens geriet der Fordismus der norditalienischen Großindustrie in eine Krise und viertens versank die DC mit ihren Satelliten in einem Sumpf von illegalen Parteispendenaffären, Korruption und Verbindungen mit der Mafia. Populismus ist immer die Folge eines massiven Elitenversagens, wenn auch keine notwendige Folge. Last but not least geriet auch die Linke nach 1989 in eine Identitätskrise und sucht bis heute nach einem Kompass zwischen kommunistischer Neugründung, Sozialdemokratie und Sozialliberalismus.

Die Restrukturierung des Landes konnte aber aus Gründen der politischen Kultur nicht ausschließlich nach dem angelsächsischen, von Margaret Thatcher und Ronald Reagan geprägten Modell erfolgen. In Italien hat der Liberalismus als elitäre, antiklerikale Ideologie der Großbourgeoisie nie die Mittelschichten an sich binden können, die nach 1945 einem katholisch geprägten Nationalismus (*catto-nazionalismo*) angingen. Die Diskrepanz zwischen einer modernen, individualisierten Konsumgesellschaft und der alten ideologischen Formel der DC musste also überbrückt werden. Diese Funktion übernahm der Berlusconismus und bot den ideologisch verwaisten Mittelschichten eine neue Heimat. Dagegen haben

sich zahlreiche von den linken Parteien enttäuschte Arbeiter eher der *Lega Nord* zugewandt.

Als politischer Außenseiter besetzte Berlusconi das von den Parteien der Ersten Republik hinterlassene Vakuum und versprach, mit dem alten, bürokratischen Parteienklientelismus zu brechen. Er sagte dem *consociativismo* den Kampf an und setzte stattdessen auf Polarisierung und plebiszitäre Führung. Mit diesem Erneuerungsprogramm stieß er auf großen Widerhall, nicht zuletzt auch, weil dies einen Bruch mit dem antifaschistischen Konsens innerhalb der DC bedeutete. Die Enttabuisierung der faschistischen Vergangenheit Italiens erfolgte im Berlusconiismus nicht durch offene Rechtfertigung, sondern durch Trivialisierung. Dennoch ging die weit verbreitete Politikverdrossenheit und Parteienkritik nicht mit Systemkritik und dem Ruf nach einem Regimewechsel einher, sondern entzündete sich vor allem an mangelnder Effizienz des öffentlichen Sektors: »Es gab ein Klima in Erwartung radikaler Neuerungen, verbunden mit der Forderung nach administrativer Vereinfachung des öffentlichen Lebens, die im Ergebnis zu einer Idealisierung der Figur des politischen Managers führte [...] und, parallel dazu, zu einer Aufwertung des charismatischen Führers, der ein neues Gefühl der Zugehörigkeit bietet – eine Identität, die nicht mehr an die Parteien gebunden ist.«⁵

Seit den 1970er Jahren hatte auch in Italien ein Individualisierungsschub eingesetzt. Die zivilgesellschaftlichen Netzwerke der alten Parteien erodierten und der neue, konsumorientierte Lebensstil wurde und wird nicht zuletzt von Berlusconi eigenen Medien kräftig gefördert. Zugleich musste der politische Quereinsteiger aber dem Katholizismus Rechnung tragen. Auch hier war es zwar zu einer Pluralisierung und zur Aufkündigung der Loyalität linker Katholiken gegenüber der DC gekommen. Dennoch muss der Berlusconiismus als Projekt zur Regenerierung der bürgerlichen Hegemonie auf die Kirche und ihre konservativen Anhänger Rücksicht nehmen, sind doch wählersoziologisch in der PdL bildungsferne, männliche, vorwiegend ältere, moderat praktizierende Katholiken überrepräsentiert.⁶ Nachdem Berlusconi zunächst mit der auf ihn persönlich zugeschnittenen Partei *Forza Italia* angetreten war, hat er diese Sammlungsbewegung 2009 in *Popolo della Libertà* (PdL) umbenannt und zugleich nach rechts verschoben. Der stärkste Koalitionspartner, die postfaschistische *Alleanza Nazionale* (AN), löste sich auf und ging in die PdL ein, hat sie aber 2011 wieder verlassen. Auch die Duce-Enkelin Alessandra Mussolini trat mit ihrer neofaschistischen Kleinpartei *Azione Sociale* in das neue Rechtsbündnis ein.

2. Restrukturierung der bürgerlichen Hegemonie

2.1 Die Ideologie des Berlusconiismus

Es ist ein weit verbreitetes Missverständnis, dass sich Populismus in einem neuen, provokanten oder saloppen Politikstil erschöpfe. Berlusconi vertritt zwar einen neuen Stil, aber durchaus auch ideologische Inhalte. Schon der Parteiname »Volk

der Freiheit« ist ein geschickter semantischer Schachzug und kontaminiert den Begriff des Volkes mit dem der Freiheit. Die Polarisierung erfolgt also nicht mehr zwischen Volk und Elite, sondern zwischen dem Volk als Hüter der Freiheit und den Feinden der Freiheit, die eo ipso auch als Feinde des Volkes sowohl außerhalb als auch innerhalb Italiens am Werk sind.

Mit dem Begriff der Freiheit trägt Berlusconi der soziokulturellen Individualisierung und seinem eigenen Selbstverständnis als Liberaler Rechnung. Zugleich schlägt er damit eine Brücke zum soziokulturell konservativen Katholizismus, der sich ebenfalls als Anwalt der Freiheit gegen den atheistischen Kommunismus versteht. Berlusconi verklammerte die soziokulturellen Gegensätze zwischen beiden Lagern durch den Antikommunismus. 2005 erklärte er: »Wenn die Linke an die Regierung gelangte, wäre dies das Ende: Not, Terror, Tod. Wie es überall geschieht, wo der Kommunismus herrscht. Es wäre nicht der liberale Staat, den wir wollen.«⁷

Mit seiner antikommunistischen Rhetorik schien der Medientycoon vielen aus der Zeit gefallen zu sein. Indessen verfolgte er mit dieser antiquierten, in anderen rechtspopulistischen Parteien nicht mehr akuten Polarisierung das Ziel, sich in die Kontinuität der alten, von ihm nur regenerierten bürgerlichen Volkspartei zu stellen, was bedeutete, auch konservativ-katholische Wähler anzusprechen und sich das Wohlwollen der Kirche zu sichern. Zugleich setzte er auf den neuen, von den Niederländern Fortuyn und Wilders konstruierten Pol des Anti-Islamismus: »Wir dürfen nicht die zwei Kulturen, die islamische und unsere, auf die gleiche Ebene stellen [...]. Unsere Kultur muss sich auf jene ausdehnen, die wenigstens 1.400 Jahre in der Geschichte zurückgeblieben sind.«⁸ Ähnlich wie Wilders ließ auch Berlusconi an seiner pro-amerikanischen und pro-israelischen Loyalität keine Zweifel aufkommen, was ihm im September 2003 die jüdische *Anti Defamation League* in New York mit der Verleihung des Preises für »den besten Staatsmann des Jahres« (Distinguished Statesman Award) gedankt hat.

2.2 Anti-Politik und politische Emotionalisierung

Der Gegensatz zwischen liberalem Individualismus und sozialmoralisch-katholischem Konservatismus wurde im Berlusconiismus übertüncht und entpolitisiert. Berlusconi instrumentalisierte die Aversion vieler Italiener gegen die »Parteiherrschaft« (*partitocrazia*) und trat als Antipolitiker auf. »Ich bin kein Politiker, ich kümmere mich nicht um Kritik. Ich sage das, was die Leute denken.«⁹ Der zur offiziellen Parteihymne erhobene Song »Für Silvio« verbreitete refrainartig die Botschaft: »Gut, dass es Silvio gibt«. Der Autor Andrea Vantini arbeitete gezielt mit Antipolitik und ließ Berlusconi Fans singen: »Ich interessiere mich nicht für Politik und habe auch keine Immobilien. Ich habe nur die Musik. [...] Es lebe Italien, ein Italien, das entschlossen ist, an diesen Traum zu glauben. Wir sind das Volk, das liebt und glaubt und will, dass der Traum in Erfüllung gehe [...] Daher singe ich mit der Macht, die nur der hat, der nichts zählt.«¹⁰

Die im letzten Satz noch erkennbare Kritik an fehlender politischer Repräsentation wurde in der endgültigen Fassung entpolitisiert zu: »[...] die nur der hat, der reinen Geistes ist«¹¹. Worin der Traum besteht, wurde nicht konkretisiert, aber Berlusconi verstand darunter das Ideal der »Firma Italien« (*Azienda Italia*). Das Land müsse dem politisierenden Zugriff der Parteien entzogen und von einem erfolgreichen Unternehmer wie ihm als effizienter Betrieb geführt werden – ein Ziel, das in Österreich und den USA auch die Populisten Henry Ross Perot und Jörg Haider verfolgt haben.¹²

Antipolitik ist eine Strategie zur Überwölbung von Gegensätzen, die von der Politik in den Bereich zwischenmenschlicher Emotionen abgedrängt und durch ein auf den Staat übertragenes Familienideal entschärft werden. Im Berlusconiismus waren daher zwei weitere Leitbegriffe zentral: Liebe und Freundschaft. Damit kam Berlusconi sowohl der Kirche als auch dem unpolitischen Harmoniebedürfnis seiner Wähler entgegen. Liebe im weiteren Sinne evoziert den Traum einer durch den Individualismus verloren gegangenen Zugehörigkeit zu einer Gemeinschaft; im engeren Sinne spricht sie die patriotische Liebe zu Italien an. 2004 veröffentlichte der Medienzar das Buch *La forza di un sogno* (»Die Macht eines Traums«). 2010 folgte sein Werk *L'amore vince sempre sull'invidia e sull'odio* (»Die Liebe siegt immer über Neid und Hass«). Nachdem auf dem Mailänder Domplatz ein Anschlag auf ihn verübt worden war, wollte er damit die Liebe der Menschen dokumentieren, die ihm mit Blumen und unzähligen Emails ihr Mitgefühl bekundet hatten.

Purer Kitsch, erklärte Gustavo Zagrebelsky 2011 auf einer Anti-Berlusconi-Tagung in Florenz.¹³ Die emotionsgeladene Sprache der Plebs sei heute »politisch korrekt« geworden. Dagegen müsse die Linke auf rationale Argumentation setzen – aber möglicherweise an den Herzen und Träumen vieler Menschen vorbei! Eben dies haben Populisten der Linken voraus: Sie lassen sich weder vom Vorwurf des emotionalen Kitsches noch von den Standards rationaler Argumentation beirren, sondern holen in direkter Ansprache das »Volk« dort ab, wo es steht, aber auch bleiben soll: in der von vagen, inhaltsleeren Träumen beherrschten Antipolitik eines populistischen Paternalismus.

2.3 Ironie als Mittel zur Umklammerung von Gegensätzen

Kritiker heben die pseudo-religiösen Aspekte in Berlusconi Diskurs hervor, entgehen aber nicht der Gefahr, die Ambivalenz seiner Botschaften zu übersehen. Er halte sich für einen Mann der Vorsehung, für einen vom Herrn Gesalbten, gar für einen Heiligen. Diese Kritik misst Berlusconi Diskursführung am historischen Faschismus und erkennt, dass er, wie vor ihm schon Pim Fortuyn, ein liberaler, postmoderner Ironiker ist, der religiöse Topoi nur zitiert, um sich sogleich ironisch von ihnen zu distanzieren. Nach seiner Rückkehr von einem G8-Treffen verabschiedete er 2008 die spätabends auf ihn wartenden Journalisten mit den Worten: »Nun gehen Sie

und genießen Sie die Nacht. Ich [dagegen] bin inzwischen ein Heiliger«, ein augenzwinkerndes Eingeständnis, dass er eben kein Heiliger sei, sondern nur zu müde für nächtliche Vergnügungen. Aufsehen erregte auch sein Diktum: »Ich bin der Jesus Christus der Politik, ein Opfer, das sich für alle aufopfert.« Ironisch fügte er hinzu: »Morgen werden die Zeitungen titeln: Berlusconi hält sich sogar für Jesus Christus.« Als bei einem Sardinienbesuch Kinder auf ihn zukamen, um Fotos zu machen, scherzte er mit dem Bibelwort: »Lasset die Kindlein zu mir kommen« und kommentierte: »Jetzt werden sie [die Journalisten] mir nachsagen, dass ich mich mit Jesus vergleiche.«¹⁴

Mit dieser Mischung aus religiösen Versatzstücken und ironischer Distanz schweißt Berlusconi seine heterogenen Anhänger zusammen: Dem unpolitischen »Volk« erschien er im Modus Glaube/Liebe/Hoffnung als von Gott gesandter Charismatiker, der Träume wahr werden lässt und eine Mission erfüllt. Im Parteiprogramm der PdL von 2008 wurden daher nicht sieben Ziele, sondern sieben »Missionen« aufgelistet.¹⁵ Dem katholischen Klerus präsentierte er sich dagegen im Modus Glaube/Hierarchie/Heteronomie als kirchentreuer Garant der katholischen Identität des Landes. Seinen bürgerlich-liberalen, in Italien traditionell kirchenfeindlichen Anhängern signalisierte er schließlich im Modus Freiheit/Effizienz/Autonomie, dass er als hedonistischer, der Libertinage frönender Liberaler diese widersprüchlichen ideologischen Botschaften nicht für bare Münze nimmt und rein instrumentell einsetzt. Im Berlusconiismus wurden die zentralen Ideologeme »Volk« und »Freiheit« von »Liebe« und »Freundschaft« umspannt und zu einer antipolitischen Vereinigungsformel amalgamiert. Damit ist es dem Antipolitiker erstmals in der italienischen Geschichte gelungen, zwei bis dahin antagonistische politische Lager unter dem Dach seiner PdL zu vereinigen: Liberale und Katholiken, die sich in Strömungen (*correnti*) organisieren, einer konservativ-katholischen und einer marktliberalen. Im Unterschied zu genuinen Populisten wie Sarah Palin in den USA oder Umberto Bossi von der *Lega Nord* beruft sich Berlusconi aber gerade nicht den auf den common sense des Volkes, sondern setzt als diskursive Waffe dessen Gegenteil ein: die Ironie. Sie ist das Mittel zur Überwölbung der Gegensätze zwischen Modernisten und Traditionalisten, Liberalen und Klerikalkonservativen, zwischen Effizienz (*Azienda Italia*) und unpolitisch-emotionaler Vergemeinschaftung.

2.4 Institutionenfeindlichkeit und Polarisierungspraxis

Wie eingangs erwähnt, folgt Berlusconi nicht der klassisch populistischen Polarisierung zwischen dem »reinen Volk« und der »korrupten Elite«. Sein Gegenpol ist vielmehr die mit Kommunismus gleichgesetzte Linke, die nicht nur auf Parteiebene, sondern als der generalisierte Andere auch in den Institutionen des liberalen Rechtsstaats, vor allem in der Justiz, aktiv sei. Die Justiz sei kommunistisch unterwandert und verfolge ihn nicht wegen zahlreicher Gesetzesverstöße (Bilanzfälschung, illegale Parteienfinanzierung, Steuerhinterziehung,

Bestechung, Meineid, Richterbestechung, Prostitution einer Minderjährigen, Amtsmissbrauch), sondern als politischen Gegner. In einer Täter-Opfer-Umkehr sah sich Berlusconi als Opfer politischer Machenschaften, die sich hinter dem Schutzschild der vermeintlich unpolitischen Justiz verbergen.

Seine notorischen Ausfälle gegen die »roten Richter« sind Legion und können hier nur exemplarisch belegt werden. 2004 sagte er über Italien: »Exzessive Staatspräsenz, unangemessenes Gewicht der Gewerkschaften, exzessiver Sozialstaat, Infiltration aller Staatsorgane, angefangen bei der Justiz, durch die Kommunisten.«¹⁶ 2009 erklärte er: »Nicht ich bin die italienische Anomalie. Es sind die kommunistischen Richter und die kommunistische Staatsanwaltschaft.«¹⁷ 2011 forderte er, die »Kaste der Justiz« sei ein »Krebsgeschwür«, das herausgerissen werden müsse. Sie »missbraucht das Recht, um mich zu stürzen. Es ist erschreckend, aber wir sind im Bürgerkrieg, von der Linken gegen mich ausgelöst.«¹⁸

Die Interessenverflechtung zwischen Berlusconis Wirtschaftsimperium und seinem politischen Amt ist in zahlreichen Untersuchungen dokumentiert worden und kann hier nicht aufgegriffen werden.¹⁹ Strukturell bedeutsam ist aber, dass der politische Entrepreneur den Staat nicht, wie noch die Parteien der Ersten Republik, als Parteienpfründe, sondern nach Art des Patrimonialismus als seine höchstpersönliche Pfründe und sich selbst als außerhalb des Gesetzes stehend betrachtete. Sein wichtigster Hebel war die »Entpolitisierung« der Justiz zum Zweck ihrer Repolitisierung im Interesse seines Wirtschaftskonglomerats. »Die von Berlusconi beklagte »Politisierung« der Justiz soll ausgerechnet dadurch bekämpft werden, dass die Regierungsmehrheit einen umfassenden politischen Zugriff auf die Justiz erhält.«²⁰

3. Der Berlusconismus als Übergangsphänomen

Populismus ist immer janusköpfig. Er bietet ein Ventil, über das nicht nur der Unmut über eine abgeschottete Elite, sondern auch über mangelnde Leistungen und Ineffizienz dieser Elite abgelassen werden kann. Ausschlaggebend für die Erosion des alten Bürgerblocks war in Italien aber vor allem, dass in Zeiten knapper Kassen der klientelistischen Tauschpolitik der Boden entzogen wurde. Die von der DC geführte politische Elite reagierte darauf mit höheren Steuern und sinkenden Leistungen und entfremdete sich so von ihren Wählern.²¹ War der Berlusconismus nur ein Übergangsphänomen zwischen dem alten Parteiensystem der Ersten Republik und einer künftigen, durch den Berlusconismus regenerierten und modernisierten Partei der bürgerlichen Mitte? Für die These eines Übergangsphänomens sprechen die an die Person Berlusconi gebundenen Merkmale: autoritärer Führungsstil, Personalisierung der Politik mit Tendenzen zum Führerkult, persönliche Ausstrahlung und nicht zuletzt seine Medienmacht, Merkmale also, an die nach seinem Rückzug aus der Politik nicht nahtlos angeknüpft werden kann. Schon 2003, als Berlusconis Partei noch *Forza Italia* hieß, stellte Michael Braun fest: »Forza Italia ist und bleibt eine Partei ad personam, in der die Seilschaften

unterschiedlicher Provenienz allein durch die Treue zum Vorsitzenden zusammengehalten werden; träte Berlusconi von der politischen Bühne ab, so wäre ihr Überleben unmittelbar in Frage gestellt, denn er allein verkörpert [...] in seiner Person das Erneuerungsversprechen einer »italienischen Revolution.«²²

Dieses Erneuerungsversprechen ist nicht eingelöst worden und von »Revolution« kann nur als Traumgespinnst die Rede sein. Vor allem die wirtschaftspolitischen Ziele (Abbau der Arbeitslosigkeit, insbesondere der hohen Jugendarbeitslosigkeit von fast 30 Prozent und der Staatsverschuldung) sind nicht erreicht worden.²³ Dagegen hat sich die Schere zwischen arm und reich weit geöffnet. Auch der Klientelismus prägt nach wie vor die italienische Politik bis hin zum persönlichen Stimmenkauf, um sich die parlamentarische Mehrheit zu sichern. Populistische Mobilisierung beruht auf einer direkten, unvermittelten Beziehung zwischen Führer und Volk, die intermediäre Gruppen umgeht und autonome Institutionen, z. B. die Rechtsprechung, unterminiert.²⁴ Auch Berlusconi hat mit zahlreichen zivilgesellschaftlichen Clubs und Zirkeln diese Mobilisierung vorangetrieben. Gelangt der Populismus aber an die Macht, kehrt er zur Klientelpolitik als Mittel zur Konsensbeschaffung zurück, bedient sich also derselben Praxis wie die alten, oligarchisch geführten Parteien. Die Überwindung des Klientelismus setzt voraus, dass lokale Führer entmachtet und in Parteikader transformiert werden. Gerade dies kann und will eine führerzentrierte Partei aber nicht leisten, beruht sie doch auf einem persönlichen Treue- und Gefolgschaftsverhältnis. Daher kommt es unweigerlich zur Herausbildung neuer Klientelgruppen, die sich ihre Loyalität erkaufen lassen und, wie es sich in der Endphase des Berlusconismus gezeigt hat, das sinkende Schiff umgehend verlassen, sobald der Führer ihnen keine dauerhaften Pfründen mehr garantieren kann. Je pragmatischer und unideologischer eine populistische Sammlungsbewegung auftritt, desto schneller erodieren die »Treue« und die Gefolgschaft der Anhänger.

Für die These eines Übergangsphänomens spricht auch, dass das Parteipersonal nicht mehr, wie noch in der Anfangsphase der *Forza Italia*, vom »Chef« nach Gutsherrenart aus Angestellten seines Wirtschaftsimperiums oder attraktiven Showgirls seiner Fernsehsender rekrutiert wurde. In der PdL waren längst erfahrene, aus den Parteien des alten Bürgerblocks hervorgegangene Berufspolitiker tonangebend, die sich nicht mehr kritiklos dem autokratischen Führungsstil des großen Kommunikators beugen wollten. Nach dessen Zerwürfnis mit Gianfranco Fini, dem ehemaligen Vorsitzenden der AN, sind die Fini-Anhänger aus der PdL ausgetreten und haben Anfang 2011 die Partei »Zukunft und Freiheit für Italien« (*Futuro e Libertà per l'Italia*) gegründet. Sollte es dazu kommen, dass sich weitere Gruppen aus den sich bipolar gegenüberstehenden Blöcken der demokratischen Linken (*Partito Democratico*) und Berlusconis PdL ablösen, ist eine neue Partei der bürgerlichen Mitte vorstellbar. Für Außenstehende schwer abschätzbar ist dagegen das katholische »Lager«, d. h. die nach wie vor existierenden Christdemokraten sowie der hohe Klerus. Dieser

befand sich in der Zwickmühle zwischen konservativer Sexualmoral und Berlusconi's ausschweifendem Lebensstil.

Unter rein funktionalen Gesichtspunkten werden dem Populismus auch positive Aspekte abgewonnen. Er überwinde ein sklerotisiertes, durch Absprachen- und Konsenspolitik verfilztes politisches System, motiviere unpolitische, passive Bürger zu politischer Beteiligung und setze vernachlässigte Themen auf die Agenda.²⁵ Anders formuliert: Er macht einen im Sumpf steckengebliebenen politischen Karren wieder flott, entschlackt ihn von festgefahrenen Strukturen, schafft neue ideologische Bündnisse und hebt soziopolitische Blockierungen auf, wenn auch um den Preis von Polarisierung, Emotionalisierung und Personalisierung der Politik.

Allerdings gilt dies nur für die Anfangsphase eines populistischen Regimes. Je länger es an der Macht ist – und der Berlusconiismus hat es für italienische Verhältnisse zu dem Rekord von rund 16 Jahren gebracht – desto deutlicher zeigt er die gleichen Defizite wie das »alte« Regime: Ineffizienz, Verfilzung, Klientelismus, persönliche Bereicherung der Paladine, Unterminierung des Rechtsstaats, Manichäismus von Freund und Feind, Entpolitisierung großer Teile der Bevölkerung und wachsenden Zynismus der »organischen Intellektuellen« dieses Machtblocks. Der Populismus ist nur das sichtbare Zeichen einer allgemeinen Krise der Repräsentation, an der die Eliten nicht unschuldig sind, ja die sie, so René Cupepus, selbst auslösen und fördern.²⁶

Populistische Führer sind Außenseiter und gehören auch dann nicht zum Establishment, wenn sie, wie Berlusconi, über immensen Reichtum verfügen. In der Regel handelt es sich um Aufsteiger aus »kleinen« Verhältnissen, die ihre biographische Nähe zum Volk als Trumpfkarte ausspielen und politisch das Ideal des *self-made-man* vertreten. Aber sie sind keine Vertreter des etablierten Groß- und Finanzkapitals. In Italien stand der Industriellendachverband *Confindustria* dem Aufsteiger mit den undurchsichtigen Quellen seines Reichtums und seinen dubiosen Verbindungen zur Loge P2 immer kritisch gegenüber. Diese Skepsis war aber nicht nur seinem parvenühaften Habitus, sondern auch einer anderen politischen Strategie geschuldet. Das italienische Großkapital verspricht sich von einer neokorporativen Absprachenpolitik oder »konzertierten Aktion« unter Einschluss der Gewerkschaften einen störungsfreieren, berechenbareren Kurs. Daher wundert es nicht, dass gerade Luca Cordero di Montezemolo, ein Fiat-Manager und ehemaliger Vorsitzender der *Confindustria*, sich in der Endphase des Berlusconiismus zum Sprachrohr eines Wechsels gemacht hat.

Dass Italien und andere südeuropäische Länder im Zuge der Banken- und Finanzkrise seit 2008 unter den internationalen Druck von Rating-Agenturen, aber auch der EU geraten sind, steht auf einem anderen Blatt und kann hier nicht vertieft werden. Tatsache ist aber, dass Berlusconi das Land in einem desolaten Zustand hinterlassen hat. »20 verlorene Jahre« bilanzierte die *Frankfurter Rundschau* die Ära Berlusconi.²⁷ In einer solchen, von den internationalen Finanzmärkten noch

verschärften, Situation schlägt, wie auch in Griechenland, die Stunde der »unpolitischen« Technokraten. Ihre Aufgabe ist es, den Augiasstall von politischer und wirtschaftlicher Interessenverflechtung auszumisten und überfällige strukturelle Reformen vor allem in der Arbeitsmarkt- und Steuerpolitik (endemische Steuerflucht, überaus laxe Steuermoral, aufgeblähte, aber ineffiziente bürokratische Strukturen, dramatisch hohe Jugendarbeitslosigkeit etc.) auf den Weg zu bringen. Für diese technokratische Interimslösung steht seit dem unrühmlichen Ende Berlusconi's der ehemalige EU-Kommissar Mario Monti. 20 verlorene Jahre – diese Bilanz gilt aber auch für die untereinander zerstrittene demokratische Linke, die bis 2013 loyal die Monti-Regierung unterstützten will. Aber wie lauten ihre Alternativen? Welche Visionen, wenn sie denn welche hat, verfolgt sie für die Zukunft Italiens? Wie glaubwürdig ist eine Linke, die sich wählersoziologisch auf die gesellschaftliche Mitte, vor allem auf Beamte und Angestellte im Staatssektor stützt, aber die von Prekarität bedrohten Unterschichten der rechtspopulistischen *Lega Nord* überlässt? Und was bedeuten die kryptischen Worte des ehemaligen Kommunistenführers und heutigen Linkspolitikers Massimo D'Alema: »Die Lega ähnelt sehr der Linken; sie ist kein Fluch. Zwischen der Lega und der Linken besteht eine große soziale Nähe. Die größte Arbeiterpartei des Nordens ist die Lega, ob es gefällt oder nicht.«²⁸ Aber kein Wort, wie es dazu hat kommen können und welchen Anteil die Linke an dieser Entwicklung hat. Italien gilt als Land des »trasformismo«, einer seit dem 19. Jahrhundert gängigen Praxis der Elitenzirkulation und der Absorption gegnerischer Eliten in ein System der Absprachen, der Kompromisse, der Taktiererei und der Sicherung von Pfründen zu Lasten des Gemeinwohls. Auf den Schriftsteller Giuseppe Tomasi di Lampedusa geht das geflügelte Wort zurück: »Es muss sich alles ändern, damit alles bleibt, wie es ist.«

Karin Priester

Literatur

Braun, Michael (2003): Populismus an der Macht. Das Phänomen Berlusconi. In: Internationale Politik und Gesellschaft, 3, S. 110–133.

Bremer, Jörg (2011): Geschwüre vor Gericht. Berlusconi kritisiert mal so, mal so. In: FAZ, Nr. 108 (10.05.2011).

Cuperus, René (2011): Der populistische Dammbreach. Die niederländischen Volksparteien unter Druck. In: Wielenga, Friso/Hartleb, Florian (Hrsg.): Populismus in der modernen Demokratie. Die Niederlande und Deutschland im Vergleich, Münster, S. 163–178.

Doerfler, Kordula (2011): Italien – 20 verlorene Jahre. In: Frankfurter Rundschau (11.11.2011), <http://www.fr-online.de/meinung/analyse-zwei-verlorene-jahrzehnte,1472602,1131008.html> [16.02.2012].

Grimm, Markus (2009): Il Popolo della Libertà. Die Auferstehung der Democrazia Cristiana?, Gießen (Occasional Papers No. 8, hrsg. von Alexander Grasse).

Krastev, Ivan (2007): Die Stunde des Populismus. In: Transit 33 ([18.09.]2007), <http://www.eurozine.com/articles/2007-09-18-krastev-de.html> [10.08.2011].

La Repubblica (1995): Un conclave per la sinistra (01.11.1995), S. 13, <http://ricerca.repubblica.it/repubblica/archivio/repubblica/1995/11/01/un-conclave-per-la-sinistra.html> [16.02.2012].

La Repubblica (2004): Berlusconi riscende in campo: »Contro comunisti e giudici« (24.01.2004), <http://www.repubblica.it/2004/a/sezioni/politica/festaforza/discoconve/discoconve.html> [04.10.2011].

La Repubblica (2005): Berlusconi: »Con la sinistra miseria, morte e terrore« (16.01.2005), <http://www.repubblica.it/2005/a/sezioni/politica/dibacdlue/berlaprodi/berlaprodi.html> [30.09.2011].

La Repubblica (2009): Berlusconi a sorpresa a Ballarò. »Mills? I giudici sono comunisti« (27.10.2009), <http://www.repubblica.it/2009/10/sezioni/cronaca/processo-mills/berlusconi-ballarò/berlusconi-ballarò.html> [04.10.2011].

La Stampa (2009): Da unto del Signore a non sono santo. Quando Berlusconi parla di Santità (22.7.2009), <http://www.lastampa.it/redazione/cmsSezioni/politica/200907articoli/45766girata.asp> [01.10.2011].

Mannheimer, Renato (2008): Chi vota il Popolo della Libertà? In: Corriere della Sera (08.03.2008).

Mouzelis, Nicos (1985): On the Concept of Populism: Populist and Clientelist Modes of Incorporation in Semiperipheral Politics. In: Politics & Society, 14 (3), S. 329–348.

Mudde, Cas (2004): The Populist Zeitgeist. In: Government and Opposition 39 (3), S. 541–563.

Priester, Karin (2007): Populismus. Historische und aktuelle Erscheinungsformen, Frankfurt am Main/New York.

Programm der PdL (2008): www.pdl.it/speciali/PROGRAMMA2008.pdf [07.10.2011].

Schmitter, Philippe C. (2006): A Balance Sheet of the Vices and Virtues of »Populisms«, <http://www.eui.eu/Documents/DepartmentsCentres/SPS/Profiles/Schmitter/PCSBalanceSheetApr06.pdf> [16.02.2012].

Tarchi, Marco (2003): L'Italia populista. Dal qualunqueismo ai girotondi, Bologna.

Tonelli, Matteo (2005): Casa, pensioni, Iraq e tante altre autosmentite di Berlusconi. In: La Repubblica (15.11.2005), <http://www.repubblica.it/2005/k/sezioni/politica/berlusmentite/berlusmentite/berlusmentite.html> [01.11.2011].

Urbat, Jens (2007): Rechtspopulisten an der Macht. Silvio Berlusconi's Forza Italia im neuen italienischen Parteiensystem, Hamburg/Münster.

Vantini, Andrea (2008): A Silvio, Musik-Veröffentlichung 2008, <http://lyricskeeper.de/de/andrea-vantini/a-silvio.html> [20.12.2011] und die Fassung www.orrorea33giri.com/2008/04/andrea-vantini-silvio-2008.html [02.10.2011].

Zagrebel'sky, Gustavo (2011): La neolingua dell'età berlusconiana. In: Ginsborg, Paul und Enrica Asquer (Hrsg.), Berlusconi. Analisi di un sistema di potere, Rom/Bari, S. 223–234.

- Ivan Krastev: Die Stunde des Populismus. In: Transit 33 ([18.09.]2007), <http://www.eurozine.com/articles/2007-09-18-krastev-de.html> [10.08.2011].
- Cas Mudde: The Populist Zeitgeist. In: Government and Opposition 39 (2004), Nr. 3, S. 541–563, hier S. 543.
- Markus Grimm: Il Popolo della Libertà. Die Auferstehung der Democrazia Cristiana?, Gießen 2009 (Occasional Papers No. 8, hrsg. von Alexander Grasse), S. 6. Im Folgenden zitiert als Grimm 2009.
- Karin Priester: Populismus. Historische und aktuelle Erscheinungsformen, Frankfurt am Main/New York 2007, S. 159–163 (im Folgenden zitiert als Priester 2007); Jens Urbat: Rechtspopulismus an der Macht. Silvio Berlusconi's Forza Italia im neuen italienischen Parteiensystem, Hamburg/Münster 2007, S. 85–99.
- Marco Tarchi: L'Italia populista. Dal qualunqueismo ai girotondi, Bologna 2003, S. 161.
- Michael Braun: Populismus an der Macht. Das Phänomen Berlusconi. In: Internationale Politik und Gesellschaft 3 (2003), S. 110–133, hier S. 121–124 (im Folgenden zitiert als Braun 2003); Renato Mannheimer: Chi vota il Popolo della Libertà?. In: Corriere della Sera (08.03.2008); Grimm 2009, S. 27 f.
- La Repubblica: Berlusconi: »Con la sinistra miseria, morte e terrore« (16.01.2005), <http://www.repubblica.it/2005/a/sezioni/politica/dibacdlue/berlaprodi/berlaprodi.html> [30.09.2011].
- Matteo Tonelli: Casa, pensioni, Iraq e tante altre autosmentite di Berlusconi. In: La Repubblica (15.11.2005), <http://www.repubblica.it/2005/k/sezioni/politica/berlusmentite/berlusmentite/berlusmentite.html> [01.11.2011].
- Ebenda.
- Andrea Vantini: A Silvio, Musik-Veröffentlichung 2008, <http://lyricskeeper.de/de/andrea-vantini/a-silvio.html> [20.12.2011] und die Fassung www.orrorea33giri.com/2008/04/andrea-vantini-silvio-2008.html [02.10.2011].
- Ebenda.
- Vgl. Priester 2007.
- Gustavo Zagrebelsky: La neolingua dell'età berlusconiana. In: Ginsborg, Paul und Enrica Asquer (Hrsg.), Berlusconi. Analisi di un sistema di potere, Rom/Bari 2011, S. 223–234.
- Alle Zitate: La Stampa: Da unto del Signore a non sono santo. Quando Berlusconi parla di Santità (22.7.2009), <http://www.lastampa.it/redazione/cmsSezioni/politica/200907articoli/45766girata.asp> [01.10.2011].
- Programm der PdL: www.pdl.it/speciali/PROGRAMMA2008.pdf (2008) [07.10.2011].
- La Repubblica: Berlusconi riscende in campo: »Contro comunisti e giudici« (24.01.2004), <http://www.repubblica.it/2004/a/sezioni/politica/festaforza/discoconve/discoconve.html> [04.10.2011].
- La Repubblica: Berlusconi a sorpresa a Ballarò. »Mills? I giudici sono comunisti« (27.10.2009), <http://www.repubblica.it/2009/10/sezioni/cronaca/processo-mills/berlusconi-ballarò/berlusconi-ballarò.html> [04.10.2011].
- Jörg Bremer: Geschwüre vor Gericht. Berlusconi kritisiert mal so, mal so. In: FAZ, Nr. 108 (10.05.2011).
- Vgl. Braun 2003, S. 113.
- Ebenda, S. 127.
- Vgl. Braun 2003, S. 121.
- Ebenda, S. 115.
- Die Staatsverschuldung ist mit 119,0 Prozent nach Griechenland die zweithöchste in Europa. Die Arbeitslosenrate liegt bei insgesamt 8,6 Prozent, davon aber 29,4 Prozent Jugendarbeitslosigkeit (Stand: 2010).
- Vgl. Nicos Mouzelis: On the Concept of Populism: Populist and Clientelist Modes of Incorporation in Semiperipheral Politics. In: Politics & Society 14 (1985), Nr. 3, S. 329–348.
- Philippe C. Schmitter: A Balance Sheet of the Vices and Virtues of »Populisms«, <http://www.eui.eu/Documents/DepartmentsCentres/SPS/Profiles/Schmitter/PCSBalanceSheetApr06.pdf> [16.02.2012].
- René Cuperus: Der populistische Dammbau. Die niederländischen Volksparteien unter Druck. In: Friso Wielenga/Florian Hartleb (Hrsg.): Populismus in der modernen Demokratie. Die Niederlande und Deutschland im Vergleich, Münster 2011, S. 163–178, hier S. 170–178.
- Kordula Doerfler: Italien – 20 verlorene Jahre. In: Frankfurter Rundschau (11.11.2011), <http://www.fr-online.de/meinung/analyse-zwei-verlorene-jahre-zehnte,1472602,11131008.html> [16.02.2012].
- Zitiert nach La Repubblica: Un conclave per la sinistra (01.11.1995), S. 13, <http://ricerca.repubblica.it/repubblica/archivio/repubblica/1995/11/01/un-conclave-per-la-sinistra.html> [16.02.2012].

Aufstieg des Rechtspopulismus auch in Deutschland?

Die AfD und die Bundestagswahl 2013

Mit dem Ergebnis von 4,7 Prozent bei den Bundestagswahlen ist der Alternative für Deutschland (AfD) ein Erfolg im rechten Wählerspektrum gelungen, den die Union mit der Maxime, rechts neben ihr dürfe sich kein erfolgreiches Parteiprojekt etablieren, über viele Jahrzehnte zu verhindern wusste. Dabei ist der Zuspruch zur AfD zunächst weniger auf Kosten der CDU/CSU als vielmehr auf die von FDP und LINKER gegangen. Dennoch handelt es sich bei der AfD eindeutig um eine Formation der politischen Rechten, die mit dem schillernden aber inzwischen gebräuchlichen Begriff des Rechtspopulismus bezeichnet werden kann. Die AfD ist in ihrer gegenwärtigen Ausprägung keine Partei der extremen Rechten, sie ist weder neofaschistisch ausgerichtet, noch finden sich bisher Formen der NS-Verherrlichung oder eines völkischen Nationalismus oder völkischen Rassismus.

Mit gut 2 Mio. Wählerstimmen hat die AfD nur sieben Monate nach ihrer Gründung ein Ergebnis erreicht, das auf dem Niveau der knapp aus dem Parlament ausgeschiedenen FDP liegt. Thematisch bisher völlig auf die Kritik an der EU-Rettungspolitik, den damit verbundenen potenziellen Kosten für Deutschland und die Ablehnung des Euro in seiner jetzigen Form fixiert, bringt die AfD eine Kritik an der EU-Politik zum Ausdruck, wie sie sich in vielen europäischen Ländern findet. Der ideologische Hintergrund einer solchen Kritik von rechts ist national-chauvinistisch und neoliberal grundiert, womit sich die AfD mit vielen anderen Parteien des Rechtspopulismus in Europa trifft. Weniger deutlich ausgeprägt ist bisher eine islamfeindliche, ethnopluralistische und auf eine Ethnisierung der sozialen Frage angelegte Ausrichtung, wie sie für zahlreiche Parteien des Rechtspopulismus typisch ist.

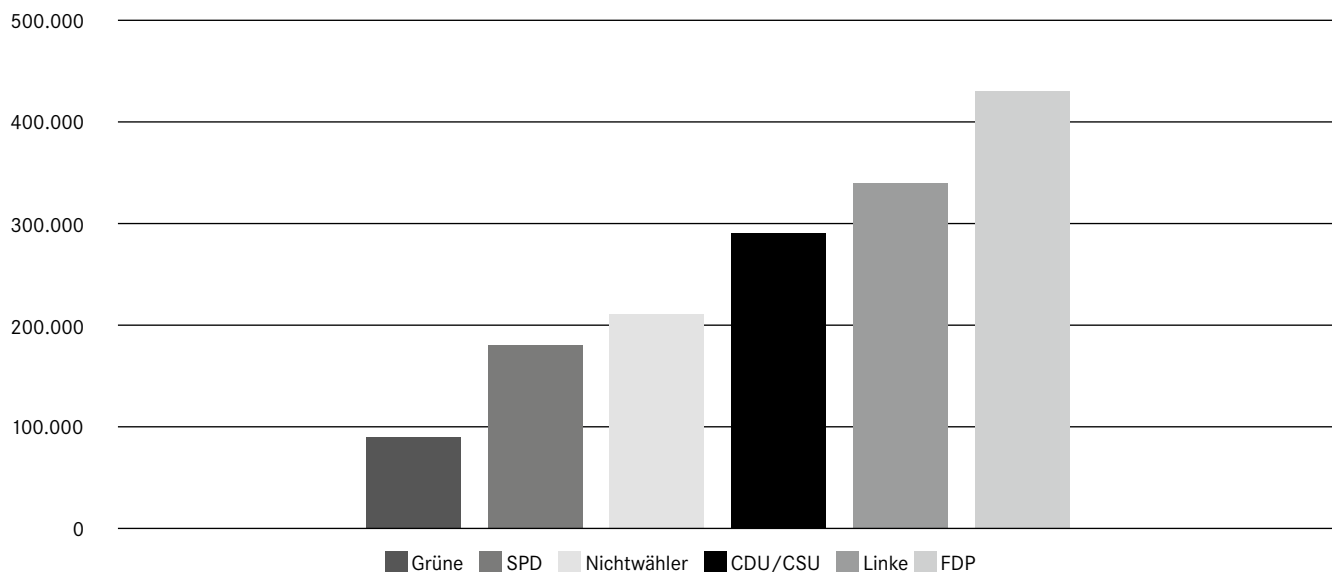
Die Ergebnisse der AfD

Mit 4,7 Prozent der Zweitstimmen (1,9 Prozent Erststimmen) und einem absoluten Stimmenanteil von 2.052.372 Stimmen (809.817 Erststimmen) hat die AfD den Einzug in den Bundestag nur knapp verpasst. Beim Blick auf die Landesergebnisse zeigt sich, dass die AfD in Ostdeutschland leicht besser abgeschnitten hat als im Westen. In Sachsen konnte sie mit 6,8 Prozent ihr bestes Landesergebnis erzielen, gefolgt von Thüringen (6,2 Prozent) und Brandenburg (6,0 Prozent). Starke und über dem Bundesdurchschnitt liegende Ergebnisse gab es aber auch in den strukturstarken Ländern

Land	Zweitstimmen
Schleswig-Holstein	4,6 Prozent
Hamburg	4,1 Prozent
Niedersachsen	3,7 Prozent
Bremen	3,7 Prozent
Nordrhein-Westfalen	3,9 Prozent
Hessen	5,6 Prozent
Rheinland-Pfalz	4,8 Prozent
Baden-Württemberg	5,2 Prozent
Bayern	4,3 Prozent
Saarland	5,2 Prozent
Berlin	4,9 Prozent
Brandenburg	6,0 Prozent
Mecklenburg-Vorpommern	5,6 Prozent
Sachsen	6,8 Prozent
Sachsen-Anhalt	4,2 Prozent
Thüringen	6,2 Prozent

Hessen (5,6 Prozent) und Baden-Württemberg (5,2 Prozent). Hier deutet sich schon die Heterogenität in der Wählerschaft der AfD an, die vor allem Stimmen von FDP und LINKEN abziehen konnte.

Bei der Wählerwanderung ergibt sich für die AfD folgendes Bild: während von der FDP 430.000 Wählerinnen und Wähler zur AfD wechselten, waren es bei der LINKEN 340.000. Es folgt die Union mit 290.000 Stimmen und erst dann kommt das Spektrum der bisherigen NichtwählerInnen, aus dem die AfD 210.000 Stimmen auf sich vereinigen konnte. SPD und Grüne folgen mit 180.000 bzw. 90.000 Stimmenverlusten an die AfD.



Soziale Herkunft, Interessenlage und Erwartungen der früheren WählerInnen von FDP und LINKE dürften sehr unterschiedlich sein und zeigen erneut die Spannbreite und die unterschiedlichen Erwartungen der Wählerschaft der AfD bei dieser Wahl. Dies spiegelt sich auch in der sozialen Zusammensetzung der AfD-Wählerschaft: Mit 6 Prozent stellen Arbeiter die größte Gruppe, gefolgt von Selbständigen, Angestellten und Beamten mit jeweils 5 Prozent. Unterdurchschnittlich vertreten sind Rentner (4 Prozent) und Arbeitslose (3 Prozent). Nimmt man DIE LINKE als Vergleich, dann zeigt sich hier eine wesentlich stärkere Differenzierung und eine eindeutiger soziale Zusammensetzung, die mit dem Politikangebot der LINKEN korrespondiert (Arbeiter 12 Prozent, Arbeitslose 23 Prozent). Die Erwartungen an die Europapolitik der AfD (nur mit diesem Punkt war sie im Wahlkampf wahrnehmbar) speisen sich sowohl aus einer neoliberal grundierten ordnungspolitischen Vorstellung, als auch aus einem chauvinistisch aufgeladenen Abwehrnationalismus: »Kein deutsches Geld für faule Griechen«.

Parteiführung und Programm der AfD

Mit Bernd Lucke hat die AfD einen Vorsitzenden, der nicht als charismatische Gestalt im Sinne eines Jörg Haider, Jean Marie LePen oder Umberto Bossi bezeichnet werden kann. Lucke ist Professor für Volkswirtschaft an der Universität Hamburg und seit Jahren Vertreter einer harten neoliberalen Ordnungspolitik. Schon 2005 trat Lucke als Mitinitiator des Hamburger Appells auf, in dem von Seiten einiger Wirtschaftswissenschaftler eine strengere Fiskalpolitik der Bundesregierung gefordert wurde. Lucke sammelte 2012 eine Reihe von neoliberalen Ökonomen für einen Appell an Bundeskanzlerin Merkel zur Änderung ihrer Eurorettungspolitik im Sinne der marktradikalen Ideologie.

Neben Lucke spielen u. a. Konrad Adam und Alexander Gauland wichtige Rollen in der AfD. Adam, früher u. a. Redakteur der FAZ und Welt, ist ein ausgewiesener Konservativer. Seine antidemokratischen Vorschläge zur Einschränkung des Wahlrechts für »Inaktive und Versorgungsempfänger« machten weithin Schlagzeilen und stehen für den elitären Politikansatz der AfD generell. Gauland gehörte jahrelang zum konservativen Flügel der Union, war Büroleiter des Frankfurter Oberbürgermeisters Walter Wallmann und Geschäftsführer der Märkischen Allgemeinen Zeitung. Insgesamt entstammt die Führungsriege der AfD eindeutig dem gehobenen Bürgertum, dessen Interessen sich in der Partei widerspiegeln.

Wie bei allen Parteiprojekten rechts der Union ist auch die AfD Anziehungspunkt für zahlreiche Gestalten der konservativen und extremen Rechten. Der Umgang mit diesem Personal wird für den weiteren Weg der AfD entscheidend sein. Schon heute finden sich in ihren Reihen Personen mit einer deutlich rechten Geschichte. Personal des ehemaligen Bundes freier Bürger oder Vertreter der Berliner Rechtspartei »Die Freiheit« haben sich auf den Weg zur AfD gemacht, und auch für frühere Mitglieder von DVU und Reps dürfte der Weg zur AfD attraktiv sein. Wenn sich die Partei in diese Richtung weiter öffnet, werden über kurz oder lang auch deutlich rassistischere und islamfeindlichere Töne von der AfD hörbar sein, die sich heute schon in der Partei finden lassen.

Programmatisch ist die AfD weitgehend auf die aktuelle Euro-Krise und die damit verbundene Politik fixiert. Die AfD tritt für eine Auflösung des Euro in seiner jetzigen Form ein. An dessen Stelle soll wahlweise die alte D-Mark oder ein kleinerer und von Deutschland noch stärker dominierter Währungsverbund treten. Der »Schutz der Steuerzahler« steht in

der Propaganda der AfD ganz vorne, womit sie sowohl die Interessen des Mittelstands als auch die Ängste und Sorgen der Kleinsparer bedient. Keine Bankenrettung mit Steuergeldern, diese Forderung – auch der LINKEN – kommt gut an. Die Verantwortung für die Euro-Krise wird von der AfD natür-

lich nicht in der neoliberalen Finanzpolitik und der völligen Entfesselung der Märkte gesehen. Stattdessen wird auf die verfehlte und verschwenderische Politik der Südländer verwiesen, denen gegenüber es einer härteren deutschen Gangart bedürfe. Ein Europa der Nationen ist die Leitvorstellung der AfD, womit jedoch kein völkischer Nationalismus im Sinne der extremen Rechten verstanden wird. Rückführung der Entscheidungskompetenz auf die nationalen Parlamente und Abgrenzung gegenüber der Brüsseler Bürokratie sind hier die Positionen.

Im Gegensatz zur völkischen extremen Rechten tritt die AfD für eine geregelte Zuwanderung »qualifizierter und integrationswilliger« Fachkräfte ein, will jedoch eine »Einwanderung in unsere Sozialsysteme« verhindern. Die AfD bewegt sich damit ganz im Rahmen der Unionspolitik. Die von der AfD vertretene Forderung, dass Asylbewerber in Deutschland arbeiten dürfen, wäre für die NPD unvorstellbar.

Insgesamt ist die programmatische Festlegung der AfD sehr dünn und vom Bemühen gekennzeichnet, in viele politische Richtungen offen zu sein. Die offensive Unterstützung der AfD durch die Familienunternehmer zeigt die ideologische und wahrscheinlich auch finanzielle Basis der Partei, die nicht unerheblich von der Spendenbereitschaft ihrer begüterten Anhänger profitieren konnte. Auch in der konservativen Presse (FAZ, Welt) fand die AfD im Wahlkampf eine wohlwollende Aufmerksamkeit. Auch von Seiten der verbliebenen Konservativen in der Union könnte die AfD zukünftig Unterstützung bekommen, und hier gibt es ein Potenzial nur noch locker mit der Union verbundener Wähler, für die die AfD zu einer Alternative werden könnte.

Rechtspopulismus?

Der Aufstieg des Rechtspopulismus in Europa seit den 1990er Jahren war durch die Verschmelzung neoliberaler Ideologie mit Politikelementen der extremen Rechten gekennzeichnet. Herbert Schui u. a. haben diese Entwicklung als erste ausführlich dargestellt (»Wollt ihr den totalen Markt?«). Im Gefolge der FPÖ haben eine ganze Reihe von Rechtsparteien in Europa Erfolge feiern können und es bis in Regierungsverantwortung



tung gebracht. Unter dem Stichwort Rechtspopulismus werden dabei so unterschiedliche Parteien wie die FPÖ, die Dänische Volkspartei, die Lega Nord, der Front National, die Partei für die Freiheit von Geert Wilders und viele andere gefasst. Die Schnittmenge der AfD zu diesen Parteien besteht gegenwärtig im chauvinistischen Abwehrnationalismus, in der Haltung zur EU und generell im politischen Stil, der, zusammen mit der inhaltlichen Ausrichtung, als Rechtspopulismus bezeichnet wird.

Populismus als Begriff beinhaltet den Bezug auf die Masse der Bevölkerung, ihre Wünsche, Sehnsüchte, Bedürfnisse sollen zum Ausdruck gebracht werden. Populistische Argumentationen unterliegen dabei einer Freund-Feind-Gegenüberstellung, die es erlaubt, die verschiedenen politischen Problemfelder einer klaren Einteilung in gut und böse, in dafür und dagegen zu unterstellen. Weiter kennzeichnet sich der Populismus durch eine klare Gegenüberstellung von oben und unten, von »wir hier unten«, die Beherrschten, und »die da oben«, die Herrschenden. Diese Gegenüberstellung erlaubt die Selbsteinschätzung als ausschließliches Objekt von Politik, und die populistische Partei oder Bewegung vertritt die Interessen der kleinen Leute gegen »die da oben«.

Eine spezifische Mischung aus personalisierten und kollektivistischen Argumentationen ist ein weiteres Kennzeichen des Populismus. Charismatische Persönlichkeiten und kollektive Identitäten (Nation, Volk, »Rasse«) ergänzen sich hier. Schließlich greift populistische Agitation Ängste und irrationale Vorstellungen auf und ist selbst weitgehend anti-intellektuell.

Für den Rechtspopulismus sind diese Stilelemente politischer Agitation vielfältig nutzbar. Die Freund-Feind-Gegenüberstellung und die Gegenüberstellung des »wir« und »die da« lässt sich für ganz unterschiedliche Argumentationen nutzen. Im traditionellen Rechtsextremismus findet sich hier die Ein- und Ausschließung von Bevölkerungsgruppen entlang völkischer Kriterien. Die homogene völkisch-ethnisch definierte Nation wird von den nicht Dazugehörigen, den Ausländern, Fremden, Anderen unterschieden.

Diese traditionelle völkische Argumentation kann durch eine stärker den neoliberalen Leistungsgedanken betonende Argumentation ergänzt werden: Hier sind es dann vor allem die »Schmarotzer«, »Leistungsunwilligen« und Außenseiter der Gesellschaft, die als nicht dazugehörig identifiziert werden. Beide Argumentationen finden sich bei allen Parteien des Rechtspopulismus.

Der aktuelle Rechtspopulismus knüpft vor allem an die weit verbreitete Politikverdrossenheit und das Misstrauen gegen die politische Klasse an. Der erfolgreiche Rechtspopulismus ist dabei durch seine Frontstellung gegen das etablierte politische Parteiensystem der jeweiligen Länder gekennzeichnet. Die Rede von den korrupten und reformunfähigen »Altparteien«, vom verknöcherten System, soll den eigenen Standpunkt außerhalb dieses Systems bezeichnen. Die Glaubwürdigkeit und Attraktivität des Rechtspopulismus er-

gibt sich dabei nicht allein über die Inhalte, die in ähnlicher Form auch von den Etablierten angeboten werden, sondern durch den Ausschluss vom alten System der Volksparteien, das immer weniger Bindungskraft besitzt. Nur durch diese Abgrenzung kann sich der Rechtspopulismus zum Sprachrohr von »denen da unten« machen, die sich selbst als Ausgeschlossene begreifen.

Reaktion der LINKEN auf den Erfolg der AfD

Mit 340.000 Stimmen hat DIE LINKE nach der FDP die zweitmeisten Stimmen an die AfD verloren. Der AfD ist es scheinbar vor allem im Osten gelungen, enttäuschte WählerInnen der LINKEN für sich zu gewinnen. Die damit verbundene Erwartungshaltung dürfte in der von der AfD verkörperten Schutzfunktion vor den finanziellen Zumutungen der Eurokrise und generell der Angst vor einem immer anonymen und undurchschaubar agierenden Kapitalismus liegen, für den die EU und Brüssel die geeignete Projektionsfläche abgeben. Dass die Politik der EU maßgeblich von Deutschland dominiert wird, dass es deutsche Kapitalfraktionen sind, die für die Krise in Europa ein großes Maß an Verantwortung tragen – all das bleibt hinter der Schuldzuweisung an EU und Brüssel verborgen. Für DIE LINKE ist es deshalb wichtig, neben dem bereits genannten chauvinistischen Abwehrnationalismus die soziale Herkunft der AfD (Professorenpartei, Partei der Besserverdienenden) und ihre finanzielle Verankerung (Großbürgertum, Familienunternehmen) herauszustellen, um so die von der AfD vertretenen Interessen zu verdeutlichen, die gerade nicht die der abhängig Beschäftigten oder vom Arbeitsmarkt Ausgegrenzten sind.

Die AfD ist keine Nazi-Partei und sollte von uns auch nicht als solche bezeichnet werden. Langfristiger Effekt solcher Etikettierungen ist die Schleifung des Tabus der extremen Rechten. Offensiv sollte dagegen die Frage gestellt werden, in welche Richtung sich die AfD entwickeln wird und darauf hingewiesen werden, dass hier eine weitere Rechtsentwicklung nicht auszuschließen ist. Wer mit welchen Positionen in der AfD Einfluss gewinnen wird, muss von uns beobachtet und öffentlich thematisiert werden. Teile der neuen und auch der extremen Rechten beziehen sich schon heute positiv auf die AfD. Der Umgang mit diesen Personen wird der Maßstab dafür sein, ob die AfD in Richtung extreme Rechte tendiert oder eine rechtskonservative, aber demokratische Partei bleibt. Inhaltlich zentral wird es hier sein, ob sich die AfD dem im Rechtspopulismus vorherrschenden Antiislamismus, einer Ethnisierung der sozialen Frage (soziale Zugangsrechte nur nach ethnischer Zugehörigkeit) und einem völkischen Verständnis der Nation annähert.

Auch wenn die AfD diese Entwicklung nicht nehmen sollte, bleibt sie eine Partei der politischen Rechten, die soziale Interessen vertritt, die konträr zur LINKEN liegen.

Gerd Wiesel

HISTORISCHES ZU FASCHISMUS UND ANTIFASCHISMUS

Käte Duncker als Abgeordnete des II. Landtags von Thüringen (1921–1923)

Käte Duncker war als Mitglied der Fraktion der KPD Abgeordnete des II. Landtags von Thüringen von Dezember 1921 bis zu seiner Auflösung im Dezember 1923.¹ Eigentlich hatte sie nicht damit gerechnet, nominiert zu werden, sich zuerst auch gesträubt und schließlich doch zugestimmt, für den Landtag zu kandidieren. Dabei brachte sie solide Voraussetzungen für diese für sie durchaus neuartige Tätigkeit und die damit verbundene Verantwortung mit. Dazu zählten ihr Allgemeinwissen; ihre Kenntnis der sozialistischen und sozialwissenschaftlichen Literatur ihrer Zeit; ihre eigenen Studien und Veröffentlichungen zu Fragen der Frauen- und Kinderarbeit, zum Schutz von Müttern und Kindern sowie zu Fragen der Erziehung; ihre Erfahrungen als Lehrerin und als Kursleiterin im Rahmen der proletarischen Erwachsenenbildung. Käte Duncker hatte gute, enge Kontakte zu den Menschen – vor allen in Gotha und Umgebung (wo schon ihr Großvater mütterlicherseits als Senator für Armenwesen gewirkt hatte), aber auch darüber hinaus –, deren Interessen sie nun im Landtag vertreten sollte. Sie war eine geübte und überzeugende Rednerin, und sie konnte glaubhaft auf Kenntnisse und Erfahrungen verweisen, über die sie als Mutter von drei Kindern verfügte.

Es gab aber auch Umstände, die ihre Aktivitäten als Abgeordnete beeinträchtigten. Käte Duncker mußte einen Haushalt und großen Garten versorgen und sich als faktisch alleinerziehende Mutter² außerdem um zwei noch schulpflichtige Jungen kümmern, diese Bürde hatten ihre männlichen Kollegen im Landtag nicht zu schultern.³ Schließlich wohnte sie im Flecken Siebleben bei Gotha, in einem für die Abgeordnetentätigkeit verkehrstechnisch recht ungünstig gelegenen Ort. Sie war wesentlich älter als ihre fünf Fraktionskollegen⁴ und infolge der Belastungen der Kriegs- und ersten Nachkriegsjahre gesundheitlich nicht in bester Verfassung.

Gleichwohl trat Käte Duncker, nachdem sie sich entschieden hatte, als Nachrückerin in den Landtag einzuziehen, ihr Mandat mit gutem Gewissen und dem festen Vorsatz an, sich voll einzubringen und erfolgreich tätig zu sein. Der Ratschlag ihres Mannes: »Man kann aber auch »faul« sein im Parlament, und das ist prinzipiell auch oft das Richtige«,⁵ entsprach nicht ihren Vorstellungen und Ansprüchen. Das schloß nicht aus, daß sie sich der Grenzen ihrer parlamentarischen Tätigkeit, vor allem aber ihrer Wirkungsmöglichkeiten unter den damals herrschenden Verhältnissen, bewußt war.⁶

Deshalb verband Käte Duncker – soweit ihr das zeitlich und physisch möglich war – ihre Tätigkeit als Abgeordnete stets mit einem beachtlichen außerparlamentarischen Engagement. Sie leitete Kurse⁷, sprach in kleineren und großen Versammlungen, unterstützte Kontrollausschüsse und andere Basisaktivitäten, sprach mit Frauen und Männern vor Ort und beriet sich mit kompetenten Partnern (Gemeindevertretern, Betriebsräten, Lehrern, Schulärzten u. a.).⁸ In ihren Reden vor dem Plenum des Landtags wies sie immer wieder darauf hin, daß Parlamentsbeschlüsse und Gesetze nur dann ihren Zweck erfüllen können, wenn sie durchgesetzt sowie den davon unmittelbar Betroffenen zugleich Mitwirkungs- und Kontrollrechte zugestanden werden.⁹

Ihre Einstandsrede im Thüringer Landtag hielt Käte Duncker am 12. Januar 1922 zum Entwurf eines Wohlfahrtspflegengesetzes. Für die 38. Plenartagung am 31. Januar hatte sie es übernommen, den Antrag der KPD-Fraktion zum 2. Tagesordnungspunkt – »Maßnahmen zur Bekämpfung des Kinderelends« – einzuführen und zu begründen.¹⁰ Sie konnte sich dabei auf nahezu 30 Jahre Erfahrungen bei der Bekämpfung des Kinderelends stützen und somit auch vor dem Trugschluß warnen, Kinderelend etwa nur als »eine Folge des Krieges« zu betrachten.

Anhand von Fakten, Beispielen und Untersuchungsergebnissen charakterisierte Käte Duncker das Kinderelend als »Teilerscheinung des proletarischen Massenelends«. Um es wenigstens zu mildern forderte sie, eine »nahrhafte Schulspeisung« zu gewährleisten sowie »Kinderkrippen und Kinderhorte« vor allem zur Entlastung der werktätigen Mütter einzurichten. Eindringlich ermahnte sie die sozialdemokratische Regierung, »einen Plan für die systematische Kinderfürsorge auszuarbeiten und dem Landtage zur Genehmigung vorzulegen«. Doch »wir geben uns keiner Illusion hin, daß das Kinderelend durch Annahme unseres Antrages, auch wenn er in weitestgehendem Sinne in die Tat umgesetzt wird, ganz aus der Welt geschafft wird. [...] Solange die Mehrzahl der Menschen nur dazu da ist, Güter für eine Minderzahl zu schaffen und von diesen Dingen nichts zu haben, kurz, solange die Dinge über den Menschen stehen, werden wir das Kinderelend nicht ausrotten. Aber den furchtbarsten Auswüchsen des Kinderelends muß gegengesteuert werden, die schrecklichste Zukunftsgefahr muß bekämpft werden.«¹¹

Wie die Geschäftsverteilung in der Fraktion geregelt war und in welchen Landtagsausschüssen Käte Duncker mitwirkte,

ließ sich nicht mehr ermitteln.¹² Ihre Reden im Plenum lassen belegen, daß sie für Fragen der Volksbildung und soziale Angelegenheiten, vor allem wenn sie Kinder, Frauen und junge Mädchen betrafen, verantwortlich zeichnete. Sie sprach mehrmals zur Gesetzesvorlage zur Minderung des Kinderelends; zur Verbesserung der Schuluntersuchung und medizinischen Betreuung der Schüler (insbesondere in den Volksschulen); zur Einstellung zusätzlicher Lehrer, vor allem an den Volksschulen, um die Klassenfrequenzen verringern zu können; zur Einrichtung von Förderschulen (Berufsschulen) für Mädchen; zur Abschaffung der §§ 218/219; zum Entwurf eines Hebammengesetzes; zur Verwendung von Lichtbildern und Lehrfilmen in den Schulen, vornehmlich zur Qualifizierung des naturwissenschaftlichen Unterrichts.

Käte Duncker setzte sich außerdem für die Entschädigung der Opfer des Kapp-Putsches, aber auch für die pünktliche Auszahlung der Gehälter der Angestellten und Beamten des Staates ein, als sich herausstellte, daß die dafür aus dem Staatshaushalt an private Banken überwiesenen Gelder von diesen einbehalten und zu Spekulationszwecken verwandt worden waren.

Besonders engagiert und couragiert handelte Käte Duncker in der Schlußphase ihrer Abgeordnetentätigkeit – Mitte November/Anfang Dezember 1923 –, als sie die »zahllosen Verhaftungen, Haussuchungen [...], Drohungen und körperlichen Mißhandlungen« durch Reichswehreinheiten nach deren Einmarsch in Thüringen vor Ort wie auch die Behandlung der »Schutzhäftlinge« untersuchte, dokumentierte und dem Landtag unterbreitete.¹³ Die persönlichen Gespräche mit den Betroffenen, besonders in den Gefängnissen, erforderten Mut und Umsicht. Käte Duncker hatte ihr »Material« vorsorglich sicher verwahrt, um es dem Zugriff der Reichswehr zu entziehen, die dann auch am 23. November, dem angekündigten Termin ihrer Rede im Landtag, früh um 6 Uhr – ungeachtet ihrer parlamentarischen Immunität – durch ein Spezialkommando eine Haussuchung bei ihr durchführen ließ.

Alle Reden Kätes Duncckers im Plenum des Landtags waren gründlich vorbereitet, durchdacht und sachlich formuliert, sie vermied billige Polemik. Ihre Forderungen, ihre Argumentation waren schlüssig und stets belegt – anhand konkreter Fakten, statistischen Materials, wissenschaftlicher Untersuchungen und eigener Erfahrungen. Sie verblüffte die »Kollegen« aus den bürgerlichen Parteien durch ihre Sachkenntnis und ihr Wissen, das sie befähigte, nicht nur Statistiken auszuwerten, Befunde anerkannter Wissenschaftler zu zitieren, auf einschlägige Gesetze in den USA bzw. Sowjetrußland zu verweisen, sondern auch Hinweise des Kronprinzen und nachmaligen Kaisers aus seiner Korrespondenz mit Kanzler Bismarck¹⁴ oder Verse bzw. Bemerkungen des Weimarer Dichterfürsten Goethe in ihre Ausführungen einfließen zu lassen.¹⁵ Gehässige Zwischenrufe und Repliken wußte sie zu parieren.¹⁶

Zu zwei Themen, die ihr aus tiefster Überzeugung besonders am Herzen lagen, äußerte sich Käte Duncker mehrfach in ihren Plenarreden: den Auswirkungen des imperialistischen Krieges und der Notwendig grundsätzlicher gesellschaftlicher Veränderungen als unabdingbare Voraussetzung für ein kulturvolles, glückliches Leben der Mehrheit des Volkes. Sie verwies dabei stets auf die Verursacher und Profiteure des Krieges und stellte deren Einkünfte und Entschädigungen der ständig zunehmenden Verarmung und Verelendung der arbeitenden Menschen in Stadt und Land gegenüber. Dieser Zustand werde sich nicht ändern, argumentierte sie, solange wir nicht »zu einer Wirtschaftsweise übergehen, die den Menschen in den Mittelpunkt ihrer Aufgabe stellt, die nicht mehr im Profit, im Gewinn die Aufgabe des wirtschaftlichen Lebens sieht, sondern in der Erzielung eines gesunden, kräftigen, schönen, geistig und moralisch hochstehenden Menschengeschlechts.«¹⁷

Sie wußte und befürwortete aber auch, »daß man mit allen Kräften wenigstens versucht, was auf dem Boden der heutigen Gesellschaftsordnung zu machen ist.«¹⁸ Ihren politischen Gegner, mit dem es sich auseinanderzusetzen und den es zu bekämpfen galt, sah Käte Duncker grundsätzlich im herrschenden System und in seinen Mandatsträgern im Parlament. Die sozialdemokratische Regierung unter Ministerpräsident August Frölich tolerierte sie und beförderte deren Maßnahmen, soweit ihr das möglich schien. Wenn sie die Regierung kritisierte, dann vornehmlich deshalb, um sie zu weitergehenden Schritten zu bewegen, »denn solange sie sich an die engen Schranken hält, die ihr durch die Reichsverfassung gezogen sind im Interesse des geheiligten Privateigentums, das man nirgends antasten darf, solange kann sie nicht zu durchgreifenden Wohlfahrtsregelungen gelangen. Eine Regierung, die auf der Arbeiterklasse aufbaut und aus ihr hervorgegangen ist, die sich als Vertreterin der Arbeiterklasse fühlt, würde es verstehen, die Mittel dort zu holen, wo sie zu holen sind.«¹⁹

Den sozialdemokratischen Minister für Volksbildung, schätzte und unterstützte Käte Duncker, mit ihm und anderen Vertretern seines Ministeriums arbeitete sie konstruktiv zusammen.²⁰ Wenn Max Greil ihrer Meinung nach jedoch zu zögerlich handelte, warnte sie auch, daß es dazu kommen könne, »daß wir den Stall reinmachen, wenn die Kühe tot sind, d. h. daß wir mit unserer Arbeit an der Kinderpflege zu spät kommen.«²¹

Im II. Landtag von Thüringen – auch das ein Spiegelbild jener Zeit – waren lediglich drei weibliche Abgeordnete vertreten: Emma Sachse (SPD), Dr. Marie Schulz (Deutsche Demokratische Partei) und Käte Duncker (KPD).²² Da alle drei Frauen in ihren Fraktionen für die gleichen Themen zuständig waren, ergab sich für die drei »Landtagsweiber« ungeachtet unterschiedlicher Positionen und Parteizugehörigkeit die Möglichkeit, sich in Sachfragen zu verständigen, aber auch die Not-

wendigkeit, gemeinsam in dem männerdominierten Landtag bzw. gegenüber der Verwaltung elementare Verbesserungen zu erstreiten. Eine dieser »Errungenschaften« kommentierte Käte Duncker in ihrem Brief vom 22./23. Oktober 1922 mit den Worten: »Einziger Fortschritt im Landtag: Ein Damenklosett ist da!«

Als die Regierung Frölich am 7. Dezember 1923 zurückgetreten war und der Landtag vorzeitig aufgelöst wurde, erlosch auch das Mandat von Käte Duncker. Nun mußte Bilanz gezogen, geprüft und entschieden werden, wer für die KPD zu den für den 10. Februar 1924 anberaumten Wahlen zum III. Landtag von Thüringen kandidieren sollte. Gegen eine erneute Kandidatur von Käte Duncker gab es sowohl in der Bezirksleitung als auch der Zentrale der KPD Vorbehalte, während das Reichsfrauensekretariat sie wünschte und unterstützte. Eine sachlich-kritische Aussprache mit ihr hat offensichtlich weder in der Fraktion noch in der Bezirksleitung der Partei stattgefunden.

Doch auch ohne Landtagsmandat blieb Käte Duncker aktiv, sie wirkte weiter als Autorin und Übersetzerin, als Leiterin von politischen Kursen vorwiegend für Frauen und Mädchen, später, wieder in Berlin, auch für Fichtesportler und an der Marxistischen Arbeiterschule (MASCH) sowie als engagiertes Mitglied der Roten Hilfe.

Heinz Deutschland

- 1 Zuerst auf Platz 3 der Landesliste der KPD nominiert, schließlich aber auf Platz 5 verwiesen, gelangte Käte Duncker (K. D.) erst als sogenannte Nachrückerin in den Landtag, nachdem Johannes (Hans) Müller nach parteiinternen Entscheidungen auf sein Mandat verzichtet hatte.
- 2 Heinz Duncker (H. D.) war seit September 1920 als Leiter von Bildungskursen unterwegs und nur noch selten daheim. Ab Herbst 1922 wohnte er als Mitarbeiter der Zentrale der KPD in Berlin.
- 3 Das traf auch auf ihre fünf Fraktionskollegen zu, mit Ausnahme von Dr. Theodor Neubauer, der nach dem Tod seiner ersten Frau im Mai 1923 kurze Zeit allein für zwei Kleinkinder zu sorgen hatte.
- 4 Theodor Neubauer war 19, Alfred Bochert 16, Albin Tenner 14 und Otto Geithner wie auch Richard Zimmermann je fünf Jahre jünger als K. D. Ungeachtet gelegentlicher Meinungsverschiedenheiten verstand sich K. D. offensichtlich gut mit allen Fraktionskollegen, besonders aber mit Otto Geithner, Alwin Tenner und Theodor Neubauer, wenn sie auch bei den letzten beiden gelegentlich »echten Akademikerhochmut« auszumachen meinte.
- 5 H. D. im Brief v. 13./14. September 1921 (SAPMO, NY 4445/145, Bl. 189).
- 6 Einige »Stoßseufzer« in ihren Briefen verweisen darauf: »Im Landtag wird weiter geschwätzt, sogenannte demokratische Gesetzentwürfe werden angenommen – lauter leere Schläuche, in die dann die reaktionäre Bürokratie doch füllt, was sie will. Es ist ein aussichtsloses Geschäft, dieser Parlamentarismus.« (Brief an den Sohn Karl Duncker, v. 10.–12. April 1922 (SAPMO, NY 4445/237, Bl. 117). »3. Punkt der Tagesordnung [der Landtagssitzung]:

Hundesteuer! Um solchen Dreck sitzt man nun hier!« (Brief 22./23. Oktober 1922). »Nächste Woche beginnt die parlamentarische Volksküche wieder, aber sie kocht nur Papier!« (Brief Nr. 2117 v. 9.1.1923).

- 7 Anhand der Angaben in den Briefen und in anderen Quellen leitete K. D. in den Jahren 1922/1923 spezielle Frauenkurse in Apolda, Eisenach, Erfurt, Gotha, Jena, Ohrdruf, Siebleben und Weimar.
- 8 S. 1172; 3936; 3945; 4187; 4620; 4702; 5415. Diese und andere Seitenangaben beziehen sich auf: Stenographische Berichte über die Sitzungen des II. Landtags von Thüringen, Bd. I–V. Zu den Gesprächen von K. D. mit Betroffenen vgl. auch ihren Brief Nr. 2182 v. 23.11.1923 sowie ihre Ausführungen im Plenum S. 5758–5762; 5890–5891.
- 9 Ebenda S. 797. Vgl. dazu auch die Antwort von K. D. an die sozialdemokratische Kollegin Emma Sachse, die der KPD unlautere Motive beim Einbringen von Petitionen an den Landtag vorgeworfen hatte. Wir, d.h. die Fraktion der KPD, fassen »unsere Tätigkeit hier nicht so auf [...], daß wir im Landtage nur unsere Reden halten, sondern wir müssen uns stützen auf die Mitarbeit in den Mitgliedschaften. [...] Dabei wird keine Parteisuppe gekocht, ist auch von keiner künstlichen Mache die Rede, sondern wir stützen uns eben nicht auf die paar Leute, die wir im Landtag haben, sondern wir stützen uns auf die Wünsche, auf die Nöte der breiten Masse draußen; wir verlangen aber, daß die breite Masse hier ihre Nöte zum Ausdruck bringt.« (ebenda, S. 3945). All diese Aktivitäten mußten von den Abgeordneten selbst unternommen werden. Ihnen standen damals keine persönlichen oder wissenschaftlichen Mitarbeiter zur Verfügung.
- 10 Drucksache 97 vom 20. Dezember 1921. In: Drucksachen des II. Landtags von Thüringen (1921–1913), Bd. I, S. 115. K. D. hatte eine erweiterte Neufassung eines bereits im Juli 1921 in den I. Landtag von Abgeordneten der damaligen USPD eingebrachten Antrags zum Kinderelend vorgelegt.
- 11 Stenographische Berichte, S. 1170, 1174.
- 12 Zu den Ausschüssen des Landtags und ihren Beratungen stehen keine Quellen zur Verfügung. K. D. verwies in ihren Ausführungen mehrfach auf ihre Mitarbeit in den Ausschüssen und dabei erreichte wenn auch nur begrenzte Verbesserungen der Vorlagen in Richtung der von der KPD-Fraktion geforderten Maßnahmen.
- 13 Stenographische Berichte, S. 5758–5762, 5838, 5890/5891.
- 14 Ebenda, S. 1188.
- 15 Ebenda S. 3935; 4195.
- 16 Nur einmal war K. D. äußerst erregt, als ein junger sozialdemokratischer Kollege sie provozierte und ihren Mann verleumdete. Vgl. Brief Nr. 2115 v. 18. Dezember 1922.
- 17 Stenographische Berichte, S. 3938.
- 18 Ebenda, S. 796.
- 19 Ebenda, S. 3945. Die im letzten Satz des Zitats vertretene Position belegt, daß sich auch K. D. dem generellen Kurs der Zentrale ihrer Partei und den sich aus der zugespitzten politischen und ökonomischen Situation der Jahre 1922/1923 ergebenden eigenen Wünschen und Hoffnung auf einen bevorstehen »deutschen Oktober« nicht völlig entziehen konnte. Vgl. dazu auch die folgende Passage in der dritten Rede von K. D. zur »Bekämpfung des Kinderelends« vom 8. Februar 1922: »Es ist das kein besonderer Vorwurf gegen die Thüringer Regierung, denn sie ist ebensowenig wie irgendeine andere der sozialistischen Regierungen, die wir in den letzten Jahren gehabt haben, ein wurzelechter Baum, der seine Kraft saugt aus dem starken Mutterboden der Arbeiterklasse, sondern sie ist ja nur ein schwächliches Reis, aufgepfropft auf dem Stamm der kapitalistischen Klassenherrschaft.« (S. 3933) Sie beendete diese Rede mit der bereits zitierten Passage (vgl. Anmerkung 17). Zur Haltung von K. D. zu der kurzzeitigen Koalitionsregierung von SPD und KPD in Thüringen (16. Oktober bis 12. November 1923) äußerte sich K. D. sehr kritisch im Brief v. 21. Oktober 1923.
- 20 Gleichzeitig ist aus Briefen von K. D. ersichtlich, daß sie Sozialdemokraten wie Karl Hermann (Innenminister) kritisch-ablehnend gegenüberstand.
- 21 Stenographische Berichte, S. 3947.
- 22 K. D. verwies bereits in ihrer ersten Rede am 12. Januar 1922 auf diesen anachronistischen Zustand. »Die Zusammensetzung des Landtags selbst zeigt, wo man mit der Gleichberechtigung der Frau Ernst macht und wo nicht.« (Ebenda, S. 798).

Ein US-Dollar für eine Million Mark!

Deutschland im Sommer 1923 – Hunger und Verelendung beherrschen das Land¹

»Über der Stadt lag – trotz früher Stunde und klaren Himmels – ein trüber Dunst. Der Brodem eines verelendeten Volkes stieg nicht gen Himmel, er haftete träg an den Häusern, kroch durch alle Straßen, sickerte durch die Fenster, in jeden atmenden Mund. Der Dollar steht auf 414.000 Mark. Am Ultimo, in einer Woche, gibt es Gehalt – wie wird der Dollar dann stehen? Werden wir uns zu essen kaufen können? Für vierzehn Tage? Für zehn Tage? Für drei Tage?«

Mit diesen Worten schilderte Hans Fallada in seinem Roman »Wolf unter Wölfen« die Atmosphäre im Berlin des Sommers 1923.² Und tatsächlich: Für immer größere Teile der Bevölkerung wurden Hunger und Not zu ständigen Begleiterscheinungen ihres Lebens. Der Wert der Mark sank ins Bodenlose. Wer über keine Devisen oder Wertsachen verfügte, die er gegen US-Dollars oder britische Pfund eintauschen konnte, hatte Probleme, Lebensmittel oder andere Güter des täglichen Bedarfs zu erwerben.

Es kam hinzu: Die Spargroschen der Arbeiter und Angestellten, die Rücklagen der Kleingewerbetreibenden und der Angehörigen Freier Berufe waren inzwischen fast völlig entwertet worden. Renten und Pensionen wurden erst mit großen Verzögerungen dem Währungsverfall angepasst. Armut im Alter war zur Normalität für Hunderttausende geworden. Die einen flüchteten sich in die Apathie, die anderen verzweifelten und stürmten vor Hunger Lebensmittelgeschäfte und Marktstände.³ Wiederum andere liefen den Faschisten und anderen reaktionären Organisationen nach. Sie versprachen eine »Lösung« der Probleme, indem sie die Juden als die Verursacher der wirtschaftlichen und finanziellen Misere bezeichneten. Ihre Macht müsse gebrochen werden. Die antisemitische Zeitung »Der Reichsbote« schrieb in diesem Sinne: »Zwei Richtungen in der Arbeit des Judentums haben uns in die Tiefe des Abgrunds gestoßen: erstens das internationale, verflochtene, auf die Instinkte des Proletariats abzielende Judentum in Presse, Parlament, öffentlichem Leben; zweitens das in Händen der Juden angesammelte Großkapital. Beide Strömungen griffen zu gemeinsamer Arbeit ineinander, geleitet vom Streben, die Macht an sich zu reißen.«⁴

Wie auch immer die politischen Überzeugungen der Zeitgenossen sein mochten, sie stellten immer von neuem die Frage: Wie hatte es zu dieser Katastrophe kommen können? Worin bestanden die Ursachen der bis dahin beispiellosen Hyper-Inflation?

»Bleigewicht der Milliarden ...«

Ein wichtiger Grund für den rasanten Verfall der Mark bestand in der Art und Weise der Finanzierung des Ersten Weltkrieges.

Im Juli 1914 war die politische und militärische Führung des Deutschen Kaiserreiches der Auffassung, dass der bevorstehende Krieg nach wenigen Monaten siegreich abgeschlossen sein würde.⁵ »Weihnachten sind wir wieder daheim!« Diese Redewendung kursierte in der Presse und unter den Soldaten, die an die Fronten geschafft wurden. Wegen solcher vollkommen realitätsfremder Annahmen existierten zunächst auch keine ausgereiften Pläne für eine länger andauernde Organisation der Volkswirtschaft unter Kriegsbedingungen.⁶ Deshalb stellte sich die Frage der Kriegsfinanzierung auch nicht mit der gebotenen Dringlichkeit. Doch es zeigte sich: Der deutsche Imperialismus hatte seine militärischen, politischen und besonders seine ökonomischen Potenziale bei weitem überschätzt – nicht zum letzten Mal im 20. Jahrhundert.

Als die Strategie des »Blitzkrieges« gegen Frankreich gescheitert war und aus dem »Bewegungskrieg« ein lang andauernder »Stellungskrieg« wurde, stellte sich die Frage der Kriegsfinanzierung mit aller Schärfe. Denn jeder Kriegsmonat erforderte 1914 Ausgaben für Waffen, Ausrüstungen, Munition und Sold in Höhe von 1,2 Milliarden Mark. 1917 waren es bereits 3 Milliarden und 1918 sogar 5 Milliarden Mark.⁷ Grundsätzlich zwei Varianten standen zur Auswahl, um diese Ausgaben zu finanzieren: Steuererhöhungen oder Kredite. Dass sich die Reichsregierung für letzteres Modell entschied, war kein Zufall. Steuererhöhungen – das hätte bedeutet, dass auch die Besitzer von großen Vermögen und Einkommen, Großindustrielle und Großagrарier, in beträchtlichem Maße zur Steuerzahlung herangezogen worden wären. Die Kriegsgewinne der großen Konzerne wären zu einem Teil abgeschöpft worden. Dies sollte jedoch unbedingt vermieden werden, denn der »Patriotismus« der Herrschenden endete am eigenen Geldbeutel. Stattdessen wurde ihnen die Möglichkeit offeriert, dem Staat Geld zu leihen, das zurückgezahlt und verzinst werden musste. Mit anderen Worten: Der Krieg sollte ihre Vermögen vermehren. Zwar wurden zum ersten Mal 1916 so genannte Kriegssteuern eingeführt, um die aufkommende Empörung über die »Kriegsgewinnler« abzumildern; ihr Ertrag war jedoch zu niedrig, um einen relevanten Beitrag zur Kriegsfinanzierung leisten zu können.⁸

Die Einnahmen des Reiches durch die insgesamt neun gezeichneten Kriegsanleihen (September 1914 bis September

Neufölln.

Alle Betriebe streikten, mit Ausnahme des Gaswerks und zehn kleinerer Buden. Am Hermannplatz kam es zu den schon gemeldeten größeren Zusammenstößen. Die Schupo benahm sich äußerst brutal. Am Dienstag morgen während der Betriebsrätevollversammlung bei Altema wurde die Hasenheide abgesperrt und am Hermannplatz wurden Schützenlinien gebildet, die mit angelegtem Gewehr auf die Volksmassen zielten. Selbst die Betriebsräte hatten die größten Schwierigkeiten, zur Versammlung zu gelangen. — Bemerkenswert ist, daß es hier auch zu einem Schulstreik kam. Am Montag traten die Kinder der Rüttschule ganz spontan in den Streik und stellten durch ihren Schülerausschuß die Forderung nach Ernährung und Kleidung für den Winter. Die sozialdemokratischen Lehrer dieser weltlichen Schule waren über das Vorgehen der Kinder genau so entsetzt wie alle anderen Reaktionäre.

Die Rote Fahne, 15. August 1923

1918) blieben hinter den Erwartungen zurück. Erzielt wurden knapp 100 Milliarden Mark. Dass diese Summe zu geringfügig war, lag auch an der zeitlichen Differenz zwischen dem Zeitpunkt der Ankündigung einer neuen Anleihe und den später gelegenen Verkaufsterminen. In der Zwischenzeit war der finanzielle Bedarf des Reiches für die Kriegsfinanzierung so weit angestiegen, dass der Erlös der Anleihe deutlich hinter den mit ihrer Hilfe zu regulierenden Kosten zurückblieb. Die Differenz zwischen den Erlösen aus den Staatsanleihen und den anderen Einnahmen des Reiches einerseits sowie den tatsächlichen Kriegskosten andererseits wurde durch immer neue kurzfristige Kredite (vor allem so genannte Schatzanweisungen) überbrückt, die von der Reichsbank gewährt wurden. Vor allem seit dem Herbst 1916 blieb »der Ertrag der Anleihen hinter den Kriegsausgaben zurück.«⁹

Die Tilgung und Verzinsung der Schulden plante man, den Kriegsgegnern aufzubürden, vor allem Frankreich. Der Staatssekretär im Reichsschatzamt, Karl Helfferich, äußerte hierzu am 20. August 1915 im Reichstag: »Wie die Dinge liegen, bleibt vorläufig nur der Weg, die endgültige Regelung der Kriegskosten durch das Mittel des Kredits auf die Zukunft zu schieben, auf den Friedensschluss und auf die Friedenszeit. Und dabei möchte ich auch heute wieder betonen: Wenn Gott uns den Sieg verleiht und damit die Möglichkeit, den Frieden nach unseren Lebensnotwendigkeiten zu gestalten, dann dürfen wir auch die Kostenfrage nicht vergessen. Die künftige Lebenshaltung unseres Volkes muss von der ungeheuren Bürde

befreit bleiben, die der Krieg anwachsen ließ. Das Bleigewicht der Milliarden haben die Anstifter dieses Krieges verdient. Sie mögen es durch die Jahrzehnte schleppen, nicht wir.«¹⁰

Das Protokoll des Reichstages vermerkt an dieser Stelle »Sehr-gut«-Rufe.

Im Lichte der späteren, vor Nationalismus triefenden Agitation bürgerlicher Parteien und Organisation gegen die von den Alliierten auferlegten Reparationen, bekommt diese Aussage Helfferichs, der übrigens von 1908 bis 1915 dem Direktorium der Deutschen Bank angehörte¹¹, eine besonders delikate Note.

»Gold gab ich für Eisen«

Neben der Zeichnung von Kriegsanleihen wurden alle Möglichkeiten ausgeschöpft, die »innere Finanzierung« des Krieges zu organisieren. Dazu gehörte die Einziehung der Gold-, Silber- und Kupfermünzen, deren Metallgehalt für die Produktion kriegswichtiger Güter benötigt wurde. Darüber hinaus wurde nach dem Motto »Gold gab ich für Eisen« in der Bevölkerung für die Abgabe von Schmuckstücken und anderen metallenen Gegenständen geworben, da die Einfuhr von Edelmetallen und Erzen nur eingeschränkt möglich bzw. sehr kostspielig war. Um hier den notwendigen Nachdruck zu erzeugen, wurde Soldaten an der Front von ihren Offizieren geraten, ihren Angehörigen den Verkauf aller edelmetallnen Gegenstände dringend zu empfehlen. Angeblich werde bald eine Ablieferungspflicht verordnet. Dann sei mit stichprobenarti-

gen Durchsuchungen privater Haushalte zu rechnen. Die gewünschte Wirkung blieb nicht aus, der Nutzen all dieser Maßnahmen war jedoch begrenzt.

Alles in allem nahm die Verschuldung des Deutschen Reiches, je länger der Krieg dauerte, nie gekannte Dimensionen an. Sie stieg von 4,3 (1913) auf schließlich 156,1 Milliarden Mark im Jahre 1918. Davon betrug allein die kurzfristige Verschuldung in Form der »Schatzanweisungen« etwa 63,7 Milliarden Reichsmark. Um zahlungsfähig zu sein, borgte sich die Reichsregierung immer wieder kurzfristig Geld bei der Reichsbank. Finanzpolitiker und Wirtschaftswissenschaftler sprachen in diesem Zusammenhang verniedlichend von der »schwebenden« Schuld des Deutschen Reiches. Der wachsende Geldnotenumlauf und gestiegene Preise bei gleichzeitig sinkendem Güterangebot für den zivilen Bedarf führte zur Entwertung des Geldes und damit der Löhne, Gehälter, Renten und Pensionen. Die periodische Erhöhung dieser Einkommen durch den Staat und die Unternehmen hielt mit der inflationären Entwicklung nicht mehr Schritt, auch wenn sich der Bestand an Bargeld von 1913 bis 1918 von 13 auf mehr als 60 Milliarden Mark fast verfünffachte. Zugleich begann der »Schwarzhandel« mit illegal geschlachtetem Fleisch und anderen Nahrungsgütern sowie mit gehorteten Waren aus der Vorkriegszeit. Wer es sich leisten konnte, lebte so, als befände man sich im tiefsten Frieden.

Inflation bleibt bestehen

Nach dem Ende des Krieges, der so ganz anders endete, als dies Karl Helfferich vor dem Reichstag vorhergesagt hatte, erdrückte die aufgehäufte Schuldenlast den Staatshaushalt. Allein im Jahr 1919 waren 57 Prozent des Reichshaushaltes für die Tilgung und Verzinsung der Kriegsschulden vorgesehen. Die im Gefolge des Versailler Vertrages nötig werdenden Zahlungen, deren genaues Ausmaß von den Alliierten noch festgelegt werden musste, waren in dieser Summe noch nicht einbegriffen!¹² Es stiegen auch die Ausgaben für die zahlreichen Kriegsinvaliden. Zwar wurden sie mit geringen Rentenzahlungen abgespeist, dennoch schwoll diese Ausgabe des Staates an. Die Folge all dessen: Die Parität der Mark zum US-Dollar betrug im Januar 1919 9:1 (1914: 4,2:1), im Mai 1919 bereits 14:1 und im Dezember desselben Jahres 50:1. 1920 und im ersten Halbjahr 1921 beruhigte sich die Situation ein wenig. Aber im November 1921 waren es 270 Mark, die ein US-Dollar kostete, im Juli 1922 420 und im November 1922 bereits 7.000 Mark!

Der Wert der Mark sank jetzt immer weiter. Einer aufgeblähten Menge Geldes stand eine anhaltende Verringerung der Warenmenge gegenüber. Die vielen Inhaber von Kriegsanleihen sowie die Kontensparer verfügten über festverzinsliche Wertpapiere und Bankguthaben, die faktisch wertlos geworden waren. Besonders tragisch war das Schicksal vieler Kleinbürger und Landwirte, die mit fester Überzeugung an den Sieg der »deutschen Waffen« geglaubt und deshalb ihre Wertgegenstände gegen jetzt wertloses Bargeld oder Kriegsanlei-

hen getauscht hatten. Häufig war es nur noch der goldene Ehering, der im Notfall gegen Nahrungsmittel getauscht werden konnte. Natürlich betraf die galoppierende Geldentwertung auch die in Lebensversicherungen angelegten Summen. Es kam hinzu: Da auch Banken, Versicherungen, Krankenkassen, Körperschaften des öffentlichen Rechts, kleine und mittelständische Betriebe zu den Zeichnern von Kriegsanleihen gehörten, kam es auch hier zu einer Entwertung ihres Eigenkapitals und ihrer Rücklagen. Auch nicht wenige Waisen waren betroffen: Ihr ererbtes Vermögen hatten Notare häufig als Treuhänder in angeblich mündelsichere Kriegsanleihen investiert. Jetzt standen sie plötzlich mittellos da. Es stellt sich die Frage:

Gab es angesichts dieser Entwicklungen auch »Inflationsgewinner«? Die Antwort lautet: Allerdings! Die rasante Entwertung des Geldes bot Großindustriellen und Spekulanten eine noch nie gekannte Chance zur hemmungslosen Bereicherung.

»Mark ist Mark«

Während die Angehörigen der Arbeiterklasse, die Rentner und Pensionäre, Kleingewerbetreibenden, Kleinbauern und Freiberufler ihre oft mühsam über viele Jahre ersparten Guthaben zum größten Teil verloren hatten, stellte sich die Situation bei den Eigentümern von Sachwerten, besonders für die »Schlotbarone«, anders da.

Der Staat beeilte sich, sie für den Verlust ihrer Werke in Elsaß-Lothringen, an der Saar und in Oberschlesien zu entschädigen, die jetzt, gemäß den Bestimmungen des Versailler Vertrages, auf dem Territorium Frankreichs bzw. Polens lagen. Nicht weniger als 1,5 Milliarden Mark erhielten deutsche Reedereien für ihre Schiffe, die »durch Kriegseignisse« verloren gegangen waren. Nutznießer war selbstverständlich auch die größte Reederei des Landes, die »Hamburg-Amerikanische Paketfahrt AG« (HAPAG). Ihr seit Dezember 1918 amtierender Generaldirektor Wilhelm Cuno wurde übrigens am 22. November 1922 zum Reichskanzler berufen. Zwar wurden durch die vom neuen Reichsfinanzminister Matthias Erzberger (katholische Zentrumspartei) im Herbst 1919 durchgesetzte Finanzreform erstmals die Kapitaleigner in gewissem Umfang zur Steuerzahlung herangezogen. Die Sache hatte allerdings mehrere Haken: Zum einen war die Steuerzahlung zum Zeitpunkt ihrer Fälligkeit durch die anhaltende Inflation bereits wieder entwertet worden. Zum anderen war auch die Lohnsteuer für Löhne und Gehälter eingeführt worden. Sie wurde als »Quellensteuer« monatlich an die Finanzämter abgeführt und wurde zu einer wichtigen Grundlage der in den Jahren 1920/1921 steigenden Staatseinnahmen. Etwas anderes kam hinzu: Die durch die Inflation niedrigen Löhne und Gehälter wirkten wie Lohndumping und gestatteten es der deutschen Industrie, ihre Waren vergleichsweise günstig auf den Auslandsmärkten anzubieten. Zeitweilig entwickelte sich ein kleiner »Exportboom« für deutsche Industrieprodukte.

Das Blutbad am Hermannplatz.

Ein Genosse aus dem 14. Bezirk schreibt uns:

Neukölln war anscheinend der Brennpunkt der Polizeiaktionen während des Generalstreikes. Vom Freitag ab war dort ein riesiges Heerlager. Sipo und Schupo aller Gattungen, zu Fuß und zu Pferde und zu Wagen machten sich an ihre Blutarbeit. Ede Hermannplatz und Hasenheide war ein Sanitätsdepot errichtet. Von hier aus wurden fortwährend Streifen durch die Stadt unternommen. Die Versammlungen in der Hasenheide, von denen hier täglich mehrere stattfanden, wurden nach Schluß auseinandergejagt und die Teilnehmer der Versammlungen in unerhörter Weise provoziert. Sie wurden die Wischmannstraße, die Berliner und Kaiser-Friedrich-Straße unter Kolbenstößen und mit aufgezpflanztem Seitengewehr, sehr oft auch mit entschertem Revolver oder Karabiner, entlanggejagt, wobei es immer Verletzungen und Verhaftungen gab. Seinen Höhepunkt erreichte die Zügellosigkeit der Polizei am Montagabend. Die Straßenzüge wurden von Dächern aus mit Scheinwerfern beleuchtet, scharfe Attachen wurden geritten und gerannt, es wurde gehauen, gestoßen und geschossen. Neun schwerverwundete Proletarier bedeckten das Schlachtfeld. Querschläger, Bajonettstiche in Rücken und Kopf, Kolbensschläge über den Kopf, Schußverletzungen an allen Gliedern waren zu verzeichnen. Wie 1919 und zu Wilhelm's Zeiten erschollen die Rufe: Straße frei! Hände hoch! Und jeder wurde nach Waffen untersucht.

So sollte der friedliche Generalstreik der Berliner Arbeiter von den Schergen des Sozialdemokraten Richter erdrückt werden. Mit diesen Bluttaten schied die Regierung Cuno und mit diesen Bluttaten wurde die Große Koalition aus der Taufe gehoben.

Doch merkt's Euch:

„Es kommt der Tag, da wir uns rächen, dann werden wir die Richter sein!“

Doch diese scheinbare Besserung der Staatsfinanzen und die nicht mehr wachsende Geldentwertung hielten nicht lange an. Seit Mitte des Jahres 1921 setzte die »galoppierende« Inflation mit neuer Intensität ein. Die kurzfristige Verschuldung des Reiches überschritt bald die 200-Milliarden-Marke.

Jetzt nahte die Stunde der großen Spekulanten. Ihr wichtigster Exponent war der Industrielle Hugo Stinnes. Bei ihm handelte es sich, nicht nur nach der Auffassung der britischen Zeitung »The Manchester Guardian« vom 12. März 1921, um den »mächtigsten Mann in Deutschland«. ¹³ Stinnes hatte im Weltkrieg riesige Profite gescheffelt, unter anderem durch die rücksichtslose wirtschaftliche Ausbeutung in den von den deutschen Truppen besetzten Gebieten in Frankreich und Belgien, aber auch als Lieferant von Steinkohle und Rüstungsgütern fast jeder Art. Wohl kein anderer Großindustrieller hatte Kriegsgewinne in einem Umfang realisieren können, wie dies bei Stinnes der Fall war.

Jetzt lautete seine Losung: »Mark ist Mark!« Er lieh sich hohe Kredite, kaufte damit andere Unternehmen auf, die insolvent zu werden drohten oder bereits zahlungsunfähig geworden waren, und schuf auf diese Weise einen der weltweit größten Konzerne. Das Rückgrat seines Imperiums bildete die Rhein-Elbe-Union GmbH, zu deren Besitz auch das größte Unternehmen für Steinkohleförderung in Deutschland gehörte, die Gelsenkirchener Bergwerks AG. Die Rückzahlung der Darlehen konnte er zum Spottpreis mit dem inzwischen entwerteten Markbeträgen quasi aus der Portokasse zurückzahlen. Andere Industrielle machten es Stinnes nach. So begünstigte die Inflation zugleich den Prozess der Konzentration des Kapitals. Als »rechte Hand« des Herrn Stinnes agierte Albert Vögler, der einige Jahre später Vorstandsvorsitzender der Vereinigten Stahlwerke AG werden sollte, des größten schwerindustriellen Konzerns in Europa. Seit 1920 war Stinnes für die Deutsche Volkspartei auch als Abgeordneter des Reichstages engagiert.

Im April 1923 löste Hugo Stinnes einen großen Skandal aus, als er an der Börse eine ungewöhnlich große Menge Devisen kaufte. Dadurch sackte der Kurs der deutschen Währung noch weiter in den Keller; die von ihm in großem Umfang gekauften Devisen wurden allerdings noch werthaltiger. Diese »überaus gefährlichen Machenschaften gegen die Mark«, so nannte der sozialdemokratische »Vorwärts« am 26. April 1923 die Finanzspekulationen des Herrn Stinnes, wurden nicht geahndet. ¹⁴ Gab es überhaupt einen Paragraphen im Strafgesetzbuch, der dies ermöglicht hätte? So viel zum »Patriotismus« deutscher Industrieller in einer Zeit, als die Masse des deutschen Volkes im wahrsten Sinne des Wortes ums Überleben kämpfte.

»... dass wir Alles wieder kriegen ...«

Die Inflations- und Spekulationsgewinne wurden staatlich geduldet, ja gefördert. Bis zum August 1923 passte die Reichsbank die von ihr ausgeliehenen Kredite wertmäßig nicht an

die Inflationsrate an! ¹⁵ Dies bedeutete nicht anderes, als das die Unternehmenskäufe, also der Erwerb von wertbeständigen Sachwerten durch die Stinnes und Co., mit Hilfe immer wertloser werdenden Geldes staatlich subventioniert wurden. Wie kaum etwas Anderes verdeutlicht diese Politik der Regierung und der Reichsbank, in wessen Interesse sie ihre Amtsgeschäfte betrieben.

Stinnes, ein bekennder Chauvinist und Antisemit, war im Übrigen davon überzeugt, dass die an Frankreich, Polen und Belgien im Ergebnis des Versailler Vertrages abgetretenen Gebiete eines Tages wieder »deutsch« werden würden. Hierfür sei erneut ein Krieg vorzubereiten. Einem seiner Direktoren vertraute er kurz vor seinem Tode im April 1924 an: »Ich bin zu der Erkenntnis gekommen, dass uns aus unserer Lage nur ein Krieg herausführen kann. Ich bin gewiss, dass wir diesen Krieg gegen die Franzosen gewinnen werden und dass wir Alles wieder kriegen, das Ruhrgebiet, Elsass-Lothringen und noch mehr, wenn wir nur in dem Augenblick Köhner an der Spitze haben, Kerle, frei von Geföhlen, mit starken Nerven und klarem Verstand.« ¹⁶ Einer dieser »Kerle« hockte bekanntlich bereits in Bayern in den Startlöchern: ein gewisser Adolf Hitler und seine »Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei« (NSDAP).

Für Stinnes galt in besonderem Maße die folgende Einschätzung des US-amerikanischen Historikers Gerald D. Feldman: »Die verhängnisvolle Rolle, die die Schwerindustrie in der politischen und gesellschaftlichen Entwicklung der Weimarer Republik gespielt hat, ihre dominierende Rolle bei der Formulierung der Politik der Unternehmer ..., wären nicht möglich gewesen ohne die Vorteile, die sie aus Krieg und Inflation zu erringen wusste.« ¹⁷

Natürlich gab es neben den großen Spekulanten à la Hugo Stinnes auch kleine »Schieber«, die mit Gold und Devisen, mit dem Tauschen von vergleichsweise kleinen Markbeträgen gegen ausländisches Geld sowie mit gehorteten und Luxuswaren aller Art dubiose Geschäfte machten. Während in Berlin Hunderttausende hungerten, Bettler und Kriegsinvaliden in ständig wachsender Zahl in den Wohnvierteln der Wohlhabenden, auf den Flaniermeilen und vor den großen Hotels und Restaurants in der Innenstadt um Pfennige oder ein Stück Brot baten, waren diese Herrschaften Stammkunden in Delikatessenläden. Auch dieses Thema begegnet uns in Falladas Roman »Wolf unter Wölfen«: »Man ging in ein Delikatessengeschäft – und das Geld mochte noch so wertlos geworden sein, hier standen alle Fächer brechend voll: grüner Spargel aus Italien, Artischocken aus Frankreich, Mastgänschen aus Polen, Helgoländer Hummer, englische Jams – die ganze Welt gab sich hier ein Steldichein. Selbst der Kaviar aus Russland war wieder da – und die seltenen, knappen Devisen, die man nur aus Freundschaft und sinnlos teuer bekam – hier konnte man sie zentnerweise aufessen.« ¹⁸

1923 – Geld ohne Wert

Das Jahr 1923 brachte eine neue Entwicklungsstufe der Geldentwertung. Sie mutierte von einer Inflation »im gestreckten Galopp« zu einer bisher nie dagewesenen »Hyper-Inflation«.

Die seit den Jahren des Ersten Weltkrieges datierenden Belastungen des Staatshaushaltes waren nach wie vor nicht aus der Welt geschafft worden. Immer noch existierte zwischen der Staatsschuld und den Einnahmen aus Steuern, Zöllen und anderen Abgaben eine immer größer werdende Differenz. Aber inzwischen war von den Alliierten die Höhe der Reparationen festgelegt worden, die eine schwindelerregende Höhe aufwiesen.¹⁹ Insgesamt 132 Milliarden Goldmark waren nach dem »Londoner Zahlungsplan« vom 5. Mai 1921 fällig, wovon 2 Milliarden Reichsmark plus 26 Prozent des Wertes der jährlichen deutschen Ausfuhr als zusätzliche Leistung fällig wurden. Als Sicherheit wurden die deutschen Zolleinnahmen reklamiert.

Die Reichsregierung unter Wilhelm Cuno verweigerte bzw. verzögerte die fälligen Leistungen. An der Jahreswende 1922/1923 war bei der Begleichung der Reparationen ein Rückstand in Höhe von circa 20 Prozent eingetreten. Während die USA und Großbritannien noch keinen Anlass sahen, der deutschen Regierung ihren Willen abzusprechen, die festgelegten Güter (u. a. Steinkohle, Holz, Telegraphenmasten, Produkte der chemischen und pharmazeutischen Industrie, lebendes Vieh) abzuliefern²⁰, ergriff die französische Regierung die Gelegenheit, den deutschen Konkurrenten ökonomisch zu schaden und politisch zu demütigen. Mit der Assistenz Belgiens marschierten französische Truppen ins Ruhrgebiet ein, um »produktive Pfänder« zu nehmen.²¹ Die in den Kohlegruben geförderte Steinkohle und die in den Fabriken hergestellten Waren wurden nach Frankreich bzw. Belgien verbracht und das Ruhrgebiet wirtschaftlich von Deutschland abgetrennt. Auch eine Zollgrenze wurde errichtet. Die Regierung Cuno proklamierte den »passiven Widerstand«. Deutsche Staatsbedienstete in den besetzten Gebieten hatten die Anweisung, keinerlei Befehlen der Besatzungstruppen Folge zu leisten. Überall in Deutschland kam es zu Produktionsausfällen, ja Fabrikschließungen, da Kohle, Eisen und Stahl aus dem Rhein-Ruhrgebiet nicht zur Verfügung stand und die Devisen für die Einfuhr dieser Güter nicht oder nicht ausreichend zur Verfügung standen. Die Löhne der Arbeiter wurden immer geringer, die Kaufkraft sank dramatisch.

Das wichtigste Resultat dieser Entwicklungen bestand in einer Geldentwertung, die als »Hyper-Inflation« zu bezeichnen, noch eine Untertreibung darstellt. Tag und Nacht liefen die Notenpressen der Reichsbank und auch privater Druckereien. Da das hier produzierte Geld für den Zahlungsverkehr immer noch nicht ausreichte, wurde in vielen Gemeinden, Städten und Betrieben, z.B. bei der Deutschen Reichsbahn, eigenes »Notgeld« gedruckt. An der Monatswende Juli/Au-

gust 1923 erreichte zum ersten Mal die Parität des US-Dollars zur Mark 1:1.000.000! Arbeiter und Angestellte erhielten jetzt mindestens einmal täglich ihren Lohn, der in Taschen und Schubkarren transportiert und sofort in Waren umgesetzt wurde.

Die Inflation entwertete jetzt beinahe stündlich den verdienten Lohn.²² Millionen Menschen waren mit der Organisierung ihrer Grundbedürfnisse befasst. Wie schrieb Hans Fallada: »Werden wir uns zu essen kaufen können?«

Doch die entscheidende Frage blieb im Katastrophensommer 1923 unbeantwortet: Gibt es aus Not und Hunger, aus Perspektivlosigkeit und Zukunftsängsten einen Ausweg? Und was geschieht mit den Herren Stinnes und Co.? Bleibt es dabei, dass im Ergebnis des Ersten Weltkrieg und der Hyperinflation eine gewaltige Umverteilung des Vermögens von unten nach oben stattgefunden hatte? Oder werden die Kapitaleigner endlich zur Finanzierung der öffentlichen Güter herangezogen? Müssen die Banken und Großkonzerne sozialisiert und die Kriegs- und Inflationsgewinne eingezogen werden, wie es vor allem die KPD wiederholt in den Jahren der Inflation vorgeschlagen hatte? Im Sommer 1923 standen die Zeichen auf Sturm. Ereignisreiche Monate im Herbst und Winter sollten folgen.

Reiner Zilkenat

Die Berliner Ortsausschüsse des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes an Reichskanzler Wilhelm Cuno, 26. Februar 1923

»Mit der Preissteigerung hat die Erhöhung der Löhne und Gehälter nicht Schritt gehalten, ihr realer Wert ist immer weiter unter den der Vorkriegszeit gesunken. Das hat und musste zur Folge haben, dass die Arbeitnehmerschaft sich immer weniger das zum Leben Notwendige kaufen kann und die Unterernährung mit Riesenschritten fortschreitet. So ist es denn auch bereits so weit gekommen, dass selbst in Lohn und Gehalt stehende Arbeitnehmer ihren Kindern nicht mehr die für sie so notwendige Milch kaufen können. Das ist, so furchtbar es auch ist, das aussprechen zu müssen, Kindermord, der noch grausamer ist als der bethlehemitische Kindermord, weil die Kinder, unsere Zukunft, dadurch zum langsamen Hinsiechen verurteilt werden.

Die Alten, Arbeitsunfähigen, Sozial- und Kleinrentner und die Arbeitslosen sind dem gleichen grausamen Schicksal überliefert, denn niemand wird behaupten können oder wollen, dass sie mit den kargen Mitteln, die sie als Unterstützung erhalten, sich auch nur das Notdürftigste zum

Leben kaufen könnten. Auch sie sind also zum langsamen Hungertode verurteilt. An Anschaffung von Kleidung und Wäsche etc. kann überhaupt nicht gedacht werden. Man braucht sich darum nicht zu wundern, dass heute schon viele tausend Kinder der Ärmsten kein Hemd mehr auf dem Leibe haben. (...)

Wir ... erwarten, dass nunmehr endlich der Stimme der Arbeitnehmerschaft Gehör geschenkt wird, bevor es zu spät ist. Wir glauben umso mehr ein Recht zu dieser Forderung zu haben, als auf der anderen Seite Riesengewinne erzielt werden und Luxus und Verschwendung...getrieben wird. Und das sind dieselben Kreise, die es verstehen, sich den Pflichten gegenüber dem Staat und der Allgemeinheit zu entziehen, indem sie zu Steuern nicht im Entferntesten das leisten, wozu sie nach ihrem Einkommen und ihrem Vermögen verpflichtet wären. Das muss den Volkszorn bis zur Siedehitze steigern.«

Aus: Die Gewerkschaften in den Anfangsjahren der Republik 1919–1923, bearbeitet von Michael Ruck, Köln 1985 (Quellen zur Geschichte der deutschen Gewerkschaftsbewegung im 20. Jahrhundert, Bd. 2), Dokument 81, S. 805 ff.

Aus dem Aufruf der Zentrale der KPD vom 31. August 1923

»Soll Ordnung gebracht werden in die Wirtschaft Deutschlands, so kann das nur mit proletarischen Methoden geschehen: Ohne Kontrolle des Handels und der Industrie durch die Arbeiter und Angestellten; ohne Erfassung der Sachwerte, Beschlagnahme der Devisen unter Kontrolle der Arbeiter und Angestellten; ohne Beschlagnahme der großen Vermögen; ohne Sicherstellung der Ernährung durch Brechung der Anbausabotage der Großagrarier können nicht einmal die ersten Schritte zur Reinigung des Augiasstalles gemacht werden.

Aber keiner dieser Schritte kann durch bürokratische Schritte ersetzt werden: Die Kontrolle der Produktion kann nur durch die Betriebs- und Angestelltenräte durchgeführt werden, und nur gestützt auf diese Klassenorgane der werktätigen Masse kann eine Regierung den Anfang machen zur Besserung der Lage.«

Aus: Dokumente und Materialien zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Bd. VII, 2. Halbband, hrsg. vom Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED, Berlin-DDR 1966, Nr. 367, S. 411.

Die Berliner Ortsausschüsse des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes an Reichskanzler Gustav Stresemann, 17. September 1923

»Und endlich ersuchen wir, rücksichtslos dagegen einzuschreiten, dass für unentbehrliche Bedarfsgegenstände, vor allem für Lebensmittel, Preise gefordert werden, die über den Weltmarktpreisen stehen. Diese Preise müssen als Wucher gekennzeichnet und gegen diejenigen, die die Not des Volkes zu ihrem persönlichen Vorteil ausbeuten, unerbittlich mit der ganzen Schärfe des Gesetzes vorgegangen werden. Die Löhne und Gehälter stehen in einem so schreienden Missverhältnis zu der gegenwärtigen Teuerung, dass es mit Recht die Erbitterung und Empörung der Arbeitnehmer dagegen auslösen muss, deren Lage eine geradezu trostlose geworden ist. Wie dann die Lage der Kurzarbeiter, Unterstützungs- und Rentenempfänger sein muss, darüber glauben wir kein Wort verlieren zu brauchen.«

Aus: Die Gewerkschaften in den Anfangsjahren der Republik 1919–1923, Dokument 97, S. 933 f.

Aus einem Leitartikel der dem Alldeutschen Verband nahestehenden »Deutschen Zeitung« vom 16. November 1923

»Die Ordnung im Innern wird nicht geschaffen, indem man einfach die Zustände, wie sie 1914 waren, wieder herbeizuführen sich bestrebt. Das Deutschland mit den Ordnungen von 1914 ist endgültig zerschlagen, ist im Krieg besiegt und würde, selbst wenn es wiederhergestellt würde, in den großen kommenden außenpolitischen Wandlungen untüchtig sein. (...) Wir gebrauchen eine Innenpolitik, die sich auf die Arbeiter und auf den Mittelstand stützt. Diese Schichten sind wirtschaftlich und kulturell an das Bestehen des Reiches gebunden. Eine auf diesen Gruppen fußende, eindeutig nationale Politik wird die Landwirtschaft und auch weiteste Kreise der Industrie auf ihre Seite bekommen. Das Schwierige ist nur die Frage, wie in der Arbeiterschaft das in ihr schlummernde, durch eine falsche Behandlung und die darauf fußende erfolgreiche sozialdemokratische und gewerkschaftliche Agitation verdeckte Nationalbewusstsein, der Wille, sich rückhaltlos für das Reich einzusetzen, wieder geweckt wird.«

Aus: Deutsche Zeitung, Nr. 505, 16. November 1923, Dr. Fr. Nonnenbruch: Nationale Politik.

- 1 Stark erweiterte Fassung eines Beitrages, der zuerst in der »jungen welt« am 30.7.2013, S. 10f., unter dem Titel »Arbeiten, um zu hungern« erschienen ist.
- 2 Erstes Kapitel: »Man erwacht in Berlin und anderswo«, 3. Abschnitt.
- 3 Hierzu findet sich reichhaltiges Material in den Beständen »Reichsministerium des Innern« (R 1501) und »Reichskommissar für Überwachung der öffentlichen Ordnung« (R 1507) im Bundesarchiv Berlin-Lichterfelde, z.B. R 1507/217 u. 218.
- 4 Der Reichsbote, Nr. 420, 28.8.1919: Das Judentum – Deutschlands Verderb (Exemplar in: Bundesarchiv Berlin-Lichterfelde, R 8034 II/1484, Bl. 11).
- 5 Siehe Fritz Fischer: Griff nach der Weltmacht. Die Kriegszielpolitik des kaiserlichen Deutschland 1914/1918, Düsseldorf 1967 (Sonderausgabe), S. 87 ff.; Wolfgang J. Mommsen: Die Kontinuität des Irrtums. Das Deutsche Reich an der Schwelle zum totalen Krieg, in: derselbe: Der Erste Weltkrieg. Anfang vom Ende des bürgerlichen Zeitalters, Bonn 2004, S. 79 ff. Als marxistische Analyse siehe Alfred Schröter: Krieg-Staat-Monopol 1914–1918. Die Zusammenhänge von imperialistischer Kriegswirtschaft, Militarisierung der Volkswirtschaft und staatsmonopolistischem Kapitalismus in Deutschland während des ersten Weltkrieges, Berlin-DDR 1965, bes. S. 40 ff.
- 6 Siehe hierzu die mit vielen interessanten Details gespickte Darstellung von Karl Helfferich: Der Weltkrieg, II. Bd., Berlin 1919, S. 22 ff., bes. 34 ff.
- 7 Die Zahlengaben in diesem Text folgen zumeist: Manfred Nussbaum: Wirtschaft und Staat in Deutschland während der Weimarer Republik, Berlin-DDR 1978; Fritz Blauch: Der Schwarze Freitag. Inflation und Wirtschaftskrise, München 1985 sowie Prof. Dr. Rainer Goemmel: Deutsche Wirtschaft und Wirtschaftspolitik 1914–1945, Regensburg 2009/2010 (http://www.wiwi.uni-regensburg.de/images/institute/angegliedert/goemmel/Deutsche_Wirtschaft_und_Wirtschaftspolitik_1914-1945-komplette_vorlesung.pdf). In der einschlägigen Fachliteratur finden sich zu den gleichen Sachverhalten nicht selten unterschiedliche Zahlenangaben. In der Regel dürfte das der Ausdruck der im Vergleich zu heute mangelnden Exaktheit in der Arbeit unterschiedlicher statistischer Ämter sein bzw. zeugt von verschiedenartigen Grundlagen bei der Erhebung der betreffenden Daten.
- 8 Siehe Karl Helfferich: Der Weltkrieg, II. Bd., S. 153 ff., bes. 160 ff., mit z.T. interessanten Eingeständnissen.
- 9 Ebenda, S. 159.
- 10 Derselbe: Reden und Aufsätze aus dem Kriege, Berlin 1917, S. 145.
- 11 Zu Helfferich siehe auch Karl Helfferich zum Gedächtnis. Reden am Sarge in Mannheim am 30. April 1924, Berlin o.J. Zu den Trauerrednern gehörte neben anderen Prominenten Emil Georg von Stauß, Direktor der Deutschen Bank, der später Vorstands- bzw. Aufsichtsratsvorsitzender dieses Finanzinstituts wurde. Helfferich war überdies der Schwiegersohn des langjährigen Vorstandsvorsitzenden der Deutschen Bank, Georg von Siemens.
- 12 Siehe Ursula Büttner: Weimar. Die überforderte Republik 1918–1933. Leistung und Versagen in Staat, Gesellschaft, Wirtschaft und Kultur, Bonn 2012, S. 153 ff. In den großen Zusammenhang der beträchtlichen Einflussnahme der industriellen Verbände und Großunternehmen auf die Regierungspolitik wird diese Thematik von Manfred Nussbaum: Wirtschaft und Staat in Deutschland in der Weimarer Republik, S. 87 ff., gestellt.
- 13 Manchester Guardian, 12.3.1921: The most powerful man in Germany (From our Berlin Correspondent), in: Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv, Pressemappe 20. Jahrhundert, <http://webopac.hwwa.de/DigPersPDF/017164/PIC/P01716400210000000H.PDF>.
- 14 Vorwärts, Nr. 194, 26.4.1923: Stinnes und der Marksturz.
- 15 Siehe Fritz Blauch: Der Schwarze Freitag. Inflation und Wirtschaftskrise, S. 45.
- 16 Zitiert nach: Unternehmer im Nationalsozialismus, hrsg. von Lothar Gall u. Manfred Pohl, München 1998, S. 98.
- 17 Gerald D. Feldman u. Heidrun Homburg: Industrie und Inflation. Studien und Dokumente zur Politik der deutschen Unternehmer 1916–1923, Hamburg 1977, S. 170.
- 18 Drittes Kapitel: »Jäger und Gejagte«, 5. Abschnitt. Außer auf Hans Falladas Roman »Wolf unter Wölfen« sei hier ausdrücklich auf Joseph Roths »Rechts und links« (Erstveröffentlichung 1929) sowie auf Erich Maria Remarques »Der schwarze Obelisk« (Erstveröffentlichung im US-amerikanischen Exil) hingewiesen, die das Thema »Inflation« literarisch aufgearbeitet haben.
- 19 Zum Folgenden siehe die insgesamt sehr sachliche zeitgenössische Darstellung von Carl Bergmann: Der Weg der Reparation. Von Versailles über den Dawes-Plan zum Ziel, Frankfurt a.M. 1926, bes. S. 95 ff. (zum »Londoner Zahlungsplan« 1921) u. 271 ff. (zum Dawes-Plan 1923/1924). Zum Gesamtzusammenhang sind nach wie vor als Standardwerke unverzichtbar: Karl-Heinrich Pohl: Weimars Wirtschaft und die Außenpolitik der Weimarer Republik 1924–1926. Vom Dawes-Plan zum Internationalen Eisenpakt, Düsseldorf 1979 u. Werner Link: Die amerikanische Stabilisierungspolitik in Deutschland 1921–1932, Düsseldorf 1970, S. 44 ff. u. 203 ff., bes. 260 ff.
- 20 Von den »Sachleistungen« profitierten neben Frankreich und Belgien besonders Serbien (Jugoslawien) und Italien.
- 21 Siehe Wolfgang Ruge: Deutschland von 1917 bis 1933, 3. Aufl., Berlin-DDR 1978, S. 200 ff.; Hans Mommsen: Aufstieg und Untergang der Republik von Weimar 1918–1933, 2. Ausgabe, München 2001, S. 169 ff.
- 22 Siehe Andreas Kunz: Verteilungskampf oder Interessenkonsensus? Einkommensentwicklung und Sozialverhalten von Arbeitnehmergruppen in der Inflationszeit 1914 bis 1924, in: Die deutsche Inflation. Eine Zwischenbilanz, hrsg. v. Gerald D. Feldman u. a., Berlin u. New York 1982, S. 347 ff., bes. die Schaubilder u. statistischen Daten, S. 373 ff.

Aufgaben der Polizei.

Vf.d.M.d.J. v.24.7.1923 - II G 2745, betr. Verbot von Versammlungen und Umzügen.

(bereits mitgeteilt)

Auf Grund des Art. 123 Abs.2 der Reichsverfassung¹⁾ werden hierdurch alle Versammlungen unter freiem Himmel einschliesslich aller Umzüge wegen unmittelbarer Gefährdung der öffentlichen Sicherheit für das Gebiet des Freistaats Preussen bis auf weiteres verboten. Die Oberpräsidenten und der Pol.Präs. von Berlin sind ermächtigt, im Falle ganz besonderer Sachlage Ausnahmen zuzulassen, wenn sie nicht nur unbedenklich, sondern auch im Allgemeininteresse wünschenswert sind.

Die in letzter Zeit in der Tagespresse erschienenen Veröffentlichungen über Möglichkeiten der Durchführung eines Bürgerkrieges haben in weitesten Kreisen des Volkes lebhafteste Beunruhigungen hervorgerufen. Die Besorgnis der unter der Teuerung und den Schwierigkeiten der Lebensmittelbeschaffung ohnehin schwer leidenden Bevölkerung wird weiter genährt, und die Spannung zwischen den Anhängern verschiedener politischer Anschauungen verschärft, wenn von einzelnen politischen Parteien und Organisationen sowie deren Zeitungen zu Massenkundgebungen unter freiem Himmel mit freigewählten, aufreizenden Kennworten wie zu Gegendemonstrationen und Selbstschutz aufgerufen wird. Form und Sprache dieser Aufrufe wie der Gegendemonstrationen rufen, zumal im Hinblick auf die teilweise unverhüllt ausgesprochenen Zwecke solcher Veranstaltungen und die beiderseitigen Vorbereitungen die unmittelbare Gefahr gewaltsamer Auseinandersetzungen herauf. Verschiedentlich ist es bei der gereizten Stimmung in den letzten Wochen bereits zu Zusammenstössen in der Bevölkerung und zu schweren Ausschreitungen und Blutvergiessen gekommen, so in Eisleben, Eilenburg, Dramburg, Frankfurt a.M. Bei der z.Z. herrschenden innerpolitischen Spannung lassen daher alle Versammlungen unter freiem Himmel und Umzüge verhängnisvolle Störungen der öffentl. Sicherheit und Ordnung befürchten.

Gegen Versuche, ungeachtet des Verbotes Versammlungen unter freiem Himmel oder Umzüge zu veranstalten, ist mit allen Machtmitteln rücksichtslos einzuschreiten.

An die Ober- u.Reg.Präs. u.den Pol.Präs. hier.

- MBliv. S. 807.

1) RGBl.1919 S.1383.

Die Richtigkeit der Abschrift
beglaubigt
Berlin, den 5. November 24

Reisigke

Polizei-Hauptwachmeister.

Der faschistische Werkschutz – ein Mordinstrument in der Judenvernichtung

Auch der Werkschutz, das »betriebliche Terrororgan« in der Zeit zwischen 1933 und 1945 in Deutschland und den besetzten Gebieten, war an der Judenvernichtung des faschistischen Staates beteiligt. Der Werkschutz übernahm als ein Organ in den Betrieben geheimpolizeiliche, polizeiliche, militärische und ökonomische Funktionen, um letztendlich die Arbeiterklasse zu unterdrücken. Er agierte ganz im Sinne Heinrich Himmlers als innere Wehrmacht. Dafür wurde er ab 1933 sukzessive in den deutschen Betrieben durch den faschistischen Staat in Übereinstimmung mit Kreisen des Finanzkapitals aufgebaut.¹ Unter dem Begriff Werkschutz subsumieren sich die Positionen des Hauptabwehr- bzw. Konzernabwehrbeauftragten in wenigen Großbetrieben wie der I.G. Farben, Daimler Benz AG, Junkers AG, oder der Krupp AG, die Abwehrbeauftragten, die ihm unterstellten oder in Personalunion verbundenen Werkschutzleiter und die hauptamtlichen und nebenamtlichen Werkschutzmänner. Dieses Personal war bei den jeweiligen Betrieben angestellt.² Die Stärke des Werkschutzes stieg bis 1945 rapide an. Allein aus dem Bereich der Staatspolizeistelle Darmstadt wurden 1944 2000 Werkschutzangehörige gemeldet.³

Seine über den Betrieb hinausgehende staatliche Funktion zeigte sich nicht nur an der Durchführung von Morden an den Juden, wie die Massenhinrichtungen an jüdischen Häftlingen durch den Werkschutz der HASAG auf dem Werksgelände, sondern der Werkschutz war an groß angelegten Mordaktionen unter der Führung des RSHA in den »Ostgebieten« beteiligt. Es kam sogar zu seiner organisatorischen Einbettung in die Einsatzgruppen in den besetzten Gebieten der Sowjetunion, in Form von Einsätzen von Abwehrbeauftragten. Dies war nur die folgerichtige Entwicklung, da es Reinhard Heydrich, dem Chef der Sicherheitspolizei und des SD, spätestens 1939 gelang, die Abwehrbeauftragten und somit den Werkschutz als »Hilfsorgan« strukturell an die Gestapo und den SD zu binden, und so zu einem Instrument der faschistischen Geheimpolizei zu machen. Diese Entwicklung fiel nicht zufällig mit der Gründung des Reichssicherheitshauptamtes (RSHA), dem organisatorischen Abschluss der Zentralisierung und Vereinheitlichung des geheimpolizeilichen Apparates, zusammen.⁴

Öl, Zwangsarbeit und Massenmord – Der Werkschutz der Kontinentale Öl AG

Das drängendste Problem des faschistischen Staates blieb bis zum Ende die Versorgung der Industrie und der Militärmaschinerie mit Öl. Um die »Gesamtinteressen Deutschlands

auf dem Erdölgebiet« zu befriedigen, wurde die deutsche Ölwirtschaft in einem staatsmonopolistischen Unternehmen zentralisiert. Diese riesige Monopolgesellschaft, die Kontinentale Öl AG, sollte gemäß der Weisung Görings »unter staatlicher Leitung stehen, jedoch im übrigen völlig nach privatwirtschaftlichen Gesichtspunkten von der Privatwirtschaft geführt werden.« Die Dresdner Bank rühmte sich mit ihrer »führenden Rolle bei der Finanzierung dieser Unternehmung.« Sie war mit einem Drittel an der Monopolgesellschaft beteiligt. Die ständige Federführung lag jedoch bei der Deutschen Bank, die der Dresdner Bank nur eine »Mitführung« zu gestand.⁵ Die Kontinentale Öl AG expandierte rasch Richtung Osten. Sie erhielt vom Wirtschaftsministerium die Ausbeutungsrechte für die reichen sowjetischen Erdölfelder. 1941 erhielt sie die Anweisung, spezielle Betriebe unter der Holding für die Ausbeutung verschiedener Ölregionen in den besetzten Gebieten aufzubauen unter anderen für die Baltischen Staaten. Für dieses Gebiet wurde im Juli 1941 die Baltische Öl- GmbH gegründet.

Für die Ausplünderung der baltischen Ölschiefervorkommen wurden vor allem sowjetische Kriegsgefangene und »Ostarbeiter« zur Zwangsarbeit eingesetzt. Im Herbst 1943 wurden mehr als 10.000 Zwangsarbeiter in den estnischen Ölschiefergruben ausgebeutet. Insgesamt sollen in der Zeit der Besatzung 3,22 Millionen t Ölschiefer gefördert worden sein.⁶ Dieser massive Einsatz von Zwangsarbeitern bedurfte natürlich eines Terrororgans und somit den Aufbau eines Werkschutzes. Dafür griff die Kontinentale Öl AG auf das Spitzenpersonal des RSHA zurück, zu dem man beste Verbindungen pflegte. Da so eine Stelle in der Industrie eine hohe Bezahlung versprach, war es nicht schwer, Freiwillige zu finden. Diesen Schritt in die »freie Wirtschaft« wagte auch SS-Sturmbannführer Heinz Wossagk.⁷ Er war von 1932 bis 1941 hauptamtlich im SD tätig. Nach der Tätigkeit in einer Außenstelle leitete er die Technische Abteilung im SD. Später wurde er »im Rahmen seines Amtes« mit Sonderaufgaben betraut. Dazu gehörten Einsätze in Österreich, Sudetenland und in Prag. Dabei handelte es sich um Mordkampagnen an politischen Gegnern der Faschisten. Nach dem deutschen Überfall auf Polen war Wossagk im Stab der Einsatzgruppe IV tätig, die für die Ermordung von 80.000 Menschen verantwortlich war. Während seiner Mordtaten hatte sich Wossagk »durch Fleiß und Gewissenhaftigkeit ausgezeichnet«. Die »ihm gestellten Aufgaben« hatte er »stets zur Zufriedenheit seiner Vorgesetzten ausgeführt.« Im November 1941 schied Wossagk auf ei-

genen Wunsch aus dem hauptamtlichen Dienstverhältnis des RSHA aus, um »die Tätigkeit eines Abwehrbeauftragten bei der Baltischen Öl-GmbH übernehmen zu können.« Wossagk blieb in seiner Funktion als Abwehrbeauftragter ehrenamtlicher Mitarbeiter des Amtes VI im RSHA. Im Februar 1942 erhielt er das Kriegsverdienstkreuz 2. Klasse.⁸

Im Juni 1943 befahl Himmler die Auflösung der noch im Baltikum verbliebenen Juden-Ghettos. Die arbeitsfähigen Juden sollten auch in den Ölschieferwerken der Baltikum Öl-GmbH eingesetzt werden. Am 19. September wurde dazu das KZ Vavara errichtet. Das KZ wurde unter der Führung des Abwehrbeauftragten Wossagk und des ihm unterstellten Werkschutzes aufgebaut. Für diese Tätigkeit wurde Wossagk gemäß Runderlass »als ehrenamtlicher Mitarbeiter zur Dienstleistung« zum Befehlshaber der Sicherheitspolizei nach Riga kommandiert.⁹ Offensichtlich konnten Gestapo und SS ohne Bedenken den Werkschutz der deutschen Industrie in die Errichtung ihrer Mordstätten einbeziehen.

Dieses einmütige Handeln von Staat und Wirtschaft zeigte sich auch im Einsatz des Werkschutzes in der Judenvernichtung außerhalb der betrieblichen Einrichtungen. Die Kontinentale Öl AG konnte auf einen ausgebildeten Stamm von Werkschutzmännern zurück greifen. Dafür wurde ein Werkschutzausbildungslager in Moderowka in der Nähe von Krakau errichtet. Dieses Gebiet war ein Zentrum der Judenvernichtung. Im Sommer 1942 wurden im Distrikt Krakau zwei »Aussiedlungsaktionen«, die Deportation nach Belzec und Ermordung von polnischen Juden vor Ort, durch die Gestapo durchgeführt. Der Außenstelle Jaslo des Kommandeurs der Sicherheitspolizei in Krakau wurden zu dieser Aktion die Werkschutzmänner des Ausbildungslagers in Moderowka unterstellt. Der Werkschutz war in den Orten Zmigrod, Bobow, Krosno, Strokoka und Gorlice an der Verschleppung der jüdischen Familien aus den Wohnungen, dem Abtransport der Menschen in das KZ Belzec, der Verschleppung der Opfer zu den Erschießungsstellen, deren Umstellung während der Massaker und deren Ermordung beteiligt.¹⁰ In Gorlice wurden die Juden auf einem öffentlichen Platz zusammen getrieben, ihrer letzten Habseligkeiten, wie Schmuck und andere Wertgegenstände beraubt und dann abtransportiert.¹¹

Nach dem Krieg lebte Heinz Wossagk von den Justizbehörden der BRD unbehelligt in München. Die Staatsanwaltschaft der DDR ermittelte dagegen in den obengenannten Kriegsverbrechen gegen ehemalige Werkschutzangehörige der Kontinentale Öl AG. Einer der Beschuldigten war der am 3.9.1913 geborene Oberwachführer Herbert Schneider. Er war im Lager in Moderowka als Kompanieführer und Ausbilder tätig.¹²

Der Werkschutz der HASAG – Massenmord auf dem Betriebshof

Die HASAG war als einer der größten Munitionsproduzenten Europas eng mit der Dresdner Bank, der sogenannten »SS-Bank«, verflochten. Es ist daher nicht überraschend, dass der Generaldirektor Paul Budin beste Kontakte zu SS-Füh-

rung pflegte und die HASAG als »Hauslieferant der Waffen-SS« galt. Hohe und gut dotierte Positionen in der Verwaltung wurden auf Betreiben Budins und Himmlers mit ausgemusterten SS-Generälen besetzt. In einem Schreiben an SS-Obergruppenführer Wolff hob Budin dann auch hervor, dass die HASAG-Werke »von SS-Kameraden in leitender Position und in sonstigen Stellungen« durchsetzt war, so dass er häufig »von anderer Seite die Angaben entgegennehmen musste, dass die HASAG mehr und mehr zu einem SS-Betrieb wird.«¹³ Auch im Bereich des Werkschutzes wurde früh auf die Kooperation mit der SS, insbesondere den Nachrichtendienst, dem SD, gesetzt. 1938 stellte Budin den zum SD gehörenden SS-Untersturmführer Axel Schlicht als Werkschutzleiter des Leipziger Hauptwerkes an. Im selben Jahr wurde Budin in die SS aufgenommen. In Polen, wo die HASAG Betriebe besaß, war Budin bereit, eine »harte Linie« gegenüber den Zwangsarbeitern zu fahren. Im November 1939 schrieb er SS-Hauptsturmführer Schallermeyer im persönlichen Stab Himmlers, dass es »dringend notwendig« sei, in Kamienna zwei Gestapo-Leute einzusetzen. Die Fabrik in Kamienna war im Auftrag des OKH und des RLM sofort durch die HASAG und die Firma Röchling »in Gang zu setzen«. Es waren bisher 1000 Polen zur Zwangsarbeit eingesetzt. Da »schnell und zielbewußt« gearbeitet werden sollte, war mit einem »stetigen Wachstum« zu rechnen. Die HASAG wollte daher »auch auf dem politischen Gebiete von Anfang an unbedingt Klarheit haben«. »Sei es zum Schutze der zahlreich eingesetzten deutschen Kaufleute und Techniker [oder] sei es zur Überwachung der Polen und der wertvollen Fabrikanlagen, dies umso mehr, da wir mit Pulver und mit Sprengstoff arbeiten.« Die zwei »Gestapo-Kameraden« sollten sich bei ihrem Eintreffen sofort mit dem dortigen Stellvertreter Budins, dem Betriebsführer der HASAG in Skarzysko-Kammienna, SS-Standartenführer Dalski, in Verbindung setzen. Der dortige Werkschutz sollte personell durch SS-Männer gestellt werden.

Im November 1939 schrieb Budin in dieser Sache an den persönlichen Stab Himmlers. Es wäre ihm »lieb, wenn Sie veranlassen würden, das sofort 30 SS-Männer ... von Krakau oder Lods, am besten Lods, freigemacht werden, um in Kamienna als unsere Werkschutzbeamten in der früheren polnisch-staatlichen Munitionsfabrik ... angesetzt zu werden.« Sie sollten ledig, im Alter von 25–35 Jahren und körperlich rüstig und gut ausgebildet sein. Zudem forderte Budin von ihnen »Disziplin bis in die letzten Knochen«, Intelligenz und vollen Willen zu Arbeit, sowie Fähigkeiten in der deutschen und polnischen Sprache. Falls »Lods« von Himmler »angewiesen wird, die Auslese zu treffen«, so sollte Dalski nach »Lods« fahren und das weitere hinsichtlich der Ausrüstung und der Mitnahme der Leute nach Skarzysko-Kammienna regeln. »In seiner Begleitung würde sich der inzwischen angesetzte Werkschutzleiter SS-Obersturmführer Krause befinden.« Zu weiteren Information teilte Budin mit, dass bereits zehn Werkschutzmänner mit einem Wachführer in Skarzysko-Kammienna eingesetzt wurden, um in Zusammenarbeit mit

Soldaten der Wehrmacht »für die Sicherheit unserer Kaufleute und Techniker einzustehen.« Budin wollte »jedoch grundsätzlich den Werkschutz ausbauen, um Personen und Werksanlagen mit eigenem Werkschutzpersonal zu schützen.«¹⁴ Nachdem die polnischen Zwangsarbeiter ins Reich abgegeben wurden, setzte die HASAG Juden zur Arbeit ein. Insgesamt überließ das WVHA der HASAG 25000 »Arbeitsjuden« in Polen, von denen mehr als die Hälfte beim Arbeitseinsatz starben. Budin war, ganz Kapitalist, mit ihnen »mehr als zufrieden in Bezug auf Leistung und Haltung«.¹⁵ In Skarzysko-Kammiena hatte die HASAG drei Werke in denen jeweils ein »Judenlager« mit einem Lagerkommandanten der SS eingerichtet wurde. Für die Bewachung der Häftlinge war der Werkschutz der HASAG unter einem SS-Hauptsturmführer zuständig. Die Stärke des hauptamtlichen Werkschutzes betrug ca. 180 Mann. Die Lager unterstanden der Aufsicht des hiesigen SS- und Polizeiführers.¹⁶ In der folgenden Zeit war der Werkschutz der HASAG direkt am Mord an den Juden beteiligt. Die jüdischen Zwangsarbeiter, unter ihnen viele Frauen, wurden in überbelegten und total verdreckten Baracken untergebracht. Es fehlte an sanitären Einrichtungen. Die Arbeiter waren unzureichend bekleidet und unterernährt. Die Frauen und Männer mussten täglich zwölf Stunden in der Granatenproduktion arbeiten. Besonders das Werk C galt als die »Todesfabrik«. Jeden Tag starben dort 25 bis 60 Menschen. Die »Vernichtung durch Arbeit« spiegelte sich in den dortigen Arbeitsbedingungen wieder. Das Werk C war das »berüchtigtste von allen Werken, tief im Wald verborgen ... Gelbe Menschen in Papier gekleidet, das mit Strippen und Drähten zusammengehalten ist ... Alles im Wald ist gelb. Gelbe Baracken, Bäume und Blätter, so wirken die giftigen Substanzen, die aus den Werkhallen strömen ... Die Frauen sind rothaarig (Einwirkung des Pikrins auf Haar), haben rote Nägel, und sogar ihre Augen im gelben Gesicht scheinen gelb zu sein. In der Halle befinden sich zwei riesige Kessel, in welche der Trotyl hineingeschüttet wird. Die Luft ist voller Trotylstaub, der Tränen aus den Augen presst, den Atem beraubt und Husten hervorruft. ... Es wird ohne Schutzkleidung, Masken, Brillen und Handschuhe gearbeitet ... Die wenigen die aus dem Lager und von der Arbeit mit Trotyl lebend davon kamen, hatten Tuberkulose.«¹⁷ War diese Arbeit nicht schon tödlich genug, wurden die Arbeiter von Meistern, Vorarbeitern und vor allem dem Werkschutz in mörderischer Weise terrorisiert. Die Brutalität und Mordlust brach sich in Ohrfeigen, Schlägen mit dem Stock, Gummischlauch, Stahlrohr, Riemen oder Brechstangen Bahn. Es kam zu öffentlichen Auspeitschungen der Häftlinge. 1943 erhängte der Werkschutz zur Abschreckung und Disziplinierung sechs Menschen auf dem Werkhof. Der Werkschutz führte regelmäßige Selektionen durch. Im Anschluss erschoss er die Arbeitsunfähigen und Kranken auf dem betriebseigenen Schießplatz. Die Opfer wurden in einem Massengrab verscharrt. Eine letzte große Selektion fand im Juli 1944 kurz vor dem Eintreffen der Roten Armee statt. In der Nacht zum 30. Juli unternahmen rund 250 Häftlinge des Werks C einen Fluchtversuch. Dieser scheiterte jedoch. Fast

alle Häftlinge wurden daraufhin in den umliegenden Wäldern vom Werkschutz ermordet.¹⁸

Die Abwehrbeauftragten bei den Einsatzgruppen

Die Chefs der Einsatzgruppen waren als Beauftragte der Sicherheitspolizei im Heeresgebiet mit sicherheitspolitischen Aufgaben betraut, die über die unmittelbare Organisierung des Massenmordes hinausgingen. Dazu zählten nicht zuletzt die »Sicherheitsinteressen« der deutschen Wirtschaft in den besetzten Gebieten der Sowjetunion. Hunderttausende Zwangsarbeiter wurden dort in den geraubten Betrieben ausgebeutet.¹⁹ In diesem Kontext beteiligte sich die Einsatzgruppe B auch an der Überprüfung des »reichsdeutschen« Personals in »reichsdeutschen Betrieben«, die im Bereich der Heeresgruppe Mitte eingesetzt waren. Beim Chef der Einsatzgruppe B, SS-Oberführer Naumann waren 1942 »an einem Tag Listen mit ca. 300 zu überprüfenden Personen abgegeben« worden. Die Überprüfung konnte aus seiner Sicht nicht vor Ort erfolgen, sondern musste mit Hilfe der reichsdeutschen Dienststellen der Sicherheitspolizei und des SD vorgenommen werden. Das bedeutete, dass für jede einzelne Person von ihm »durch Fernschreiben oder Funkspruch bei der zuständigen zentrale Dienststelle im Reich ein Überprüfungsantrag gestellt werden« musste, die wiederum die regionalen Dienststellen an den entsprechenden Wohnorten der Personen in Anspruch nehmen musste. Sollte der Befehlshaber im Heeresgebiet Mitte trotz dieses bürokratischen Weges darauf bestehen, dass eine Überprüfung dieser Kräfte durchzuführen sei, sollten das OKW, sowie Himmler und Heydrich die »notwendigen Abmachungen« treffen. »Zur Vermeidung von Unzuträglichkeiten, die aus dem Verhalten möglicherweise vorhandener einzelner Unzuverlässiger entstehen könnten« hielt Naumann es für »zweckmäßig, wenn für jede einzelne hier mit reichsdeutschen Kräften eingesetzte Firma ein politisch-polizeilicher Abwehrbeauftragter eingesetzt werde.« »Mit der Einrichtung eines Abwehrbeauftragten, der sorgsam ausgewählt werden müsste«, wäre nach seiner Meinung, »die Gewähr gegeben, dass möglicherweise vorhandene einzelne unzuverlässige Elemente rechtzeitig erkannt und ausgeschaltet werden konnten.« Naumann schlug diese Vorgehensweise dem Kommandierenden General der Sicherungstruppen und Befehlshaber im Heeresgebiet Mitte sowie dem RSHA vor. Dem RSHA machte er zudem den Vorschlag, dass die Beauftragung mit der Tätigkeit eines politisch-polizeilichen Abwehrbeauftragten zunächst provisorisch durch ihn ausgesprochen wurde. Vier Wochen später gab Heydrich den Ausführungen von Naumann seine Zustimmung und veranlassete in den anderen Einsatzgruppen ebenso so zu verfahren.²⁰

Betriebsurlaub für den »freiwilligen Osteinsatz« – Der Konzernabwehrbeauftragte der Junkers AG als Führer von Einsatzkommandos

Otto Wendland bekleidete vor seiner Position als Sicherheitsdirektor und Konzernabwehrbeauftragter der Junkers Flug-

zeug- und Motorenwerke AG leitende Funktionen innerhalb des SD.²¹ 1935 wurde er von der Allgemeinen SS zum SD versetzt und übernahm die Stellung eines Außenstellenleiters. 1938 war er Führer des SD-Unterabschnittes Pommern-West.²² Er galt laut seinen Vorgesetzten als »zielbewusster Unterabschnittsführer, der seinen Unterabschnitt in kurzer Zeit erfolgreich neu aufgebaut« hatte. Der »energische und zielbewusste SS-Führer mit guter weltanschaulicher Ausrichtung« war unter seinen Kameraden »besonders beliebt.« Seine »gute soldatische Erscheinung« und sein »tadelloses Auftreten« prädestinierten ihn für höhere Aufgaben. 1939 wurde er Führer des SD-Leitabschnittes Stettin. Am 1. Mai 1941 wurde er »bis auf weiteres« für den »hauptamtlichen Dienst des SD/RFSS« beurlaubt, um eine Stellung als Sicherheitsdirektor bei der Junkers AG in Dessau anzutreten. Das hielt den SS-Oberabschnitt Mitte jedoch nicht davon ab, Wendland im Juni 1942 die kommissarische Führung des SS-Abschnittes XVI, Dessau, ehrenamtlich zu übertragen. Vom 10. Juni 1942 bis 10. September 1942 meldete sich Wendland für den »freiwilligen Osteinsatz.« Die Firma Junkers beurlaubte ihn für diese Zeit, in der er das Einsatzkommando 9 und das Sonderkommando 7a der Einsatzgruppe B im mittleren Frontabschnitt in der Sowjetunion »vertretungsweise« führte.²³ Die Einsatzgruppe B, war seit dem faschistischen Überfall auf die Sowjetunion mit der Heeresgruppe Mitte in Richtung Osten vorgestoßen. Bis Ende 1941 hatte sie in Weißrussland ca. 46.000 Juden ermordet. Als Wendland seinen »Osteinsatz« begann, ging die Ermordung der restlichen weißrussischen Juden im Militärverwaltungsbereich und im Gebiet der Zivilverwaltung unvermindert weiter. Ein Trupp des EK 9 ermordete zwischen dem 29. Mai und 20. Juni 1942 12.000 Juden. Das EK 9 tötete mit dem EK 8 in der zweiten Jahreshälfte 1942 noch ungefähr 100 Juden pro Monat. Das Sonderkommando 7a operierte im Sommer 1942 im rückwärtigen Divisionsgebiet der 253. Infanteriedivision. Dort fielen ihm Kommunisten, Juden, Zigeuner zum Opfer. Wendland vertrat in dieser Zeit den Führer der Einsatzgruppe 9 SS-Obersturmbannführer Wilhelm Wiebens, der 1966 vom Schwurgericht Berlin wegen seinen Verbrechen in der Funktion als Kommandeur des EK 9 zu lebenslänglichem Zuchthaus verurteilt wurde. Beim Sonderkommando 7a vertrat Wendland den SS-Obersturmbannführer Albert Rapp, der 1965 vom Landgericht Essen, wegen gemeinschaftlichen Mordes aus »niedrigen Beweggründen« als Führer des SK 7a zu lebenslanger Haft verurteilt wurde.²⁴ Nach seinem Einsatz in der Sowjetunion kehrte Wendland zu Junkers in seine alte Funktion zurück. Der faschistische Staat belohnte Wendland für seine mörderische Tätigkeit in der Zeit seiner betrieblichen Freistellung mit Auszeichnungen. Im Dezember 1942 erhielt Wendland das Kriegsverdienstkreuz 2. Klasse mit Schwertern. Im Juli 1944 wurde er mit dem Kriegsverdienstkreuz 1. Klasse mit Schwertern ausgezeichnet, das in »Fällen ganz besonders hervorragender Bewährung« verliehen wurde. Nach dem Krieg konnte sich

Wendland offenbar einer Strafverfolgung wegen seiner verbrecherischen Tätigkeit im Faschismus entziehen.²⁵

Stephan Jegielka

- 1 In einer Information an alle Dienststellen der Berliner Städtischen Gaswerke, Gasag, vom 31. Oktober 1939 heißt es, das »zur Durchführung aller erforderlichen abwehrrtechnischen Maßnahmen ... mit sofortiger Wirkung die Abt. Werkschutz gebildet« wurde. Zu deren Aufgabengebiet gehörte, »die Führung der Werkschutz-Wachmannschaften, die Ausstellung und Rückgabe sowie Änderung von Werksausweisen, die Bearbeitung von Vorfällen kriminellen und politischen Charakters, die Bearbeitung von Spionage- und Sabotagefällen« sowie »die Bearbeitung von Fällen der Arbeitsverweigerung und der Störung des Arbeitsfriedens.« Ähnliche Schreiben gab es zum Beispiel bei der AEG. Landesarchiv Berlin (LA Berlin), A Rep. 259 Nr. 400, Berliner Städtische Gaswerke, »An alle Dienststellen« Nr. 77/39, 31.10.1939. Bundesarchiv Berlin (BA Lichterfelde), R58/797 Bl. 10, Dienstanweisung: Der Abwehrbeauftragte (Abwb) bei Rüstungsbetrieben, 20.8.1935. LA Berlin, A Rep. 227-02 Nr. 31, AEG Apparatefabriken Treptow, Rundschreiben Nr. 377, 1.9.1938. LA Berlin, A Rep. 227-02 Nr. 31, AEG Apparatefabriken Treptow, Rundschreiben Nr. 354, Betrifft: Werkschutz, 21.2.1939. Klaus Drobisch: Der Werkschutz – betriebliches Terrororgan im faschistischen Deutschland, in: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte, Berlin 1965, S. 217–239. Klaus Drobisch: »Kriegsschauplatz Innerdeutschland« Sicherheitspolitische Vorbereitungen und Einübungen seit 1935/36, in: Kurt Pätzold: Der Weg in den Krieg, Köln 1989, S. 42.
- 2 In einem Konzern wie den I.G. Farben, der sich auf mehrere Werke bzw. Standorte verteilte, stand der Werkschutz der einzelnen Werke unter Führung der jeweiligen Abwehrbeauftragten, und diese unterstanden einem Haupt- bzw. Konzernabwehrbeauftragten. Bei der I.G. Farben wurde das Vorstandmitglied Christian Schneider 1940 Hauptabwehrbeauftragter. Er leitete daneben die Zentrale Personalabteilung und war seit 1939 Hauptbetriebsführer der I.G. Farben. Die Einsetzung der Werkschutzleiter und Werkschutzmänner erfolgte in der Zusammenarbeit der Betriebe mit dem SD, wobei in wichtigen Betrieben SS-Führer im SD berücksichtigt wurden. Auch in diesem Bereich des faschistischen Staates wurde die Zentralisierung durch die Beteiligung mehrerer Organisationen verschleiert. Dazu passt die allgemeine Feststellung über den Imperialismus, der »hinter einem Schwarm von Körperschaften verborgen« ist, »durch deren Wald von Abkürzungen sich der einfache Mensch nicht durchfindet. Er wird nur verschwommen gewahrt, dass irgend etwas Merkwürdiges mit seinem Lande vorgeht.« Biographie Christian Schneider, URL: http://www.wollheim-memorial.de/en/christian_schneider_18871972, Stand: 16.08.2013. OMGUS: Ermittlungen gegen die I.G. Farben, Nördlingen 1986, S. 173. Palme Dutt: Großbritanniens Empirekrise, Berlin 1951, S. 83.
- 3 HStAD G12B 45/4, Betrifft: Kombattanteneigenschaft der Angehörigen der Sicherheitspolizei und des SD. 26.9.1944. HStAD G12B 45/4, Betrifft: Kombattanteneigenschaft der Angehörigen der Sicherheitspolizei und des SD. 30.9.1944.
- 4 BA Lichterfelde R58/797 Bl. 23–26, Richtlinien für die sicherheitspolitische Tätigkeit der Abwehrbeauftragten (Abwb), 1939. HStAD G12B 15/6, Betrifft: Richtlinien für den Werkschutzleiter betr. Aufbau des Werkschutzes, 10.1.1939. Zum Auf- und Ausbau des Werkschutzes und der dabei konkurrierenden faschistischen Organisationen, wobei sich letztendlich die Gestapo und der SD, die faschistische Geheimpolizei, insbesondere gegenüber der Abwehr von Canaris und dem Reichsluftfahrtministerium durchsetzte, bedarf es weiterer Ausführungen an anderer Stelle. Drobisch, Kriegsschauplatz, S. 65.
- 5 Dresdner Bank und Deutsche Bank hielten je 35 Prozent Anteile. OMGUS: Ermittlungen gegen die Dresdner Bank, Nördlingen 1985, S. 65–66. OMGUS: Ermittlungen gegen die Deutsche Bank, Nördlingen 1986, S. 265–267.
- 6 Dietrich Eichholtz: Krieg um Öl. Ein Erdölimperium als deutsches Kriegsziel 1938–1943, Leipzig 2006, S. 88. Rainer Karlsch: Faktor Öl. Die Mineralölwirtschaft in Deutschland 1859–1974, München 2002, S. 218.
- 7 BA Lichterfelde BDC, SSO Heinz Wossagk.
- 8 Michael Wildt: Generation des Unbedingten. Führungskorps des Reichssicherheitshauptamtes, Hamburg 2002, S. 425.
- 9 BA Lichterfelde BDC, SSO Heinz Wossagk. Ruth Birn: Vauvara-Stammlager, in: Wolfgang Benz: Der Ort des Terrors. Geschichte der nationalsozialistischen Konzentrationslager, München 2008, S. 131–132.
- 10 BA Lichterfelde DP 3/2149 Bd. 28.
- 11 C.F. Rüter.: Justiz und NS-Verbrechen. Sammlung deutscher Strafurteile wegen nationalsozialistischer Tötungsverbrechen 1945–1966, Band 30, Amsterdam 2004, S. 11, 171.

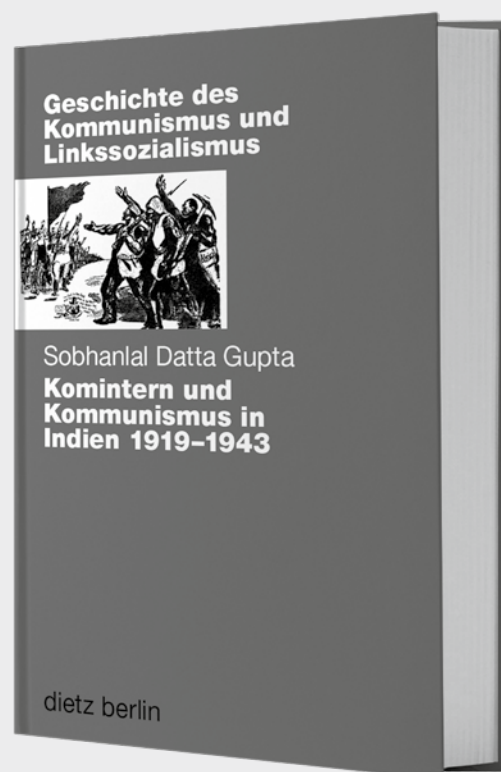
- 12 BA Lichterfelde DP 3/2149 Bd. 28. Wildt, Unbedingten, S. 947.
- 13 BA Lichterfelde, BDC, SSO Paul Budin, Schreiben Budins an Karl Wolff, 24.8.1942. Klaus-Dietmar Henke: Die Dresdner Bank im Dritten Reich, Oldenbourg 2006, S. 477.
- 14 BA Lichterfelde, BDC, SSO Paul Budin, Schreiben Budins an SS-Reichsführung -Persönlichen Stab-, 27.11.1939. Carsten Schreiber: Elite im Verborgenen, München 2008, S. 435–436.
- 15 Schreiber, Elite, S. 437.
- 16 Genauso war der Werkschutz in den Lagern in den Hermann-Göring-Werken in Starachowice dem SS- und Polizeiführer unterstellt. Schon in den 60igern hatte das Gericht in einem Kriegsverbrecherprozess gegen einen Werkschutzangehörigen »den Eindruck gewonnen, dass der KdS Radom wenigstens faktisch Befehlsgewalt über Abwehr und Werkschutz der Hermann-Göring-Werke« besaß. C.F. Rüter: Justiz und NS-Verbrechen. Sammlung deutscher Strafurteile wegen nationalsozialistischer Tötungsverbrechen 1945–1966, Amsterdam 2008, S. 300–305.
- 17 Gisela Bock: Genozid und Geschlecht, Frankfurt am Main 2005, S. 154–155.
- 18 Robert Seidel: Deutsche Besatzungspolitik in Polen. Der Distrikt Radom 1939–1945, Paderborn 2006, S. 360–365. Felicia Karay: Death Comes in Yellow, Amsterdam 1996, S. 43.
- 19 BA Lichterfelde R58/787 Bl. 71–75 »Betrifft: Überprüfungen von Reichsdeutschen Personen« die bei reichsdeutschen Privatfirmen beschäftigt sind, die im Bereich des Heeresgebietes Mitte eingesetzt sind, 19.8.1942. Thomas Kuczynski: Brosamen vom Herrentisch, Berlin 2004, S. 115–118.
- 20 BA Lichterfelde R58/242 Bl. 71–75 »Betrifft: Überprüfungen von Reichsdeutschen Personen, die bei reichsdeutschen Privatfirmen beschäftigt sind, die im Bereich des Heeresgebietes Mitte eingesetzt sind, 19.8.1942 BA Lichterfel-
- de R58/242, Betrifft: Überprüfungen von Reichsdeutschen Personen, die bei reichsdeutschen Privatfirmen beschäftigt sind, die im Bereich des Heeresgebietes Mitte eingesetzt sind, 15.8.1942. Christian Gerlach: Kalkulierte Morde, Die deutsche Wirtschafts- und Vernichtungspolitik in Weißrußland 1941 bis 1944, Hamburg 1999, S. 689–690.
- 21 Die Junkers AG war in der Zeit des Faschismus sukzessive in »Reichsbesitz« gelangt. 1942 gehörte sie zu 100 Prozent der Bank der Deutschen Luftfahrt, einer staatlichen Bank die ganz im staatsmonopolistischen Sinn die risikoreiche Anschubfinanzierung in der Luftrüstungsindustrie auf Kosten der Steuerzahler übernahm. Die Gründung der reichseigenen Luftfahrtbank drängte keineswegs die privaten Banken aus dem Luftrüstungsgeschäft. Ihre Geschäftspolitik zeichnete sich vom ersten Tage »durch eine kooperative Ausrichtung«, besonders gegenüber der Dresdner Bank aus. Der Generaldirektor der Junkerswerke, Heinrich Koppenberg saß daher im Aufsichtsrat der Dresdner Bank. Johannes Bähr: Die Dresdner Bank in der Wirtschaft des Dritten Reiches, München 2006, S. 390–391.
- 22 BA Lichterfelde, BDC SSO Otto Wendland.
- 23 BA Lichterfelde, BDC SSO Otto Wendland, Schreiben Wendlands an SS-Personalamt, 4.1.1943.
- 24 Gerlach, Morde, S. 683–686, S. 697, Christoph Rass: »Menschenmaterial«. Deutsche Soldaten an der Ostfront, Innenansichten einer Infanteriedivision 1939–1949, Paderborn 2003, S. 341. Kerstin Freudiger: Die juristische Aufarbeitung von NS-Verbrechen, Tübingen 2002, S. 70–83.
- 25 BA Lichterfelde, BDC SSO Otto Wendland, BA Lichterfelde NS 3/33 Betrifft: Auszeichnung von Abwehrbeauftragten, Werkschutzleitern und Werkschutzangehörigen mit Kriegsverdienstkreuzen, 18.10.1944.

Sobhanlal Datta Gupta **Komintern und Kommunismus in Indien 1919–1943**

Die Politik der Kommunistischen Internationale auf dem Gebiet des nationalen Befreiungskampfes der kolonial unterdrückten Völker führte immer wieder zu internen Kontroversen. Denen mußte sich schon Lenin, der Autor der Kolonialthesen, stellen, als ihn der Inder Manabendra Nath Roy 1920 auf dem II. Kongress der Komintern mit eigenen Ergänzungsthesen herausforderte.

Gestützt auf reichhaltiges Quellenmaterial aus russischen, englischen, indischen und deutschen Archiven und eingebettet in den Gesamtzusammenhang der Geschichte der Kommunistischen Internationale, konzentriert sich die vorliegende Abhandlung auf den politisch-ideologischen Werdegang des indischen Kommunismus.

Sobhanlal Datta Gupta ist auf diesem Gebiet ein ausgewiesener Fachmann. Er präsentiert dem Leser neue Fakten und Einsichten – nicht zuletzt im Zuge seiner Auseinandersetzung mit dem Stalinismus – für die Diskussion der noch immer aktuellen Frage, warum der Kommunismus in eine Sackgasse lief.



dietz berlin

Band XVII der Reihe
"Geschichte des Kommunismus und Linkssozialismus"
368 Seiten, Hardcover, 34,90 Euro
ISBN 978-3-320-02276-1

Erinnerungen an Gerhard Fischer (17.4.1930–9.8.2013)

Gerhard Fischer gehörte zu den ältesten und den langjährigen Mitgliedern der Bundes-Arbeitsgemeinschaft Antifaschismus beim Vorstand der Partei DIE LINKE.

Der Gründergeneration der Christlich Demokratischen Union in der DDR seit 1946 angehörend, war es ihm immer wichtig, den Grundwert Antifaschismus Menschen aus unterschiedlichen Generationen ans Herz zu legen. Deshalb auch hat er den Bund der Antifaschisten in Berlin mit ins Leben gerufen. Ihm musste man Antifaschismus nicht »verordnen«.

In unserer Zeitschrift »Rundbrief« hat Gerhard Fischer in einem Beitrag an verschiedene programmatische Dokumente der CDU aus der unmittelbaren Nachkriegszeit erinnert, die in das Ahlener Programm der Partei vom Februar 1947 mündeten. Sie bezeugen, dass in beiden deutschen Staaten gleichermaßen Antifaschismus zu den ursprünglichen Zielen politischen Wirkens nach 1945 gehörte.

Gerhard Fischers Fazit zu Vergangenen: »Bloße historische Reminiszenzen? Wohl mehr als das – vielmehr Anzeichen dafür, dass auch in christlichen Kreisen und namentlich bei jenen, die der CDU/CSU angehörten oder nahe standen, nach der Befreiung vom Faschismus das Bewusstsein dafür lebendig war, wo die Hauptschuldigen an Hitlerregime und Zweitem Weltkrieg zu suchen waren und was getan werden musste, ihnen den wirtschaftlichen und politischen Einfluss zu nehmen. Etwa kein aktuelles Thema?«

Als Mitglied des Bundessprecherkreises der VVN-BdA hat Gerhard Fischer großen Anteil an der organisatorischen wie inhaltlichen Zusammenführung von Antifaschisten aus Ost und West. Die Debatte war sein Metier, und deshalb äußerte er auch einmal in einer Beratung unserer Bundes-AG seine Zufriedenheit darüber, dass nach einer erfolgreichen Kampagne zum NPD-Verbot, die viel Zeit und Kraft erfordert hatte, wieder mehr Zeit und Raum für die Auseinandersetzung mit rechtsextremistischen Grundpositionen gegeben war, an denen er sich aktiv beteiligte.

Aus der eigenen Jahrzehnte währenden Beschäftigung mit historischen Themen und ihrer Bedeutung für die ideologischen Auseinandersetzungen – nicht zuletzt zwischen beiden deutschen Staaten – erwuchs sein Mitwirken an der Bekämpfung jeglichen Geschichtsrevisionismus sowie dem Widersprechen zu allen, zahlreichen Versuchen der pauschalen Verurteilung von Allem, was in der DDR gewesen war. In Erinnerung ist vie-

len Menschen beispielsweise Gerhard Fischers Mitwirken in dem Alternativ-Gremium von Gesellschaftswissenschaftlern, die die Arbeit der Enquete-Kommission des Deutschen Bundestages »Aufarbeitung der Geschichte und der Folgen der SED-Diktatur in Deutschland« kritisch begleitete.

Bewundernswert ist die Zahl ehrenamtlicher Verpflichtungen, die Gerhard Fischer gern und gewissenhaft wahrnahm. Bei Terminkonflikten konnte man sicher sein, dass er sich entschuldigte, wenn er an Beratungen unserer Bundes-AG nicht oder nur zeitweise teilnehmen konnte.

Das Spektrum seiner Funktionen war weit gefächert, es reichte vom gewerkschaftlichen Engagement in der IG Medien bis zum regelmäßigen Wandern mit Gleichgesinnten – letzteres diente wohl auch der Erholung.

Es verwunderte auch nicht, Gerhard Fischer beispielsweise in Dresden in den Reihen der Vielen zu finden, die gegen Aufmärsche von Rechtsextremisten protestieren. Tätiger Antifaschismus war seine Sache.

Ich kannte Gerhard Fischer schon zu »DDR-Zeiten« als einen anregenden Gesprächspartner, wenn es um Historisches und antifaschistische Erziehung der Nachgeborenen ging. Eine »Blockflöte« war Gerhard Fischer nie und über solcherart Beschimpfungen war er wohl auch erhaben.

Noch vor wenigen Wochen interessierte er sich für das Wahlprogramm der Partei DIE LINKE, er wollte persönlich nachlesen, ob dort zu wenig zum Antifaschismus drin steht. Und er freute sich auf die Lektüre eines Buches über Ilse Stöbe¹. Ihr Förderer beim Berliner Tagesblatt, Theodor Wolff, war ein guter Bekannter von Otto Nuschke, den auch Gerhard Fischer später sehr verbunden war und über den er eine Biografie geschrieben hat.

Mir – wie vielleicht auch anderen – wird Gerhard Fischer als anregender Gesprächspartner und frühergeborener Mitstreiter fehlen.

Horst Helas

¹ Siehe: Hans Coppi/Sabine Kebir: Ilse Stöbe: Wieder im Amt. Eine Widerstandskämpferin in der Wilhelmstraße, Hamburg 2013.

Das Revolutionsdenkmal in Berlin-Friedrichsfelde

Am 17. März 2013 eröffnete das Museum in Berlin-Lichtenberg im Stadthaus die Kabinettsausstellung »Das Revolutionsdenkmal von Ludwig Mies van der Rohe«.

Die Ausstellung zur Geschichte des Denkmals ist ein besonders wertvoller Beitrag zum Themenjahr »Zerstörte Vielfalt«. Das Jahr 1933 verpflichtet alle Demokraten, sich an die verhängnisvolle Ernennung Hitlers zum Reichskanzler durch Reichspräsident Paul von Hindenburg vor 80 Jahren und den 75. Jahrestag der barbarischen Novemberpogrome in Deutschland zu erinnern. In diesen thematischen Zusammenhang gehört die hier rezensierte Exposition.

Bewusst zerstörte das faschistische Regime das Denkmal des Bauhausarchitekten Mies van der Rohe auf dem Zentralfriedhof in Berlin Friedrichsfelde als ein Symbol des Gedenkens an die revolutionären Frauen und Männer, Arbeiter, Soldaten und Matrosen, in den Monaten der Revolution von 1918/1919. Die Besucher der Ausstellung können an Hand von Skizzen des renommierten Architekten die einmalige Ästhetik des Mahnmals ablesen. Besonders gelungen ist in der Ausstellung die Einheit von Nachbildung, wie die des neu geschaffenen Modells des Denkmals, und der Zuordnung von originalen dreidimensionalen Sachzeugnissen, wie der Gedenksteine für Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht, die Dank mutiger Friedhofsgärtner der Zerstörungswut des NS-Regimes entgangen sind. Sie stehen als Leihgaben des Deutschen Historischen Museums mit zahlreichen Skizzen und Fotos zur Entstehungsgeschichte und Gedenkort der deutschen und internationalen Arbeiterbewegung im Mittelpunkt der Ausstellung. Der Abriss des Denkmals wird ebenfalls mit umfangreichen Fotos und Dokumenten dargestellt.

Ferner wird der Umgang mit dem zerstörten Denkmal nach 1945 dokumentiert. Der Besucher erfährt, dass es vielfältige Bemühungen zum Wiederaufbau des Revolutionsdenkmals gab und wie es zu der Errichtung der gegenwärtigen Gedenkstätte der Sozialisten kam.

Begleitet wird die ausgezeichnete Kabinettsausstellung durch eine Publikation, die durch ihre informative Sachlichkeit besticht.

Der Leiter des Lichtenberger Museums Dr. Thomas Thiele verweist in seinem Vorwort auf die Problematik der hinterlassenen Leerstelle durch die barbarische Vernichtung des einzigartigen Zeugnisses moderner Erinnerungskultur und den Lösungsweg eines Wiederaufbaues des zerstörten Revolutionsdenkmals. Er betont, dass die Ausstellung nicht nur

die Entstehungs- und Zerstörungsgeschichte des Denkmals dokumentieren will, sondern auch das Nachdenken über die künstlerische Leerstelle anregen möchte.

Der Landeskonservator der Stadt Berlin Prof. Dr. Jörg Haspel betont in seinem interessanten Beitrag zutreffend, dass die unerlässliche Diskussion und Erinnerungspflicht auf die »zerstörte Vielfalt« durch die NS-Diktatur stetig – nicht nur an »runden« Gedenktagen – geführt werden sollte.

Prof. Dr. Jürgen Hofmann, der seit Jahrzehnten die Geschichte des Friedrichsfelder Friedhofs erforscht und durch seine akribische Recherchetätigkeit eine Fülle kaum bekannter oder bewusst vergessener Fakten zum Revolutionsdenkmal zu Tage förderte, schildert in sechs fundierten Beiträgen die wechselhafte Geschichte des Denkmals und verweist zu Recht darauf, dass die Gedenkstätte der Sozialisten ein »zentraler – wenn auch umstrittener – Ort – politischer Erinnerungskultur bleibt.«

Martin Schönfeld berichtet in seinem Beitrag über die unterschiedlichen Bemühungen Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht im öffentlichen Raum zu Ehren. Insgesamt liegt hier ein wichtiger Beitrag zum 80. Jahrestag der faschistischen Machteinsetzung vor.

Günter Wehner



Antifaschistisches
info Blatt

Homophobie und
die extreme
Rechte

**Antifaschistisches
Infoblatt**
Gneisenaustraße 2a
10961 Berlin

Einzelexemplar: 3,50 EUR
Abo 17,50 EUR (5 Ausg.)
Abo 35,00 EUR (10 Ausg.)

www.antifainfoblatt.de
mail@antifainfoblatt.de
facebook.com/AntifaschistischesInfoblatt
twitter.com/AntifainfoBlatt

Kostenloses Probeexemplar

Ausstellung »Europäischer Widerstandskampf«

Dass der Widerstandskampf gegen den Faschismus in den Jahren bis 1945 nicht nur in Deutschland und Italien, sondern insbesondere in allen von den faschistischen Mächten okkupierten Ländern stattgefunden hat, ist eine bekannte Tatsache. Weniger bekannt ist jedoch die Geschichte dieses antifaschistischen Kampfes, der in den jeweiligen Ländern zum Teil recht unterschiedliche Ausprägung besaß. Auch waren die Zugänge zum Widerstand, seine Formen und seine politischen Träger zum Teil sehr unterschiedlich.

Die Geschichte dieses Widerstands aufzuarbeiten, war in der Vergangenheit und bis heute ein Anliegen der Internationalen Föderation der Widerstandskämpfer (FIR). Schon von 1959 bis 1963 wurden zehn »Internationale Hefte der Widerstandsbewegung« herausgegeben, in denen Historiker und Veteranen des antifaschistischen Kampfes in ausführlichen Aufsätzen die Geschichte des Widerstandskampfes in ihrem Land darstellten. Diese Hefte sind bis heute eine wichtige Quelle für diejenigen, die sich einen gesamteuropäischen Überblick verschaffen möchten.

In den Folgejahren legten viele Mitgliedsverbände eigene Studien und Dokumentationen über die Widerstandsbewegung in ihrem jeweiligen Land vor, ein europäischer Querschnitt konnte jedoch nicht mehr erarbeitet werden.

Diesem Desiderat stellten sich vor gut drei Jahren das belgische Institut des Vétérans und die Internationale Föderation der Widerstandskämpfer (FIR) – Bund der Antifaschisten, als sie im Rahmen verschiedener gemeinsamer Projekte das Thema für eine Ausstellung vorbereiteten. Mitgliedsverbände der FIR in verschiedenen Ländern wurden angefragt, Materialien – insbesondere Bilder und spezifische Dokumente – zur Verfügung zu stellen. Mit großen Einrichtungen, wie dem niederländischen Widerstandsmuseum, der ONAG in Frankreich und einem luxemburgischen Institut wurden Kooperationen vereinbart. Dennoch dauerte die Arbeit an dem Konzept, der Materialsammlung und Sichtung sowie der Endredaktion gut drei Jahre, bevor nun Anfang Juli 2013 die Ausstellung »Europäischer Widerstandskampf gegen den Nazismus« im Foyer des Europäischen Parlaments in Straßburg eröffnet werden konnte.

Nach einer Einführungsstafel mit den Grußworten des Institut des Vétérans und der FIR sowie einigen Thesen »Was ist Widerstand?« dokumentiert die Ausstellung auf 50 Stellwänden (2,15 x 1,20 m) den antifaschistischen Kampf in fast allen europäischen Ländern der damaligen Zeit, die im Kampf gegen den Nazismus eingebunden waren: Italien, Spanien, Portugal, Deutschland, Österreich, Tschechoslowakei, Po-

len, Norwegen, Dänemark, Belgien, Niederlande, Luxemburg, Frankreich, Großbritannien, Sowjetunion, Ungarn, Albanien, Jugoslawien, Griechenland, Bulgarien und Rumänien.

Die einführenden Texte sind kurz gehalten und in drei Sprachen zu lesen. Zum einen war dies eine Vorgabe aus Belgien (das bekanntlich mehrsprachig ist) und zum anderen der zukünftigen Präsentation in verschiedenen europäischen Ländern geschuldet.

Die Ausstellung lebt durch gut 400 eindrucksvolle Bilder und reproduzierte Dokumente, die die knappen erläuternden Texte unterstreichen. Bei der Auswahl der Illustrationen, die oftmals von den nationalen Verbänden der Widerstandskämpfer und Antifaschisten zur Verfügung gestellt wurden, wurden besonders solche Bilder gewählt, die Männer und Frauen, nationale Besonderheiten des Kampfes und allgemeine Tendenzen zum Ausdruck bringen konnten. So findet man Fotos des Slowakischen Nationalaufstands, des Kopenhagener Generalstreiks, der jugoslawischen Partisanenarmeen oder das Flugblatt der KPD von 1938 »Wider die Judenpogrome«, eines der wenigen Beispiele des öffentlichen Protests gegen diesen antisemitischen Terror in Deutschland. Die Ausstellung erhebt natürlich keinen Anspruch auf Vollständigkeit, sie zeigt aber, dass der Widerstandskampf in allen europäischen Ländern in unterschiedlicher Form und unter Berücksichtigung der nationalen Besonderheiten stattgefunden hat. Bei der Eröffnung wurde die Bedeutung einer konsequenten Aufarbeitung der Geschichte mit einer klaren Botschaft der politischen Erinnerung für heute unterstrichen. So dankte der Vertreter des Parlaments den Initiatoren für dieses eindrucksvolle Beispiel der Bewahrung der Erinnerung. Er würdigte den Heroismus der damaligen Widerstandskämpfer aus den verschiedenen Ländern. Zwar schlug er in seinen Begrüßungsworten auch den Bogen zur Notwendigkeit der Wachsamkeit gegenüber – wie er es nannte – »totalitären« Gefahren heute, vermied es aber, die reale Rechtsentwicklung in verschiedenen europäischen Ländern selber mit deutlichen Worten zu thematisieren.

Michel Jaupart, der Leiter des Institut des Vétérans, unterstrich in seinen Worten das inhaltliche Anliegen der Ausstellung, mit den hier gezeigten Bildern und Dokumenten die historischen Erfahrungen an die zukünftigen Generationen weitergeben zu können.

Der Generalsekretär der FIR formulierte in seinem Beitrag, dass die Gemeinsamkeit des antifaschistischen Kampfes der Anti-Hitler-Koalition die Basis für die Entstehung der Idee ei-

nes neuen friedlichen Europas nach der Befreiung von Faschismus und Krieg gewesen sei. Daraus leitete er die aktuelle Verpflichtung für die politisch Verantwortlichen und alle antifaschistischen Kräfte ab, wachsam und streitbar zu sein gegen extrem rechte und rechtspopulistische Tendenzen in den verschiedenen europäischen Ländern. Aus der Erinnerung an den Widerstand damals leite sich die Verantwortung für ein antifaschistisches Engagement heute ab.

Die Ausstellung wird 2013 zuerst in Belgien gezeigt werden. Die FIR plant die Übersetzung in weitere Sprachen und die Herstellung eigener Kopien, sodass die Ausstellung zukünftig in verschiedenen europäischen Ländern zu sehen sein wird. Abgeordnete der LINKEN haben bereits vorgeschlagen, diese Ausstellung auch im deutschen Bundestag zu zeigen.

Ulrich Schneider

Helmut Bock

Freiheit – ohne Gleichheit? **Soziale Revolution 1789 bis 1989** **Tragödien und Legenden**

Seit 1789 ereigneten sich in Europa politische und soziale Revolutionen, die den Gang der Weltgeschichte nachhaltig beeinflussten. Die bürgerlichen Revolutionen sind durch illustre Begriffe wie die "Große", die "Schöne", die "Friedliche" bezeichnet, auf diese Weise jedoch hinsichtlich ihrer widerspruchsvollen, gar fragwürdigen Inhalte und Resultate kaum kritisch beurteilt. Indes werden Versuche der arbeitenden Klassen, gerechte Lebensverhältnisse durch gesellschaftliche Alternativen, notfalls auch soziale Empörung, zu gewinnen, von Staatsinstitutionen und Medien als "häßlich" und "verbrecherisch" abgeurteilt – oder in totale Vergessenheit verbannt. Das ist typisch für die Besitzbürgerlichkeit in Politik und Geschichtsdenken. Losungen und Versprechen, die anfangs Millionen von Europäern in die Kämpfe und Umwälzungen hineinrissen, sind nach zwei Jahrhunderten für Milliarden von Erdbewohnern noch immer nicht eingelöst. So war "Liberté! Égalité! Fraternité!" verheißungsvoller Dreiklang der Großen Französischen Revolution, Präludium für ein erhofftes Wohlergehen aller Menschen und Völker. Im Weltverständnis von heute mit einer Ernüchterung vom mißlichen Vorspiel der "Moderne" verkleinert, kostet es Mühe, "Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit!" zumindest als ein utopisches Richtzeichen am dunklen Himmel der United Nations zu erkennen.



416 Seiten, Hardcover, 34,90 Euro,
ISBN 978-3-320-02290-7

www.dietzberlin.de

dietz berlin

Das Nationalkomitee »Freies Deutschland«

Anlässlich des 70. Jahrestages der Gründung des Nationalkomitees »Freies Deutschland« (NKFD) führte der Marxistische Arbeitskreis zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung bei der Partei Die Linke in Zusammenarbeit mit der Geschichtskommission beim Parteivorstand der DKP, der Marx-Engels-Stiftung e. V. Wuppertal und der Redaktion der »jungen welt« am 29. Juni 2013 eine Konferenz durch.

Dr. Michael Polster (Berlin) ging in seinem Referat auf die politische Bedeutung der Gründung des NKFD ein und hob hervor, dass das NKFD eine politische Koalition auf breitester Grundlage war. Dem NKFD gehörten Kommunisten, Sozialdemokraten, Liberale wie konservative, christlich orientierte Persönlichkeiten sowie Republikaner, Berufsbeamte und insbesondere Berufsoffiziere an. Der Referent verwies in seinem Vortrag auf die prinzipielle unterschiedliche Wertung des NKFD in der BRD und in der DDR. Offiziere und Generale, die sich zum NKFD bekannten, wurden in der »alten« Bundesrepublik, aber auch von konservativen Kräften in der Gegenwart, nach wie vor als Verräter bewertet bzw. totgeschwiegen.

M. Polster erinnerte daran, dass das NKFD, auch wenn es sein Hauptziel, die rasche Beendigung des Völkermordens und den Sturz des faschistischen Regimes in Deutschland, nicht erreichte, dennoch einen bedeutsamen Beitrag im Ringen gegen das NS-Regime leistete. Ferner verwies er auf die Notwendigkeit, das Wirken des NKFD in seiner Vielfalt und in Bezug auf viele weiße Flecken erneut zu erforschen.

Dr. Reiner Zilkenat (Berlin) hob in seinem Vortrag »Volksgemeinschaft ohne Widerstand? Faschismus und Antifaschismus in der aktuellen bürgerlichen Geschichtsschreibung der BRD« hervor, dass im zunehmenden Masse das »Volksgemeinschafts«-Theorem an Bedeutung zunimmt, wobei der antifaschistische Widerstand gegen die NS-Diktatur kaum beachtet bzw. die vielfältigen Formen widerständigen und abweichenden Verhaltens ausgeblendet bzw. unterschätzt werden. Er hob hervor, dass die Historiker und Publizisten, die die »Volksgemeinschaft« in den Mittelpunkt ihrer Interpretation des »Dritten Reiches« stellen, diese nicht wissenschaftlich fundiert erklären und dabei seit langem gewonnene Erkenntnisse von bürgerlichen wie marxistischen Historikern zur Sozial- und Wirtschaftsgeschichte des Faschismus an der Macht schlicht ignorieren (z. B. Timothy W. Masons Pionierstudien aus den 1970er Jahren oder die Arbeiten von Rüdiger Hachtmann, Stefan Heinz, Detlef Humann, Wolfgang Zöllitsch). Einschlägige Forschungsergebnisse von

DDR-Historikern (z. B. Dietrich Eichholtz, Heinz Petrick, Joachim Petzold) werden a priori als »unwissenschaftlich« diffamiert. Die Wirkungen des Terrors auf potenziell oppositionelle Kräfte würden im Vergleich zur Bedeutung der »sozialpolitischen« Maßnahmen des Regimes stark unterschätzt. Auch werde nicht hinreichend erkannt, dass alle Handlungen des NS, vom ersten Tag seiner Existenz an, der Vorbereitung eines erneuten Angriffskrieges dienten. In diesem Zusammenhang wäre auch der mitunter (hinter den Kulissen) mit Schärfe ausgetragene Gegensatz unterschiedlicher faschistischer Apparate zwischen totaler Kriegsvorbereitung (Wehrmacht) und Pazifizierung der Arbeiterklasse (Deutsche Arbeitsfront) zu interpretieren.

Hermann Kopp (Düsseldorf) ging in seinem Beitrag auf das Wirken des Komitees »Freies Deutschland« für den Westen (CALPO) ein. Er erinnerte daran, dass bis zum Mai 1940 Frankreich und Großbritannien nicht aktiv in das Kriegsgeschehen eingriffen und in beiden Ländern die deutschen Emigranten interniert bzw. streng überwacht wurden. Erst nach der Okkupation Frankreichs konnten sich deutsche Antifaschisten der französischen Widerstandsbewegung anschließen. Er erläuterte, dass im CALPO alle deutschsprachigen Emigranten vereinigt waren und an der Seite der französischen Widerstandskämpfer im Ringen gegen das Okkupationsregime standen.

In der sehr lebhaften und lang andauernden Diskussion im Anschluss an die Referate wurde u. a. auf die vorhandenen Forschungslücken im Bezug auf das NKFD eingegangen, dabei insbesondere auf die Problematik der Auflösung des NKFD und auf den Umgang seines politischen Erbes für die Gegenwart. Auch Fragen der Einschätzung der wechselnden Interpretationen der bürgerlichen Geschichtsschreibung in der BRD zur Sozialpolitik, zu den Mechanismen, den Inhalten und den Erfolgen bzw. Grenzen der Massenbeeinflussung im Faschismus an der Macht fanden große Beachtung und führten zu zahlreichen Wortmeldungen. Dabei wurde u. a. dafür plädiert, Kontinuitäten der Strategien des deutschen Imperialismus für die Massenbeeinflussung kleinbürgerlicher und proletarischer Schichten stärker zu berücksichtigen sowie neueste Forschungsergebnisse zum Arbeiterwiderstand im »Dritten Reich« (z. B. von Stefan Heinz zum Widerstand von Gewerkschaftern und seiner Kontinuität nach 1939) in den Blick zu nehmen. Die Materialien der Tagung werden in den nächsten Heften der »Geschichtskorrespondenz« zugänglich sein.

Günter Wehner

AUF DEM WEG IN DEN ERSTEN WELTKRIEG

Die deutsche Sozialdemokratie zur wilhelminischen »Welt«- und Flottenpolitik 1897 bis 1900

Dass sich an der Wende vom 19. zum 20. Jahrhundert ein grundlegender Wandel in den ökonomischen Strukturen der fortgeschrittenen kapitalistischen Staaten vollzog, nicht zuletzt im deutschen Kaiserreich, der sich zeitgleich auch auf ihre Innen- und Außenpolitik auszuwirken begann, gehört zu den Erkenntnissen marxistischer historischer Forschung¹, aber auch der Schule um den Hamburger Historiker Fritz Fischer² sowie mancher der sozialgeschichtlich orientierten Geschichtswissenschaftler in der BRD der 1960er und 1970er Jahre.³

Sie alle konnten in ihren Forschungsarbeiten auf wertvolle Studien zeitgenössischer Theoretiker zurückgreifen.

Der damals sich vollziehenden Herausbildung des Finanzkapitals als einer Verschmelzung von Industrie- und Bankkapital, der Tendenz zur wachsenden Konzentration des Kapitals und zur Monopolisierung, dem sich rapide entwickelnden Kapitalexport, den um sich greifenden Erscheinungen des außenpolitischen Abenteuerstums und der innenpolitischen Repressionen galt auch die Aufmerksamkeit des bedeutenden Theoretikers der internationalen Arbeiterbewegung Rudolf Hilferding. Sein grundlegendes, 1910 publiziertes Werk »Das Finanzkapital«⁴, diente nicht zuletzt auch als Anregung und Grundlage der Forschungen anderer marxistischer Autoren⁵, von denen Lenins Schrift »Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus – Gemeinverständlicher Abriss«⁶, veröffentlicht im Jahre 1917, bekanntlich den nachhaltigsten theoretischen und politischen Einfluss ausüben sollte. Im Vorwort der 1947 publizierten Neuauflage von Hilferdings Werk schrieb kein Geringerer als Fred Oelssner, ungeachtet mancher der von ihm formulierten kritischen Einwände: »Man kann die Ökonomie und die sozialen Bewegungen unserer Zeit nicht richtig verstehen, ohne gründlich »Das Finanzkapital« studiert zu haben.«⁷

An dieser Stelle sei aber auch vermerkt, dass sich eine Fülle von oft hellsichtigen Beobachtungen und klugen Analysen der weit reichenden wirtschaftlichen und politischen Evolutionen in der damaligen Welt des Kapitals in den Spalten des »Vorwärts«, der »Neuen Zeit«, in anderen Publikationsorganen der deutschen Sozialdemokratie, aber auch in Reden und Dokumenten der SPD-Parteitage finden lassen, die nach meiner Beobachtung in der Historiografie nicht immer die angemessene Beachtung gefunden haben.

In diesem Beitrag soll ausschließlich von den Anfängen der so genannten Weltpolitik und des damit zusammenhängenden Flottenbaus in den Jahren von 1897 bis 1900 die Rede sein bzw. davon, wie die Sozialdemokratie sich hierzu positionierte.⁸ Dieser Gegenstand war in jenen Jahren eines der bedeutendsten Themen, vielleicht sogar das bedeutsamste Thema in den politischen Auseinandersetzungen des wilhelminischen Deutschlands.

I.

Als der Admiral Alfred von Tirpitz⁹ im Juni 1897 von Kaiser Wilhelm II. zum Staatssekretär und Chef des Reichsmarineamtes ernannt wurde, vollzog sich nicht allein ein personeller Wechsel in diesem Amt, sondern die Personalie Tirpitz signalisierte den Beginn einer qualitativ neuen Etappe in der wilhelminischen Außen- und Militärpolitik. Worum es ging, war der gegen Großbritannien gerichtete Bau einer Schlachtflotte mit eindeutig aggressiver Zielstellung. Zugleich sollte das Budgetbewilligungsrecht des Reichstages durch die von der Regierung beantragte parlamentarische Zustimmung zur langfristigen Finanzierung der neu zu bauenden Kriegsschiffe ausgehebelt werden. Mehr noch: nach einmal festgelegten Fristen sollte die gewissermaßen automatische Modernisierung der Flotte durch Neubauten ohne ein erneutes Votum des Reichstages ermöglicht werden (das so genannte Septennat bzw. Äternat). Deshalb titulierte Franz Mehring den Admiral Tirpitz in einem Artikel der »Neuen Zeit« hellsichtig als einen »Marine-Roon«, dem die Aufgabe übertragen worden sei, wie der preußische Kriegsminister Albrecht von Roon in der Zeit des Heeres- und Verfassungskonfliktes der 1860er Jahre¹⁰, gegen den erklärten Willen der Mehrheit des Volkes und des Parlamentes groß dimensionierte Rüstungsmaßnahmen durchzusetzen, koste es, was es wolle. Hiergegen müsse der Reichstag, so Mehring, »den Mut haben, der Regierung ein »bis hierher und nicht weiter!« zuzurufen«. Er habe die Kraft aufzubringen, »diesen Standpunkt siegreich durchzufechten«. Das Parlament, so fuhr er fort, habe »noch einmal die vermutlich letzte Gelegenheit, sich ein Stück Macht zu erobern.«¹¹

II.

Worum ging es beim geplanten Aufbau einer schlagkräftigen Schlachtflotte? Nach dem Willen ihrer Befürworter sollte sie in nicht allzu ferner Zukunft in der Lage sein, im Kriegsfall-

le die mächtige, als unangreifbar geltende britische »home fleet« zu neutralisieren, wenn nicht sogar in einer offenen Seeschlacht in der Nordsee zu besiegen.¹²

Öffentlich wurde dies strikt geleugnet. Der von April 1917 bis zum Juli 1918 amtierende Staatssekretär im Auswärtigen Amt, Richard von Kühlmann, schrieb hierzu in seinen Memoiren: »In Wirklichkeit war es sein (Tirpitzens-R.Z.) Wunsch und seine Hoffnung, die englische Flotte überbauen zu können. Ich habe mit eigenen Ohren gehört – damals als Student der Rechte in Berlin weilend –, wie er in einem Privathause im vertrauten Kreise vor Reichstagsabgeordneten seine Hoffnung, der englischen Flotte den Rang abzulaufen, offen und rückhaltlos darlegte.«¹³

Letztlich ging es um den Anspruch des deutschen Imperialismus, den Status der beherrschenden Weltmacht zu erlangen, es ging um die Neuaufteilung der Welt zu Gunsten des Deutschen Kaiserreiches, es ging perspektivisch um die Ersetzung der führenden imperialistischen Weltmacht Großbritannien durch die aufstrebende ökonomische wie militärische Großmacht Deutschland.

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes, Bernhard von Bülow, hatte in seiner berühmten Reichstagsrede vom 6. Dezember 1897 die Grundmelodie dieses politischen Kurses eingängig mit folgenden, seither immer wieder zitierten Worten formuliert: »Wir wollen niemanden in den Schatten stellen, aber wir verlangen auch unseren Platz an der Sonne.«¹⁴ Allerdings lag es auf der Hand, »dass im Zeitalter der vollendeten Aufteilung der Erde ... der »Platz an der Sonne« so knapp geworden war, dass jeder Imperialismus, der mehr »Sonnen« für sich beanspruchte, diese einem anderen entzog.«¹⁵ Anders gesagt: Der deutsche Imperialismus konnte nur mit Hilfe kriegerischer Konflikte, womöglich eines Weltkrieges, darauf hoffen, Einfluss-Sphären und Kolonien zu seinen eigenen Gunsten neu verteilen zu können – ganz zu schweigen von Absichten, Territorien anderer imperialistischer Mächte Europas, wie Frankreichs oder Russlands, zu annektieren. Seit der Wende vom 19. zum 20. Jahrhundert entwickelte sich dabei der Gegensatz zwischen Deutschland und Großbritannien zur Hauptquelle der Kriegsgefahr oder, wie es der Generalleutnant und Erste Generalquartiermeister der Dritten Obersten Heeresleitung im Ersten Weltkrieg, Wilhelm Groener, signifikant formulierte: »Die Geschichtsschreibung wird die Periode von 1890 bis 1918 durch die Überschrift charakterisieren: »Kampf Deutschlands mit England um den Weltmarkt.«¹⁶

Maßgebliche Kreise der ökonomisch und politisch Herrschenden: der Kaiser und seine Entourage, die Spitzen der Admiralität und der Generalität sowie bedeutende Exponenten des Großkapitals, standen diesem Projekt, den »Griff nach der Weltmacht« (Fritz Fischer) zu wagen, ungeachtet seines höchst abenteuerlichen Charakters, nichtsdestoweniger mit großer Sympathie und Zustimmung gegenüber. Zu nennen wären hier zum Beispiel die von den maritimen Rüstungen profitierenden Unternehmen der Herren Krupp und von Stumm-Halberg, letzterer von den Zeitgenossen als »Scheich

von Saarabien« bezeichnet, aber auch Finanzinstitute wie die Deutsche Bank und die Disconto Gesellschaft.¹⁷

Zeitgleich mit der beginnenden Flottenrüstung gegen Großbritannien griff das Deutsche Reich nach allen Landstrichen und Gebieten, so klein sie auch immer sein mochten, um das eigene Kolonialreich (Deutsch-Ostafrika, Kamerun, Togo, Deutsch-Südwestafrika) auszudehnen, das im Vergleich zu denen der Engländer und Franzosen einen eher bescheidenen Charakter aufwies: Kiautschou (1898), die Marianen- und Karolineninseln, die Insel Palau, Südsamoa (jeweils 1899), ein kleiner Teil des französischen Kongo (1911).

III.

Entschiedenste Opposition gegen diese unvermeidlich auf einen Krieg hinsteuern »Weltpolitik« wurde allein von der Sozialdemokratie praktiziert. Der sich herausbildende deutsche Imperialismus wurde von Beginn an durch solche Politiker und Theoretiker der SPD scharfsinnig analysiert wie August Bebel und Wilhelm Liebknecht, Paul Singer und Franz Mehring. Wilhelm Liebknecht hob in einer Rede vor dem Reichstag am 27. April 1898 hervor, dass die so genannte Weltpolitik darin bestünde, »sich eigentlich in alles, was in der ganzen übrigen Welt vorgeht, einzumischen, eine Politik, die sich einbildet, die Weltvorhersehung zu spielen, und die will, dass Deutschland der Weltgendarm sein soll, der überall dafür zu sorgen hat, dass der deutsche Einfluss maßgebend ist.«¹⁸

Und auf dem sozialdemokratischen Parteitag in Mainz, der im September 1900 stattfand, analysierte Paul Singer: »Die Entwicklung des Kapitalismus hat dahin geführt, dass durch die Konzentration des Kapitals und durch die dem Kapital innewohnende Expansionskraft er seiner Gier nach Vermehrung nicht mehr im Inland Ausdruck geben kann. Das Streben des Kapitalismus geht dahin, alle Ausbeutungsgelegenheiten zu behaupten, welche es ihm ermöglichen, sich immer mehr zu konzentrieren. (...) Im Namen der Zivilisation geht man, in der einen Hand die Bibel, in der anderen die Flinte, nach fernen Ländern; im Namen der Zivilisation raubt man den Leuten ihr Land, und wenn sie sich dagegen wehren, schießt man sie wie die Hunde nieder; im Namen der Zivilisation zwingt man sie in die ökonomische Sklaverei der Eroberer ...«¹⁹

Weite Verbreitung fanden auch mehrere Broschüren, die über die tiefer liegenden ökonomischen und politischen Motive aufklärten, die den maritimen Rüstungen zugrunde lagen. Zu nennen sind hier insbesondere Alexander Helphands (Pseudonym: Parvus) ebenso kurz gefasste wie präzise Analyse »Marineforderungen, Kolonialpolitik und Arbeiterinteressen«, die bereits 1898 publiziert wurde, Franz Mehrings Band »Weltkrach und Weltmarkt« sowie Julian Marchlewskis (Pseudonym: Karski) Buch »Flottenkoller und Weltmachtspolitik«, die beide im Jahre 1900 erschienen.

IV.

Doch die kompromisslose Opposition der Sozialdemokratie gegen die »Welt- und Flottenpolitik des wilhelminischen Rei-

ches traf innerhalb der SPD mittlerweile auf unüberhörbaren Widerspruch. Im Zuge der Revisionismusdebatte²⁰, die von Eduard Bernstein mit seiner in den Jahren 1896/1897 in der »Neuen Zeit« veröffentlichten Artikelserie, die den Titel »Probleme des Sozialismus« trug, ausgelöst worden war, geriet die parteioffizielle Haltung in diesen Fragen unter Druck. Bernstein, der fraglos neue Erscheinungen in der sozialen Entwicklung Deutschlands erkannt und Verkrustungen in der Ideologie und Politik seiner Partei zutreffend beim Namen genannt hatte, verkannte jedoch vollständig den Charakter und die Zielsetzungen des deutschen Imperialismus um die Jahrhundertwende. In seinem 1899 publizierten Buch »Die Voraussetzungen des Sozialismus und die Aufgaben der Sozialdemokratie« propagierte er offen eine Zustimmung der SPD zur Kolonial- und Außenpolitik des wilhelminischen Reiches: »Wenn wir berücksichtigen, dass Deutschland zur Zeit jährlich ganz erhebliche Mengen Kolonialprodukte einführt, so müssen wir uns auch sagen, dass einmal die Zeit kommen kann, wo es wünschenswert sein mag, mindestens einen Teil dieser Produkte aus eigenen Kolonien beziehen zu können.«²¹ Und in seinem Aufsatz »Die türkischen Wirren und die deutsche Sozialdemokratie« begründete er die Legitimität von kolonialer Unterdrückung und überseeischer Expansion mit dem »Recht« der »Kulturvölker«, »Wilde zu zivilisieren«: »Kulturfeindliche und kulturunfähige Völker haben keinen Anspruch auf unsere Sympathie, wo sie sich gegen die Kultur erheben. Wir erkennen kein Recht auf Raub, kein Recht der Jagd gegen den Ackerbau an. (...) Wir werden bestimmte Methoden der Unterdrückung von Wilden verurteilen und bekämpfen, aber nicht, dass man Wilde unterwirft und ihnen gegenüber das Recht der höheren Kultur geltend macht.«²²

Von diesen noch allgemein formulierten Gedanken war es dann nur noch ein kleiner Schritt zu solchen Vorstellungen, denen zufolge die Sozialdemokratie im Reichstag ihre Zustimmung zu den groß angelegten maritimen Rüstungen erteilen sollte. Dahinter verbarg sich die Vorstellung, dass angeblich auch im Interesse der Arbeiterklasse eine Neuaufteilung der Welt zugunsten des deutschen Imperialismus auf der Tagesordnung stünde. In den »Sozialistischen Monatsheften« hieß es hierzu 1899: Sollten die traditionellen Kolonialmächte und imperialistischen Großmächte wie Frankreich und Großbritannien »dazu schreiten, den Markt der von ihnen besetzten Landstriche ausschließlich für ihre eigenen Industrien zu reservieren, dann hieße es für die deutsche Exportindustrie und damit (!-R.Z.) für die deutsche Arbeiterklasse: gehe zugrunde oder erzwingt Dir den Eingang mit der Waffe in der Hand!«²³ Ein weiteres Argument wurde in wachsendem Maße vorgebracht, um die propagierte Abkehr der Sozialdemokratie von einer entschieden antimilitaristischen Politik zu begründen: Die SPD könne mit ihrer Zustimmung zu den Flottengesetzen von der Regierung Zugeständnisse in anderen Fragen erzielen, vor allem auf dem Gebiet der Sozialpolitik und der Erweiterung demokratischer Rechte.

Imperialismus und Rassismus »von links«?

Sozialdemokratische Befürworter der »Welt«- und »Kolonialpolitik« in den »Sozialistischen Monatsheften« 1912 bis 1918

Ludwig Quessel: Aufgaben sozialdemokratischer Kolonialpolitik (ursprünglich 1912), in: Sozialdemokratie und Kolonien. Mit Beiträgen von Eduard Bernstein u.a., Berlin 1919, S. 53 f.:

»Wie sich die Sozialdemokratie auch zur kapitalistischen Kolonialpolitik zurzeit stellen mag, der Pflicht, zivilisatorische Koloniarbeit zu treiben, unsere Kolonien und ihre Bevölkerung kulturell und wirtschaftlich zu heben, darf sich keiner unserer Abgeordneten entziehen.(...) Die Kulturmenschheit kann heute die Produkte der Tropen nicht mehr entbehren, und so hoch wir auch die Freiheit und Unabhängigkeit der eingeborenen Rassen stellen mögen, so finden sie doch in der Sorge für das kulturelle Wohl der gesamten Kulturmenschheit ihre Schranken. Wären demnach die Produkte der Tropen, die die Kulturmenschheit gebieterrisch begehrt, wie Ölpflanzen zur Bereitung von Kunstbutter und Seife, Baumwolle zur Kleidung, Kaffee, Tee, Kakao zur Bereitung anregender Getränke, nur durch den Plantagenbetrieb zu gewinnen, so müssten sich auch die Sozialdemokraten mit dieser Form der landwirtschaftlichen Unternehmung aussöhnen.(...)

Die Eingeborenen zu produktiver Arbeit zu erziehen ist eine erste Aufgabe dessen, was man unter sozialdemokratischer Kolonialpolitik verstehen kann. Wenn wir dahin wirken, arbeiten wir in gleicher Weise im Interesse der menschlichen Zivilisation wie unserer nationalen Wirtschaft. Wer diese Aufgabe erfasst hat, muss aber auch die zu ihrer Erfüllung geeigneten Mittel ergreifen, und hier gilt es dann die Intransigenz endgültig zu verabschieden, die jeder positiven Kolonialpolitik der Sozialdemokratie im Weg steht.«

August Winnig: Die Kolonien und die Arbeiter (ursprünglich 1915), in: ebenda, S. 36 f.:

»Die primäre Ursache der Kolonialpolitik unserer Zeit ist das zwingende Bedürfnis des Wirtschaftswesens der Industrieländer nach Rohstoffen. Die Notwendigkeit der Wirtschaft des Mutterlands durch Kolonialwirtschaft zu ergänzen und zu stützen liegt vor allem für unser Land in greifbarer

Deutlichkeit vor. Die dauernd starke Vermehrung der Bevölkerung hat uns ein Wirtschaftssystem aufgenötigt, dass ohne koloniale Ergänzungswirtschaft überhaupt nicht denkbar und schlechthin unmöglich ist.(...) Wir können uns heute keine Entwicklung denken, die nicht zu einer Ausweitung und Steigerung des Industrialismus führte, die uns in den Stand setzte, auf diese Rohstoffe und Produkte zu verzichten. Solange es menschliches Kulturleben geben wird, so lange wird es nur mit Hilfe der heutigen Kolonialgebiete möglich sein. Kein Mensch, keine Klasse und keine Partei kann diese Tatsache ignorieren. Vor allem kann sie keine Partei und keine Klasse unbeachtet lassen, die Anspruch auf Teilnahme an der Leitung und Verwaltung des öffentlichen Wesens erhebt.

Und am allerwenigsten kann sich die Arbeiterklasse und als ihr politischer Ausdruck die Sozialdemokratie über diese Tatsache und die aus ihr fließenden Notwendigkeiten hinwegsetzen. Kann sich die Arbeiterklasse auf den Standpunkt stellen, dass es ihr ganz gleichgültig sei, ob die deutsche Volkswirtschaft die nötigen Rohstoffe erhält oder nicht? Selbstverständlich wäre ein solcher Standpunkt unmöglich. Es kann einfach der Arbeiterschaft nicht gleichgültig sein, unter welchen Bedingungen sich der Ablauf der wirtschaftlichen Funktionen vollzieht. Es berührt selbstverständlich das Interesse der Arbeiterschaft, ob die Industrie, von deren Gedeihen sie selbst abhängt, die nötigen Rohstoffe erhält, und ob sie sie zu günstigen Preisen erhält.(...) Das entschiedene Bekenntnis zur Humanität auch gegenüber den Eingeborenen, darf uns nicht verkennen lassen, dass an ihnen zunächst ein gutes Stück Erziehungsarbeit zu leisten ist. Die Formel von der Gleichheit all dessen, was Menschenantlitz trägt, ist sicherlich edel und hochherzig. Aber Jahrtausende fehlender anthropologischer Entwicklung lassen sich nicht in einem Menschenalter ausgleichen. Die notwendige wirtschaftliche Erschließung primitiver Länder ist ohne Eingriffe in die »Rechte« und »Freiheiten« ihrer Bevölkerung ebenso wenig möglich wie die Erziehung des Kindes ohne Schulzwang und ohne Zucht.«

Herman Kranold: Krieg und Kolonisation (ursprünglich 1915), in: ebenda, S. 31 ff.:

»Schon lange war in der deutschen Sozialdemokratie ein langsames Anwachsen des Verständnisses für die nationale und kulturelle Bedeutung der Kolonisation zu beobachten. Man gewöhnte sich allmählich ab, an ihr nur die kapitalistischen Motive und Wirkungen zu sehen.(...)

Gewiss ist die negative Arbeit, die die sozialdemokratische Partei in der Kritik der kolonialen Angelegenheiten bisher geleistet hat, nicht niedrig einzuschätzen; die Partei darf es sich mit Recht zugute halten, wenn auch in bürgerlichen kolonialfreundlichen Kreisen Deutschlands sich allmählich ein besseres und werktätigeres Verständnis für die Aufgaben des Eingeborenenschutzes geltend gemacht hat. Ihr unablässiges Bohren hat bewirkt, dass das Wort, der Eingeborene sei

das wertvollste Inventarstück unserer Kolonien, nun in einem anderen als dem rein unternehmerfreundlichen Sinn gebraucht wird. (...) Trotz vieler Vorbehalte und Bedenken müssen Presse und Fraktion um wichtiger Fortschritte willen sich entschließen können, manchmal weniger angenehme Dinge mit in den Kauf zu nehmen. Sie dürfen sich nicht dadurch kopfscheu machen lassen, dass man ihnen sagt, sie besorgten die Geschäfte des Kapitalismus. Das mag sein, Aber, wie wir gelernt haben, dass es in vielen Dingen eine Interessenidentität der Bauern und der Industriearbeiter gibt, so müssen wir auch verstehen lernen, dass in manchen Dingen, zum Beispiel eben in kolonialen, eine Interessensolidarität des Bourgeois und des Proletariats besteht.(...)

Der bedeutendste Aktivposten in der Bilanz des Kolonisationswerkes in Afrika und Ost- und Südasiens ist die christliche Mission. Sie ist für den besten Teil der gegenwärtigen Kolonisatoren, die Engländer, immer der Pfadfinder gewesen; ihr haben ihre Methoden den Erfolg zu verdanken: ihr, der Methode der Humanisierung der schwarzen und gelben Menschen.«

Wilhelm Jansson: Arbeiterklasse und Kolonialpolitik (ursprünglich 1916), in: ebenda, S. 28 f.:

»Die Kolonisation ist durchaus nicht nur kapitalistische Profitmacherei, sondern sie ist trotz allen widerwärtigen Begleiterscheinungen eine Kulturarbeit, die volkswirtschaftlich notwendig ist. (...) Die Neger an geregelte Tätigkeit zu gewöhnen, ist schließlich auch eine Kulturarbeit, und Aufgabe der Sozialdemokratie ist es, an dieser Frage aktiven Anteil zu nehmen. Es muss sich in unseren Reihen die Erkenntnis durchsetzen, dass koloniale Arbeit nicht nur kapitalistische Gewinnsucht, sondern auch allgemeinen volkswirtschaftlichen Bedürfnissen dient. Nur dann werden wir positiv mitwirken und auch einen entsprechenden Einfluss auf die Gestaltung der Kolonialpolitik ausüben können.«

Max Schippel: Eingeborenenpolitik und koloniale Selbstregierung (ursprünglich 1918), in: ebenda, S. 11 f.:

»Keine koloniale Selbstregierung hat bisher daran gedacht und kann niemals daran denken den Eingeborenen, der gestern noch Menschenfresser oder Kopf- und Skalpjäger im Bann des Schädelkultus war, heute und morgen sofort mit allen politischen Rechten des Kulturträgers oder doch Kulturteilnehmers auszurüsten, ihn zu allen Entscheidungen über die Fort- und Durchbildung der bisher erreichten höchsten Wirtschaftsordnung mit heranzuziehen; etwa gar, beim zahlenmäßigen Übergewicht des eingeborenen Bevölkerungselementes, bis zur maßgebenden Entscheidung der höchsten Kulturfragen durch die vollkommene Kulturrückständigkeit und Kulturfeindschaft.«

Dieser politische Tauschhandel, »Kompensationspolitik« genannt, traf auf den energischen Widerspruch der linken Kräfte innerhalb der Sozialdemokratie. Franz Mehring formulierte unmissverständlich in der »Neuen Zeit«: »Es ist vollständig in der Ordnung, wenn die sozialdemokratische Partei die Rechte, die das Proletariat heute schon besitzt, aufs Äußerste verteidigt und sie mit aller Kraft zu vermehren trachtet; aber es wäre das denkbar schlechteste Mittel der Verteidigung, von der prinzipiell schroffen und stolzen Haltung, der die Partei alle ihre Erfolge verdankt, auch nur um Haaresbreite abzuweichen, ihren sozialrevolutionären Charakter auch nur einen Augenblick zu verleugnen. Käme der wunderliche Standpunkt, Volksrechte gegen Kanonen einzutauschen, jemals in der Partei zur Geltung, es wäre der weitaus schlimmste Fehler, den ihre Geschichte zu verzeichnen hätte, der weitaus schwerste Nackenschlag, den die Partei sich jemals selbst zugefügt hätte.«²⁴

V.

Bei den Abstimmungen im Deutschen Reichstag am 28. März 1898 und am 12. Juni 1900 gab es ein ablehnendes Votum aller sozialdemokratischen Abgeordneten zu den Flottenvorlagen. Noch hatten diejenigen Politiker der SPD, die auf die »Kompensationspolitik« ausgerichtet waren, keinen entscheidenden Einfluss gewinnen können, zumal der Mainzer Parteitag im Jahre 1900 noch einmal die prinzipiell negative Haltung zur imperialistischen Außen- und Militärpolitik bestätigt hatte. Auch muss hervorgehoben werden, dass zahlreiche Veranstaltungen von der Partei gegen die »Welt- und Flottenpolitik« organisiert wurden, ja, dass Versammlungen von Flottenbefürwortern, zu denen nicht zuletzt prominente, als eher liberal geltende Professoren zählten, von sozialdemokratischen Parteimitgliedern aufgesucht und – wie man es später in Zeiten der Studentenbewegung zu nennen pflegte – »umfunktionierte« wurden.²⁵

Dies war um so bedeutsamer und notwendiger, weil der im April 1898 gegründete »Deutsche Flottenverein« eine Unzahl von öffentlichen Vorträgen sowie Flottenbesuche organisierte, systematisch in den Schulen agitierte, immer neue Flugblätter und Broschüren in Massenaufgaben vertrieb und in trauter Zusammenarbeit mit dem »Nachrichtenbureau« im Reichsmarineamt widerstrebende Reichstagsabgeordnete vor den entscheidenden Abstimmungen »bearbeitete« sowie den Redaktionen von Zeitungen und Zeitschriften mit großem Erfolg enthusiastisch formulierte Artikel und Kommentare zu den Marinerüstungen anbot.²⁶ Dass die Mitgliedschaft im Flottenverein nicht selten durch Vorgesetzte von Arbeitern, Angestellten und Beamten erpresst wurde, sei hier nur am Rande erwähnt. Hierzu finden sich in den Spalten des »Vorwärts« zahlreiche konkrete Beispiele.

Die SPD organisierte demgegenüber besonders im Vorfeld der Abstimmungen im Reichstag öffentliche Kundgebungen gegen die Flottengesetze.

Hervorgehoben sei an dieser Stelle eine Großkundgebung in Berlin am 1. Februar 1898. Als Referentin war Clara Zetkin eingeladen worden, die zum Thema »Flottenvorlage, Kolonialabenteuer und die Interessen der Frauen des Volkes« sprach. Anwesend war ein entschiedener Flottenbefürworter und Propagandist deutscher »Weltpolitik«, der Vorsitzende des »Nationalsozialen Vereins«, Friedrich Naumann.

Clara Zetkin lehnte in ihrer Rede die Marinerüstungen aus grundsätzlichen Erwägungen ab, forderte die Einleitung sozialer Reformen für die Arbeiterklasse und den Abbau steuerlicher Belastungen. Anstatt Etatmittel für den Kriegsschiffbau zu verschwenden, sollten sie für die Belange der Frauen genutzt werden: Ihnen solle endlich Versicherungsschutz gewährt, ihren Kindern müsse Bildung und Schulspeisung aus öffentlichen Mitteln gewährt werden.

Zur so genannten Weltpolitik erklärte sie: »Mit der überseeischen Weltmachtpolitik ist eine Schwächung und Hemmung der demokratischen Entwicklung des deutschen Volkes verbunden. Mögen Professoren, Pastoren, Doktoren und andere Toren sich gefallen in der Uniform freiwilliger See-Husaren: Die deutsche Arbeiterklasse und insbesondere die proletarischen Frauen werden diese Narrenjacke niemals anziehen. (Nicht endenwollender Beifall).«²⁷ Clara Zetkins Opponent Friedrich Naumann fand sich mit seinem, den revisionistischen Kräften innerhalb der Sozialdemokratie entlehnten Vorschlag, die SPD solle mit der Regierung eine Kompensationspolitik vereinbaren und sich nicht länger mit dem bloßen Opponieren und Protestieren begnügen, als Rufer in der Wüste wieder.²⁸

Analysiert man die Berichterstattung des »Vorwärts« sowie andere Quellen über die Durchführung von Veranstaltungen der Sozialdemokratie zur Flottenpolitik, so entsteht der Eindruck, dass ihre Zahl im Jahre 1900, als das 2. Flottengesetz zur Verabschiedung im Reichstag anstand, im Vergleich zur Veranstaltungswelle des Jahres 1898 stark rückläufig gewesen ist. Ungeachtet dessen waren vor allem in Berlin wiederum einige Kundgebungen organisiert worden, einschließlich des ungebetenen Besuch in Veranstaltungen des Deutschen Flottenvereins.

Am 7. Februar 1900 gelang es der Partei, insgesamt neunzehn Großveranstaltungen des Flottenvereins, auf denen prominente Befürworter der maritimen Rüstungen auftraten, wie zum Beispiel die führenden Wirtschaftswissenschaftler Gustav Schmoller und Werner Sombart, »umzufunktionieren« und eine Resolution zu verabschieden, in der die Flottengesetze grundsätzlich abgelehnt wurden.

Dennoch waren Defizite im außerparlamentarischen Kampf gegen die Flottengesetze nicht zu leugnen. Franz Mehring war es, der in einem Beitrag in der »Neuen Zeit« mit seiner Kritik an der insgesamt unzureichenden Versammlungstä-

tigkeit seiner Partei gegen das Flottengesetz von 1900 nicht hinter dem Berg hielt. Er schrieb hierzu kritisch, dabei den Zusammenhang von Innen- und Außenpolitik berücksichtigend: Es »hätten energische und unablässige Massenkundgebungen einen fühlbaren Druck auf den Reichstag ausüben können, und obgleich es – dank den Arbeitern – an solchen Kundgebungen keineswegs ganz gefehlt hat, so spürte man an ihnen doch selten etwas von jener unfassbaren, aber keineswegs unwirksamen Stimmung, die den Massenkundgebungen etwa gegen die Umsturz- oder Zuchthausvorlage ihre eigentümliche Wucht zu geben pflegt. (...) Vielleicht sind nie über eine verlorene Sache so viele Schweißtropfen vergossen worden, wie um den Versuch, ein Bruchteilchen des Proletariats auf den Flottenleim zu locken: die gänzliche Erfolglosigkeit aller dieser Anstrengungen ist ein schönes Ehrenzeugnis für die politische Reife der deutschen Arbeiterklasse. Sie hat sich keinen Augenblick über ihre Lebensinteressen täuschen lassen, die zugleich die Lebensinteressen der Nation sind. Was allein fraglich sein könnte, ist nicht sowohl eine Verkenntung als eine Unterschätzung der Gefahr: wäre den Arbeitern immer gegenwärtig gewesen, wie eng die Flottenvorlage mit der ganzen reaktionären Wirtschaftspolitik der beiden letzten Jahrzehnte zusammenhängt, so würden sie ihr dieselbe lebhaft und unermüdliche Opposition gemacht haben, wie den Lebensmittelzöllen oder dem Sozialistengesetz.«²⁹

Reiner Zilkenat

- 1 Vgl. Fritz Klein: Deutschland von 1897/1898 bis 1917. Deutschland in der Periode des Imperialismus bis zur Großen Sozialistischen Oktoberrevolution, 4. Aufl., Berlin-DDR 1977, S. 15 ff. bes. 33 ff.; Dieter Baudis u. Helga Nußbaum: Wirtschaft und Staat in Deutschland vom Ende des 19. Jahrhunderts bis zum Ende des ersten Weltkrieges, Berlin-DDR 1977; Helga Nußbaum: Zur Imperialismustheorie W. I. Lenins und zur Entwicklung staatsmonopolistischer Züge des deutschen Imperialismus bis 1914, in: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte, Jg. 1970, Teil IV, S. 25 ff.; Willibald Gutsche: Zur Erforschung des Verhältnisses von Ökonomie und Politik im deutschen Imperialismus vor 1917, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft (im Folgenden: ZfG), 25. Jg., 1977, S. 711 ff.; Autorenkollektiv unter der Leitung von Gustav Seeber: Der Kapitalismus der freien Konkurrenz und der Übergang zum Monopolkapitalismus im Kaiserreich von 1871 bis 1897, Berlin-DDR 1988 (Deutsche Geschichte, Band 5), S. 394 ff. Die herausragende marxistische Analyse zu dieser Thematik finden wir bei Willibald Gutsche: Monopole, Staat und Expansion vor 1914. Zum Funktionsmechanismus zwischen Industriemonopolen, Großbanken und Staatsorganen in der Außenpolitik des Deutschen Reiches 1897 bis Sommer 1914, Berlin-DDR 1986. Siehe auch derselbe: Zur Entfesselung des ersten Weltkrieges. Aktuelle Probleme der Forschung, in: ZfG, 33. Jg., 1985, H. 9, S. 779 ff. Eine unverzichtbare Quellensammlung ist nach wie vor: Willibald Gutsche u. Baldur Kaulisch, Hrsg.: Herrschaftsmethoden des deutschen Imperialismus 1897/1898 bis 1917. Dokumente zur innen- und außenpolitischen Strategie und Taktik der herrschenden Klassen des Deutschen Reiches, Berlin-DDR 1977.
- 2 Zu Fritz Fischers aufsehenerregenden Studien über die Verantwortung des Deutschen Reiches an der Entfesselung des Ersten Weltkrieges sowie zu seinen Thesen über Kontinuitätslinien des deutschen Imperialismus vgl. derselbe: Der Griff nach der Weltmacht. Die Kriegszielpolitik des kaiserlichen Deutschland 1914/18, Düsseldorf 1961 u. ö.; derselbe: Weltmacht oder Niedergang. Deutschland im ersten Weltkrieg, Frankfurt a.M. 1965, 2. Aufl. 1968; derselbe: Krieg der Illusionen. Die deutsche Politik von 1911 bis 1914, Düsseldorf 1969; derselbe: Der Erste Weltkrieg und das deutsche Geschichtsbild.

Beiträge zur Bewältigung eines historischen Tabus – Aufsätze und Vorträge aus drei Jahrzehnten, Düsseldorf 1077; derselbe: Bündnis der Eliten. Zur Kontinuität der Machtstrukturen in Deutschland 1871–1945, Düsseldorf 1979; derselbe: Juli 1914: Wir sind nicht hineingeschlittert. Das Staatsgeheimnis um die Riezler-Tagebücher. Eine Streitschrift, Reinbek 1983; derselbe: Hitler war kein Betriebsunfall. Aufsätze, München 1992. Von den Veröffentlichungen der Schüler Fischers seien hier nur hervorgehoben: Immanuel Geiss: Der polnische Grenzstreifen 1914–1918. Ein Beitrag zur deutschen Kriegszielpolitik im Ersten Weltkrieg, Lübeck u. Hamburg 1960; derselbe, Hrsg.: Julikrise und Kriegsausbruch 1914. Eine Dokumentensammlung, Hannover 1963, 2 Bde.; Dirk Stegmann: Die Erben Bismarcks. Parteien und Verbände in der Spätphase des Wilhelminischen Deutschlands. Sammlungspolitik 1897–1918, Köln 1970; Peter-Christian Witt: Die Finanzpolitik des Deutschen Reiches 1903–1913. Eine Studie zur Innenpolitik des Wilhelminischen Deutschland, Lübeck u. Hamburg 1970.

- 3 Zu den sozialgeschichtlich orientierten Historikern der BRD und ihrer Sicht auf die von ihnen zuvörderst als »Sozialimperialismus« interpretierte »Weltpolitik« des wilhelminischen Reiches vgl. vor allem: Hans-Ulrich Wehler: Das Deutsche Kaiserreich 1871–1918, Göttingen 1975 u. ö. sowie die folgende Kontroverse: Geoff Eley: Die »Kehrites« und das Kaiserreich: Bemerkungen zu einer aktuellen Kontroverse, in: Geschichte und Gesellschaft. Zeitschrift für Historische Sozialwissenschaft, 4. Jg., 1978, S. 91 ff.; Hans-Jürgen Puhle: Zur Legende von der »Kehrschen Schule«, in: ebenda, S. 108 ff.
- 4 Vgl. Rudolf Hilferding: Das Finanzkapital. Eine Studie über die jüngste Entwicklung des Kapitalismus (1910). Mit einem Vorwort zur Neuausgabe von Fred Oelssner, Berlin 1947 u. ö.
- 5 Vgl. den zur ersten Information nützlichen Überblick von Hans-Christoph Schröder: Sozialistische Imperialismusdeutung. Studien zu ihrer Geschichte, Göttingen 1973. Siehe auch Hans-Ulrich Wehler, Hrsg.: Imperialismus, 3. Aufl., Köln 1976.
- 6 Wladimir I. Lenin: Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus. Gemeinverständlicher Abriss, in: derselbe, Werke, Band 22, Berlin-DDR 1960, S. 189 ff.
- 7 Rudolf Hilferding: Das Finanzkapital, S.XLI.
- 8 Hierzu ausführlich: Reiner Zilkenat: Das Flottengesetz von 1898 und seine Novellierung im Jahre 1900. Ihre Entstehungsgeschichte und die sozialdemokratische Politik und Publizistik, Magisterarbeit TU Berlin, Berlin 1979; derselbe: »Der Hauptfeind steht im eigenen Land!« Vor 70 Jahren: Die Entfesselung des ersten Weltkrieges im Juli 1914, in: Konsequent, Heft 2/1984, S. 100–107; Werner Ruch: Mehrings Kampf gegen Militarismus und Krieg (2 Teile), in: Rundbrief, hrsg. von der AG Rechtsextremismus/Antifaschismus beim Bundesvorstand der Partei DIE LINKE, Heft 3–4/2010, S. 41 ff. u. ebenda, Heft 1/2011, S. 43 ff.
- 9 Zur Biografie des Admirals vgl. Michael Salewski: Tirpitz. Aufstieg-Scheitern-Macht, Göttingen 1979 u. Baldur Kaulisch: Alfred v. Tirpitz und die imperialistische deutsche Flottenrüstung. Eine politische Biografie, Berlin-DDR 1982, 3., durchgesehene Aufl. 1988. Eine ältere marxistische, aber methodisch wie inhaltlich unverändert anregende Studie zur Thematik wurde 1965 nachgedruckt: Eckart Kehr: Schlachtfloottenbau und Parteipolitik 1894–1901. Versuch eines Querschnitts durch die innenpolitischen, sozialen und ideologischen Voraussetzungen des deutschen Imperialismus, Berlin 1930, Nachdruck Vaduz 1965.
- 10 Siehe Werner Gugel: Industrielle Herrschaft und bürgerliche Herrschaft: sozio-ökonomische Interessen und politische Ziele des liberalen Bürgertums in Preußen zur Zeit des Verfassungskonflikts 1857–1867, Köln 1975 u. Karl-Heinz Börner: Die Krise der preußischen Monarchie 1858 bis 1862, Berlin-DDR 1976.
- 11 Franz Mehring: Der Marine-Roon, in: Neue Zeit, 15. Jg., 1896–97, 2. Bd., Nr. 29, S. 65 u. 68.
- 12 Vgl. hierzu vor allem: Volker R. Berghahn: Zu den Zielen des deutschen Flottenbaus unter Wilhelm II., in: Historische Zeitschrift, Band 210, 1970, S. 34 ff.; derselbe: Der Tirpitz-Plan. Genesis und Verfall einer innenpolitischen Krisenstrategie unter Wilhelm II., Düsseldorf 1971. Siehe auch Baldur Kaulisch: Alfred von Tirpitz, S. 78 ff.
- 13 Richard v. Kühlmann: Erinnerungen, Heidelberg 1948, S. 293.
- 14 Fürst Bülowen Reden. In Auswahl hrsg. von Wilhelm v. Massow, 1. Bd., Leipzig o.J., S. 36.
- 15 Fritz Klein: Deutschland von 1897/1898 bis 1917, S. 58.
- 16 Wilhelm Groener: Der Weltkrieg und seine Probleme. Rückschau und Ausblick, Berlin 1920, S. 45.
- 17 Zur Haltung der Großindustrie zu den Flottenrüstungen, insbesondere zur Entwicklung ihrer durch sie immens gesteigerten Profite vgl. Reiner Zilkenat: Das Flottengesetz von 1898 und seine Novellierung im Jahre 1900, S. 89 ff., 144 ff. u. 155 ff. Inzwischen äußerte sich hierzu, mit zum Teil widersprüchlicher Argumentation zu den materiellen »Wohltaten« des Flottenbaus für die Firma Krupp

- sowie seltsamen Unterstellungen über das Verständniss von Politik und Ökonomie bei marxistischen Historikern: Michael Epkenhans: Großindustrie und Schlachtflottenbau 1897–1914, in: Militärgeschichtliche Mitteilungen, Nr. 43, Heft 1/1988, S. 65 ff.; derselbe: Zwischen Patriotismus und Geschäftsinteresse. F. A. Krupp und die Anfänge des deutschen Schlachtflottenbaus 1897–1902, in: Geschichte und Gesellschaft, 15. Jg., 1989, H. 2, S. 196 ff.; derselbe: Die wilhelminische Flottenrüstung 1908–1914. Weltmachtstreben, industrieller Fortschritt, soziale Integration, München 1991.
- 18 Stenografische Berichte über die Verhandlungen des Reichstags, IX. Legislaturperiode, V. Session 1897/1898, 3. Bd., S. 1985.
 - 19 Protokoll über die Verhandlungen des Parteitag der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Abgehalten zu Mainz vom 17. bis 21. September 1900, Berlin 1900, S. 155 u. 157.
 - 20 Vgl. Peter Strutynski: Die Auseinandersetzungen zwischen Marxisten und Revisionisten in der deutschen Arbeiterbewegung um die Jahrhundertwende, Köln 1976. Zustimmung zu den Auffassungen Bernsteins: Helga Grebing: Der Revisionismus. Von Bernstein bis zum »Prager Frühling«, München 1977, S. 16 ff. Siehe auch Horst Heimann u. Thomas Meyer: Bernstein und der Demokratische Sozialismus. Bericht über den wissenschaftlichen Kongress »Die historische Leistung und aktuelle Bedeutung Eduard Bernsteins«, Bonn u. Berlin 1978. Zur zeitgenössischen »parteiöffentlichen« Kritik an Bernstein vgl. Karl Kautsky: Bernstein und das sozialdemokratische Programm (1899), Berlin u. Bonn 1979.
 - 21 Eduard Bernstein: Die Voraussetzungen des Sozialismus und die Aufgaben der Sozialdemokratie (1899), Reinbek bei Hamburg 1969, S. 180. Siehe auch: Sozialdemokratie und Kolonien. Mit Beiträgen von Eduard Bernstein u. a., Berlin 1919 (Wiederabdruck von Beiträgen aus den »Sozialistischen Monatsheften« aus den Jahren 1900 bis 1919 mit pro-kolonialistischer Argumentation – R.Z.).
 - 22 Derselbe: Die deutsche Sozialdemokratie und die türkischen Wirren, in: Die Neue Zeit, 15. Jg., 1896–97, 1. Bd., Nr. 4, S. 110. Hervorhebungen von mir-R.Z.
 - 23 Erich Rother: Zur Theorie der Flottenfrage, in: Sozialistische Monatshefte, 3. Jg., 1899, No. 12, S. 643.
 - 24 Franz Mehring: Immer die Alten, in: Neue Zeit, 16. Jg., 1897–98, 2. Bd., Nr. 49, S. 707 f.
 - 25 Vgl. Reiner Zilkenat: Das Flottengesetz von 1898 und seine Novellierung im Jahre 1900, S. 123 ff. u. 194 ff.
 - 26 Vgl. Reiner Zilkenat: Kriegsideologie und Friedensdemagogie – Das Beispiel der Flottengesetze im wilhelminischen Deutschland 1898 bis 1900, Vortrag für das Faschismus-Colloquium der Friedrich-Schiller-Universität Jena, 1. Oktober 1984, Ms. Zu den am meisten verbreiteten, einschlägigen Broschüren zählten z. B.: Adolph v. Wenckstern: Heimatpolitik durch Weltpolitik. Reden zur Flottenvorlage 1900, Leipzig 1900; W. Ph. Englert: Das Flottenproblem im Lichte der Socialpolitik, Paderborn 1900.
 - 27 Vorwärts, Nr. 28, 3.2.1898, Beilage, S. 3.
 - 28 Friedrich Naumann hatte in der von ihm herausgegebenen Zeitschrift »Die Hilfe« am 14. Mai 1899 in dankenswert offener Weise seine Aufforderung formuliert, alles zu tun, um die revisionistischen Kräfte innerhalb der Sozialdemokratie zu unterstützen und letztlich die Partei in eine unspezifische, antikonservative Sammlungsbewegung einzugliedern. Dafür sei es erforderlich, dass die SPD »einen großen Teil unnützen Utopismus und Radikalismus« abstreife. Es müssten von ihr »bestimmte nationalpolitische Aufgaben übernommen werden, aus einer reinen Protestpartei muss sich eine schaffende, staatserhaltende sozialistische Partei gestalten – nationaler Sozialismus auf freiheitlicher Grundlage.« Zitiert nach: Willibald Gutsche u. Baldur Kaulisch, Hrsgg.: Herrschaftsmethoden des deutschen Imperialismus 1897/1898 bis 1917, S. 65.
 - 29 Franz Mehring, Maifeld, in: Neue Zeit, 18. Jg., 1899–1900, 2. Bd., Nr. 31, S. 98.

Zerstörte Vielfalt 1938. Drei neue Bücher zur Vorgeschichte des Novemberpogroms

Am Ende der Weimarer Republik wurde er zur Gewohnheit: Der Eifer staatlicher Stellen sowie der Aktionismus von Ortsverbänden der NSDAP zur wirtschaftlichen Entrechtung von Juden. Schließlich gab es im Juni 1938 in Berlin eine Generalprobe mit antisemitischen Schmierereien an Schaufenstern und Firmenschildern.

Allen in diesen Publikationen beschriebenen Handlungen war eines gemeinsam: Sie geschahen in aller Öffentlichkeit und fast keiner der Täter wurde bestraft.

Alltag in der Weimarer Republik: »Deutsche, kauft nicht bei Juden!«

*Hannah Ahlheim: »Deutsche, kauft nicht bei Juden!«
Antisemitismus und politischer Boykott in Deutschland 1924
bis 1935, Wallstein Verlag, Göttingen 2011.*

Die Stoßrichtung dieser Forderung ist eindeutig, wie ihre Botschaft der Verfassung von 1919 widersprach: Auch Juden waren gleichberechtigt, waren Deutsche, so sie die entsprechende Staatsbürgerschaft besaßen.

Mit Beginn der nationalsozialistischen Diktatur wunderte sich dann kaum noch jemand über antisemitische Parolen. Der Boykott vom 1. April 1933, minutiös von der Parteizentrale der NSDAP in München geplant, ist weithin bekannt. Überall in Deutschland waren jüdische Einzelhandelsgeschäfte und Firmen, Rechtsanwaltskanzleien und Arztpraxen davon betroffen. Vorgegangen wurde in kleinen und großen Städten nach genau erarbeiteten Listen. Auch die Losungen waren vorgegeben und wurden über den »Völkischen Beobachter« überall verbreitet: »Kauft nicht beim Juden!« und viel allgemeiner: »Die Juden sind unser Unglück!« Letztere Behauptung war schon 1879 von dem Historiker Heinrich von Treitschke als im Kaiserreich politisch angeblich vorherrschende Auffassung interpretiert worden. Seit damals galt sie allen Antisemiten in Deutschland als Denk- und Handlungsmaxime.

Zwei Vorgehensweisen fallen auf, die in der nationalsozialistischen Propaganda auch bei anderen Massenaktionen und Kampagnen angewendet wurden: Unterstellt wird, antisemitische Boykotte wären spontane Aktionen eines angeblichen verbreiteten »Volkswillens«, keineswegs zentral politisch gelenkt. Und eigentlich wäre der reichsweite Boykott vom April

1933 erklärtermaßen vor allem als Warnung gegenüber »dem Ausland« zu verstehen gewesen, das neue Regime nicht politisch als grundsätzlich judenfeindlich zu verteufeln.

Hannah Ahlheim hat mit ihrem Buch, beruhend auf ihrer 2008 an der Ruhr-Universität Bochum verteidigten, preisgekrönten (Ernst Fraenkel Prize in Contemporary History der Wiener Library 2009) Dissertation ein Standardwerk vorgelegt, das unterschiedliche Aspekte des Themas analysiert.

Die vielen vorgestellten Einzelbeispiele (vor allem aus kleinen Städten) belegen eindrucksvoll, antisemitische Boykottmaßnahmen gehörten zum Alltag des Lebens im Deutschland der Weimarer Republik. Allmählich, aber stetig wurde eine Atmosphäre geschaffen, solches Vorgehen für normal und legitim zu halten. Die Ereignisse vom April 1933 waren dabei ein herausragender Höhepunkt, kamen aber für die Masse der Bevölkerung keineswegs überraschend. Zäsuren waren eher undeutlich, die Kontinuität des Handelns vor wie nach 1933 (und übrigens auch nach 1935) wurden nicht als so gravierend für Änderungen im eigenen Verhalten empfunden.

Die Autorin hat ihre Arbeit in zwei Hauptabschnitte gegliedert, 1924 bis 1933 und 1933 bis 1935. Sie unterscheidet wirtschaftliche und politische Boykottmaßnahmen und benennt klar deren Impulsgeber: nationalsozialistische Parteigliederungen verschiedener Ebenen, die freilich im Vorgehen von Wirtschaftsverbänden und staatlichen Organen nicht etwa massiven Widerstand zu überwinden hatten, sondern gleichgerichteten Denken und Handeln vorfanden.

Die Autorin erläutert, warum sie zwischen antisemitischem Wirtschaftsboykott und antisemitisch begründetem politischen Boykott unterscheidet: »Der antisemitisch motivierte Boykott während der Weimarer Republik war ein zentrales Beispiel für einen ... »politischen Boykott«. Die Aufrufe zum Boykott jüdischer Gewerbetreibender stellten schnell klar, dass ein Boykott in diesem Fall »nicht bei wirtschaftlichen Fragen« haltmachen, sondern »aus politischen Motiven die wirtschaftliche Schädigung unbequemer Berufs- oder Volkskreise herbeiführen sollte« ... Was den »politischen Boykott« der Antisemiten auszeichnete und von anderen, durchaus auch politischen Boykottaktionen unterschied, war die Tatsache, dass sie jüdische Geschäftsleute nicht etwa zum Umdenken oder zu einer Änderung ihres geschäftlichen oder politischen Verhaltens bewegen wollten. Formuliertes Ziel der antisemitischen Boykotte war vielmehr der Ausschluss von Menschen aus der deutschen Wirtschaft und Gesellschaft um ihres »Judentums willen« (S. 9 f.)

Die Betonung der fließenden Grenzen zwischen beiden Phänomenen durch die Autorin legt die Frage nahe, ob diese Unterscheidung überhaupt notwendig ist. Für das Nachvollziehen einzelner historischer Ereignisse durch den Leser erscheinen sie eher unerheblich. Schließlich beweist die Autorin eindrucksvoll: Juden in Deutschland hatten letztlich keinerlei Chance, antisemitischem Boykott zu entgehen. In der Konsequenz war es für die Betroffenen eher zweitrangig, ob es dafür »nur« wirtschaftliche oder klar erkennbare politische Absichten gab.

Bemerkenswert und wenig bekannt sind die Ausführungen von Hannah Ahlheim zum Widersprechen betroffener Juden und ihrer Organisationen. Waren diese zwar insgesamt eher Äußerungen passiver Gegenwehr, Reaktionen auf Erlebtes, so hatten sie in der Gesetzlichkeit der Weimarer Republik auch die berechnete Grundlage für die Annahme, eigentlich Recht gegen ihre Widersacher zu bekommen. Dass diese Annahme illusorisch war und nur selten zu einem Erfolg führte, wird in dem Buch nur allzu deutlich.

Deutlich gemacht wird durchgängig noch ein anderer indirekter Aspekt nationalsozialistischer Boykottpolitik. Es ging nicht nur um »die Juden« in Deutschland, sondern auch um die nichtjüdischen Kunden und Geschäftspartner, deren allmähliche »Erziehung«. Außerdem wurde schrittweise ein (eigentlich nicht vorhandener) Unterschied suggeriert. Deutsche kaufen etwa zu Weihnachten nur in deutschen bzw. christlichen Geschäften und meiden gerade zu den Feiertagen jüdische Einrichtungen. Weihnachtsbaum oder Weihnachtskugeln als Dekoration auch in den Auslagen jüdischer Geschäfte wurden nicht als Konzession an den Zeitgeist und natürliches Geschäftsinteresse empfunden, sondern als Provokation bewusst missdeutet.

Mit dieser Monografie wird für ein Hauptfeld antisemitischer Propaganda und Politik nachgewiesen, wie »normale Menschen« der beschworenen »Volksgemeinschaft« zu Mittätern geformt wurden, die auch andere Bereiche massiver antijüdischer Politik am Ende von Weimar und in den Anfangsjahren der Hitlerdiktatur als gegeben hinnahmen, gegen die entschiedener Widerstand gefährlich war.

Hannah Ahlheim hat für ihr Untersuchungsfeld eine Fülle eindrucksvoller Belege dokumentiert und Erklärungsmuster gegeben, warum die antijüdische Politik in Deutschland weitgehend konfliktlos im Holocaust enden konnte.

Ausverkauf jüdischen Gewerbes in Berlin 1930 bis 1945

Christoph Kreutzmüller: Ausverkauf.

*Die Vernichtung der jüdischen Gewerbebetätigten in Berlin
1930–1945, Metropol Verlag, Berlin 2012.*

Jüdisches Gewerbe in Berlin – das waren bis zum Ende der Weimarer Republik ca. 20 bis 25 Prozent aller einschlägigen Firmen der Stadt.

Christoph Kreutzmüller und sein Team stellten dazu über 8000 Informationen ins Netz, nachdem sie über 44.000 Basisdaten analysiert und zugeordnet hatten. Unter www.2.huberlin.de/djgb kann man sie benutzen, die Daten (und Hinweise auf die ausgewerteten Quellen) stehen im Archiv der »Stiftung Neue Synagoge Berlin – Centrum Judaicum« und im Landesarchiv Berlin zur Verfügung.

Die Monografie belegt, dass Wirtschaftsgeschichte nicht trocken daher kommen muss. Zwei Aspekte werden als konzeptionelle Grundlagen angegeben.

Zum einen wird am Beispiel jüdischer Gewerbebetätigten die enge Verzahnung von Wirtschafts- und Politikgeschichte dokumentiert. Jeder, der sich an der Entrechtung und Vernichtung jüdischer Gewerbebetriebe beteiligte, konnte sich hinter Gesetzen und Erlassen verstecken. Scheinbar war alles legitim, es herrschten »Recht und Ordnung«.

Und zweitens werden Einzelschicksale präsentiert, Firmengeschichten von der Gründung bis zur Zwangsenteignung und dem Lebensende jüdischer Gewerbebetreibender skizziert. Wer aus Deutschland nicht rechtzeitig entkommen konnte, wählte den Freitod oder wurde in die Vernichtungslager deportiert.

Einleitend erklärt der Autor sein Vorgehen, verweist auf die vorgefundene Quellenlage und den Forschungsstand. Dem folgend wird in vier Kapiteln (Rahmenbedingungen; Verfolgung und Vernichtung der jüdischen Gewerbebetätigten; Abwehrstrategien jüdischer Gewerbebetreibender und Beispiele für Deportation) der Erkenntnisgewinn der Studie vorgestellt. Wichtigste, weil relativ vollständig überlieferte Quelle sind die Akten des Handelsregisters Berlins. Die Studie konzentriert sich auf die im Handelsregister eingetragen kleinen und mittleren Gewerbebetriebe, Unternehmen, die ein Betriebskapital von mindestens 4.000 RM und einen Jahresumsatz von mindestens rund 30.000 RM präsentieren konnten.

Wenn der Beginn des Untersuchungszeitraums mit 1930 angesetzt wird, dann wird diese Entscheidung plausibel und faktenreich begründet. Auch schon am Ende der Weimarer Republik sahen sich jüdische Gewerbebetreibende mit zwei Phänomenen konfrontiert. Von Staats wegen – und nur selten offen antisemitisch begründet – wurden ihnen immer wieder Hindernisse für eine freie Gewerbeausübung in den Weg gestellt. Zugleich waren diese Restriktionen von Vorfällen offener Gewaltausübung begleitet, von Gliederungen der NSDAP bzw. ihrer nahen Organisationen wie der SA oder der Hitlerjugend begangen.

Ähnlich wie beim Boykott jüdischer Einzelhandelsgeschäfte änderte sich dieses duale Vorgehen ab Januar 1933 qualitativ, aber allmählich. »Verfolgung durch Verwaltung« (so eine Überschrift in dem Buch) und offene Gewalt gegen jüdische Gewerbebetriebe häuften sich von nun an. Der Autor verdeutlicht, dass scheinbar neutrale staatliche Institutionen, Wirtschaftsverbände und Privatunternehmen, wie z. B. Banken, die Ausgrenzungs- und Behinderungspolitik gegenüber jüdischen Gewerbebetreibenden systematisch verstärkten – oft in vorausseilendem Gehorsam.

Mit der Studie werden die einzelnen Etappen und die verschiedenen Methoden der schrittweisen Vernichtung jüdischen Gewerbes in Berlin ausgebreitet. In der Zusammenschau vieler Einzelheiten ergibt sich ein Bild vom Handeln vieler Institutionen und in ihnen tätiger Menschen. Es wurde alltäglich und viele waren daran beteiligt. Es gab dabei weniger Zuschauer als »stillschweigende Dulder« (S. 378.)

Christoph Kreutzmüller kommt zu dem Schluss: »Sobald ein Staat – wie im vorliegenden Fall – eine bestimmte Gruppe Gewerbetreibender nach willkürlichen und überdies nicht einmal im Feld der Wirtschaft verankerten Kriterien vom Zugang zu Ressourcen oder zum Markt ausschließt, ist die Frage des Primats geklärt (...) In diesem Sinne war die Vernichtung der jüdischen Gewerbetätigkeit ein totaler und in ihrer Totalität vernichtender moralischer Ausverkauf.« (S. 378 f.).

Bleibt die Empfehlung: Das Buch lesen, die Datenbank zum jüdischen Gewerbe in Berlin (einschließlich ihrer Basisdaten) eifrig nutzen und das selbst Erprobte zur Nachahmung weiterempfehlen.

Außerdem kann man sich nur wünschen: Auch für Berlin wird (wie für Bayern verwirklicht), eine Gesamtdarstellung zum Thema: Berlin in der NS-Zeit, als Zentrale der NS-Herrschaft und herausragendes Beispiel aller Facetten der Politik, in Angriff genommen.

Michael Kreutzmüller und sein Team haben dafür einen Baustein geliefert.

Berliner Generalprobe für den Novemberpogrom 1938

Christoph Kreutzmüller. Hermann Simon u. Elisabeth Weber: Ein Pogrom im Juni. Fotos antisemitischer Schmierereien in Berlin 1938, Verlag Hentrich und Hentrich, Berlin 2012.

Die Autoren fanden im Archiv des Centrums Judaicum zwei Fotoserien. Mit ihrer Dokumentation sind diese Bilddokumente jetzt jedermann zugänglich. Man kann Christoph Kreutzmüller, Hermann Simon und Elisabeth Weber nur dankbar dafür sein, dass sie sich der Mühe wissenschaftlicher Kleinarbeit unterzogen haben.

Die Autoren sehen in den von Ihnen untersuchten zwei Reihen von Aufnahmen, die von Laien im Juni 1938 fotografiert wurden, für Berlin die Generalprobe für den Novemberpogrom 1938. Sie nehmen eine Berlinweite Aktion an und verweisen auf die Tatsache, dass die dokumentierten Schmierereien in aller Öffentlichkeit passierten und weitgehend ungeahnt blieben.

Dokumentiert wird, dass antisemitische Aktionen gegen jüdische Einzelhandelsgeschäfte und Firmen im Sommer 1938 keine unverhofften Ereignisse waren. Gab es in dieser Hinsicht durchaus Kontinuitätslinien, die bis in die letzten Jahre der Weimarer Republik zurückreichten, sorgte seit Beginn der Herrschaft der Nationalsozialisten 1933 eine zunehmende Zahl solcher Vorkommnisse für eine schleichende Gewöh-

nung der Bevölkerung. Stationen waren dabei in Berlin die Teilnahme am reichsweiten Boykott jüdischer Geschäfte, Firmen sowie Arztpraxen und Rechtsanwaltskanzleien am 1. April 1933, eine neue antisemitische Gewaltwelle Anfang 1935 und schließlich im April 1938 eine qualitativ neue gesetzliche Basis für die weitere Entrechtung von Juden: Goebbels erreichte Hitlers Zustimmung dafür, jüdische Unternehmen in Berlin zu gegebener Zeit besonders zu kennzeichnen. Die für ganz Deutschland erlassene »Verordnung zur Anmeldung des Vermögens von Juden« vom 26. April 1938 erlaubte außerdem von Amts wegen ein energischeres Vorgehen. Da dies unterblieb, ergriffen lokale Instanzen in Berlin die Initiative und zwangen jüdische Einzelhändler dazu, ihre Geschäfte selbst besonders zu kennzeichnen (S. 19).

Die Fotos der Serien von Kurt Mirbach (12 Fotos) und Hans Spieldoch (11 Fotos) werden detailliert untersucht. Eine genaue Bestimmung wird vorgenommen, auf Besonderheiten – etwa die Tatsache, dass manchmal zwei Tätergruppen am gleichen Ort nacheinander handelten und die Aussagen einzelner Schmierereien sowie verwendete Symbole sich wiederholten – wird eingegangen. Kommentiert wird der jeweilige Standort des Fotografen, der es vermeiden musste, allzu nahe am Tatort aufzufallen – schließlich war es Privatpersonen verboten, derartige Dinge zu dokumentieren. Die Tatsache, dass es sich um eher zufällig entstandene »Schnappschüsse« und nicht etwa um Pressefotos handelte, machen den besonderen Reiz der Fotos aus. Jedes ist auf besondere Art und Weise einmalig. Ausdrücklich empfehlen die Autoren, die Fotoserien für die pädagogische Arbeit vor allem mit Jugendlichen zu nutzen.

Horst Helas



REZENSIONEN

Widerstand und Heimatverlust. Deutsche Antifaschisten in Schlesien

Cornelia Domaschke, Daniela Fuchs-Frotscher, Günter Wehner (Hrsg.)
(Rosa-Luxemburg-Stiftung. Texte 73). Karl Dietz Verlag, Berlin 2012, 207 Seiten.

In der unüberschaubaren Flut der Literatur über ehemalige deutsche Gebiete im Osten ist diese Publikation eine Ausnahme. Sie behandelt ein Thema, das wenig erforscht und in der Regel vom Mainstream beschwiegen wird. Antifaschistischer Widerstand in Schlesien und anderen Provinzen gehört in die Erinnerung aufgenommen und Heimatverlust sollte nicht allein Vertriebenenverbänden überlassen bleiben. Antifaschisten waren auf spezifische Weise betroffen. Sie hatten das ihnen jeweils Mögliche getan, um faschistischer Barbarei entgegenzutreten, und dennoch mussten sie die Konsequenzen dieser verbrecherischen Politik ebenso mittragen, wie die faschistischen Parteigänger und deren passive Mitläufer. Nun könnte eingewandt werden, Heimat sei für Internationalisten ohnehin nicht besonders relevant. Dies ist aber ein Irrtum. Die in diesem Band vorgestellten Lebenswege und Schicksale – die Täter ausgenommen – sprechen eine deutliche Sprache. Widerstand und seine Wirkungsmöglichkeiten speisten sich nicht unerheblich gerade aus der Verbundenheit zur jeweiligen Heimat und der Verwurzelung in ihr. Ich weiß, dass dies für manchen Leser ein schwieriges Thema ist und sich keinesfalls für eindimensionale Überlegungen oder für Kurzschlüsse eignet. Tabus bringen die Diskussion aber nicht weiter. Der Buchtitel enthält deshalb m. E. auch einen Anstoß für konzeptionelle und theoretische Debatten.

Die Herausgeber(innen) wollen ein in der linken kritischen Geschichtswissenschaft »bisher wenig beachtetes Forschungsthema« beleuchten (S. 7). Dazu haben sie Beiträge über verschiedene Akteure des Widerstands in Schlesien zusammengestellt. Daneben versuchen mehrere Beiträge das Umfeld, die Bedingungen und die Vorgeschichte des Widerstands zu umreißen. Dazu gehört auch das von Cornelia Domaschke und Daniela Fuchs-Frotscher recherchierte Täterprofil des Gestapokommissars Josef Kluske, der schon in der Zeit der Weimarer Republik für die politische Abteilung der Kriminalpolizei arbeitete und sich in den Jahren des kalten Krieges in der Bundesrepublik einer Verurteilung entziehen konnte.

Im ersten Beitrag stellt Fuchs-Frotscher die Breslauer Familie Löwenberg vor. Die Brüder Martin und Fred Löwenberg waren mit ihrer Mutter sowohl durch ihre politische Haltung als auch durch die Stigmatisierung als »Halbjuden« ab 1933 zu Außen-

seitern geworden. Dass setzte sie mehrfacher Gefahr aus, hinderte sie aber nicht an illegaler Arbeit. Hoffnungen, am Neubeginn in ihrem Geburtsort Breslau mitwirken zu können, erfüllten sich für beide nicht. Für Fred Löwenberg schlossen sich sogar erneut Gefängnistore, nachdem er bei den polnischen Behörden denunziert worden war. Nachdem er endlich wieder freikam, siedelte er nach München. Hier wurde sein Engagement für die VVN mit Misstrauen beobachtet. Die SPD schloss ihn aus. Wieder stand eine Übersiedlung an, diesmal in die DDR. Sein Bruder hingegen war nach einem Intermezzo in der sowjetischen Besatzungszone der Liebe wegen nach Bayern gezogen, wo auch die Mutter wohnte. Alten und neuen Nazis entgegenzutreten, ist für ihn auch im hohen Alter selbstverständlich.

Mit der Skizze zum Nachkriegsjahr 1945/1946 – als aus Breslau Wrocław wurde – von Marek Ordylowski wird die komplizierte Situation aufgeheilt und sachkundig sowie differenziert beschrieben, in der sich die polnische Verwaltung befand. Der Dualismus der Machtverhältnisse in den ersten Monaten, Epidemien, Raub, Übergriffe und Racheakte sowie der Bevölkerungstransfer erschwerten den Neuaufbau der Verwaltung. Deutsche Tarnorganisationen waren nicht auf den ersten Blick von antifaschistischen Initiativen zu unterscheiden.

Reiner Zilkenat und Marcel Bois beleuchten das historische Vorfeld, das die politische Situation prägte und aus dem Widerstand teilweise schöpfen konnte. Zilkenat verweist darauf, dass die auch anderswo in Deutschland anzutreffenden Ideologien und Themen der politischen Rechten in Schlesien »ihre besondere Schubkraft durch eine aggressiv-nationalistische, vor allem gegen Polen gerichtete Komponente«, erhielten (S. 77). Die Deutschnationale Volkspartei und der Stahlhelm hatten dem Faschismus den Boden bereitet. Und revanchistisches Gedankengut war nicht nur am rechten Rand virulent. Bois zeichnet die Entstehung und das Wirken der KPD-Opposition (KPO) in Schlesien nach. Auch dies ist ein Thema, das noch weiterer Forschungen für andere Teile Deutschlands bedarf, zumal ihre Vertreter im antifaschistischen Widerstand keine unbedeutende Rolle spielten. Die kommunistische Opposition verdeutliche, »dass die KPD keineswegs der monolithische Block war, als der sie häufig erscheint« (S. 123).

Etwas mehr Raum wäre der Diskussion um eine Faschismus-Analyse zu wünschen gewesen, da nicht jeder Leser den Literaturverweisen nachgehen kann.

Den Widerstandsaktivitäten in Breslau und anderen Orten Schlesiens gehen Günter Wehner und Klaus Woinar nach. Der Leser erhält damit eine Ahnung vom Umfang des Widerstandes. Wehner, der sich in den zurückliegenden Jahren bereits um die biografische Forschung zum Widerstand in Berlin verdient gemacht hat, konzentriert sich auf die Sozialistische Arbeiterpartei, die Kommunistische Jugendopposition, den KJVD und die KPD und die ersten drei Jahre der NS-Diktatur im Raum Breslau. Er stützt sich dabei auf Akten aus dem Bundesarchiv. Neben der Härte der Verfolgung wird auch die soziale Breite des Widerstands sichtbar. Dass Robert Bialek und Gerhard Heidenreich auch noch nach 1945 Opfer bzw. Akteure in den Auseinandersetzungen des kalten Krieges waren, erfährt der Leser leider erst an anderer Stelle. Eine Fußnote zu solchen Personen der Zeitgeschichte kann hier Abhilfe schaffen. Woinar, der ebenfalls aus dem Bestand des Bundesarchivs schöpft, breitet eine Fülle von Widerstandsaktivitäten für den Zeitraum 1933 bis 1945 aus, die er aus den überlieferten Meldungen der Gestapo und des Reichssicherheitshauptamtes herausfiltert. Diesem Beitrag hätte eine stärkere Systematisierung und Kommentierung gut getan. Zwei Zwischenüberschriften und zwei Fußnoten sind nicht hinreichend. Potentiellen Lesern muss nicht unbedingt bekannt sein, was den Fachleuten selbstverständlich ist.

In den drei letzten Beiträgen des Bandes wird der Faden der biografischen Forschung wieder aufgenommen, der im ersten Beitrag über die Löwenberg-Familie gelegt wurde. Anne Hunger stellt die Erinnerungen von Irmgard Konrad vor, die als Tochter eines jüdischen Vaters zur sozialistischen Arbeiterjugendbewegung findet, sich an ersten Widerstandsaktionen beteiligt, dadurch mehrfach ins Visier der Gestapo gerät, als stigmatisierte Halbjüdin Zwangsarbeit leisten muss und

schließlich den Weg durch die KZ nur mit etwas Glück und solidarischen Beistand überlebt. Der Beitrag vermittelt dem Leser eine Ahnung, wie Alltag unter Verfolgung aussah und wie Hoffnung unter diesen Bedingungen bewahrt wurde. Uta Hermann lässt Fritz Maiwald, den sie 2002 interviewte, mit seinen Erinnerungen an den Widerstand zu Wort kommen. Maiwald wurde 1961 in der BRD wegen angeblichen Verstoßes gegen das KPD-Verbot verurteilt. Sein Fazit: »Ich war im Gefängnis, bin ein paar Mal festgenommen worden und habe eine Menge Prozesse hinter mir, aber kleingekriegt haben sie mich bis jetzt nicht ...« (S. 163). Walter Schmidt, dessen Vater vom Volksgerichtshof zum Tode verurteilt wurde, beschreibt den Widerstand in seinem Geburtsort Auras, etwa 20 km von Breslau entfernt. Der Beitrag ist ein Musterbeispiel, was sich trotz schlechter Quellenlage rekonstruieren lässt. Jeder verfügbaren Spur wird mit Präzision nachgegangen. So entsteht ein Bild des Ortes und der dortigen Verhältnisse. Schmidt skizziert das Schicksal seines Vaters und würdigt besonders den Widerstand des evangelischen Pfarrers Holm, der sich der Bekennenden Kirche anschloss, sowie dessen katholischen Amtsbruders Scholl, der Nazi-Haft überstand, in den letzten Tagen aber der zurückrollenden Kriegsfurie zum Opfer fiel. Den Beitrag ergänzen Dokumente. »Wenn wir über die Widersacher und Gegner des Systems heute etwas mehr wissen als über die Mehrheit«, konstatiert Schmidt, »dann verdanken wir das nicht zuletzt der Tatsache, dass sie von den Herrschenden verfolgt wurden und dabei schriftliche Zeugnisse entstanden ...« (S. 179).

Diese Zeugnisse zu heben und sie in den Focus der Erinnerung zu rücken bleibt Aufgabe der Forschung. Der vorliegende Band hat dazu einen bemerkenswerten Beitrag geleistet. Dass an ihm Historikerinnen und Historiker sowie Laienforscher verschiedener Generationen mitgewirkt haben, deutet auf den Nutzen solcher Kooperation.

Jürgen Hofmann

Germanien, die Archäologie und der Nationalsozialismus¹

Focke Museum Bremen, Hrsg., Graben für Germanien. Archäologie unterm Hakenkreuz, Theiss Verlag, Darmstadt 2013, 192 Seiten.

Wie arbeiteten Archäologie und Nationalsozialismus zusammen? Dieser Frage stellte sich die vielbeachtete Ausstellung »Graben für Germanien. Archäologie unterm Hakenkreuz«, die bis 8. September 2013 in Bremen zu sehen war. Folgt man dem gleichnamigen, hier angezeigten, reichhaltig illustrierten Begleitband, so kann das Ergebnis nur lauten: Die prägenden Angehörigen der Fächer Archäologie, der Vor- und Urgeschichte wurden nicht funktionalisiert, agierten also nicht »unter dem Hakenkreuz«, wie es der Untertitel von Buch und Ausstellung nennt, sondern »mit dem Nationalsozialismus« und machten nach dessen Ende dann bruchlos umso erstaunlichere Karrieren. Welche Rolle die Archäologie im Nationalsozialismus spielte, zeigen die Ausstellung und das Begleitbuch erstmalig, und dies anschaulich und populärwissenschaftlich aufbereitet.

Die fast zwei Dutzend Beiträge des Buches rufen viele Aspekte ins Bewusstsein. Sie reichen von der Ausplünderung der besetzten Gebiete über einzelne Grabungen zwischen 1933 und 1945 bis zum Konflikt zwischen hauptamtlichen Archäologen und der völkischen Laienforschung. Die Zahl der archäologischen Lehrstühle verdreifachte sich zwischen 1933 und 1945 auf 15. Apropos Konflikt. Die Rivalität und der Konflikt zwischen dem von Himmler protegierten und grundsätzlich erfolgreicherem Ahnenerbe der SS einerseits und dem Amt Rosenberg andererseits durchzog die ganze Zeit des Nationalsozialismus.

Die »Germanen« sind und waren eine Erfindung, die Römer verwendeten diesen Begriff erstmals. Im Buch sind viele Bei-

spiele zu finden, wie z. B. Grabungsfunde sachlich falsch in die »passende« Richtung interpretiert wurden. Die Erfindung von Germanien als abgrenzbarem »Kulturraum« oder gar als »hochstehendes« und natürlich anderen überlegenes »Volk« und als Vorläufer der Deutschen, wurde von den Nazis für ihre imperialistischen Zwecke gern verwendet. Sie stilisierten das (angenommene) Verhalten der »Germanen«, etwa Wanderungsbewegungen, als Freiheitskampf und banden es im Sinne ihrer Ziele in eine breite, diese Ziele begründende Ausstellungs- und Bildungsarbeit ein, propagierten und transportierten die Vorstellung von »Germanien«.

Die disziplinäre Aufarbeitung der Zusammenarbeit von Archäologie und Nationalsozialismus begann vergleichsweise spät, erst Ende der 1990er Jahre. Die personelle Kontinuität in den genannten Fächern ist frappierend. Bis auf vernachlässigbare Ausnahmen kehren alle im Nationalsozialismus aktiven schnell und erfolgreich in gut dotierte Professuren zurück. Das abwechslungsreiche Buch ist für alle Interessierten, auch für jene, die sich noch nie mit Archäologie beschäftigt haben, mit Gewinn zu lesen. Seine AutorInnen und vor allem seine ProduzentInnen haben einen wichtigen Beitrag zur Kritik völkischer Denkfiguren innerhalb ihres Faches vorgelegt.

Bernd Hüttner

¹ Die Rezension erschien zuerst auf der Homepage von DIE LINKE. Bremen (siehe <http://www.dielinke-bremen.de/politik/buecherkultur/>)

»Zerreißt den Mantel der Gleichgültigkeit-entscheidet Euch, eh` es zu spät ist.«

Ulrich Chaussy/Gerd R.Ueberschr, »Es lebe die Freiheit!«

Die Geschichte der Weißen Rose und ihrer Mitglieder in Dokumenten und Berichten, Fischer Taschenbuch Verlag, Frankfurt a.M., 2013, 534 Seiten.

Die letzten Gründe dafür, warum Hans und Sophie Scholl am 18. Februar 1943 Flugblätter vor den noch verschlossenen Hörsälen und in den Gängen der Universität München ablegten und dann weitere in deren Lichthof warfen, werden wir wohl nie erfahren. War es doch eine fast in der Öffentlichkeit stattfindende, geradezu leichtfertige Aktion, die dann zur Festnahme der Geschwister durch den dortigen Pedell Jakob Schmid und zur Übergabe an die herbeigerufene Gestapo führte. Dennoch machen neue Erkenntnisse, die das jüngst von Ulrich Chaussy und Gerd R. Ueberschr mit dem Titel »Es lebe die Freiheit!« herausgegebene Kompendium vermittelt, annähernde Vermutungen möglich. Alexander Schmorell und Willi Graf waren in Vorhaben des Auslegens von Flugblättern eingeweiht, ein genauer Zeitpunkt aber nicht festgelegt worden, selbst nicht am Abend des 17. Februar. Es gab lediglich vermeintliche Anzeichen, sich im Visier der Gestapo zu befinden. Ein an sich selbst geschicktes Flugblatt – als Test gedacht – war bei Hans Scholl nicht angekommen. Gab es Depressionen (der Widerhall der ersten fünf Flugblätter war sehr gering) und Euphorie zugleich, denn bis zum 17. Februar hatte die Gestapo keine verwertbare Spur der Gruppe gefunden? Welche Rolle spielte gar der nachgewiesene Tatbestand, dass Hans und Sophie Scholl Psychopharmaka einnahmen, um extreme Belastungs- und Erregungszustände einzudämmen? Die These eines Selbstopfers als Fanal zum Widerstand, die zuweilen ins Spiel gebracht wird, gilt als widerlegt.

Worin besteht der Wert des von Chaussy und Ueberschr erarbeiteten Bandes? Zum ersten Male werden die zentralen Dokumente der Widerstandsgruppe Weie Rose kommentiert, historisch eingeordnet wiedergegeben und ihre bestimmenden Akteure vor dem Hintergrund des Kriegsgeschehens zusammengefasst biographisch porträtiert. Dadurch werden einerseits die verbindenden Elemente der Sozialisation der bestimmenden Mitglieder der Gruppe, andererseits ihre unterschiedlichen Wege in den Widerstand, die kollektiven und individuellen Ziele ihres Wirkens sowie der unterschiedliche Anteil herausgearbeitet. Das Ergebnis ist eine plastische Tiefenschärfe der Akteure der Widerstandsgruppe. Des Weiteren wird die hektische Aktivität der NS-Bürokratie dargestellt, die Angehörigen der Weie Rose in kürzester Zeit zu ermor-


den, was am 22. Februar 1943 geschah: Mit der Hinrichtung von Hans Scholl, Sophie Scholl und Christoph Probst, vier Stunden nach der Urteilsverkündung. So stellte der Oberreichsanwalt beim Volksgerichtshof fest: »Es handelt sich im vorliegenden Verfahren wohl um den schwersten Fall hochverrterischer Flugpropaganda, der sich während des Krieges im Altreich ereignet hat.«

Der Band folgt einer logischen Gliederung: die Ereignisse des 18. Februar 1943, die Flugblattaktionen, alle sechs Flugblätter in vollem Wortlaut, einschließlich des Flugblattentwurfes von Christoph Probst vom 28./29.1.1943 (nicht mehr vervielftigt), eine gestraffte Geschichte der Weißen Rose, biographische Angaben über die Akteure der Widerstandsgruppe und die NS-Verfolger Robert Mohr, Anton Mahler und Roland Freisler, die kurze »Nachblüte« der Weißen Rose, die Anklageschrift vom 21.2.1943, das Urteil des Volksgerichtshofes und die Wahrnehmung und Einschätzung der Weißen Rose von 1943 bis zum Kriegsende. Hervorzuheben ist besonders die Wiedergabe der Vernehmungsprotokolle, die durch die Gestapo im Ergebnis der Verhöre der Hauptakteure der Widerstandsgruppe erstellt wurden. Sie umfassen mehr als die Hälfte des 534 Seiten umfassenden Bandes. Nach dem Krieg kamen diese Protokolle in die Hände der Roten Armee, wurden dann nach Moskau verbracht und hier einem Sonderarchiv zugeordnet. Jahre später bergaben die sowjetischen Behörden die Vernehmungsprotokolle der DDR (bis auf die Unterlagen über Alexander Schmorell, der deutsch-russischer Herkunft war). Die Archivalien wurden in der DDR dem Zentralen Parteiarchiv des IML beim ZK der SED und z. T. dem Archiv des MfS zugeordnet. Bis 1990 blieben die Dokumente unter Verschluss und waren (bis auf ganz geringfügige Ausnahmen) der Forschung entzogen. Ergänzt werden die nun veröffentlichten Archivalien durch ein von den NS-Behörden angewiesenes Gutachten über die Flugblätter, angefertigt von dem Altphilologen Prof. Richard Harder. Die Anklageschrift im zweiten Prozess gegen die Angehörigen der Widerstandsgruppe Alexander Schmorell, Wilhelm (Willi) Graf und Prof. Dr. Kurt Huber ist im Band enthalten. Alle Genannten wurden ebenso zum Tode verurteilt und hingerichtet. Zusammenfassend ist festzustellen : Das vorliegende Kompendium ermöglicht dem Leser quellengesi-

cherte neue Einsichten in die Widerstandsarbeit der Weißen Rose, z. B., dass ihr Wirkungskreis weit über die Stadt München hinausreichte und von Anfang an eindeutig politischen Charakter trug, was lange Zeit infrage gestellt wurde. Wesentlich ist die Feststellung Chaussys, dass das zweite Flugblatt, im Juni 1942 verfasst, den einzigen, bis heute bekannten öffentlichen Protest des inneren deutschen Widerstandes gegen den Holocaust an den Juden enthält. Die Weiße Rose folgte nicht abstrakt-moralischen Motiven und Zielen. Sie reflektierte sehr genau den Kriegsverlauf und die Politik Hitlerdeutschlands sowie der Staaten der Antihitlerkoalition. Insbesondere das fünfte und sechste Flugblatt zeigten einen deutlichen Zuwachs an politischer Konkrettheit, verbunden mit dem Aufruf zum direkten Handeln für den Sturz der NS-Diktatur. Die Orientierung auf den passiven Widerstand wurde aufgegeben wie auch die einseitige Orientierung auf die bildungspolitische Elite, die ausschließlich mit einer abendländisch-christlichen, durchaus elitären Argumentation verbunden war. Eine weitere Konkretisierung der Ziele erfolgte zum Zeitpunkt der sich abzeichnenden Kriegswende zugunsten der Alliierten. Insbesondere Alexander Schmorell und Hans Scholl, alleinige Verfasser der ersten vier Flugblätter und Mitverfasser der beiden folgenden, formulierten Aufgaben für ein Deutschland »nach Hitler«: dem baldigen Kriegsende müsse eine notwendige Zusammenarbeit mit den westlichen Siegermächten im Interesse der »europäischen Idee« folgen, bei Verzicht auf imperialistische Machtpolitik, die Ausmerzung des Militarismus und die Herstellung bürgerlich-parlamentarischer Staatsverhältnisse. Die Erkenntnisse gipfelten schließlich (nach Stalingrad) in der Hoffnung auf die Befreiung Deutschlands durch die Westmächte und auf einen Akt der Selbstbefreiung der Deutschen. Größe, aber auch Grenzen der Akteure der Weißen Rose werden sichtbar. Gewisse antisowjetische, antikomunistische Vorbehalte (bei gleichzeitig uneingeschränkter Verurteilung der Verbrechen der nazistischen Okkupationspolitik in der UdSSR) sind besonders bei Kurt Huber, aber auch bei Alexander Schmorell und Hans Scholl nicht zu übersehen. Die von Sophie Scholl geäußerte Hoffnung, dass der Mord an den Mitgliedern der Weißen Rose eine studentische Rebellion auslösen würde, erfüllte sich nicht. Doch ihre Tat bleibt unvergessen und mahnt, dem alten und neuen Faschismus mutig zu trotzen. Schon wenige Wochen nach dem Justizmord von München war dieser weltbekannt. Im Juni/Juli 1943 warfen Flugzeuge der RAF das sechste Flugblatt der Weißen Rose über Nazideutschland in hunderttausenden Exemplaren ab. Das NKFD, etwa zeitgleich in der UdSSR gegründet, organisierte den Abwurf des Flugblattes in großer Stückzahl über der Frontlinie. Und Thomas Mann ehrte in seiner Rede über die BBC London (27.6.1943) die Studenten von München mit den Worten: »Brave, herrliche junge Menschen! Ihr sollt nicht vergessen, nicht umsonst gestorben sein...Es dämmert ein neuer Glaube an Freiheit und Ehre!«

Peter Fisch

ALLES FÜR DIE ANTIFA!




**VVN-BdA
online
shop**

Buttons, Pins, Aufkleber, Bücher
Broschüren, Transparente, Kataloge,
Fahnen, Klamotten, Werbeartikel.


Bestellbedingungen
Die Versandpauschale beträgt 3,90 € und entfällt bei einem Warenwert über 50 €. Der Mindestbestellwert beträgt 10 €. Bei Internetbestellung sammelt man Bonuspunkte. Die genannten Preise behalten ihre Gültigkeit bis zu drei Monate nach dem Erscheinen dieser Anzeige. Der Versand erfolgt auf Rechnung oder paypal.

Wie bestellt man?
Einfach online: www.shop.vvn-bda.de. Bestellungen sind auch telefonisch und per Fax möglich: Telefon 030 29 78 41 74, Fax 030 29 78 41 79, oder kommt vorbei: VVN-BdA, Franz-Mehring-Platz 1, 10243 Berlin


Abbildungen nicht maßstabsgerecht!




Neofaschismus in Deutschland
Ausstellungskatalog... Katalog zur Ausstellung „Neofaschismus in Deutschland“, 34 Seiten, DIN A 4, Angebot: jetzt Sonderpreis 0,95 €




Bücher...
Hier: Martin Bennis: „Was heißt Vernichtung des Nazismus mit seinen Wurzeln?“, 24 Seiten, DIN A 5, 1,50 €




Hier: „Fragt uns. Wir sind die Letzten.“ Interviewbroschüren mit Verfolgen des Naziregimes (Teile 1-4), je 2,90 €




Hier: Karte der Lager und anderer Nazi-Haftstätten, 10,08 €




Hier: Johannes R. Becher/Heinrich Vogeler: „Das Dritte Reich“, Reprint von 1934, 8,00 €



Plakate...
Hier: „1933“, DIN A 2, 10 Stück 2,50 €



Zahlreiche Buttonmotive...
ab 0,92 €



Aufkleber...
Hier: „Hier verschwand ein Nazi-Aufkleber“, DIN A 7, 100 Stück zu 4,03 €

www.shop.vvn-bda.de

Worte wie Stacheln

**Helmut Kellershohn, Hrsg., Die »Deutsche Stimme« der »Jungen Freiheit«.
Lesarten des völkischen Nationalismus in zentralen Publikationen der extremen
Rechten, Edition DISS, Unrast Verlag, Münster 2013, 330 Seiten.**

Das Duisburger Institut für Sprach- und Sozialforschung (DISS) legt mit einem Sammelband zum Vergleich der »Jungen Freiheit« und der »Deutschen Stimme« – den »beiden wichtigsten Leitorganen der extremen Rechten« – eine gründliche Tiefenbohrung in Sachen rechter Propaganda und ihrer Themen vor.

Als »Wochenzeitung für Politik, Wirtschaft, Kultur, Wissen und Debatte« liegt die »Junge Freiheit« beim Bahnhofs-Pressefachhändler auf dem Tisch für wöchentlich erscheinende Zeitungen zwischen der Jüdischen Allgemeinen und der Jungle World. Eine schlichte Beobachtung zur Alphabet-Reihenfolge am Zeitungsstand, über die nur zürnen und kaum lachen kann, wer sich ab und an die Mühe macht, die »Junge Freiheit« (JF), zu lesen. 1986 als Schüler- und Studentenzeitung gegründet und rasch in burschenschaftlichen Kreisen an bundesdeutschen Universitäten angekommen, verkauft sich das in Berlin erscheinende Rechtsaußen-Blatt mit intellektuell-konservativem Anstrich heute im Durchschnitt wöchentlich über 21.000 mal, Auflage steigend. Der Anblick der »Deutschen Stimme« (DS), die seit 1976 als Partei-Organ der NPD monatlich erscheint, dürfte an Kiosken, in Pressezentren und Supermärkten (so zum Beispiel in manchen Geschäften der Lebensmittelkette REWE oder in einzelnen Filialen der toom-Baumärkte) dagegen künftig stetig seltener werden. Denn trotz wiederholter Sanierungsbemühungen sehen die Bilanzen der NPD-»Monatszeitung für Politik und Kultur« für den DS-Verlag nicht gut aus.

Beide Zeitungen einer vergleichenden Analyse zu unterziehen, das haben sich die acht Autorinnen und Autoren um Helmut Kellershohn als Herausgeber des Sammelbandes »Die »Deutsche Stimme« der »Jungen Freiheit« zur Aufgabe gemacht. Mit Blick auf die aktuellen »Erfolgslagen« scheint dieser Vergleich zwischen der JF als *dem* »publizistischen »Flaggschiff« der jungkonservativen Neuen Rechten« in Deutschland (S. 5) und der DS als scheinbar rostigem »Kanonenboot« der Neonazi-Partei NPD zwei durchaus sehr unterschiedliche Propaganda-Stimmen des radikal rechten Lagers zusammenzubringen. Und auch in ihrer Programmatik und Zielgruppen-Orientierung verbindet beide Blätter auf den ersten Blick wenig. Als Sprachrohr der »Konservativen«, heißt es etwa im »Leitbild« der Jungen Freiheit, versteht sich die JF in ihrem Wertekanon als »national, freiheitlich, konservativ und christlich« (S. 5, S. 122) und

stellt sich in die »jungkonservative Tradition der sogenannten Konservativen Revolution« (S. 7) der 1920er und 30er Jahre. Ihr Ziel: Anschlussfähigkeit nach rechts herzustellen und hegemoniale Diskurse dort anzupapfen, wo eine »konservative Basisbewegung« bis in die sogenannte »Mitte« ansprechbar ist, um mit einer »Strategie der kleinen Schritte« (S. 21 f.) die »ideologische Umorientierung der Eliten und »Leistungsträger« zu bewirken. Die Deutsche Stimme hingegen gibt sich als »Fundamentalopposition von Rechts«. Sie folgt dabei als Partei-Organ der Programmatik und den »Machteroberungskonzepten« der NPD, die die »Abwicklung« des »Systems« zum Ziel haben (S. 23 ff.). Dabei stellt sich auch die DS – wie ihre Partei – bisweilen mehr oder weniger offen in eine »dominant nationalsozialistische Tradition« (S. 7).

Schließlich sind es auch die unterschiedlichen Grund-Strukturen der Zeitungen, die einen Vergleich schwierig machen könnten, wenn die JF als vorgeblich Parteien-unabhängiges Blatt mit Hang zur Rückendeckung und zur intellektuellen Unterfütterung rechtspopulistischer (Partei-)Organisationen doch so viel breiter aufgestellt sein kann, als das NPD-Organ. Allein die von der JF für ihre eigene Arbeit vielbeschworene Meinungsvielfalt, ihr »Binnenpluralismus«, auf der einen und der partei-offizielle Verlautbarungscharakter der DS auf der anderen Seite, sorgen für eine gewisse Schräglage des vergleichenden Blickes, wie Helmut Kellershohn einleitend einräumt.

Doch die große Stärke des gesamten Bandes, den auch die einzelnen Beiträge auszeichnen, federt diesen spontanen Eindruck von den sprichwörtlich unvergleichbaren »Äpfeln und Birnen« deutlich ab: seine Begriffsschärfe. Als Beitrag zur »Erforschung der extremen Rechten« handelt sich das Buch nämlich gerade *nicht* an einer zwingend unscharfen Grenze entlang, wenn es darum geht, einen »verfassungsrechtlich relevanten Begriff des Rechtsextremismus« vorzusetzen, um überhaupt einen Vergleich der beiden Zeitungen anstellen zu können. Denn die AutorInnen blicken nicht darauf, wo Äußerungen so gerade eben *noch* oder so gerade eben *nicht mehr* demokratisch akzeptabel sind. Sie gehen vielmehr davon aus, dass »Junge Freiheit« und »Deutsche Stimme« sich in ihren Positionen durchaus verschränken und die jeweils »vertretenen Inhalte in ein[em] ideologische[n] Kontinuum« (S. 6) zueinander stehen. Weniger akademisch gesprochen findet

sich aus Perspektive der AutorInnen mehr Gemeinsames als Trennendes, was einen Vergleich nicht nur rechtfertigt, sondern auch bitter nötig macht: Beide Blätter folgen einem Rechts-Außen-Kurs. Beide sind im Verständnis der AutorInnen »rechtsextrem«, ganz gleich, ob der Verfassungsschutz sie für relevant hält, oder nicht.

Bindende Klammer ist, so die Kernthese des Buches und seiner Einzelbeiträge, dass sowohl »Junge Freiheit« als auch »Deutsche Stimme« ein gewisses »Kernideologem«, eine Grundidee verfolgen: den völkischen Nationalismus mit all seinen Bestandteilen – von der völkisch/rassistischen Konstruktion einer Einheit von Volk und Nation und ihrer inneren und äußeren Feinde, über die Verherrlichung einer überlegenen »Volksgemeinschaft« bis hin zur biopolitischen Perspektive auf den »gesunden Volkskörper« mit seinen dazugehörigen Zugriffen auf Familien-, Geschlechter- und Bildungspolitik.

Mit ihren Darstellungen der unterschiedlichen »Lesarten des völkischen Nationalismus« in den von 2006 bis 2009 erschienenen Ausgaben beider Zeitungen schauen die AutorInnen folglich ganz genau hin. Denn es geht ihnen, deren Beiträge im Umfeld der Arbeit des Duisburger Instituts für Sprach- und Sozialforschung entstanden sind, gerade um jene feinen Unterschiede der Ausdrucksformen dieses gemeinsamen Elementes – des völkischen Nationalismus mit all seinen Aspekten. So beschreiben sechs Beiträge eben jene Themenblöcke, die den völkischen Nationalismus nach ihrem Verständnis ausmachen, mit großer sprachlicher Tiefenschärfe, wenn sie die Artikel in der »Jungen Freiheit« und der »Deutschen Stimme« miteinander vergleichen. Mit der Betrachtung »Rechter Perspektiven einer »souveränen« deutschen Außenpolitik« (Mark Haarfeldt) und der Darstellung rechter Kritik am Parlamentarismus (Giesbert Hunold und Helmut Kellershohn) und seinen »Systemparteien« bzw. »Kartellparteien«, wie es in der »Deutschen Stimme« bzw. in der »Jungen Freiheit« so unterschiedlich heißt, sind dabei zwei wichtige Themenfelder »klassischen« Zuschnitts abgedeckt. Doch gerade die vier Beiträge zu den völkisch/rassistischen, familien- und bildungspolitischen Komponenten eines völkischen Nationalismus machen den Band lesenswert. Wo Michael Lausberg die Äußerungen zum Thema Migration in der JF und der DS in den Blick nimmt, ein bewusst falsch verstandenes »gender mainstreaming« zum Hassobjekt der »Jungen Freiheit« wird oder die »Deutsche Stimme« mit ihrem Ruf nach einer heteronormativen bürgerlichen Kernfamilie des »Vater-Mutter-Kind« fast nebenbei eine Kapitalismus-Kritik von rechts einfließen lässt (wie Paul Bey und Laurin Walter in ihrem Beitrag zu Geschlechterdiskursen darstellen): immer wird anhand der intensiven Auswertung erschreckend deutlich, was die LeserInnen vielleicht schon ihrem Bauchgefühl nach ahnten – Nazis sind zugleich dumm und kühl berechnend, peinlich planlos und gefährlich zusammen, ganz gleich, ob sie sich Kameradschaft, NPD, oder schlicht »jungkonservativ« nennen. Besonders augenscheinlich wird das bei den Beiträgen von Regina Wamper zum Antisemitismus sowie von Lenard Suermann zur Geschichtspo-

litik. Hier wie dort wird deutlich, wie sehr beide Blätter mit Nischen spielen, »Denkverbote« konstatieren, sich als »Antisemiten« in ihrem Recht auf Meinungsäußerung eingeschränkt sehen, ihre strafrechtliche Verfolgung wegen Holocaust-Leugnung und Volksverhetzung skandalisieren oder den »Hitlermythos« durch weniger »inkriminierende« Ersatzikonen wie den »Widerstands-Märtyrer« Claus Schenk Graf von Stauffenberg umgehen – dabei zugleich aber nicht selten verblüffend ungeschickt den eigenen Standpunkt demaskieren.

Wo Regina Wamper einleitend Adorno zitiert, fällt schließlich nicht zuletzt ein schwerer Stein ins Wasser, wenn mensch sich fragt, ob und welche Bedeutung die Ergebnisse der Beiträge für den Alltag »da draußen«, jenseits der akademischen Forschung, haben können. Was haben die Kopfgeburten aus der »Jungen Freiheit« und der »Deutschen Stimme« denn nun mit den aktuellen rassistischen, menschenverachtenden, xenophoben und brandgefährlichen Situationen an den Flüchtlings- und MigrantInnenunterkünften in Berlin Hellersdorf, Duisburg, hier und dort und überall, zu tun, die uns an die Pogrom-Stimmung der 1990er Jahre erinnern? Adorno schreibt 1962 »Zur Bekämpfung des Antisemitismus heute« – übertragbar auch auf alle anderen Strukturen der Ungleichheit: »Das Tuscheln, das Gerücht [...], die nicht ganz offen zutage liegende Meinung war von jeher das Medium, in dem soziale Unzufriedenheiten der verschiedensten Art, die in einer gesellschaftlichen Ordnung sich nicht ans Licht trauen, sich regen. Wer sich derart der Meinung, dem Gerücht zuwendet, wirkt von vornherein so, als ob er einer heimlichen, wahrhaften und durch die Oberflächenformen der Gesellschaft nur unterdrückten Gemeinschaft angehöre. Darauf spekuliert tatsächlich einer der wesentlichen Tricks von Antisemiten [und RassistInnen, SexistInnen ...] heute: sich als Verfolgte darzustellen; sich zu gebärden, als wäre durch die öffentliche Meinung, die Äußerungen des Antisemitismus [und des Rassismus ...] heute unmöglich macht, der Antisemit [der/die RassistIn ...] eigentlich der, gegen den der Stachel der Gesellschaft sich richtet, während im allgemeinen die Antisemiten [und RassistInnen ...] doch die sind, die den Stachel der Gesellschaft am grausamsten und erfolgreichsten handhaben.« Auch mit Papier wird das Feld für Gewalt bestellt. Und selbst wenn der Band zu den »Lesarten des völkischen Nationalismus« in der »Deutschen Stimme« und in der »Jungen Freiheit« nach der Lektüre in all seiner akademischen Präzision doch recht schwer lesbar ist, über weite Strecken in der Beschreibung der einzelnen Fundstellen in beiden Blättern verharret und darüber hinaus reichende analytische Blicke etwa auf Motive, Kalkül oder auch Gegenstrategien weitestgehend fehlen: Zu zeigen, in welcher ausgeklügelten oder dummdreisten Manier die beiden Zeitungen von ganz Rechtsaußen kalkuliert-absichtlich oder stumpf-zufällig Meinung machen, ist enorm wichtig, will mensch verstehen, aus welchem Material die Fackeln sind, mit denen da bis heute, wieder und immer noch gezündelt wird.

Anke Hoffstadt

Fantifa – Eine vergessen Debatte?

HerausgeberInnenkollektiv: Fantifa. Feministische Perspektiven antifaschistischer Politiken, Reihe Antifaschistische Politik, Band 5, Verlag edition assemblage, Münster 2013, 194 Seiten.

Faschismus ist ein zutiefst männliches Phänomen und auch der Antifaschismus ist zumindest in seinen aktionistischen Teilen oftmals sehr männlich und dominant. Dies kritisieren linksradikale Frauen Ende der 1980er Jahre und gründen feministische Antifa-Gruppen, die ihren Höhepunkt in den frühen 1990er Jahren haben und sich in der Regel dann bald wieder auflösen. Diese Gruppen – und einige wenige Männer – debattieren vor allem zwei Themenkreise. Erstens sind sowohl historisch als auch gegenwärtig Frauen Nazis und viele Nazis Frauen – und damit Frauen nicht weitgehend nur Opfer. Diese Diskussion wurde und wird in der historischen und in der Frauenforschung unter dem Begriff der (Mit-)Täterschaft von Frauen an patriarchalen oder auch faschistischen Verhältnissen geführt. Zum anderen kritisieren schon damals Frauen das dominante Verhalten von antifaschistischen Männern, die in ihrer Analyse und erst recht in der Aktion Menschen ausschließen; und nicht zuletzt in ihrem gewaltförmigen körperlichen Auftreten ihren Feinden und der Polizei doch auch recht ähnlich seien.

Das HerausgeberInnenkollektiv des Buches besteht aus zwei Frauen und zwei Männern aus Bremen, Berlin und Nordrhein-Westfalen, die sich in der autonomen, antirassistischen und antifaschistischen Linken bewegen. Im ersten Block gehen sie verstreuten Spuren nach. Sie lassen Aktivistinnen aus fünf mittlerweile nicht mehr existierenden Fantifa-Gruppen in längeren Interviews zu Wort kommen, die das konkrete Geschehen und die Probleme schildern. Im zweiten Teil des Buches werden die theoretischen Debatten dieses Feldes und die dieses Zeitraumes nochmals vertiefend geschildert.

Antisexistisches antifaschistisches Handeln ist eben kein »Frauenthema«. Linke Männer tragen die hegemonialen Männlichkeiten mit und halten diese aufrecht – zu Antifaschismus und Männlichkeiten finden sich zwei spannende Interviews im dritten Teil. Danach werden vier bekanntere, derzeit aktive, antisexistische Antifa-Gruppen aus Leipzig, Wien, Marburg und Bremen interviewt und damit die Entwicklung der letzten 10 Jahre nachvollzogen und auch einige Blicke in die Zukunft gewagt. Alle Kapitel werden mit Originaldokumenten des jeweiligen Zeitraumes illustriert und ergänzt. Das Buch, dessen Herausgabe von der Rosa Luxemburg Stiftung gefördert wurde, holt eine nahezu vergessene Debatte

nochmals ins Bewusstsein. Eine Debatte, die bis heute nichts von ihrer Dringlichkeit eingebüßt hat. Mit »Fantifa« liegt ein lesenswertes Geschichtsbuch zu einem heute eher vergessenen Strang der radikalen Linken vor.

Die im Faksimile abgedruckten Texte, die über ein Viertel des Buches einnehmen, könnten je nach Alter der Lesenden unterschiedliche Reaktionen auslösen. Werden sich die Älteren eher nostalgisch an ihre Jugend erinnern, könnte es gut sein, dass sich jüngere vermutlich wundern, dass man wirklich so schlecht layouten kann.

Bernd Hüttner

Tina Modotti Fotografien und Revolutionärin

Eine »Frau des 20. Jahrhunderts«: Schauspielerin, Fotografin, die Ihre Kunst von Edward Weston erlernte, Revolutionärin in den Reihen der Internationalen Roten Hilfe. Liebende und Geliebte, Kämpferin und Bekämpfte.



Tina Modotti Fotografien einer Revolutionärin

Ihre Bilder haben bis heute nichts von ihrer Wirkungsmacht eingebüßt – ein Überblick über Tina Modottis Werk.

Bildband, 96 S., fester Einband
ISBN 978-3-939828-86-0 19,90 €



Christiane Barckhausen Tina Modotti Den Mond in drei Teile teilen

Biographische Skizze eines Lebens zwischen Kampf und Kunst.
Taschenbuch, 152 S.
ISBN 978-3-939828-88-4 12,- €

www.gutes-lesen.de

Verlag Wiljo Heinen

Nicht Österreicher, nicht Ungar: eine jüdische Jugend unter der Herrschaft der Achse

Karl Pfeifer, *Einmal Palästina und zurück. Ein jüdischer Lebensweg*, Wien 2013, Edition Steinbauer, 173 Seiten.

»Einmal Palästina und zurück« ist die Autobiographie des österreichischen Journalisten Karl Pfeifer von seiner Kindheit im austrofaschistischen Ständestaat bis zu seiner Rückkehr nach Österreich 1951. Anders als der etwas einseitige Titel vermuten ließe, spiegelt sich darin mindestens ebenso die Geschichte Europas wie die des britischen Mandatsgebiets, wohin der Autor sich mit 14 Jahren retten kann. Tatsächlich ist dies genau so gut eine Geschichte Österreichs wie auch Ungarns, wie auch Karl Pfeifers antifaschistisches Engagement sich bis heute gegen eine Renaissance der völkischen Bewegung in diesen Ländern richtet.

Eine Grundlage für die spätere fatale Entwicklung der Nachfolgestaaten der k. & k.-Monarchie ist schon vor seiner Geburt angelegt: die Niederschlagung der ungarischen Räterepublik unter Béla Kun und die darauf folgende Einrichtung des halbfeudalen autoritären Horthy-Systems. Karl Pfeifers Eltern, die einer gutbürgerlichen jüdischen Familie entstammen, haben sich in Österreich niedergelassen. Ungeachtet einer grundsätzlichen Sympathie für die jüdische Nationalbewegung halten sie sich für vollkommen assimiliert. Mit dem »Anschluss« 1938 erweist sich das schlagartig als Illusion. Aus pragmatischen Erwägungen zieht die Familie zurück nach Ungarn, was offiziell nicht mehr zulässig ist. Karls älterer Bruder Erwin hat sich, abgestoßen vom grassierenden Antisemitismus, schon zuvor nach Palästina abgesetzt.

Verwandte, Eltern, Lehrer bestärken den Jungen mit besten Absichten, ein ungarischer Patriot zu werden. Tatsächlich sind zu diesem Zeitpunkt bereits die ersten antijüdischen Gesetze in Kraft. Vor dem Hintergrund seiner Erfahrungen in Österreich genügt Karl Pfeifer der erste Schultag in Uniform eines jüdischen Gymnasiums, um festzustellen, dass er auch hier nicht willkommen ist. Wenige Monate später dehnt die Regierung die Diskriminierung ungeachtet der Religion auf alle Staatsbürger jüdischer Abstammung aus.

Die große Stärke des Buches besteht darin, die Schicksale der jüdischen Bevölkerung des früheren Österreich-Ungarn anhand der authentischen Geschichte einer einzigen weitläufigen Familie wieder zu geben: Ein Onkel ist beim Einmarsch der Horthy-Truppen in Westungarn 1919 als jüdischer Sozialdemokrat um ein Haar der Hinrichtung entkommen. Er wird später im Konzentrationslager Jasenovac von Ustascha-Faschisten ermordet. Ein Cousin wird beim Überfall auf die So-

wjetunion in ein Strafbataillon in der Ukraine verschleppt. Karl Pfeifer selbst muss in der paramilitärischen *Levente* dienen, die für die mit einer gelben Armbinde gekennzeichneten jüdischen Jungen allerdings nicht mit Waffenausbildung, sondern mit allerlei Schikanen verbunden ist. Untergetaucht bei Verwandten am Plattensee im November 1942 rät er einem anderen Onkel mit erstaunlicher Hellsichtigkeit, das Geschäft zu verkaufen und nach Rumänien zu ziehen; in Polen verbrenne man Juden in Öfen. Ohne Erfolg: »Hier ist nicht Deutschland, hier ist nicht Polen, hier gibt es eine tausendjährige christlich-ungarische Kultur«. Und BBC hören sei im Übrigen verboten.

Aber nicht wie behauptet vom BBC stammte die Information, sondern vom im Verborgenen agierenden *Schomer Hazair*, der hier wie anderswo in Osteuropa den Widerstand gegen die Vernichtung organisiert. Karl Pfeifer hat das Glück, mit einer Gruppe der links-zionistischen Bewegung in Kontakt zu kommen und sogar als einer von insgesamt nur 175 Jugendlichen für einen Transport nach Palästina ausgewählt zu werden. Über Rumänien, Bulgarien und die Türkei geht die riskante Fahrt im Bahnwaggon, während der er einem noch jüngeren Jungen helfen muss, die falsche Identität auswendig zu lernen. »Darf nie wieder in das ungarische Königreich zurückkehren« ist in ihre Pässe gestempelt.

Im Einwandererlager in Haifa werden die Neuankömmlinge von einer Frau in britischer Uniform befragt. Es ist Hannah Szenes, die sich ein Jahr später mit dem Fallschirm über Jugoslawien absetzen lässt und bei dem Versuch, den ungarischen Juden zu Hilfe zu kommen, den Pfeilkreuzlern in die Hände fällt und ihr Leben verliert. Im Kibbuz treffen sie später auf einen anderen jüdischen Widerstandskämpfer, der auf gleiche Weise Kontakt zu jugoslawischen Partisanen aufgenommen hatte und bis zu seiner Rückkehr als Verbindungsmann des britischen Nachrichtendienstes fungierte. Erst im September 1944 kann der Jischuv die Aufstellung einer eigenen jüdischen Kampfbrigade durchsetzen, die als Teil der alliierten Streitkräfte an der Befreiung Italiens teilnimmt.

Im Kibbuz Schaar Haamakim trifft Karl Pfeifers Gruppe auf Jugendliche, die mit Transporten aus Jugoslawien und Rumänien, oder schon zuvor – vor der deutschen Besatzung – ins Land gelangten. Andere waren noch vor Ausbruch des Krieges aus Deutschland oder Österreich geflüchtet oder kamen

als »Teheraner Kinder« aus Polen über die Sowjetunion und den Iran nach Palästina. Häufig die einzigen Überlebenden ihrer Familien werden sie als junge Erwachsene wiederum auch bosnischen Waffen-SS-Angehörigen, kroatischen Ustascha-Faschisten und Veteranen der Wehrmacht gegenüberstehen, die als Söldner des Arabischen Hochkomitees den Judenmord auf eigene Faust fortzusetzen suchten. Dass sich die Kontinuität nationalsozialistischer Ideologie darin nicht erschöpft erfährt Karl Pfeifer im Zuge seiner so

unfreiwilligen wie zufälligen Repatriierung. »Allez, vous êtes chez vous«, gibt ihm der französische Gendarm an der österreichischen Grenze auf den Weg. Wie sich dieses »Zuhause« darstellen würde, hatte ihm in Paris der österreichische Konsul dargelegt. Er selbst sei beileibe kein Antisemit, und: »eben weil ich es nicht bin, rate ich Ihnen, nicht nach Österreich zurückzukehren«.

Torsten Lambeck

antifa

Die »antifa« wird herausgegeben von der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes - und der Antifaschistinnen und Antifaschisten e.V. und erscheint zweimonatlich. Mit Berichten und Beiträgen zur ■ Geschichts- und Gedenkstättenarbeit ■ Tatsachen und Hintergründe des Neofaschismus ■ Theoretischen Auseinandersetzungen ■ Kulturteil mit Rezensionen von Büchern, Filmen und Ausstellungen.



☐ Bitte schicken sie mir ein kostenloses Probeexemplar der »antifa«

Ich aboniere die »antifa« ☐ Normal Abo* (15,- Euro) ☐ Vorzugsabo* (7,50 Euro) ☐ Förderabo* (30,- Euro)

Name/Vorname: _____ Straße, Nr.: _____

PLZ, Wohnort: _____ Datum, Unterschrift: _____

Coupon einsenden an Redaktion »antifa«, Franz Mehring Platz 1, 10243 Berlin

*»antifa« erscheint als: Abo für 15,- Euro jährlich (für Mitglieder der VVN-BdA im Beitrag enthalten) + Vorzugsabo für 7,50 Euro (für Schüler, Studierende und Azubis gegen Vorlage eines Nachweises) + Förderabo für 30,- jährlich. Das Abo verlängert sich um ein Jahr, wenn es nicht sechs Wochen vor Ablauf gekündigt wird.

antifa.vvn-bda.de

Zur Geschichte der afrikanischen Diaspora in Berlin

Diallo, Oumar/Zeller, Joachim: Black Berlin.

Die deutsche Metropole und ihre afrikanische Diaspora in Geschichte und Gegenwart, Metropol Verlag, Berlin 2013, 280 Seiten.

Die etwa seit einem Jahr anhaltende Diskussion über die angeblich unwürdige Behandlung von in der DDR-Wirtschaft eingesetzten sogenannten Vertragsarbeitern aus Ländern der Dritten Welt hat einen neuen Polarisierungspunkt erhalten. Und zwar in Form eines Sammelbandes, den der Historiker Joachim Zeller und der aus Guinea stammende Soziologe und Geschäftsführer des Afrikahauses in Berlin-Moabit, Oumar Diallo, herausgegeben haben. Hier sind insgesamt etwa 30 Beiträge eingeworben worden, die von einer wissenschaftlichen Studie, über einige biographische Skizzen aus der afrikanischen Diaspora, journalistischen Beiträgen bis hin zu Interviews reichen. Demzufolge ist die Qualität sehr unterschiedlich, zumal die einzelnen Artikel unterschiedlich umfangreich und anscheinend ohne konzeptionelle Vorgaben erarbeitet worden sind.

Das Anliegen des Buches ist es, laut Herausgeber, zu belegen, dass »Menschen afrikanischer Herkunft ... schon seit Generationen in Berlin (leben) und ... die Spreemetropole und ihre Transkulturalität« prägen (S. 9).

Der vorliegende Sammelband tat, was ein solcher bei so einer anspruchsvollen Themenstellung tun kann. Es werden in unterschiedlicher Intensität, abhängig von den vorhandenen historischen Quellen und potentiellen Autorinnen und Autoren, die sie auszuwerten vermögen, die einzelnen Phasen der afrikanischen Migration in den vergangenen drei Jahrhunderten bis in die Gegenwart hinein beleuchtet. Dabei wurde viel Neuland betreten.

Es fällt allerdings auf, dass so manche bereits vorliegenden wissenschaftliche Ausarbeitung zur Thematik nicht zur Kenntnis genommen, zumindest nicht erwähnt worden ist. Denn es existieren bereits Bücher zur Geschichte der kolonialen Erinnerungsorte sowie zur Geschichte der afrikanischen Diaspora in der deutschen Hauptstadt sowie dazu unzählige Aufsätze. Zumeist enden die bisherigen Arbeiten mit dem Ende des Ersten, im besten Falle mit dem Zweiten Weltkrieg. Nunmehr befassen sich auch einige Beiträge explizit mit der Geschichte der afrikanischen Diaspora in Berlin in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts. Das ist ein Novum, zumal man sich bemühte, die Entwicklungen, sowohl in Ost- wie in

Westberlin, zu berücksichtigen. Denn in beiden Teilen Berlins gab es Afrikaner und schwarze Deutsche. Im Osten vor allem nach 1960, als die DDR jungen Menschen aus Afrika die Möglichkeit eröffnete, an ihren Universitäten zu studieren oder eine Ausbildung zu absolvieren; im Westen gab es schon seit Ende des Zweiten Weltkrieges »Schwarze«, denn die afroamerikanischen GIs hinterließen eine Reihe von Kindern mit deutschen Frauen. Leider ist dieser Thematik kein eigener Beitrag gewidmet.

Explizit beschäftigt sich eine Studie des Historikers Ulrich van der Heyden mit den Vertragsarbeitern in der DDR-Hauptstadt. Er lehnt den Begriff des Rassismus für die Verhältnisse in der DDR ab. Vielmehr bezeichnet er vereinzelt vorgekommene Angriffe auf Afrikaner als rassistische Ressentiments, von denen indes zumeist erst gegen Ende der DDR einige Mosambikaner zu berichten wissen. Die Mehrzahl kann sich auch bei intensivster Nachfrage an solche Erscheinungen in früheren Zeiten, seit 1979 waren sie in der DDR, nicht erinnern. Anhand von eingehender Auswertung der entsprechenden Akten, vor allem denjenigen aus der Gauck-Behörde und des Staatssekretariats für Arbeit und Löhne, welches für den Einsatz der Vertragsarbeiter zuständig war, sowie durch Interviews mit Mosambikanern kann er belegen, dass es sich dabei nicht um ein Massenphänomen handelte, welches den Begriff des Rassismus rechtfertigen würde. Rassistische Ressentiments bildeten sich jedoch erkennbar aus der zunehmenden Konsumkonkurrenz im Prozess der realsozialistischen Krise, die indes nur relativ selten gewaltsame Formen annahm und mit den späteren rassistischen Orgien in Hoyerswerda oder Lichtenhagen absolut nicht vergleichbar waren, heraus. Wenn es jedoch zu gewaltsamen Vorkommnissen kam, wurden diese streng geahndet. Jede dieser Aussagen ist mit Quellen belegt.

Wie anders, ja geradezu konträr, liest sich dagegen in der Einführung der Herausgeber die Passage über die afrikanischen Vertragsarbeiter in der DDR bzw. in deren Hauptstadt. Ohne Belege anzuführen, werden Behauptungen aufgestellt, die, wenn mit Quellenkritik gearbeitet worden wäre, in einem wissenschaftlichen Anspruch erfüllenden Buch nicht hätten vorkommen dürfen. Sie bemühen sich zu bele-

gen, dass es zu DDR-Zeiten Rassismus gegeben hat. Ist es nur Unkenntnis über die reale politische Situation der DDR-Gesellschaft? Aber sollte man sich dann anmaßen, wenn auch nur zu ausgewählten Aspekten, darüber zu urteilen? Denn nichts anderes ist es, wenn unbewiesene Behauptungen entweder direkt oder durch kommentarlosen Abdruck von entsprechenden Äußerungen wiedergegeben werden. Somit wird ein Bild vermittelt, welches eher das der Autoren über ihr Bild von der DDR darstellt, als das der Realität. Damit liegen sie aber nicht außerhalb des mainstreams der gegenwärtigen DDR-Geschichtsaufarbeitung. Dadurch wird jedoch der insgesamt positive Gesamteindruck des Buches geschmälert.

Auf S. 13 ist zu lesen, dass in der DDR Ausländerfeindlichkeit und Rassismus »offiziell negiert wurden«. Zunächst ist falsch, von diesen Erscheinungen über die 40jährige Existenz der DDR zu schreiben. Es gab außer in den Köpfen heutiger Schreiber bis in die 80er Jahre hinein wohl nur in den seltensten Fällen rassistische Ressentiments; wohl gemerkt: keinen Rassismus. Dieser hätte Netzwerke, entsprechende Literatur, Blindheit der Justizorgane und der Polizei etc. vorausgesetzt. Die Ressentiments sind in der Tat erst seit etwa Mitte der 1980er Jahre belegbar. Und zum anderen wurden ausländerfeindliche Vorkommnisse nicht »negiert«, sondern zumindest in der örtlichen Presse behandelt, in öffentlichen Aussprachen in Betrieben oder Schulen ausgewertet, in zugänglichen Gerichtsverhandlungen konnte sich jeder über die Straftaten informieren. Selbst die FAZ berichtete darüber, unter Berufung auf entsprechende Artikel in der »Bezirkspresse«. Es stimmt nicht, dass »von staatlicher Seite und den Medien (dies) nicht öffentlich gemacht worden« ist. Ebenso unsinnig, weil unzutreffend, ist die Übernahme des Begriffs »Kasernierung« durch die Verfasser der Einführung für die Charakterisierung der Unterbringung der meisten Vertragsarbeiter in Wohnheimen. Sie lebten in Wohnheimen, wie deutsche Studenten und Arbeiter auch. Viele haben in ihrer Heimat noch nie so einen Komfort gesehen. Jeder, der von Kasernierung spricht, wird wohl noch nie eine Kaserne oder ein Kasernenleben kennengelernt haben.

Noch abwegiger ist die Aussage in der Fußnote 13, in der zustimmend zitiert wird, dass »es eine DDR-spezifische Form der Apartheid« in Bezug auf die Vertragsarbeiter gab. Kein Mosambikaner hat dies je so behauptet, aber heutige Verfasser meinen dies, ohne die geringsten selbst erlebten Erfahrungen oder die notwendige Quellenkenntnis zu besitzen. Solche, den wissenschaftlichen Standards zuwider laufenden Aussagen erinnern daran, was einst Hans Modrow angesichts der Ignoranz einiger Menschen aus dem Westen, ihr vorgefasstes Bild der DDR zu korrigieren, schrieb: »Aber inzwischen weiß ich, dass es bei bestimmten Leuten im Zusammenhang mit DDR-Strukturen festgefügte Wunschinterpretationen gibt, gegen die man nicht andiskutieren kann, am

wenigsten mit der eigenen Erfahrung; man stört dämonisierende Fiktionen. Im unbedingten Willen, diese Leute wenigstens sanft zu korrigieren, habe ich nachgelassen. Es bringt nichts; weil die Weltsichten nicht zueinanderfinden, gibt es auch in Details keine Annäherung oder zumindest die Mühe, die Erfahrung und Interpretation des anderen zu tolerieren.« Den Apartheid-Vergleich werden sicherlich Südafrikaner, die unter dieser Rassenpolitik, die übrigens von der Bundesrepublik in vielfältiger Weise unterstützt wurde, gelitten haben, als Beleidigung empfinden. Solche plumpen Verbalien aus der Zeit des Kalten Krieges gehören eigentlich nicht in ein wissenschaftliche Ansprüche erhebendes Buch.

Manche Formulierungen bzw. Aussagen in der Einführung sind geradezu lächerlich. So die Abbildung einer Karikatur auf S. 14. Hier ist eindeutig die Zeit nach der Wende gemeint. Sie zeigt Polizisten in Uniform, die einen ganz offensichtlich lädierten Afrikaner, der vermutlich Anzeige wegen eines rassistisch bedingten Überfalls erstatten will, nicht ernst nehmen. Dazu kann nur gesagt werden, dass die Polizisten nach der Wende stark verunsichert waren, Angst um ihren Job hatten, auch Angst vor brutal vorgehenden Rechtsradikalen, was freilich alles keine Entschuldigung für solches Verhalten ist. Da mag dies so, wie in der Karikatur angeprangert, vorgekommen sein. Aber nicht in der DDR! Die Verfasser verkennen vollständig die gesellschaftliche Situation in einer Diktatur. Welcher Polizist hätte sich gewagt, seiner Dienstpflicht nicht nachzukommen? Außerdem deuten die Uniformen an, dass es sich nicht um Volkspolizisten aus der DDR handelt.

Formulierungen wie »überhaupt sollen Afrikaner ... Aversionen in der DDR-Bevölkerung ausgelöst haben« (S. 15) gehören nicht in einen geschichtswissenschaftlichen Artikel oder in einen wissenschaftlichen Anspruch reklamierendes Buch. Außerdem, wenn man den Verfassern folgen mag, müssen dann etwa 1000 ostdeutsche Frauen (soviel deutsch-mosambikanische Kinder gab es 1989) Aversionen erfahren haben. Im Einzelfall mag dies durchaus zutreffend sein, aber Pauschalisierungen lassen sich leichter behaupten, als die Zurkenntnisnahme der Realität. Deutlich wird immer wieder, dass, wenn es sich um DDR-spezifische Themen handelt, man solche Behauptungen gefahrlos aufstellen kann. Wer sollte denn auch widersprechen? Wenn dies nunmehr wissenschaftliche Kriterien sind, kann auch festgestellt werden, dass Marsmenschen auf dem Alex gesichtet worden seien. Vermutlich sogar während eines SED-Parteitages!

Die immer in der Literatur wiederholte »Gaststättenproblematik«, nach der Afrikaner in Lokalisationen nicht bedient worden seien, sah auch ganz anders aus, wenn man sich der Mühe einer entsprechenden Recherche unterzogen hätte. Oder sich von seinen Vorurteilen gelöst und sich damit beschäftigt hätte, warum so etwas vorgekommen ist.

Im Übrigen gibt es auf Grundlage von Interviews viel mehr gegenteilige Beispiele über das angeblich schlechte Leben der

Vertragsarbeiter in der DDR. Aber man kann ja irgendetwas behaupten. Wenn es etwas Negatives zur DDR-Geschichte ist, wird keiner einen Widerspruch wagen.

Diese Bewertung trifft auch auf die Feststellung zu, dass aufgrund der Hautfarbe jemand nicht den Beruf erlernen durfte oder dasjenige Fach studieren konnte, das er bevorzugte. Die heutigen Experten haben anscheinend noch niemals etwas von »Umlenkungen«, Studienlenkungen und ähnlichem gehört, was heute in etwa mit dem Numerus Clausus vergleichbar ist. Immerhin gab es in der DDR eine Planwirtschaft, in der keiner sein Studium abgeschlossen oder seine Ausbildung absolviert habender junger Mensch auf der Straße stehen oder mit Taxifahren seinen Lebensunterhalt verdienen musste. Wenigstens auf diesem Gebiet hat die Planwirtschaft einigermaßen funktioniert.

Auf S. 16 der Einführung wird behauptet, dass es in der DDR »oftmals« Attacken auf die Vertragsarbeiter gab. Als Beleg in einer Fußnote wird auf zwei Vorkommnisse verwiesen.

Zwar haben sich die Herausgeber sicherlich bemüht, vor allem in Form von Interviews, auch Afrikaner und »schwarze Deutsche« zu Wort kommen zu lassen, womit belegt ist, dass auf deren Sicht Wert gelegt wird. Jedoch werden die Einschätzungen von ehemaligen Vertragsarbeitern über ihr Leben in der DDR, welche in der Einführung hätten verwendet werden können, vollständig negiert.

Dabei hätte bei Berücksichtigung der vorliegenden Meinungen festgestellt werden können, dass das Verhältnis der schriftlich belegten (oder als Interview geführten) Aussagen von ehemaligen mosambikanischen Vertragsarbeitern über die Einschätzungen »ihrer DDR«-Zeit etwa 1 zu 20 beträgt. Warum, so muss man fragen, versteifen sich die Herausgeber nur auf ein Zwanzigstel der Meinungen?

Direkt ins Auge springt, dass darauf verzichtet wurde, dass die Mosambika-

ner als Vertragsarbeiter ja etwas Positives erlebt haben, ganz zu schweigen davon, was die DDR-Bevölkerung für sie an Solidarität aufgebracht hat.

Die – in der Regel unbewiesene – Kritik an den Zuständen der Vertragsarbeit ist zudem ein deutliches Indiz für eine paternalistische oder rassistische Einstellung der Autoren. Denn es heißt ja nichts anderes, als dass die Afrikaner zu unwissend oder zu dumm gewesen waren, um ihre Interessen durchzusetzen. Dies war jedoch mitnichten so!

Jeder kann sich zu bestimmten historischen Erscheinungen, Prozessen, Vorgängen in einer Weise äußern, wie er es für richtig und angemessen hält. Bekanntlich gibt es stark divergierende Betrachtungen und Bewertungen der Geschichte. Jedoch kann doch erwartet werden, gerade von Historikern, dass nicht dem mainstream ohne Quellenbelege oder Quellenkritik zum Munde geredet bzw. geschrieben wird. Dies ist besonders verwunderlich, wenn – wie in diesem Falle – mit einem Satz darauf hingewiesen wurde, dass durch die Vertragsarbeit tausenden von jungen Afrikanern das Leben, die Gesundheit, die Zukunft gerettet wurde. Da muss man ja nicht einmal die Meinung von betroffenen Afrikanern teilen, wie die kürzlich veröffentlichte von I. D. Honwana, der seine Stellungnahme mit »Berlin – Erinnerungen an ein Paradies« betitelt.

Das Anliegen des Buches insgesamt ist zu begrüßen und die Beiträge sind gut geschrieben, verallgemeinern bisherige Erkenntnisse oder legen neue vor. Zum Abschluss: Es bleibt der Ausweg, den Daniela Dahn aufzeigte: »Die heute dominierende Geschichtsschreibung über die DDR ... ist voll von Verzerrungen, Verkürzungen und Verleumdungen ... Zuerst regt man sich noch auf, dann schüttelt man nur noch den Kopf, schließlich langweilt es einen, und man sagt: Lass sie, sie reden über ein Land, in dem ich nicht gelebt habe.«

Ulrich Ramm

Queerfeministischer Kalender 2014

256 Seiten, 7,80 Euro
ISBN 978-3-942885-44-7

Rechtspopulismus kann tödlich sein!

120 Seiten, 9,80 Euro
ISBN 978-3-942885-29-4

RECHTE EURO-REBELLION

120 Seiten, 12,80 Euro
ISBN 978-3-942885-49-2

NATION AUSGRENZUNG KRISE

240 Seiten, 18,00 Euro
ISBN 978-3-942885-38-2

Nelkenrevolution reloaded?

96 Seiten, 9,80 Euro
ISBN 978-3-942885-27-8

edition assemblage

www.edition-assemblage.de

Schicksalen wieder ein Gesicht gegeben

Stiftung niedersächsische Gedenkstätten: Bergen-Belsen. Kriegsgefangenenlager 1940–1945. Konzentrationslager 1943–1945. Displaced Persons Camp 1945–1950. Katalog der Dauerausstellung, Wallstein Verlag, Göttingen 2009, 384 Seiten.

Als das Konzentrationslager Bergen-Belsen am 15. April 1945 von britischen Soldaten befreit wurde, bot sich ihnen ein grauerregender Anblick. Das Lagergelände war mit Leichen übersät, Häftlingsbaracken mit Leichen vollgestopft, die sich in unterschiedlichen Stadien der Verwesung befanden, insgesamt über 18.000 Leichen. Seit März hatte man die Toten einfach liegenlassen oder zu Haufen getürmt. Bei der hohen Sterblichkeit kamen täglich Hunderte hinzu.

In anderen Baracken lagen rund 60.000 kranke oder todkranke Menschen, eng zusammengepfercht, oft bis auf das Skelett abgemagert. Von ihnen starben auch nach der Befreiung noch 14.000 an Hunger, Erschöpfung und Seuchen. Diese Häftlinge hatten seit vielen Tagen weder Verpflegung noch Trinkwasser erhalten und waren schon über Monate hinweg kaum verpflegt worden. Von hygienischen Verhältnissen zu sprechen, ist angesichts des Mangels an Toiletten, Wasser und medizinischer Versorgung, grassierenden Fleckfiebers und Durchfalls unangebracht. Die SS-Lagerführung unternahm so gut wie nichts, um die Seuchen einzudämmen. Häftlinge, die mehrere deutsche Konzentrationslager durchlitten hatten, nannten Bergen-Belsen das schmutzigste aller deutschen Lager.

Britische Sanitätssoldaten bemühten sich um die Rettung der kranken Häftlinge; britische Korrespondenten schickten die Bilder des Grauens in die ganze Welt. Seitdem wurde der Name Bergen-Belsen zum Symbol für die Greuel der nazistischen Konzentrationslager. So wie die Fotos aus dem von der Sowjetarmee befreiten Majdanek bei Lublin 1944 der Weltöffentlichkeit die Realität der faschistischen Vernichtungsstätten auf polnischem Boden vor Augen führten, so prägten die Erfahrungen britischer Soldaten in Bergen-Belsen 1945 das Bild des Massensterbens in einem deutschen Konzentrationslager.

Bergen-Belsen war zunächst seit 1940 ein Kriegsgefangenenlager. Auf der Suche nach einem geeigneten Platz für das im Frühjahr 1943 gegründete Konzentrationslager wurde das ehemalige Stammlager (Stalag) XI C/311 der Wehrmacht für russische Kriegsgefangene ausersehen, weil es leer stand. Hier waren im Herbst und Winter 1941 rund 44.000 russische Kriegsgefangene gestorben, an Fleckfieber, Ruhr und Typhus, vor allem aber wegen mangelnder Ernährung.

Anfänglich nahm Bergen-Belsen innerhalb des Konzentrationslagersystems eine gewisse Sonderstellung ein. Es wurde

als »Aufenthaltslager« für jüdische Häftlinge gegründet, die gegen sog. Palästinadeutsche ausgetauscht werden sollten. Da die britische Regierung dem Vorschlag zustimmte, kam es in der Tat zweimal zu Austauschaktionen: 45 britische und 69 deutsche Inhaber palästinensischer Pässe wurden im Dezember 1941 bzw. im November 1942 gegen 300 »Palästinadeutsche« ausgetauscht. Daraufhin stellte Himmler sich im Dezember 1942 vor, bis zu 10.000 Juden als »wertvolle Geiseln« in einem Lager zu versammeln. Er wies das Reichssicherheitshauptamt (RSHA) an, Juden für den weiteren Austausch in Listen zu erfassen. Auch das Auswärtige Amt befürwortete diese Pläne.

Das »Aufenthaltslager« war in mehrere, weitgehend voneinander getrennte Lagerabteilungen gegliedert, in denen die »Austauschjuden« nach ihrer Nationalität untergebracht waren. Auf Weisung des RSHA wurden diese »Lager innerhalb des Lagers« unterschiedlich behandelt, je nach den angestrebten Zwecken. Die »Austauschjuden« in den anderen Lagerteilen unterstanden nicht der Inspektion der Konzentrationslager, sondern unterlagen der Regie des Reichssicherheitshauptamtes. Da sie nicht arbeiten mußten, zeigten die Funktionäre der Amtsgruppe D (Inspektion der Konzentrationslager) im Wirtschaftsverwaltungshauptamt der SS keinerlei Interesse am Aufbau und Ausbau des Lagers, sie stellten nicht einmal Baumaterial zum Ausbau der Baracken und für ausreichende sanitäre Anlagen zur Verfügung.

Neben den Einzellagern für »Vorzugsjuden« gab es in Bergen-Belsen von Anfang an das sog. Häftlingslager, in dem Baukommandos mit 5.000 russischen und polnischen Häftlingen untergebracht waren. Nur dieser Teil wurde wie ein Konzentrationslager verwaltet. Die Häftlinge trugen Sträflingskleidung, erlitten grausame Mißhandlungen durch SS und Kapos und mußten bis zur Erschöpfung arbeiten. Ihre Sterblichkeit war sehr hoch.

Die Austauschpläne erwiesen sich bald als fiktiv. 1944 wurde der Charakter des Lagers verändert: Größere Rüstungsbetriebe, in denen die Häftlinge Zwangsarbeit hätten leisten können, gab es in der Umgebung nicht. Deshalb wurde Bergen-Belsen im März 1944 zum Aufnahmelager für kranke und erschöpfte, nicht mehr arbeitsfähige Häftlinge anderer Konzentrationslager bestimmt. In der folgenden Zeit erreichten Transporte mit Häftlingen das Lager Bergen-Belsen, die we-

der untergebracht noch versorgt werden konnten. Es handelte sich zunächst um Krankentransporte aus anderen KZ, beginnend mit eintausend tuberkulösen Häftlingen aus dem Lager Dora bei Nordhausen. Bergen-Belsen besaß aber nicht einmal die erbärmlichen medizinischen Versorgungseinrichtungen anderer Konzentrationslager; die hierher transportierten kranken Häftlinge waren sich selbst überlassen und starben massenhaft. Die Inspektion führte zusätzlich den Mord durch das »Abspritzen« kranker Häftlinge ein.

Der zweite Strom ankommender Häftlingstransporte kam aus den Konzentrationslagern im besetzten Polen, die vor der herannahenden Roten Armee geräumt wurden. Obwohl die Massensterblichkeit in Bergen-Belsen seit dem Winter 1944/1945 ein Ausmaß erreichte, das das andere Lager übertraf, blieb die Überfüllung durch die laufend eintreffenden Transporte bestehen und wurde weiter gesteigert.

Mit den ersten Transporten aus Dora brachte die SS im März 1944 kriminelle Häftlinge nach Bergen-Belsen mit, die hier das »wilde Kaporegime« anderer Konzentrationslager einführten, in denen die Häftlingsfunktionen vorwiegend Kriminellen übertragen worden waren. Mit dem Wechsel in der Lagerführung am 2. Dezember 1944 wurde diese Angleichung an die anderen Konzentrationslager vollendet. An diesem Tage wurde der SS-Hauptsturmführer Josef Kramer als Lagerkommandant eingesetzt, er hatte viele Jahre in verschiedenen Konzentrationslagern Erfahrungen gesammelt, zuletzt in Auschwitz-Birkenau. Er war gegenüber den Häftlingen brutal und hemmungslos, gegenüber den SS-Vorgesetzten subaltern und willfährig. Als erstes verwandelte Kramer die Reste des »Aufenthaltslagers« endgültig in ein »normales« KZ: Die knapp 6000 »Austauschjuden« waren nun keine »privilegierten« Lagerinsassen mehr, die Kapos prügeln sie wie die anderen. Die bescheidenen Institutionen jüdischer Selbstverwaltung wurden aufgehoben.

Nachdem die meisten Überlebenden von Bergen-Belsen in ihre Heimat zurückgekehrt waren, blieben dort vor allem Polen und Juden zurück. Sie wurden in eine nahe Wehrmachtkaserne gebracht und dort medizinisch versorgt. Wegen der grassierenden Seuchen im Lager haben britische Soldaten die Lagerbaracken verbrannt.

Für die verbliebenen Überlebenden wurden im Sommer 1945 zwei getrennte Camps für Displaced Persons eingerichtet. Die aus ganz Europa nach Deutschland verschleppten KZ-Häftlinge und Zwangsarbeiter erhielten nach der Befreiung von den Alliierten den Rechtsstatus einer »Displaced Person« (DP). Im polnischen Camp lebten zeitweise über 10.000 Personen, es wurde 1946 wieder aufgelöst. Das Camp für jüdische DP in Bergen-Belsen war das größte in Deutschland und umfaßte bis zu 12.000 Menschen. Nach Auswanderung der meisten jüdischen DP wurde es im Sommer 1950 aufgelöst. Die 2007 eröffnete Dauerausstellung der Gedenkstätte, de-

ren Katalog der Wallsteinverlag 2009 herausbrachte, stellt die Geschichte dieses Ortes des Terrors in jeweils eigenen Teilausstellungen für das Kriegesgefangenenlager, das Konzentrationslager und das DP-Camp vor. Auch der neue Katalog folgt dieser Gliederung. Die gegenwärtige Ausstellung hatte mehrere Vorgänger. 1952 wurde eine auf einem größeren Teil des ehemaligen Lagergeländes angelegte parkähnliche Friedhofsanlage dem Land Niedersachsen übergeben und im selben Jahr als erste Konzentrationslagergedenkstätte der Bundesrepublik überhaupt eröffnet. »Es gab keine historische Kommentierung, keine Sichtbarmachung der historischen Topographie des Lagers, keine Sicherung der baulichen Überreste als Bodendenkmäler. Die Toten in den Massengräbern blieben anonym« – kommentiert der heutige Geschäftsführer der Stiftung niedersächsische Gedenkstätten, Habbo Knoch, im Vorwort des Katalogs die Gestaltung dieser ersten Gedenkstätte. (9)

1966 und 1990 eröffnete die Gedenkstätte jeweils eine neugestaltete Dauerausstellung, doch für beide gab es noch keine ausreichende Forschungsgrundlage. Dies sollte mit der Einrichtung eines Dokumentationszentrums 1990 verändert werden. Seit 2000 wurde die Gedenkstätte nicht nur vom Land Niedersachsen, sondern auch von der Bundesrepublik finanziell gefördert. Das neue Dokumentationszentrum ist begehbar, es stellt dem Besucher in biographischen und thematischen Medienstationen jeweils ein Ensemble kommentierter Quellen zur Verfügung. Der Katalog veranschaulicht Breite und Umfang dieses dokumentarischen Materials, auch wenn er jeweils nur punktuell auf diese Materialien zurückgreifen kann.

Herausgeber und Autoren des vorzüglich gestalteten und sehr reichhaltig mit Bildern, Karten, Faksimiles und Schemata ausgestatteten Katalogs verfolgen zwei Anliegen: Erstens die Toten der Massengräber und die namenlosen überlebenden Häftlinge der Anonymität zu entreißen und möglichst vielen Opfern Namen und Gesicht wiederzugeben mit Daten ihrer Biographie. Der Band ist so durch seine Bilderfolgen strukturiert, in erster Linie Porträts, sodann Fotos aus dem Leben der Porträtierten, nicht zuletzt auch die Aufnahmen der britischen Journalisten nach der Befreiung im April 1945. Alle Bilddokumente sind mit kurzen Informationen über die Abgebildeten und die Quelle versehen. Auch die Schinder der SS wie Kommandant Kramer werden mit Fotos kenntlich gemacht. Zweitens verstehen es die Autoren, mit Karten bzw. kartographischen Schemata die Herkunft und Wege jener Häftlinge nachzuzeichnen, die nach Bergen-Belsen transportiert wurden. Hervorgehoben sei, daß die Ausstattung mit zahlreichen faksimilierten Dokumenten sowie mit Strukturschemata die Zusammenhänge von Bergen-Belsen mit anderen Lagern im KZ-System veranschaulicht.

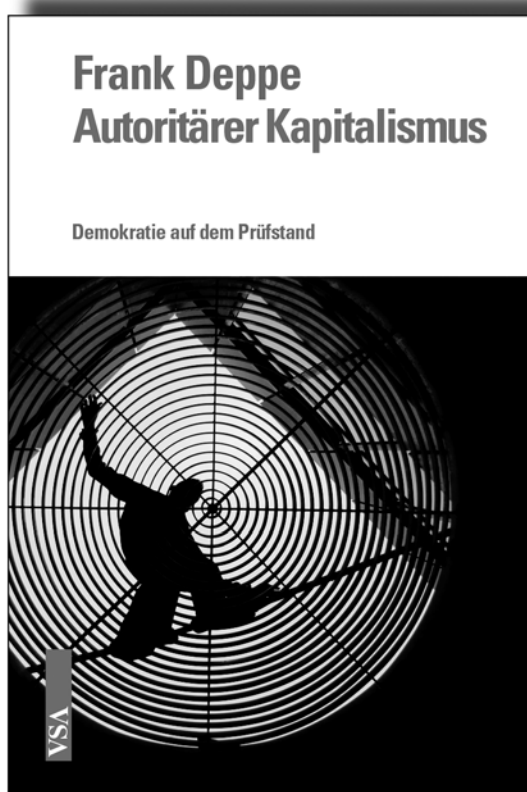
Seit 1995 gibt die Niedersächsische Landeszentrale für politische Bildung unter Mitwirkung des Wissenschaftlichen

Beirats für Gedenkstättenarbeit in loser Folge die *Bergen-Belsen-Schriften* heraus, in deren Bänden Tagebücher, Erinnerungsberichte der ehemaligen Häftlinge aus unterschiedlichen Ländern sowie Dokumente, Quellen und Forschungsarbeiten veröffentlicht werden. Bisher erschienen sieben Bände, die meisten bei Vandenhoeck & Ruprecht.

Im Unterschied zu den Dachauer Heften oder den Beiträgen zur nationalsozialistischen Verfolgung in Norddeutschland werden sie nicht von einer Gedenkstätte oder deren wissenschaftlicher Einrichtung, sondern von einer Landeszentrale für politische Bildung herausgegeben. Während die Bände der Bergen-Belsen-Schriften vorrangig Erinnerungs- und

Forschungsberichte publizieren, präsentiert der großzügig ausgestattete Katalog die medial gestalteten Stationen der Ausstellung. »Kein individualisierbares Dokument ohne eine zumindest knappe Erläuterung zur Person – dieses Grundprinzip der Ausstellung, einzelne Schicksale wieder sichtbar zu machen, ist für den Katalog übernommen worden, verbunden mit einer Auswahl ausführlich vorgestellter Lebensgeschichten von Menschen, die als Kriegsgefangene, KZ-Häftlinge oder Displaced Persons in Bergen-Belsen waren.« (10)

Werner Röhr



Frank Deppe
Autoritärer Kapitalismus
Demokratie auf dem Prüfstand
304 Seiten | € 24.80
ISBN 978-3-89965-571-1

Frank Deppe geht der Frage nach, ob sich im 21. Jahrhundert das widersprüchliche Verhältnis von Kapitalismus, Freiheit und Demokratie – erneut, aber auf neue Weise – zersetzt. Präziser: Ob die Große Krise seit 2008 die Wende zu einem autoritären Kapitalismus beschleunigt hat.

Diese Fragestellung wird erweitert durch eine Auseinandersetzung mit der Entwicklung in den USA, in Russland sowie in China und Indien. Abschließend untersucht Frank Deppe, wieweit demokratische Bewegungen von unten Gegenkräfte gegen die autoritäre Wende mobilisieren können.



Koray Yilmaz-Günay
Realität Einwanderung
Kommunale Möglichkeiten der Teilhabe, gegen Diskriminierung
Crashkurs Kommune 9
104 Seiten | € 7.50
ISBN 978-3-89965-584-1



John Hopp
Die Hölle in der Idylle
Das Außenlager Alt Garge des KZ Neuengamme
Erweiterte Neuauflage
216 Seiten | € 16.80
ISBN 978-3-89965-586-5

VSA: Verlag | St. Georgs Kirchhof 6 | 20099 Hamburg | www.vsa-verlag.de

Geschichte als Schlachtfeld

Christian Lannert, »Vorwärts und nicht vergessen«?

Die Vergangenheitspolitik der Partei DIE LINKE und ihrer Vorgängerin PDS, Wallstein Verlag, Göttingen 2012, 292 Seiten.

Der Titel läßt aufhorchen. »Vorwärts und nicht vergessen«? hat der junge Historiker Christian Lannert seine Dissertation genannt. Im Untertitel benennt er konkret den anvisierten Untersuchungsgegenstand, nämlich die Vergangenheitspolitik und dem PDS Nachfolger DIE LINKE. Diese Angabe ist allerdings unvollständig, da er nicht nur deren externe Vergangenheitspolitik, sondern auch den internen Geschichtsdiskurs innerhalb der Partei untersucht. Droht nun also die Partei ihr historisches Erbe zu vergessen?

»Keine der im Bundestag vertretenen Parteien steht so sehr im Banne der Geschichte wie die Partei DIE LINKE und ihre Vorgängerin PDS.« Schon der Klappentext verweist auf die besondere Bedeutung, die der zeitgeschichtliche Diskurs für die Partei besitzt. Man darf also sicher sein, dass DIE LINKE nicht einfach vergißt woher sie kommt, aber natürlich bleibt die Frage, woran sie sich konkret erinnert. Wie steht die Partei zu spezifischen historischen Ereignissen und wie verhält es mit dem Geschichtsverständnis der Basis?

Zu Recht verweist Lannert auf die Neigung politischer Parteien, Geschichte für ihre Zwecke zu instrumentalisieren. Demgegenüber sei es die Aufgabe des Historikers, ideologisch konnotierte Geschichtsmymen zu dekonstruieren und die dahinter versteckten Denkmuster offen zu legen. Der geschichtswissenschaftliche Diskurs um die Partei wird, wie der Autor richtig bemerkt, nicht selten von Historikern geführt, die der Partei entweder mit entschiedener Abneigung oder offener Sympathie begegnen. Er kritisiert den »missionarischen Eifer« eines Hubertus Knabe, seine eigene Abneigung gegen DIE LINKE und deren Vorgängerin kann er indes kaum verhehlen. Dennoch ist der junge Autor sichtlich um eine differenzierte Auseinandersetzung bemüht. Seine Darstellung zeigt eine Partei – dies gilt für die PDS wie auch DIE LINKE – die von einer extrem pluralistischen Binnenlandschaft geprägt ist. Unterschiedliche und in vieler Hinsicht gegensätzliche ideologische Strömungen ringen dort um die Diskurshegemonie und mühen sich, aus den Ruinen des gescheiterten Staatssozialismus zukunftsorientierte Sozialismuskonzepte zu konstruieren. Die Geschichtsdebatten innerhalb der Partei reflektieren diesen Diskurs. Während der »orthodoxe«, marxistisch-leninistisch orientierte Flügel möglichst wenig ideologische Substanz aufgeben möchte und in Fragen zur DDR-Geschichte zumeist reine Apologetik betreibt, üben die »Reformer« aus linkssozialistisch-sozialdemokratischen Perspektiven vehemente Kritik an überkommenen historischen und weltanschaulichen Positionen. Die Parteiführung sucht in ihrer Außendarstellung die ver-

schiedenen Positionen zu vereinigen, was allzuoft einer Quadratur des Kreises gleich kommt. Mit bissigen Worten kritisiert der Autor die ihm zu vage erscheinenden Äußerungen zu den Opfern der Diktatur, zur MfS-Tätigkeit von teilweise hochrangigen Parteimitgliedern, sowie die offene Klientelpolitik für Mitarbeiter des DDR-Staatsapparats. Zuweilen übte die Partei, die gleichzeitig vehement die Vereinigungspolitik der Bundesregierung im wiedervereinigten Deutschland kritisierte, in offiziellen Verlautbarungen nur sehr vorsichtige Kritik am autoritären Staatssozialismus und stieß damit nicht nur Gegner, sondern auch eigene Anhänger vor den Kopf.

Um die Frage, wie es der PDS überhaupt gelang, als in sich zerstrittener und politisch lange Zeit ausgegrenzte Partei zu überleben, verweist Lannert auf den von allen Strömungen geteilten antikapitalistischen Konsens aller Strömungen und bemerkt zu Recht, dass dieses einigende Band in der medialen Berichterstattung oft völlig übersehen wird. Darüber hinaus skizziert er eine Art arbeitsteiliges Abkommen zwischen den verschiedenen Flügeln, während sich »orthodoxe« Genossen in Traditionspflege üben und politische Profil der Partei schärfen, würden die Reformer pragmatische Konzepte zur politischen Mitarbeit entwerfen und der Partei damit machtpolitische Perspektiven eröffnen.

Darüber hinaus habe die einseitige Dämonisierung der DDR als »Unrechtsstaat« und die Unfähigkeit des Westens, Errungenschaften der DDR und vor allem die Leistungen ihrer Bürger zu würdigen, viele Menschen in Ostdeutschland enttäuscht. Dagegen verteidigt er die Politik der Treuhand als notwendig und hält Kritikern der Vereinigungspolitik die hohen finanziellen Transferleistungen von westlicher Seite entgegen. Gleichzeitig verweist er auf die enormen Herausforderungen, die der Transformationsprozeß vielen ehemaligen DDR-Bürgern abverlangte, die den völligen Verlust vertrauter politischer Strukturen und gesellschaftlicher Werte zu verkraften hatten. Gerade diese Fehler hätten zum Überleben der PDS maßgeblich beigetragen, dabei wirft der Autor der PDS vor, diese habe wie auch die DIE LINKE berechnete Kritik der Ostdeutschen für die eigenen ideologischen Zwecke instrumentalisiert.

Im antikapitalistischen Profil der Partei und der offenen Duldung marxistisch-leninistischer Positionen sieht der Autor Beweise für deren zweifelhaftes Verhältnis zur Demokratie. Zugleich nimmt gesteht er der Partei zu, sich sowohl strukturell, als auch programmatisch tiefgreifende Veränderungen vollzogen und sich in vieler Hinsicht von der SED gelöst zu haben. Keineswegs seien dies rein taktische Manöver. Die Mehrheit

der Parteimitglieder wolle nicht zum Staatssozialismus der DDR zurück.

Auf dem Schlachtfeld der Geschichte konfrontiert der Autor DIE LINKE und ihre Vorgängerin mit den Schatten ihrer Vergangenheit. Seine Darstellung zeigt die Widersprüchlichkeit einer Partei, die es erst allmählich vermochte, mit den tradierten autoritären Denkstrukturen und -systemen aus der DDR-Zeit zu brechen. Sehr viel Neues fördert der Autor dabei nicht zutage, fast die Ereignisse und Diskurs aber gut zusammen. Gelegentlich fragt man sich, ob er die von ihm angeführten Primärquellen wirklich alle gelesen hat. Gesine Lötzschs Rede über »Wege zum Kommunismus« als Beispiel für unkritisches Geschichtsbild aufzuführen widerspricht völlig der in der Rede scharf geäußerten Kritik an realsozialistischen Zuständen. Weiterhin verwendet der Autor den Extremismus-Begriff vollkommen unkritisch, obwohl dieser inzwischen selbst zu einem ideologisch Kampfbegriff der Konservativen geworden ist und von zahlreichen Wissenschaftlern abgelehnt wird.

Es hätte der Sachlichkeit seiner Arbeit nicht geschadet, auch die eigenen politischen und weltanschaulichen Positionen zu hinterfragen. Die maßgeblich auf Basis von NS-Gesetzen und vielfach von NS-Funktionsträgern in der BRD vorangetriebene Kommunistenverfolgung, die für tausende unschuldige Menschen, darunter vielen Widerstandskämpfern gegen das NS-Regime, lange Haftstrafen, Arbeitsplatzverlust, Bespitzelung und Rentenverlust brachte, als »rechtsstaatliche« Verfolgung von »Stalinisten« zu bezeichnen, ist weder historisch-politisch noch wissenschaftlich zu rechtfertigen. Immerhin sprach der frühere Bundesinnenminister Werner Maihofer in diesem Zusammenhang von Zuständen, die eines Polizeistaats würdig gewesen wären. Derartige Entgleisungen sind glücklicherweise selten, weisen aber darauf hin, dass der Autor selbst überholten antikommunistischen Geschichtsmysmen verhaftet zu sein scheint, die einer kritischen Aufarbeitung bedürfen.

Philipp Schaab



Hermann Weber, Andreas Herbst
Deutsche Kommunisten
 Supplement zum Biographischen
 Handbuch 1918 bis 1945
 296 Seiten, 314 Abb.,
 gebunden, 29,90 Euro
 ISBN 978-3-320-02295-2

»Die beiden Autoren, der »große alte Mann« einer KPD-Geschichtsschreibung jenseits DDR-verpflichteter Mythen, Hermann Weber, und der gleichermaßen renommierte Andreas Herbst, haben ein Buch vorgelegt, das Geschichte schreibt, aber auch Geschichte machen wird. Die Leser sind zu Ergänzungen und Korrekturen aufgerufen, weshalb dieser ersten Auflage sicher noch weitere folgen werden.«

Diese Prophezeiung eines Rezensenten aus dem Jahre 2004 wurde – in jeder Hinsicht – schnell Wirklichkeit. 2008 folgte eine zweite Auflage. Obwohl – Autoren wie dem Verlag – klar war, dass nach der zweiten Auflage mit 1.168 Seiten eine weitere nicht nur die Kunst der Buchbinder überfordern würde, herrschte Einigkeit: Das Projekt war nicht abgeschlossen. Deshalb nun ein Supplementband: Er enthält 194 gänzlich neue sowie 77 überarbeitete biographische Notizen. Die Zahl der biographierten Personen ist – wie auch schon im Handbuch – allerdings deutlich größer als die Zahl der Notizen, da dort, wo es möglich war, auch Angaben zu Angehörigen aufgenommen wurden. 181 Notizen, die schon in der zweiten Auflage enthalten waren, konnten jetzt mit einem Foto versehen werden, insgesamt bietet das Supplement 314 Fotos.



Hermann Weber, Andreas Herbst
Deutsche Kommunisten
 Biographisches Handbuch
 1918 bis 1945
 2., überarbeitete und stark erweiterte Auflage
 1.168 Seiten, 898 Abb., gebunden, 70,00 Euro
 ISBN 978-3-320-02130-6

Das Handbuch bietet die Lebensläufe von 1675 führenden deutschen Kommunisten. Von ihnen kamen weit über 470, also fast jeder Dritte, auf gewaltsame Weise ums Leben. Die einschneidendsten Verluste erlitt das deutsche kommunistische Führungskorps durch die totalitären Systeme des 20. Jahrhunderts: 256 führende Funktionäre wurden von der barbarischen Hitler-Diktatur ermordet, nicht weniger als 208 kamen im Schreckensregime Stalins um.

Eine seltene Broschüre neu aufgelegt

Heinrich Vogeler und Johannes R. Becher »Das Dritte Reich«

Publizistische Dokumente des antifaschistischen Kampfes sind naturgemäß heute nur noch selten zu finden. In den 80er Jahren hatten Verlage der DDR in Sammelmappen illegale antifaschistische Flugblätter sowie Tarnschriften der KPD als Reprint herausgegeben. Doch immer wieder finden sich »Perlen« dieser antifaschistischen Arbeit, die einer Wiederauflage würdig sind.

Unter den verschiedenen Beispielen antifaschistischer Flugschriften und Publizistik aus den ersten Jahren der faschistischen Herrschaft hebt sich das hier annotierte Büchlein von Heinrich Vogeler und Johannes R. Becher »Das Dritte Reich« deutlich ab. In der beeindruckenden Heinrich Vogeler – Gesamtschau 2012 in Worpsswede fand sich diese Broschüre nicht nur als Original in einer Vitrine, die einzelnen Seiten waren auch vergrößert reproduziert, so dass sie ihre Wirkung auch auf den heutigen Betrachter entfalten konnten. Diese Broschüre versuchte nicht, mit mehr oder weniger deutlichen Worten auf die Verbrechen des deutschen Faschismus in dieser Zeit hinzuweisen, sondern sie arbeitet vor allem mit den Mitteln der Grafik und der Lyrik, mit Zeichnungen des Worpssweder Malers Heinrich Vogeler und Versen von Johannes R. Becher.

Es war im Frühjahr 1934, als Heinrich Vogeler und Johannes R. Becher im Moskauer Verlag »Zwei Welten« diese kleine Sammlung von Zeichnungen und Versen vorlegten. Beide Künstler waren aus unterschiedlichen Gründen in die Sowjetunion gekommen. Vogeler war bereits im Jahre 1931 mit seiner zweiten Frau Sonja Marchlewska in die Sowjetunion übergesiedelt. Er bereiste im Auftrag sowjetischer Einrichtungen die Teilrepubliken und dokumentierte in seinen Malereien den sozialistischen Aufbau. Johannes R. Becher verließ Deutschland im Gefolge der Machtübertragung an die deutschen Faschisten. Als Vorsitzender des Bundes proletarisch-revolutionärer Schriftsteller war er im Visier der faschistischen Verfolger. Nach kurzen Zwischenstationen in der Tschechoslowakei, der Schweiz und Frankreich ging er im Sommer 1933 in die Sowjetunion ins politische Exil. Nun waren beide als Antifaschisten in diesem Land und versuchten mit ihren Mitteln einen Beitrag zum antifaschistischen Kampf gegen die Naziherrschaft zu leisten. Vogeler hatte schon in den 20er Jahren mit Gemälden, Komplex-Bildern und anderen Arbeiten für die KPD, die Internationale Rote Hilfe bzw. die MOPR seine malerischen Fähigkeiten in den Dienst der politischen Aufklärungsarbeit gestellt.

Im Stile der Holzschnitte eines Frans Masereel gestaltete Heinrich Vogeler für diese Broschüre 34 schwarz-weiß Zeichnungen,

in denen – ergänzt durch die Verse von Johannes R. Becher – Alltagssituationen, Widerstand und Verfolgung im »Dritten Reich« gezeichnet werden. Die Bilder selber waren sicherlich nicht von hoher künstlerischer Qualität, auch die Verse von Becher lassen nur wenig von dem Tiefgang vieler anderer seiner Gedichte spüren. Es waren vielmehr einfache Bilder und Texte, die vornehmlich eine agitatorische Funktion erfüllen sollten. Auf den ersten Blick sollten die Betrachter das Wesentliche erfassen können. Auch wenn es dazu keine eigenen Aufzeichnungen gibt, dürften die Verse und Zeichnungen im dialogischen Prozess zwischen Becher und Vogeler entstanden sein.

Der Reichstagsbrand oder die Vorgänge um den 1. und 2. Mai 1933 finden sich ebenso in den Bildern wie die vielfältigen Formen des faschistischen Alltagsterrors. In den letzten sieben Illustrationen zeichnet Vogeler ein Bild des antifaschistischen Widerstands, wie er vom Exil aus gesehen wurde. Dabei legten Vogeler und Becher in diesen Bildern und Texten auch ihre Hoffnung. So lautet die Botschaft im letzten Bild vor dem Hintergrund eines skizzierten Thälmann-Portraits »Es lebe die kämpfende Einheitsfront«. Auf diese Weise entstanden plakative Text-Bild-Kombinationen, die auch für den weniger belesebenen Betrachter sofort eingängig waren. Einige der Blätter fanden sich später in illegalen antifaschistischen Flugschriften und Broschüren oder auch als Klebezettel.

Bereits in der Sonderausgabe der »Deutschen Volks-Zeitung« zum 1. Mai 1934, die in Saarbrücken noch legal erscheinen konnte, fanden sich unter der Überschrift »Die Lüge angeprangert« vier Zeichnungen aus der Broschüre von Vogeler. Unterschrieben waren diese Zeichnungen jedoch mit Zitaten aus dem Mai-Aufruf des Reichsministers für Volksaufklärung und Propaganda, Joseph Goebbels. Auch die Zeichnung »Heraus mit den politischen Gefangenen! Die Rote Hilfe lebt!« wurde in verschiedenen antifaschistischen Flugschriften »zitiert«.

Mit der Neuauflage dieses Reprints soll ein kleiner Beitrag zur Erinnerung an den antifaschistischen Widerstand geleistet werden, der – in diesem Fall – auch vom Exil aus unterstützt wurde.

Bestellungen für den Reprint über den Herausgeber:

Ulrich Schneider, Kirchditmolder Straße 11, 34131 Kassel,
E-Mail: dr.u.schneider@arcor.de.

(Einzelexemplare: 8 Euro + 1 Euro Porto,

5 Exemplare: 25 Euro + Porto, 10 Exemplare: 50 Euro portofrei)

Ulrich Schneider

Hugo Geisslers Blutspur

Siegfried Grundmann/Eugène Martres: Hugo Geissler – vom Dresdner SA-Mann zum Kommandeur der Sicherheitspolizei und des SD in Vichy, Nora Verlagsgemeinschaft Dyck & Westerheide 2012, 478 Seiten.

Das vorliegende Täterprofil eines gewissenlosen faschistischen Verbrechers wurde durch die gemeinsame Spurensuche eines deutschen und eines französischen Historikers erstellt.

Prof. Dr. Siegfried Grundmann hat erneut einen braunen Täter entlarvt. Er verfolgte mit dem französischen Historiker Prof. Dr. Eugène Martres die langjährige Blutspur des H. Geissler. Die Spurensuche erwies sich als außerordentlich schwierig, berichten die Autoren in Bezug auf den »richtigen« Geissler, da es nicht wenige Personen mit diesem Namen gab, die mit unterschiedlicher Schreibweise bei der Gestapo bzw. der Polizei tätig waren.

Einleitend skizzieren die Autoren den Werdegang des Mannes, der am 12. Juni 1944 von französischen Widerstandskämpfern erschossen wurde.

Breiten Raum widmet Siegfried Grundmann dem brutalen Wirken des NS-Verbrechers Geissler von 1933 bis 1939 in Deutschland bei der Verfolgung deutscher Antifaschisten im Raum Dresden bzw. in Sachsen insgesamt. Die akribische Spurensuche des Autors bringt eine bemerkenswerte Faktenfülle der verbrecherischen Tätigkeit des Kriminalkommissars Geissler zutage. Es ist schier unfassbar, wie viele Untaten auf sein Konto gehen, der seit 1933 im Dienste der Gestapo stand. Das Autorenteam belegt, wie gnadenlos Geissler bei der Zerschlagung antifaschistischer Gruppen des Sozialistischen Jugendverbandes (SAP), der »Roten Wehr«, einer Nachfolgeorganisation des kommunistischen Rot Frontkämpferbundes (RFB), des Kommunistischen Jugendverbandes (KJVD), der KPD und der SPD in Deutschland vorging.

Die Autoren schildern Schicksale von Opfern Geisslers, dessen raffinierten und brutalen Verhörmethoden dazu führten, dass jene nach dem Sturz des NS-Regimes von ihren Mitstreitern zu Unrecht des Verrats beschuldigt wurden, wie zum Beispiel der Sozialist Horst Patzig sowie die Jungkommunistin Helene Fischer.

Ausführlich wird geschildert, wie es Geissler gelang, V-Leute bzw. sich selbst in die Widerstandsgruppen einzuschleusen, um über ihre Pläne zuverlässige Informationen zu bekommen und sie letztlich zu zerschlagen.

Im Teil II der Publikation erfahren die Leser, dass Geissler vom 15. März 1939 an zur Einsatzleitung der Gestapo in Prag gehörte. Knapp und dennoch präzise schildern die Autoren die Beteiligung des NS-Verbrechers bei der gnadenlosen Verfolgung von Juden und deutschen Emigranten in der annektierten Tschechischen Republik. Nicht wenige von ihnen hatten von der CSR aus Widerstandsaktionen in Deutschland zu koordinieren versucht; einige waren selbst illegal nach Nazideutschland gereist, um Informationen und Materialien zu übergeben sowie gefährdete Kameraden über die »grüne Grenze« in die Tschechoslowakei zu bringen.

Die Autoren schildern im Teil III mit einer Fülle sorgsam recherchierter Fakten das verbrecherische Wirken Geisslers als Kommandeur der Sicherheitspolizei und des SD in Vichy. Sie berichten, dass der Verbrecher beim Pétain-Regime die Auslieferung der führenden Sozialdemokraten Rudolf Breitscheid (ehemals außenpolitischer Sprecher der SPD-Reichstagsfraktion) und Rudolf Hilferding (ehemals Reichsfinanzminister) an die Gestapo erzwang, die in den Kerkern des NS-Regimes umkamen.

Unbarmherzig jagte Geissler die Kämpfer der Résistance, die in der Haft brutal misshandelt wurden, bevor sie ermordet wurden.

Am 12. Juni 1944 erschossen französische Partisanen den Mörder, als er das Rathaus der Stadt Murat verlassen wollte. Die deutschen Besatzer nahmen furchtbare Rache. Einhundertvier Einwohner des Ortes wurden verhaftet und in das KZ-Neuengamme deportiert, dreiundsiebzig kamen dort um. Die Autoren gehen auch auf die schwierige und lange in Frankreich beschwiegene Problematik der Kollaboration mit den faschistischen Besatzern ein und stellen abschließend fest, dass ihre Dokumentation über den NS-Verbrecher Geissler als Mahnung für die heutige Generation dienen möge.

Eine Literaturliste zur Thematik der vorliegenden Publikation regt sicher zum weiteren Nachforschen an. Dem Band sind viele aufmerksame Leser zu wünschen.

Günter Wehner

Innenansichten der Gestapo

**Ingrid Bauz, Sigrid Brüggemann u. Roland Maier, Hrsg.:
Die Geheime Staatspolizei in Württemberg und Hohenzollern,
Schmetterling Verlag, Stuttgart 2013, 477 Seiten.**

In den vergangenen Jahren ist die Zahl von Veröffentlichungen zur Geschichte der Gestapo sprunghaft angestiegen.¹ Dies war umso nötiger, als die historische Forschung jahrzehntelang eine weiten Bogen um diese Thematik machte. Der vorliegende Band bereichert unsere Kenntnisse über diese wichtige Agentur des NS-Repressionsapparates beträchtlich. Am Beispiel Württembergs und Hohenzollerns analysiert er die Entstehungsgeschichte der »Geheimen Staatspolizei«, schildert ihren Aufstieg zu einem mit fast schrankenlosen Befugnissen ausgestatteten Inlandsgeheimdienst, stellt uns die Biographien der handelnden Personen vor – nicht allein des Führungspersonals – und beschreibt mit großer Ausführlichkeit die Verfolgung ehemaliger Mitglieder und Funktionäre der Arbeiterbewegung, aber auch von Geistlichen, die vom Regime als »unzuverlässig« oder »oppositionell« eingeschätzt wurden. Neben der Verfolgung und Deportation der württembergischen Juden werden ebenso die Akte der Repression gegenüber Homosexuellen, den Zeugen Jehovas, den Sinti und Roma, den angeblich »Arbeitsscheuen« sowie anderen Opfergruppen der Nazis in den Blick genommen und dabei der jeweils spezifische Beitrag der Gestapo dargestellt. Auch die Überwachung der Zwangsarbeiter und ihre Bestrafung, wenn die von ihnen geforderten Verhaltensweisen nicht erbracht wurden, werden ausführlich geschildert.

Aus der Fülle des dargebotenen Materials seinen an dieser Stelle nur einige Themen angesprochen. Zunächst bieten die Biographien von Angehörigen der Gestapo viele konkrete Aufschlüsse über personelle Kontinuitäten. Ihr Handwerk der Bespitzelung, Unterdrückung und Verfolgung politisch unliebsamer Bürgerinnen und Bürger hatten nicht wenige Gestapoleute bereits innerhalb der Politischen Polizei der Weimarer Republik, ja gelegentlich bereits im Kaiserreich erlernt und praktiziert. Zwar teilten einige von ihnen nicht vorbehaltlos den schrankenlosen Terror des NS-Regimes. Aber als »gestandene« Nationalisten, Antisozialisten und Gegner des »Systems« von Weimar, verhaftet in autoritären Denkschemata, hatten sie keine ernsthaften Probleme, in den Dienst des NS-Regimes zu treten und entscheidend zu seiner Funktionsfähigkeit beizutragen. Natürlich wurde die Gestapo in wachsendem Maße mit »gestandenen Nazis« durchsetzt, deren politische und weltanschauliche Zuverlässigkeit außerhalb jeden Zweifels stand, wobei ihre fachliche Eignung für ihr Re-

pressionshandwerk, das ja viele Facetten aufweisen musste, nicht in jedem Falle vorhanden war.

Auch die Kontinuitäten für die Zeit nach 1945 werden beleuchtet. Manch ein Gestapo-Beamter konnte in der Bundesrepublik bemerkenswerte Karrieren absolvieren. So wurde der ehemalige SS-Hauptscharführer Viktor Hallmayer Mitarbeiter des Landesamtes für Verfassungsschutz in Baden-Württemberg. Zu seinen »Dienstjubiläen« erhielt er für seine »Leistungen« Dankschreiben des Ministerpräsidenten Hans Filbinger übersandt. Skandalöserweise wurden bei der Berechnung seiner Beamtenpension die in der Gestapo abgeleisteten Jahre vollständig angerechnet! (siehe S. 319) Übrigens eine damals durchaus übliche Verfahrensweise. Ein gewisser Albert Riester, als »V-Mann« für die Gestapo tätig, war ebenfalls »geeignet« für den Verfassungsschutz, bevor er als »Sicherheitsbeauftragter« zur Daimler Benz AG wechselte. (siehe S. 215 u. 219)

In einem abschließenden Kapitel »Personal und Wahrnehmung der Gestapo nach 1945« geht Sarah Kleinmann ausführlich und systematisch den »Entnazifizierungs-Verfahren« für württembergische Gestapo-Beamte nach, wobei über die in der Regel milden Urteile nur der Kopf geschüttelt werden kann. Zum großen Teil dienten die »Entnazifizierungs-Verfahren der systematisch organisierten Exkulpation der »Angeklagten«. So lesen wir, »dass es ein informelles Aussage- und Unterstützungsnetzwerk gab, das für die Spruchkammerverfahren aktiviert wurde.« (S. 438) Insgesamt gelang den Gestapoangehörigen nach 1945, wieder im Öffentlichen Dienst Fuß zu fassen: »Zwischen 1949 und 1957 wurden 25 ehemalige Gestapobeamte im Polizeivollzugsdienst der Stadt Stuttgart eingestellt. Zwei weitere ehemalige Gestapobeamte wurden beim Amt für Öffentliche Ordnung angestellt.« (S. 421) Und weiter: »Zu Beginn des Jahres 1959 befanden sich 152 ehemalige Gestapoangehörige im Dienst des Landes Baden-Württemberg. 117 waren als Beamte, 31 als Angestellte und vier als Arbeiter tätig. Von den Beamten befanden sich zwei im höheren Dienst, 14 im gehobenen Dienst und 101 im mittleren Dienst.« (S. 422)

Wichtig sind die Passagen des Buches, in denen das gesellschaftliche Umfeld der Gestapo ausgeleuchtet wird. Das dieses Repressionsinstrument des NS-Staates mit vergleichsweise wenigen Mitarbeitern auskommen musste, war es umso wichtiger, »Amtshilfe« Leistende aus anderen Bürokratien (siehe z. B. S. 226, 326 f., 330 ff. u. 346) sowie Zuträger aus allen

Bereichen der Gesellschaft zur Verfügung zu haben. Tatsächlich wären ohne die »V-Leute« und besonders ohne die vielen Denunzianten, die Nachbarn und Arbeitskollegen »anschwärzten«, die Tätigkeit der Gestapo nur schwerlich zu realisieren gewesen (siehe z.B. S. 356, 358 f. u. 375). Ein bitteres Kapitel stellen in diesem Zusammenhang die vereinzelt wirkenden jüdischen V-Leute dar, wie z.B. der Stuttgarter Arzt Dr. Erwin Goldmann, der sein Handeln mit seiner »nationalsozialistischen Gesinnung« legitimierte (siehe S. 275 f.) Auch unter den ehemaligen Funktionären der Arbeiterbewegung fanden sich Verräter, die der Gestapo ihr »Insider-Wissen« offenbarten und zur Verfolgung ihrer Genossen beitrugen. Um informative Aussagen zu erhalten und Verhaftete zu veranlassen, als Spitzel zu dienen, wurde vor allem gegenüber Kommunisten häufig die Folter angewandt, deren Methoden plastisch geschildert werden (S. 190 u. 350 ff.). Allerdings gingen einige der Betroffenen nur zum Schein auf entsprechende Angebote der Gestapo ein und informierten ihre Genossen über ihre Situation, »berieten, was der Gestapo mitgeteilt werden sollte, nutzten ihre gewonnene Bewegungsfreiheit, um weiter für die Partei zu arbeiten. Andere verfassten lediglich harmlose Berichte und gaben vor, nichts in Erfahrung bringen zu können.« (S. 175) Doch ungeachtet des massiven Terrors gegen die Widerständler aus der Arbeiterbewegung, kommen die Autoren zu der Einschätzung, dass »es der Gestapo bis Kriegsende« nicht gelang, »die organisatorischen Verbindung gänzlich zu zerstören, noch alle Widerstandsaktivitäten zu unterbinden.« (S. 194) Gibt es kritische Einwände zur vorliegenden Publikation? Genannt sei eine mitunter zu sehr ins Einzelne gehende Darstellung, die »Verliebtheit« ins Detail. Dadurch leidet gelegentlich die Lesbarkeit des Bandes. Der »rote Faden« droht, verloren zu gehen. Auch darf gefragt werden, ob die Darstellung der Kirchen nicht kritischer hätte ausfallen müssen.² War die katholische Kirche tatsächlich eine »Gegenmacht«, wie es auf Seite 220 heißt? Und: War sie wirklich, anstatt des »jüdischen Bolschewismus«, der »wichtigste weltanschauliche Gegner« (S. 247) des Faschismus an der Macht? Stärker hätte gerade bei den Kirchen zwischen den vier Stadien des Widerstandes (und seiner Vorformen) unterschieden werden müssen: »Punktueller Unzufriedenheit«, »Nichtanpassung und Selbstbehauptung«, »Protest und Verweigerung«, »Systemsturz«. Bei einem Vergleich mit entsprechenden Zielsetzungen und Handlungen des Arbeiterwiderstandes liegen die qualitativen Unterschiede klar auf der Hand. Dass diese Interpretation das ehrende Andenken an die wenigen Widerständler aus dem Kle-

rus nicht um einen Deut herabmindern kann und darf, sei nur der Vollständigkeit halber erwähnt.

Die Autorinnen und Autoren haben neben der Literatur – darunter zahlreiche Publikationen lokal- und regionalgeschichtlicher Provenienz – mit besonderer Intensität die einschlägigen Archivmaterialien ausgewertet. Das Resultat ist ein Band, dessen große Detailgenauigkeit ebenso besticht wie der präzise und zugleich differenzierende Blick auf die kriminelle Organisation Gestapo und ihre Angehörigen. Man wünscht sich weitere Regionalstudien auf diesem Niveau. Es wäre deshalb zu begrüßen, wenn die Rosa-Luxemburg-Stiftung, die dieses Projekt und seine Veröffentlichung in Buchform finanziell unterstützte, weitere Regionalstudien zur Geschichte der Gestapo anregen und materiell absichern würde.

Reiner Zilkenat

- 1 Genannt seien vor allem die unverzichtbaren Sammelbände von Gerhard Paul u. Klaus-Michael Mallmann, Hrsg.: Die Gestapo – Mythos und Realität, Darmstadt 1995 u. ö.; dieselben, Hrsg.: Die Gestapo im Zweiten Weltkrieg. »Heimfront« und besetztes Europa, Darmstadt 2000. Siehe auch Andreas Seeger: »Gestapo-Müller«. Die Karriere eines Schreibtischtäters, Berlin 1996 u. Joachim Bornschein: Gestapochef Heinrich Müller. Technokrat des Terrors, Leipzig 2004.
- 2 Siehe hierzu z.B. Georg Denzler: Widerstand ist nicht das richtige Wort. Katholische Priester, Bischöfe und Theologen im Dritten Reich, 2003; Manfred Gailus, Hrsg.: Kirchliche Amtshilfe. Die Kirche und die Judenverfolgung im »Dritten Reich«, Göttingen 2008; derselbe u. Armin Nolzen, Hrsg.: Zerstrittene »Volksgemeinschaft«. Glaube, Konfession und Religion im Nationalsozialismus, Göttingen 2011. Siehe auch »Man war großzügig im Vergessen« (Interview Manfred Gailus mit Reiner Zilkenat), abgedruckt u.a. in »Die Kirche«-Evangelische Wochenzeitung Berlin, 13.1.2013, S. 15 u. »Evangelisches Sonntagsblatt in Bayern«, Nr. 4, 27.1.2013, S. 8.

JULIUS FUČÍK

Eine Reise nach München

– Juli 1934 –

Übersetzung: Helga Katzschmann

Deutsche
Erstveröffentlichung
einer wiederentdeckten
Reportage

Verlag Wiljo Heinen

1934
veröffentlichte
Fučík diese
Reportage in
drei Nummern
der legendären
»Tvorba«.

2011
wiederentdeckt
erschien sie nun
zum ersten Mal
in Deutschland.

»... ein
interessantes
Zeitzeugnis, das
aufschlussreich
ist für Leser
unserer Zeit.« –
*Klaus Haupt im
»nd«*

ISBN 978-3-95514-011-3 • 64 S., fest gebunden • 10,- €

Verlag Wiljo Heinen

Franz-Mehring-Platz 1
10243 Berlin
hallo@gutes-lesen.de

Tel.: 030 47 38 02 59
Fax: 030 49 78 32 64
www.gutes-lesen.de

»Ich hörte Schritte und zog mich hinter ein Gebüsch zurück, aber es war schon zu spät. Über mir tauchte braune Farbe auf. Ein SA-Mann in voller Uniform. Ich hatte einen komischen Geschmack auf der Zunge. So eine Begegnung ausgerechnet am Ende des Weges, den ich ohne Unfall zurückgelegt hatte! ...«

So beginnt die letzte Begegnung im faschistischen Deutschland des Jahres 1934, die Julius Fučík in seiner Reportage schildert.

Bekannte Unbekannte



Jörn Schütrumpf (Hrsg.)
**Rosa Luxemburg oder:
Der Preis der Freiheit**
2., überarbeitete und
ergänzte Auflage
144 Seiten, 5 Abb.,
Broschur, 9,90 Euro
ISBN 978-3-320-02234-1



Florence Hervé (Hrsg.)
**Clara Zetkin oder:
Dort kämpfen, wo das
Leben ist**
3., erweiterte u. korrigierte
Auflage, 152 Seiten
9 Abb., Broschur, 9,90 Euro
ISBN 978-3-320-02262-4



Jörn Schütrumpf (Hrsg.)
**Jenny Marx oder:
Die Suche nach dem
aufrechten Gang**
144 Seiten, 11 Abb.
Broschur, 9,90 Euro
ISBN 978-3-320-02147-4



Wladislaw Hedeler (Hrsg.)
**Jossif Stalin oder:
Revolution als Verbrechen**
144 Seiten, Broschur
10 Abb., 9,90 Euro
ISBN 978-3-320-02266-2

Dieser Titel erschien auch

Auf Türkisch:
**Rosa Luxemburg ya da:
Özgürlüğün bedeli**
96 Seiten, Broschur
ISBN 978-3-320-02143-6

Auf Englisch:
**Rosa Luxemburg or:
The Price of Freedom**
102 Seiten, Broschur
ISBN 978-3-320-02146-7

Auf Spanisch:
**Rosa Luxemburg o
el precio de la libertad**
110 Seiten, Broschur
ISBN 978-3-320-02094-1

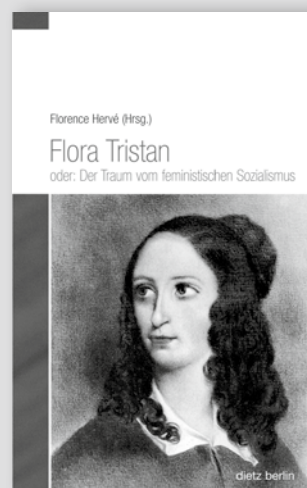
Auf Französisch:
**Rosa Luxemburg ou le
prix de la liberté**
128 Seiten, Broschur
ISBN 978-3-320-02258-7



Julia Killet,
Helga W. Schwarz (Hrsg.)
**Maria Leitner oder:
Im Sturm der Zeit**
144 Seiten, Broschur
9,90 Euro
ISBN 978-3-320-02292-1



Wladislaw Hedeler (Hrsg.)
**Lenin oder:
Revolution gegen
das Kapital**
144 Seiten, 8 Abb.
Broschur, 9,90 Euro
ISBN 978-3-320-02294-5



Florence Hervé (Hrsg.)
**Flora Tristan oder:
Der Traum vom femi-
nistischen Sozialismus**
144 Seiten, 9 Abb.
Broschur, 9,90 Euro
ISBN 978-3-320-02293-8



Rundbrief **ISSN 1864-3833**

Der Rundbrief erscheint bei Bedarf, in der Regel einmal je Quartal, und wird herausgegeben von der AG Rechtsextremismus/Antifaschismus beim Bundesvorstand der Partei DIE LINKE.
V.i.S.d.P. Dr. Reiner Zilkenat

Adresse: Kleine Alexanderstraße 28, 10178 Berlin
Telefon: 030 24009-236
Telefax: 030 24009-215
E-Mail: r.zilkenat@gmx.net

Gegenstand der Rundbriefe sind Analysen, Erfahrungen, Nachrichten, Rezensionen und Untersuchungen zum Thema Rechtsextremismus und rechter Zeitgeist. Damit soll die antifaschistische Arbeit demokratischer Organisationen und interessierter Personen unterstützt werden. Der Rundbrief ist über die AG zu beziehen. Zuschriften und Beiträge sind willkommen.
Layout und Satz: MediaService GmbH
Druck und Kommunikation

Der „Trotz alledem!“ Kalender 2014

Ein Porträt des Widerstandes
im Rhein-Main-Gebiet 1933 - 1945

Mit Linoldrucken von Thilo Weckmüller (Werkstatt uah!)
und Texten von Mathias Meyers

im DIN A4 - Format
für 12,- € (+1,50 € Versand)

Bestellung an:
info@widerstand-portrait.de
postalisch an:
M. Meyers
PF 1205
55002 Mainz

